



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Der ländliche Raum zwischen  
Modernisierung und Re-Traditionalisierung –  
Der Prozess der Ökologisierung der Landwirtschaft in Österreich“

Verfasserin

Sabine Wendtner

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Matrikelnummer:	0202097
Betreuer:	Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer



## **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benützt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Wien, im Oktober 2008

SABINE WENDTNER



## Vorwort

Meine Motivation dieses hier vorliegende Thema zu wählen erwuchs aus dem Bedürfnis heraus, sich einem Bereich zu widmen, der zumindest ansatzweise Berührungspunkte zum eigenen Lebensumfeld aufweist. Ferner wollte ich mich im Rahmen der anstehenden Diplomarbeit mit einem Themengebiet auseinandersetzen, das mit Bezügen zum Hier und Jetzt ausgestattet ist. Als ich schließlich vor circa eineinhalb bis zwei Jahren nach einer passenden Materie für die Diplomarbeit Ausschau hielt, war die Frage nach der biologischen Landwirtschaft gerade im wahrsten Sinne des Wortes in aller Munde. Damit war die Suche nach einem passenden Thema rasch beendet.

Vielfältige Gründe sprachen dafür, dass ich mich in der finalen Arbeit mit dem Bereich der ökologischen Form der Landbewirtschaftung auseinandersetzen wollte. Von größter Bedeutung war das persönliche Interesse an diesem Thema – meine Eltern bewirtschaften selbst schon länger einen kleinen Bauernhof in Oberösterreich nach den Regeln der biologischen Landwirtschaft.

Darüber hinaus ist aus gesellschaftspolitischem Interesse meine Themenwahl auf den Agrarsektor gefallen. So spielt die bäuerliche Gesellschaft in Österreich nicht nur als Produzentin von Lebensmitteln eine Rolle. Obwohl die Bauern/Bäuerinnen nur noch etwa zwei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, ist ihr politischer Einfluss teilweise ungleich stärker, wie unter anderem die Bedeutung dieser Gruppe als Stammklientel der ÖVP, oder die finanziellen Aufwendungen der EU für den Agrarsektor, beweisen.

Mich interessierten im Speziellen die Zusammenhänge und Vernetzungen des Feldes der Landwirtschaft mit anderen Bereichen wie etwa der Politik, Gesellschaft oder Ökonomie. Warum präsentiert sich der Agrarsektor heute in diesem oder jenem Erscheinungsbild? Weshalb war die Landwirtschaft vor dreißig Jahren noch mit gänzlich anderen Eigenschaften und Zuschreibungen ausgestattet als heute? Welche Faktoren beeinflussen nun den Werdegang und die Konnotationen mit denen der Agrarsektor versehen ist? Wieso kann die biologische Landwirtschaft, die für lange Zeit nur eine marginale Sparte des Agrarsektors darstellte, plötzlich an so großer Bedeutung gewinnen? Wie kann dieser Ökologisierungsprozess nun erklärt werden?

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurde versucht, solchen und ähnlichen Fragen auf den Grund zu gehen. Ob dies nun gelungen ist oder nicht sei dahingestellt. Fest steht jedoch, dass diese Thematik bis zum heutigen Tag für mich von brennendem Interesse ist. Nicht zuletzt, da ich mich parallel zum Verfassen dieser Arbeit verstärkt mit meiner eigenen Identität in Bezug auf meine ländliche und bäuerliche Herkunft auseinandersetzen sollte.



## Danksagung

Mein besonderer Dank gilt zuallererst meinem Betreuer Univ. Prof. Dr. Hannes Wimmer, ohne dessen Hilfe ich wohl bis zum heutigen Tag noch an der Diplomarbeit herum werkeln würde. Ihm und seinen betreuerischen Qualitäten ist es auch zu verdanken, dass die anfänglichen Zweifel an diesem Thema und dem Projekt Diplomarbeit allgemein schnell verflogen sind.

Ebenfalls möchte ich den beiden guten Feen Gerhard und Maria danken, da ich ohne ihre Hilfe keinen Pfad durch den „word-“ und Grammatikdschungel schlagen hätte können.

Auch meinen anderen Freunden und Freundinnen bin ich zu größter Dankbarkeit verpflichtet. An dieser Stelle seien besonders Hannes, Susi und Regina, die wohl fast schon die Ehrenbezeichnung Lebensbegleiterin tragen darf, hervorgehoben. Es ist kaum zu glauben, welchen Trost wahrscheinlich banale Sätze wie „he, des wird scho“ aus dem Mund der Drei spenden können. Dies können wohl nur jene Menschen bestätigen, die das Glück haben, sie auch kennen und lieben zu dürfen.

Meine Gedanken sind auch bei der lieben, lieben Kati, die gerade dasselbe Los zu tragen hat wie ich und gleichfalls an einer Diplomarbeit und dem Abschluss ihres Studiums herumbasteln darf.

Mein größter und herzlichster Dank gilt aber meinen Eltern Georg und Marianne Wendtner, die durch ihre verständnisvolle und liebevolle Art wohl den Titel beste und liebste Eltern der Welt verdient hätten. Ich möchte mich an dieser Stelle besonders für das Gefühl der Geborgenheit und die Unterstützung, die sie mir nun schon so lange Zeit geben, bedanken. Dank ihnen habe ich das Gefühl, dass egal was passiert, immer eine Art Auffangnetz unter mir gespannt ist und ich mich daher vor nichts im Leben wirklich zu fürchten brauche. Ich möchte daher an dieser Stelle meine tief empfundene Liebe und Dankbarkeit für sie und meinen Bruder Georg ausdrücken.

Einen Ehrenplatz in der langen Liste der Menschen, denen ich danken möchte, soll die liebe, herzliche und leider viel zu früh verstorbene Heisereroma einnehmen, die mir schon früh durch ihre offene, an der Welt und den Menschen so interessierte Art, den Virus des Wissenshungers und der Neugier eingepflanzt hat.



## Abkürzungsverzeichnis

AGES:	Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit
AMA:	Agrarmarkt Austria
AoA:	Agreement on Agriculture
BHK:	Berghöfekataster
BMLFUW:	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
CAP:	Common Agricultural Policy
CIPRA:	Commission Internationale pour la Protection des Alpes
CSD:	Commission of Sustainable Development
GAP:	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT:	General Agreement on Tariffs and Trade
GFP:	Good Farming Practice
ESA:	Environmental Sensible Areas
LF:	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
LN:	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LOHAS:	Lifestyle of Health and Sustainability
MOEL:	Mittel- und Osteuropäische Länder
NCO:	Non Commodity Outputs
NTC:	Non Trade Concerns
ÖPUL:	Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft
SD:	Sustainable Development
WTO:	World Trade Organization



# I-N-H-A-L-T-S-V-E-R-Z-E-I-C-H-N-I-S

---

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1.1 Hinführung zum Thema .....	1
1.2 Forschungsfrage und Methodik.....	2
1.3 Aufbau vorliegender Arbeit.....	3
1.4 Gegenwärtiges Erscheinungsbild der Agrarstruktur .....	5

## *A) Theorieansätze des Ökologisierungprozesses*

<b>2. Konservatismus</b> .....	<b>7</b>
2.1 Die Geburtsstunde der Ideologie, oder neue Baupläne für die Welt .....	8
2.2 Traditionalismus – Konservatismus, eine definitorische Unterscheidung .....	9
2.3 Reflexion und Reaktion als Nukleus des konservativen Theorieansatzes.....	10
2.4 Konservativ contra Progressiv.....	13
2.5 Die französische Revolution und die konservative Gegenmobilisierung.....	17
2.6 Das Naturverständnis im Konservatismus .....	18
<b>3. Politische Ökologie</b> .....	<b>22</b>
3.1 Das ideengeschichtliche Fundament der Politischen Ökologie.....	22
3.1.1 <i>Die spirituelle Ebene der Politischen Ökologie</i> .....	22
3.1.2 <i>Ethik in der Politischen Ökologie</i> .....	24
3.1.3 <i>Homo naturae lupus</i> .....	24
3.2 Definition und Kategorisierung der Politischen Ökologie .....	25
3.3 Historische Wurzeln der Politischen Ökologie .....	26
3.4 Politische Ökologie und Politisches System – Die Präsenz der Ökologie in der Politik .....	27
3.4.1 <i>Resümee</i> .....	31
<b>4. Nachhaltigkeit</b> .....	<b>32</b>
4.1 Eine Idee von Nachhaltigkeit .....	32
4.2 Das ganzheitliche Denken – oder Kreis trifft Gerade .....	36
4.3 Das Prinzip der Nachhaltigkeit.....	37
4.3.1 <i>Der Brundtland-Bericht: Fundament der zeitgenössischen Nachhaltigkeitsdebatte</i> .....	37
4.3.2 <i>Ausgangslage</i> .....	38
4.3.3 <i>Lösungsansätze im Sinne einer dauerhaften Entwicklung</i> .....	40
4.3.4 <i>Alternative Ansätze zum Konzept Nachhaltigkeit</i> .....	42
4.3.5 <i>Nachhaltigkeit – ein ambivalenter Ansatz?</i> .....	45

<b>5. Ökokapitalismus.....</b>	<b>48</b>
5.1 Leitsätze des Ökokapitalismus .....	49
5.2 Lösungsansätze im Sinne des Ökokapitalistischen Prinzips .....	51
5.3 Maßnahmen zur Umsetzung/Einführung des Ökokapitalismus .....	53
5.4 Ökosoziale Marktwirtschaft: .....	57
5.5 Ökokapitalismus und Ökosoziale Marktwirtschaft – Rettung der Welt leicht gemacht? .....	59

## ***B) Die Veränderung des ländlichen Raumes von Schwarz zu Grün***

<b>6. Agrartheoretische Überlegungen.....</b>	<b>61</b>
6.1 Sonderstatus Landwirtschaft?.....	61
6.1.1 Komplexität .....	61
6.1.2 Schnittstelle Gesellschaft - Umwelt.....	63
6.1.3 Die Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum .....	64
6.2 Der Faktor Konsument/in.....	66
6.2.1 Von der materiellen zur immateriellen Bedürfnisbefriedigung.....	66
6.2.2 „Ich kaufe also bin ich“ – der emotionale Wert von Lebensmitteln .....	68
6.2.3 Konsumgewohnheiten in Österreich.....	70
<b>7. Strukturwandel/ -bereinigung.....</b>	<b>73</b>
7.1 Historischer Verlauf des Strukturwandels.....	75
7.1.1 Das spezifische Erscheinungsbild der österreichischen Landwirtschaft.....	77
7.1.2 Historischer Verlauf des Strukturwandels in Österreich .....	78
7.1.3 Der agrarpolitische Diskurs im Wandel der Zeit .....	84
7.1.4 Historische Aspekte für die privilegierte Stellung der Landwirtschaft .....	88
7.2 Sonderfall Berglandwirtschaft.....	91
7.2.1 Die bergbauerlichen Strukturen Österreichs .....	92
7.2.2 Die Berglandwirtschaft in der Politik .....	94
7.2.3 Die Zukunft der Berglandwirtschaft.....	98
<b>8. Agrarpolitik .....</b>	<b>100</b>
8.1 Agrarpolitik in Österreich .....	101
8.1.1 Der Entstehungsprozess der institutionalisierten Interessensvertretung in Österreich ..	104
8.1.2 Agrarpolitik Österreichs seit 1945 .....	106
8.2 Die gemeinsame europäische Agrarpolitik .....	108
8.3 Agrarpolitische Zäsuren auf europäischer Ebene.....	110
8.3.1 Die europäische Agrarpolitik von der Nachkriegszeit bis 1990.....	110
8.3.2 Die GAP-Reform/MacSharry-Reform von 1992.....	112

8.3.3 <i>Agenda 2000</i> .....	114
8.3.4 <i>Die Agrarreform 2003</i> .....	115
8.3.5 <i>Schwerpunkte der Agrarpolitik der EU in der Periode 2007-2013</i> .....	117
8.3.6 <i>Vorgaben der WTO als Wegweiser für die Agrarpolitik der EU</i> .....	119
8.3.7 <i>Subventionen und Förderungen als Steuerungsinstrumente der Agrar- und Strukturpolitik</i> .....	120
8.4 <i>Zukünftige Entwicklungen der Agrarpolitik</i> .....	124
8.5 <i>Neue Chancen für die Landwirtschaft</i> .....	129
<b>9. Veränderung des ländlichen Raumes von Schwarz zu Grün</b> .....	<b>133</b>
9.1 <i>Biologische Landwirtschaft – warum?</i> .....	133
9.2 <i>Grundzüge der ökologischen Wirtschaftsweise</i> .....	135
9.3 <i>Die biologische Landwirtschaft in Österreich</i> .....	135
9.4 <i>Die biologische Landwirtschaft in Europa</i> .....	140
9.5 <i>Agrarpolitische Maßnahmen zur Förderung der biologischen Wirtschaftsweise</i> .....	143
9.5.1 <i>Österreichische Ebene</i> .....	143
9.5.2 <i>Die Agrarumweltprogramme der EU</i> .....	145
9.6 <i>Motive für die Umstellung auf biologischen Landbau</i> .....	147
9.7. <i>Die Rolle der Politik im Ökologisierungprozess</i> .....	148
9.8 <i>Die Rolle der Konsumenten/innen im Ökologisierungprozess</i> .....	149
9.8.1 <i>Gesellschaftlicher Wandel als Wegbereiter der biologischen Landwirtschaft</i> .....	149
9.8.2 <i>Der Konsum von Bioprodukten als Manifest eines (selbst)bestimmten Lebensstils</i> .....	151
9.8.3 <i>Wie Bioprodukte ihre Kund/innen erreichen</i> .....	153
9.8.4 <i>Die Käuferstruktur von Bioprodukten</i> .....	154
9.8.5 <i>Das Verhältnis österreichischer Konsument/innen zu Bioprodukten</i> .....	156
9.9 <i>Problemfelder in der ökologischen Landwirtschaft</i> .....	158
9.10 <i>Zukünftige Entwicklungen der biologischen Landwirtschaft</i> .....	162
<b>10. Conclusio</b> .....	<b>165</b>
10.1 <i>Die Trias Landwirtschaft – Gesellschaft – (Agrar)Politik</i> .....	165
10.2 <i>Grün ist die Hoffnung</i> .....	167
10.3 <i>Zukunftsszenarien der ländlichen Entwicklung</i> .....	170
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>174</b>



# 1. Einleitung

---

## 1.1 Hinführung zum Thema

Elementar für diese Arbeit ist, wie der Titel bereits vermuten lässt, der Befund, dass sich der ländliche Raum, und damit in weiterer Folge auch die bäuerliche Lebenswelt, nun seit Jahren schon in einem radikalen Transformationsprozess wiederfinden. Der Strukturwandel des österreichischen Agrarsektors wird vor allem in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine Reihe von Zäsuren rasant vorangetrieben. Die Industrialisierung, Modernisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft bildet neben jüngeren Ereignissen, wie etwa dem EU-Beitritt oder diversen Lebensmittelskandalen, einen zentralen Antrieb für den landwirtschaftlichen Strukturbereinigungsprozess.

Der Strukturwandel des Agrarsektors ist jedoch nicht nur auf das Feld der Technik oder diverser betriebswirtschaftlicher Zahlen (Stichwort Reduktion der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe, immer weniger im Agrarsektor tätige Personen und kontinuierliche Betriebsvergrößerung) begrenzt. Vielmehr vollzieht sich die Strukturbereinigung auch auf politischer, sozialer und ökonomischer Ebene und geht mit einem sich verändernden Rollenbild und einem sich wandelnden Selbst-Bewusstsein der bäuerlichen Gesellschaft einher.

Von fundamentaler Bedeutung ist daher in weiterer Folge auch die Feststellung, dass der Agrarsektor nicht als autarkes (Sub)system interpretiert werden kann. Die Interaktion mit anderen Feldern wie etwa der Politik, Gesellschaft oder auch der Wirtschaft wirkt sich grundlegend auf das spezifische Erscheinungsbild des Agrarbereichs aus. Insbesondere die Trias Landwirtschaft – Gesellschaft – Politik prägt den landwirtschaftlichen Sektor nachhaltig. Die drei Bereiche stehen in einem reziproken Verhältnis zueinander. Verändern sich etwa gesellschaftliche Denkweisen, Ansichten und Prioritäten, wird sich dies langläufig auch auf die beiden anderen Felder Politik und Landwirtschaft auswirken. Umgekehrt folgen auf Wandlungsprozesse in der Landwirtschaft Reaktionen von Seiten der Gesellschaft und der Politik.

Dieser Erkenntniszusammenhang ist entscheidend für den, in dieser Arbeit behandelten Ökologisierungprozess der österreichischen Landwirtschaft, da dieser Prozess neben dem Faktor Landwirtschaft von der Gesellschaft als auch der Politik geprägt wird und gleichfalls mitgetragen werden muss. So sehe ich neben politischen Mechanismen sowohl den Strukturwandel als auch den gesellschaftlichen Wandel, der durch den Übergang von einer

materiell orientierten zu einer mit postmaterialistischen Werten versehenen Gesellschaft geprägt ist, als die zentralen Antriebsmomente für diesen Prozess der Ökologisierung.

In Summa kann der Ökologierungsprozess daher einerseits von landwirtschaftlicher Seite als ein Lösungsansatz verstanden werden, um nicht selbst Opfer des Strukturbereinigungsprozesses zu werden. Parallel dazu bedarf es jedoch der Unterstützung durch die Gesellschaft und die Politik, damit dieser Alternativansatz in weiterer Folge auch von Erfolg gekrönt sein kann. Um diese Legitimation zu erhalten, sind gleichwohl Wandlungsprozesse auf gesellschaftlicher Ebene als auch im Feld der (Agrar)politik von elementarer Bedeutung.

## **1.2 Forschungsfrage und Methodik**

Zwei Faktoren bilden die handlungsleitenden Fundamente dieser Arbeit: Einerseits der seit 1945 einsetzende, und sich in enormem Tempo vollziehende Prozess des Strukturwandels der österreichischen Landwirtschaft und andererseits das den Agrarbereich weitreichend beeinflussende Zusammenspiel der drei Ebenen Politik – Gesellschaft – Landwirtschaft. Die Erläuterungen und Erklärungsversuche im Rahmen dieses Textes kreisen um die zentrale Frage, warum es zu einem Transformationsprozess der bäuerlichen Gesellschaft kommt, und welche Faktoren dabei zusammenspielen (müssen), damit sich ein Wandel wie jener in Richtung Ökologisierung der Landwirtschaft vollziehen kann.

Da uns der ländliche Raum und die damit in Verbindung stehende bäuerliche Gesellschaft in einem äußerst facettenreichen Erscheinungsbild entgegentritt, soll an dieser Stelle eine thematische Eingrenzung auf die österreichische Landwirtschaft erfolgen. Den zentralen Zeitraum bilden hierbei die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei auf Grund der spezifischen österreichischen agrarstrukturellen Beschaffenheit speziell auf die Berglandwirtschaft und auf die, für diese Arbeit essentielle, biologische Landwirtschaft besondere Rücksicht genommen werden soll.

Die theoretische Herangehensweise an diese Thematik erfolgt mittels Literaturrecherche historisch-systematisch. So sollen für diese Arbeit wesentliche Begriffe wie etwa Konservatismus, das Nachhaltigkeitsprinzip oder der Ökokapitalismus und die Ökosoziale Marktwirtschaft samt der Politischen Ökologie geklärt werden.

Eine deskriptive Herangehensweise an die Problemstellung ermöglicht die Erläuterung und Analyse aller themenrelevanten Strukturzusammenhänge und bildet damit das passende

methodische Werkzeug für diese Arbeit, da sowohl auf historische Aspekte als auch auf strukturelle Erkenntnisse und Zusammenhänge gleichermaßen eingegangen werden kann. Zur Veranschaulichung der beiden Themenblöcke Strukturbereinigung und Prozess der Ökologisierung der österreichischen Landwirtschaft bietet sich weiters ein Vergleich makrostruktureller Daten als empirisches Werkzeug an. So erweisen sich etwa Statistiken zur Betriebsgröße oder der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zur Untermalung des Strukturwandels als sehr zweckdienlich. Daten zur Struktur des Biosektors, wie etwa die zahlenmäßige Entwicklung der biologischen Landwirtschaft als auch das Konsumverhalten, können umgekehrt den Ökologisierungsprozess untermauern.

### **1.3 Aufbau vorliegender Arbeit**

Das ideengeschichtliche Fundament für diese Arbeit bildet das konservative Denkgebäude, da der ländliche Raum im Allgemeinen und die bäuerliche Gesellschaft im Besonderen schon früh vom Konservatismus für sich entdeckt, und in weiterer Folge vereinnahmt wurde. Parallel dazu widmen sich auch konservative Denker/innen während der Epoche der Romantik erstmals der Frage der Natur und der Umwelt, die einen Konnex zum ländlichen Raum und der Landwirtschaft aufweist. Die beiden Felder ländlicher Raum und Natur sind konservativ konnotiert, und so wird etwa in der Agrarpolitik bis zum heutigen Tag von konservativen Protagonisten/innen geschaltet und gewaltet. Gleichfalls bildet die ländliche Bevölkerung, und dabei insbesondere die Landwirte/innen immer noch ein bedeutendes und einflussreiches Stammklientel der ÖVP.

Um den agrar- und umweltpolitischen Diskurs in seinem vollen theoretischen Umfang zu begreifen, ist ein Zeitsprung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts notwendig. Die 1960er/70er Jahre bilden den Schnittpunkt für die zeitgenössische Diskussion um den „richtigen“ Umgang der Menschen mit ihrer (Um)welt. Der Übergang von einer materiell orientierten Gesellschaft zu einer, mit postmateriellen Werten ausgestatteten, Gesellschaft läutet den Ökologisierungsprozess auf sozialer, politischer, wirtschaftlicher und agrarischer Ebene ein, und so können sich auf Grund des steigenden Umweltbewusstseins diverse Theorien wie etwa der Ökokapitalismus oder die Ökosoziale Marktwirtschaft entwickeln. In diesen Jahren werden damit die theoretischen Fundamente für den Nachhaltigkeitsdiskurs gelegt, der das Verständnis vom menschlichen Umgang mit Natur und Umwelt grundlegend verändern soll.

Durch ihre Rolle als Schnittstelle zwischen Umwelt und Gesellschaft wirkt sich dieser gesellschaftspolitische Richtungswechsel auch grundlegend auf den Bereich der Landwirtschaft aus und der Nachhaltigkeitsdiskurs soll daher auch im Rahmen dieser Arbeit einer genaueren Darstellung unterzogen werden.

Dem Nachhaltigkeitsprinzip folgende, und in diesem Text behandelte, theoretische Spielarten wie etwa der oben bereits erwähnte Ökokapitalismus, die Ökosoziale Marktwirtschaft oder die Politische Ökologie bieten in weiterer Folge Lösungsansätze für eine nachhaltige Beziehung zwischen Gesellschaft und Umwelt.

Der, auf die verschiedenen Theorieansätze anschließende Hauptteil läuft auf den Prozess der Ökologisierung, der in dieser Arbeit als „Veränderung des ländlichen Raumes von Schwarz zu Grün“ bezeichnet wird, zusammen. Um ein anschauliches Bild über die österreichische Agrarstruktur zu liefern, folgt auf eine definitorische Eingrenzung der Landwirtschaft eine eingehende Darstellung des Strukturwandels und der Agrarpolitik, da diese beiden Felder den Ökologierungsprozess grundlegend beeinflussen.

Der Prozess des Strukturwandels kann nicht eingehend analysiert werden, ohne sich einleitend ein konkretes Bild über „die“ Landwirtschaft zu verschaffen. Wenn der Frage des Strukturbereinigungsprozesses nachgegangen werden soll, muss daher am Anfang eine „Charakterstudie“ des Agrarsektors stehen. Da sich, wie oben bereits erwähnt, der gesellschaftliche Wandel als fundamental für den spezifischen Weg, den der Strukturwandel einschlägt, erweist, soll ein kurzes Psychogramm der, auf den Agrarsektor wirkenden, Gesellschaft geliefert werden.

Um den Prozess des Strukturwandels hinreichend darzulegen, muss neben der Darstellung der aktuellen Sachlage auch dem historischen Verlauf des Strukturbereinigungsprozesses in Österreich, unter besonderer Berücksichtigung der Berglandwirtschaft, eine angemessene Beachtung geschenkt werden.

Das den Strukturbereinigungsprozess anschließende Kapitel ist der österreichischen und europäischen Agrarpolitik gewidmet. Das Erscheinungsbild soll anhand diverser agrarpolitischer Zäsuren dargelegt werden, wobei die Interaktion der drei Bereiche Politik – Gesellschaft – Landwirtschaft wiederum als handlungsleitendes Moment diverser agrarpolitischer Maßnahmen definiert werden kann.

Die davor angestellten Darstellungen führen zum finalen Kapitel mit dem Titel „Veränderung des ländlichen Raumes von Schwarz zu Grün“, welches den spezifischen Wandlungsprozess der österreichischen Landwirtschaft hin zur ökologischen Form der Landbewirtschaftung zum Thema hat. Neben einer definitorischen Eingrenzung der biologischen Landwirtschaft wird gleichermaßen auf den historischen Verlauf des Ökologisierungprozesses wie auch auf die Strukturen der ökologischen Landbewirtschaftung in Österreich und Europa hingewiesen. Auf die drei, für den Prozess der Ökologisierung entscheidenden, Ebenen Politik, Gesellschaft und Landwirtschaft soll auf Grund der diesbezüglichen Signifikanz, die diesen drei Bereichen zugesprochen wird, gesondert eingegangen werden. So ist das Kapitel „Agrarpolitische Maßnahmen zur Förderung der biologischen Wirtschaftsweise“ dem (agrar)politischen Aspekt des Ökologierungsprozesses gewidmet. Im Abschnitt „Motive für die Umstellung auf biologischen Landbau“ steht umgekehrt der Agrarsektor im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Eine Analyse der „Rolle der Konsumenten/innen im Ökologierungsprozess“ soll dieses Kapitel abrunden.

Die, im Rahmen der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse laufen in einem abschließenden Resümee zusammen, das sowohl ein Bild über die zukünftigen Entwicklungstendenzen des Ökologierungsprozesses im Speziellen, und die Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes im Allgemeinen liefern soll.

#### **1.4 Gegenwärtiges Erscheinungsbild der Agrarstruktur**

Die gegenwärtige Struktur der österreichischen Landwirtschaft gestaltet sich so, dass sich der Strukturbereinigungsprozess zwar weiter fortsetzt, nicht aber am Sektor der biologischen Landwirtschaft. Diese spezifische Form der Landbewirtschaftung zeichnet sich umgekehrt sogar durch Wachstumstendenzen, sowohl in betriebsstrukturellen Kennzahlen als auch bei den Umsatzzahlen, aus.

Zudem rückt die Erkenntnis, dass die Landwirtschaft neben ihrer ursprünglichen Rolle als Produzentin von Lebensmitteln und Rohstoffen auch noch mannigfaltige außerlandwirtschaftliche Leistungen für die Gesellschaft und Umwelt erbringt, seit einigen Jahren immer mehr ins Zentrum des (agrarumwelt)politischen Diskurses und der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit.

So stellt etwa trotz der zunehmenden Marginalisierung des agrarischen Sektors die Landwirtschaft, insbesondere in Österreich, auch noch im 21. Jahrhundert eine

einflussreiche Determinante für den ländlichen Raum als Ganzes dar. Neben ihrer Bedeutung für ländliche Regionen kommt dem Agrarbereich ebenso, wie oben bereits angedeutet, eine entscheidende Funktion als Schnittstelle zwischen Umwelt und Gesellschaft zu.

## *A) Theorieansätze des Ökologisierungprozesses*

### **2. Konservatismus**

---

An dieser Stelle erfolgt eine genauere Analyse des konservativen Denkgebäudes. Neben der Rolle des Konservatismus als Gegenspieler des Progressismus und dem Werdegang der konservativen Ideologie soll dieses Kapitel vor allem um das konservative Verständnis von Natur und ländlichem Raum kreisen.

Obwohl die beiden Felder Natur und Umweltschutz seit den 1960er Jahren vor allem dem politisch linken Lager zugeordnet werden, beweist ein Blick weiter zurück in der Vergangenheit, dass das Thema Natur traditionell konservativ konnotiert ist. (Vgl.: Siefert, 1991, S. 273)

Dementsprechend werden die zwei Felder Natur und Umwelt, die in enger definitorischer Verbindung mit dem ländlichen Raum stehen, schon in der Romantik von konservativen Denker/innen in Beschlag genommen, gleichzeitig prägen die beiden Bereiche Natur und ländlicher Raum das konservative Selbstverständnis.

So nimmt das konservative Zeitverständnis etwa Anleihen an den Kreislauf der Natur als ewig wiederkehrendes und beständiges Moment, oder der ländliche Raum mit seiner bäuerlichen Gesellschaft wird als Projektionsfläche für eine ideale Gesellschaftsordnung gebraucht.

Da vor allem der Konservatismus den ländlichen Raum für sich vereinnahmt hat, soll deren Be-Deutung für die Ideologie des Konservatismus diese Arbeit einleiten. Im Rahmen der konservativen Bewegung erhalten der ländliche Raum und die bäuerliche Gesellschaft eine lange Reihe von Zuschreibungen. Unter anderem definiert Ernst Niekisch die Bauern/Bäuerinnen als „ewige Barbaren“, da sie in ihrer Verwurzelung mit der Heimat in Form von Grund und Boden keine empfänglichen Opfer imperialer Politik darstellen.<sup>1</sup> Besonders in Folge der antiurbanen und antiindustriellen Haltung der Konservativen als

---

<sup>1</sup> Auch bei Friedrich Georg Jünger erlebt die bäuerliche Gesellschaft eine ähnliche Würdigung im Sinne der konservativen Denkrichtung: „Es scheint, daß die Vernichtung des freien Bauernstandes eine unerläßliche Voraussetzung für die Bildung von Weltmonarchien ist. Denn erst, wenn dieses an seinen Boden verhaftete, ruhende und Veränderungen abgeneigte Bauerntum beseitigt worden ist, gewinnen die politischen Ideen jene raumfressende Kraft, die imperial genannt werden darf.“ (Großheim, 1995, S. 122)

Reaktion auf die Erfahrungen des ersten Weltkrieges erhalten der ländliche Raum und das Bauerntum erhöhte Aufmerksamkeit.

## **2.1 Die Geburtsstunde der Ideologie, oder neue Baupläne für die Welt**

Seitdem das Bewusstsein über die Gestaltungsfähigkeit und die Dynamik des Zusammenlebens von Menschen besteht, existieren Konflikte zwischen verschiedenen Denkstilen über die richtigen Lösungsansätze für die politische, ökonomische und soziale Organisation von Gesellschaften.<sup>2</sup> Soziale und politische Strömungen können daher einerseits als Resultat sozialer und politischer Veränderungen interpretiert werden, gleichzeitig kommt ihnen aber auch Bedeutung als Wegbereiter von politischen und sozialen Wandlungsprozessen zu, denn mit einem Wandel im Denken vollzieht sich auch eine Veränderung des Er-lebens. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 78f)

Insbesondere der Rationalismus hebt sich zum Dreh- und Angelpunkt für verschiedene Denkrichtungen empor, denn gleich dem Denken ändert sich mit der Rationalisierung wie gesagt auch das Erleben. Damit wird das neuzeitliche, rationalistische Denken zur Hauptströmung, und die Gegenströmung zum Rationalismus wurde vor allem von jenen Gruppierungen angetrieben, die nicht im sich intensivierenden kapitalistischen Prozess, der mit dem Rationalisierungsprozess einhergeht, integriert waren, die keine bedeutende Rolle darin spielten oder gar zu den Verlierer/innen des Wandlungsprozesses zählen, wie beispielsweise bäuerliche Schichten, Handwerker/innen oder der Adel.<sup>3</sup> (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 83)

Aus soziokultureller und ökonomischer Sicht vollzieht sich in dieser Phase auch der Wandel von einer agrarisch orientierten Gesellschaft zu einer Industriegesellschaft. (Vgl.: Wimmer, 2000, S. 532)

Waren im Mittelalter die Konflikte noch vorwiegend religiös geprägt, so spitzt sich der Prozess der Ausformung unterschiedlicher Denkstile mit den spezifischen Antworten auf politische und soziale Aspekte im 19. Jahrhundert zu. Bildlich gesprochen stehen sich ab

---

<sup>2</sup> „Blickt man in die Geschichte der Neuzeit zurück, so entstand der Konservatismus in dem Augenblick, als die Gesellschaft „machbar“ wurde, als es möglich wurde, Zukunftsprojektionen über den Aufbau der Gesellschaft, die radikale Veränderungen der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen vorsahen – sei es durch Reformen, sei es durch Revolutionen -, in die Tat umzusetzen.“ (Ribhegge, 1984, S. 123)

<sup>3</sup> Die historisch-gesellschaftlichen Wurzeln des Konservatismus liegen in der Französischen Revolution, und können als Gegenwehr zum Aufkommen des politischen bürgerlichen Zeitalters verstanden werden, da Adel, Großgrundbesitzer aber auch die geistliche Macht um ihre privilegierte Stellung fürchten müssen. (Vgl.: Fritzsche, 1998, S. 269)

Der Konservatismus beschreibt daher eine Ideologie, die zu Beginn vor allem von Adel, Aristokratie und der bäuerlichen Gesellschaft getragen wird. (Vgl.: Huntington, 1984, S. 89)

dem Zeitpunkt verschiedene Welten gegenüber, die auf Grund der unterschiedlichen Lösungsansätze und Herangehensweisen einen individuellen Zugang zur sozialen und politischen Frage haben. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 69f)

Als jene Phase in der die Entwicklung von Ideologien wesentlich voranschreitet, gilt neben dem oben beschriebenen Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, die Zeit der französischen Revolution. (Vgl.: Wimmer, 2000, S. 537)

Das Entstehen einer Strömung wie jener des Konservatismus verdeutlicht also, dass sich auf geistiger und sozialer Ebene, wie bereits oben erwähnt, ein Wandel vollzieht. Es entsteht ein System, das von Strömungen und Gegenströmungen gekennzeichnet ist. So muss einer Strömung, die vom Dogma des Fortschritts dominiert wird, eine Gegenströmung gegenüber stehen, die eine konservierende und restaurierende Haltung einnimmt. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 106f)

Droht eine neue Vorstellung über die Organisation von Gesellschaften traditionelle Werte und Normen abzulösen, wie dies beispielsweise im Rahmen der französischen Revolution der Fall war, so setzt dieser Prozess von Strömung und Gegenströmung ein. (Vgl.: Wimmer, 2000, S. 532)

Summa summarum bilden also die diversen Lösungsansätze für politische und soziale Fragen, die durch strukturelle und soziokulturelle Veränderungen von Gesellschaften aufgeworfen werden, die Wasserscheide für die konträren Gruppierungen, da verschiedene Bewegungen versuchen, auf unterschiedliche Art und Weise auf die Strukturprobleme einer Gesellschaft einzugehen. Aus diesem Antrieb heraus können sich Strömungen wie jene des Konservatismus entwickeln, und so wandeln sich gleichzeitig auch das Erleben und Denken mit dem Aufkommen solcher Bewegungen. (Mannheim, 1984, S. 107f)

## **2.2 Traditionalismus – Konservatismus, eine definitorische Unterscheidung**

Um eine Trennlinie zwischen Traditionalismus und Konservatismus ziehen zu können, erscheint die Mannheimsche Definition der beiden Begriffe als sehr hilfreich. Traditionalismus beschreibt hierbei ein Festhalten an Althergebrachtem und die vollkommene Negierung und Ablehnung von Veränderungen. Traditionalismus bildet daher den Kontrast zu jedweder Form von Reformbestrebungen, ist aber nicht gezwungenermaßen an die politische Strömung des Konservatismus gebunden, da

beispielsweise auch progressive Politiker/innen in ihrem Privatleben sehr traditionalistisch handeln und denken können. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 93f)

Traditionalismus verfügt auf Grund seines hoch reaktiven Charakters daher über keine klar verfolgbare Geschichte. „„Konservatismus“ dagegen meint eine *historisch und soziologisch erfassbare Kontinuität, die in einer bestimmten soziologischen und historischen Situation entstanden ist und in unmittelbarem Konnex mit dem historisch Lebendigen sich entwickelt.*“ (Mannheim, 1984, S. 97)

Politisch konservativ zu handeln ist wiederum stark gekennzeichnet von dem stark situativen Charakter, der dem Konservatismus inne wohnt, was eine konkrete Definition des Begriffes ebenfalls erschwert. Traditionalistisches Handeln erfolgt hingegen klar nach dem oben erwähnten Muster, und ist daher berechenbar.

„Wie ein traditionalistisches Reagieren im Falle des Auftauchens einer Neuerung (sagen wir der Einführung der Eisenbahnen) ausfallen muß, unterliegt keinem Zweifel; wie sich aber ein Konservativer, oder einer, der im Sinne des politischen Konservatismus in einer Epoche handelt, verhalten wird, ist nur *auf Grund der Kenntnis der Eigenart und Struktur der „konservativen Bewegung“* im betreffenden Lande und im betreffenden Zeitabschnitt annähernd beantwortbar.“ (Mannheim, 1984, S. 94)

Das Bild, das der politische Konservatismus liefert, hängt also, anders als beim Traditionalismus, erheblich von den gegebenen sozialen und historischen Strukturzusammenhängen ab, und er ist damit einer gewissen Dynamik unterworfen. Wie im politischen Sinne „konservativ“ gehandelt wird, und was darunter zu verstehen ist, ist im Wesentlichen Abhängig von der jeweiligen Epoche und Örtlichkeit.

So gilt die Zeit der französischen Revolution als Zäsur für das Entstehen der konservativen Bewegung in Frankreich, wo sich der Konservatismus als Antipode zu den, von den Verfechtern der französischen Revolution getragenen, Vorstellungen etabliert. (Vgl.: Mayer-Tasch, 1985, S. 74)

Es soll an dieser Stelle aber nicht unerwähnt bleiben, dass der Konservatismus häufig auch traditionalistische Elemente impliziert. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 94-97)

### **2.3 Reflexion und Reaktion als Nukleus des konservativen Theorieansatzes**

Ein essentielles Wesensmerkmal des Konservatismus als Ideologie ist seine hohe Reaktivität und Reflexivität, was heißt, dass der Konservatismus, wie oben bereits

angedeutet, über eine enorme situative Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen Erfordernisse seiner Anhänger verfügt.<sup>4</sup>

So präsentiert sich der Konservatismus in vielen verschiedenen Gesichtern, je nach Konstellation und Bedarf seiner Vertreter/innen. Die hohe Reaktivität und Reflexivität des Konservatismus ist aber, anders als beim Traditionalismus, der Antrieb aus der Angst vor Neuerungen erhält, begründet in einem stark sinnorientierten Handeln. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 28)

Laut Karl Mannheim kann jede bestimmte Erscheinungsform des Konservatismus als Ergebnis der jeweiligen gegenwärtigen sozialen Konstellation oder Situation interpretiert werden, die bestimmte Denkform/Auslegung des Konservatismus ist damit stark gezeichnet durch ihre Situationsbedingtheit. Mannheim bezeichnet diesen Umstand als „soziale Gebundenheit“ einer Denkrichtung. So erfährt die Epoche der Romantik in Deutschland beispielsweise eine andere Ausformung als in Frankreich. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 59-62)

(Politische) Handlungen lassen sich daher erst aus ihrem Strukturzusammenhang erklären. Beispielsweise kann der Nationalismus als Denkrichtung sowohl konservativen als auch progressiven Kräften zugeschrieben werden.<sup>5</sup>

Gleich dem Konservatismus unterliegt daher auch der Progressismus einer dauernden Veränderung, somit kann seine Interpretation auch erst im Blickwinkel des Strukturzusammenhangs erfolgen. (Vgl.: Ribhegge, 1984, S. 118f)

Jede Zeit/Realität erhält damit ihren eigenen Konservatismus und Progressismus. „Die beiden historischen Prozesse des Konservatismus und Progressismus lassen sich nach den Modellen der Kybernetik als integrative gesellschaftliche Steuerungssysteme darstellen, die sich durch einen zielverändernden Rückkopplungsprozeß und Lernprozeß ständig verändern.“ (Ribhegge, 1984, S. 125)

Das originäre konservative Erleben wird sich daher selbst erst dann bewusst, wenn es reflexiv auf bereits bestehende, andersartige Lebens- und Denkweisen reagieren muss,

---

<sup>4</sup> „Das konservative Denken ist reaktiv seinem Wesen nach. Solange eine Ordnung nicht angefochten wird, kommt man nicht darauf, sie rational zu begründen.“ (v. d. Gablentz, 1984, S. 79)

<sup>5</sup> „Der Nationalismus der liberalen Bewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist als progressiv, der Nationalismus der am Ersten Weltkrieg beteiligten europäischen Mächte dagegen als konservativ zu werten. Seine konservative Qualifikation erhielt der Nationalismus erst durch die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa herrschende historisch-gesellschaftliche Konstellation.“ (Ribhegge, 1984, S. 118f)

gegen die sich dieses konservative Erleben zu wehren und abzugrenzen hat. Die Reflexion ist also ein bedeutendes Merkmal für das Verständnis von Konservatismus. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 125)

Die Notwendigkeit zu agieren, oder besser zu reagieren, besteht für Konservative nur im Rahmen einer konkreten Krise. Die Reaktion der Verfechter/innen des Konservatismus kann als Reaktion auf eine spezifische gesellschaftliche Situation verstanden werden. „Die Erscheinungen des Konservatismus an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten haben wenig Verbindung miteinander. Der Konservatismus gibt also kein permanentes Gruppeninteresse wieder.“ (Vgl.: Huntington, 1984, S. 103)

Dies zeigt sich unter anderem bereits in der Wortbedeutung von „Konservativ“, einer Wortkreation der 1830er Jahre, die vom lateinischen Begriff *conservare* (= erhalten, bewahren) abstammt. (Vgl.: Wimmer, 2000, S. 559)

Ein den Konservatismus einendes Motiv besteht aber sehr wohl, da die Handlungsmotivation häufig aus sozialer Angst erwächst, sei dies nun die Angst vor Geheimbünden, Revolutionen, Liberalen, Kommunist/innen oder Sozialist/innen. (Vgl.: Ribhegge, 1984, S. 121)

Aus der stark reflexiven und reaktiven Haltung des Konservatismus gegen die progressive Strömung erwächst für Samuel Huntington eine Schwierigkeit des Konservatismus: er hat keine Vorstellung vom „Ideal“ und er verfügt auch über keine politischen Leitbilder, da er sich die Reaktion als politisches Werkzeug zu Eigen macht. So haben Liberalismus, Faschismus oder der Sozialismus Vorstellungen über die ideale Ordnung einer Gesellschaft, die zudem mit bestimmten Werten ausgestattet ist. Der Soll-Zustand oder Idealzustand bildet den Schwerpunkt um den diese drei Ideologien kreisen. Dem Konservatismus fehlt hingegen ein Wunschbild/eine Wunschvorstellung der idealen Gesellschafts-, Wirtschafts-, Macht- und politischen Ordnung – ein konservatives Utopia.<sup>6</sup> (Vgl.: Huntington, 1984, S. 92)

---

<sup>6</sup> „Die Begriffe „Liberalismus“, „Demokratie“, „Kommunismus“, „Faschismus“ vermitteln alle eine Andeutung darüber, wie Macht und andere Werte in der Gesellschaft verteilt sein sollen, über die verhältnismäßige Wichtigkeit der Staatseinrichtungen und sonstiger sozialer Institutionen, über die Beziehungen zwischen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Strukturen, über das Regierungs- und Repräsentationssystem im allgemeinen, über die Formen der exekutiven und legislativen Einrichtungen.“ (Huntington, 1984, S. 92)

Aus diesem Grund fällt es dem Konservatismus auch schwer, tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte zu lösen, da, anders als im Progressivismus, keine Vorstellung über den Soll-Zustand besteht. (Vgl.: Ribhegge, 1984, S. 128)

Die Ideologie des Konservatismus besitzt daher verstärkt institutionellen und immanenten Charakter, auf Kosten von Transzendenz und Idealen, die für Huntington in nicht-konservativen Ideologien vorzufinden sind. (Vgl.: Huntington, 1984, S. 93)<sup>7</sup>

## **2.4 Konservativ contra Progressiv**

Das sinnorientierte und situative Handeln des Konservatismus bildet insbesondere einen Widerpart gegen jede Form von Progressivität. Der Konservatismus stellt sich als reflexive Denkrichtung zur Schau, da er sich in jeder Beziehung, im Sinne des oben erwähnten Schemas Strömung-Gegenströmung, gegen progressive Bestrebungen richtet. Ihre erste Ausformung in einer politischen und sozialen Bewegung erfährt die progressive Haltung im Rationalismus. In der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Konservatismus können aufklärerische Strömungen daher als die ersten Widersacher des Konservatismus identifiziert werden. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 103)

Bezieht sich der Konservatismus auf das Konkrete, so haben progressive Strömungen das Abstrakte, im Sinne einer Vorstellung des Möglichen, im Visier. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 112)

„Mit dem Gegensatz „konkret-abstrakt“ hängt eng zusammen der Gegensatz, der dadurch entsteht, daß das progressive Denken stets nicht nur, wie wir gesehen haben, vom Möglichen aus, sondern *von der Norm aus das Daseiende* sieht, der Konservative dagegen das Daseiende in seiner Bedingtheit erfassen will oder aber das Normative vom Sein aus zu verstehen versucht.“ (Mannheim, 1984, S. 119)

Es besteht also bereits im Zeit- und Begriffsverständnis ein essentieller Unterschied zwischen Konservativ und Progressiv. Dient der progressiven Haltung die Zukunft als Bezugspunkt, besteht im Konservatismus ein starker Vergangenheitsbezug, was sich auch

---

<sup>7</sup> „Konservatives Denken wiederholt sich, es entwickelt sich nicht fort; seine Ausdrucksformen sind geschichtlich isoliert und unstetig. Deshalb ist der Konservatismus, der Verteidiger der Tradition, selber traditionslos, so paradox dies klingen mag; der Konservatismus, der sich auf die Geschichte beruft, besitzt selber keine Vergangenheit.“ (Huntington, 1984, S. 103)

in einem unterschiedlichen Erleben der Gegenwart zeigt. „...der Progressive erlebt die jeweilige Gegenwart, als den Anfang der Zukunft, während der Konservative die Gegenwart als die letzte Etappe der Vergangenheit erlebt.“<sup>8</sup> (Mannheim, 1984, S. 121)

Für die Ausbildung des heute gängigen rechts-links Schemas der Ideologien ist dieses differenzierte Zeitverständnis von größter Bedeutung. So blickt Links in die Zukunft, will Veränderung, wohingegen Rechts traditionell aus der Sicht der Vergangenheit in die Gegenwart blickt, womit das Ziel der Bewahrung dessen, was sich bewährt hat, verbunden ist. (Vgl.: Wimmer, 2000, S. 539)<sup>9</sup>

Die, von Konservativen verfolgte Politik hat daher auch häufig restaurativen Charakter. Ziel ist die Wiederherstellung des „alten Zustandes“. Mit Restauration ist immer auch die Angst vor einer Revolution verbunden, da mit restaurativen Zeiten gleichzeitig immer Phasen notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen einhergehen. (Vgl.: Dirks, 1984, S. 263-265)<sup>10</sup>

„Restaurationen sind „natürliche“ Vorgänge: „Natürlich“ ist die aktive Selbstsucht der großen und kleinen Privilegierten und ehemals Privilegierten, ihr Drang, die Stellung zu halten und auszubauen. „Natürlich“ ist die Bequemlichkeit der Massen und ihr Mangel an Phantasie: nichts ist „natürlicher“, als wiederherzustellen, was gewesen ist.“ (Dirks, 1984, S. 266)

Das Frühere, Vergangene hat für Konservative einen allgemeingültigen Anspruch, der über alle Zeiten hinaus Geltung hat. Das *richtige* Leben ist daher immer das frühere Leben. Diese Haltung ist mit Ergebnis des Umstandes, dass sich die Vertreter/innen des Konservatismus gegen jedwede Emanzipationsbestrebungen wehren. Anfangs kämpft der Adel gegen die Emanzipationsbestrebungen des Bürgertums, später formieren sich Adel und Bürgertum gegen die emanzipativen Anstrengungen der Arbeiterklasse. Der Konservatismus übt sich daher von Grund auf in einer feindlichen Haltung gegen gesellschaftlichen Fortschritt. „Werte“ sind das Schlagwort, das vom Konservatismus zur Legitimierung seiner Haltung eingesetzt wird. (Vgl.: Fritzsche, 1998, S. 269f)

---

<sup>8</sup> In der Idee des Konservatismus erhält die Vergangenheit oftmals eine verklärte Würdigung, da in der Vergangenheit scheinbar noch stabile Herrschaftsverhältnisse herrschten, diese rückwärts gewandte Tendenz steht also in klarem Widerspruch zu den zeitgenössischen vorwärtsgewandten Ideen im Zuge der französischen Revolution. (Vgl.: Fritzsche, 1998, S. 269)

<sup>9</sup> „Das Verhältnis des Konservatismus zur Vergangenheit ist unkritisch und unreflektiert: Er neigt dazu, in ihr eine Rechtfertigung der Gegenwart zu sehen.“ (Ribhegge, 1984, S. 128)

<sup>10</sup> „Der klassische Fall knüpft sich an den Namen Metternich. Die französische Revolution und was sie in Europa in Bewegung gesetzt hatte, die Diktatur Bonapartes und seine Eroberungen, die Freiheitskriege und die von ihnen erweckten nationalen Bewegungen: dies alles sollte überwunden werden durch ein System der Wiederherstellungen: der Monarchie, der Legitimität, des Christentums, der Vorrechte der herrschenden Schichten, des Gleichgewichts der europäischen Kabinette.“ (Dirks, 1984, S. 263)

„Die Werte, um deren Bewahrung und Tradierung es dem Konservatismus geht, „entstehen“ jeweils erst, indem sie gefährdet, bestritten, bekämpft und aufgelöst werden. Vorher weiß der Konservative nicht nur nicht um sie, sondern „es gibt“ sie gleichsam nicht, jedenfalls nicht als „Werte“.“ (Greiffenhagen, 1984, S. 158)

In diesem, dem Konservatismus eigenen, Zeitverständnis wurzeln auch eine Reihe von Elementen, die das Fundament konservativer Denkweise bilden. So haben etwa im Konservatismus Grundfeste wie Grund und Boden oder Familie, die vergangenen Generationen mit eingeschlossen, eine originäre Bedeutung. Diese beiden Aspekte erfahren, aus der Sicht von Zeitlichkeit betrachtet, eine Zuschreibung von Dauerhaftigkeit. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 123)

Familie bildet für Konservative das Zentrum und den Keim der Gesellschaft, und in weiterer Folge baut sich die gesamte Gesellschaft auf die beiden Grundfeste Ehe und Familie auf. Auf die Gemeinschaft umgemünzt gilt es, die historisch gewachsene Gesellschaft zu bewahren und zu fördern.<sup>11</sup> (Vgl.: Wimmer, 2000, S. 560)

Für den Konservatismus sind die Verhältnisse nicht wandelbar, sondern ein statisches Konstrukt das nicht verändert werden darf oder soll. Im Gegensatz zu Progressiven verstehen Konservative Gesellschaft als das Ergebnis historischen Wachstums. Traditionen, Althergebrachtes und die institutionelle Ordnung stellen die Fundamente einer funktionierenden Gesellschaft dar, da der Konservatismus ein pessimistisches Menschenbild transportiert: Der Mensch neigt häufig zum Bösen, und daher ist eine Führung notwendig, die konservative Strömung hat damit auch durchwegs autoritäre Züge. (Vgl.: Fritzsche, 1998, S. 272)

Die Grundpfeiler und Elemente der konservativen Ideologie können daher, allgemein formuliert, als Antithese zu den, für progressive Strömungen wichtigen Werten und Normen interpretiert werden, und ziehen in weiterer Folge einen Phalanx an Vorstellungen zur gesellschaftlichen Ordnung nach sich.

---

<sup>11</sup> „Fremdes und Fremde werden verstärkt ausgegrenzt, Bindungsideologien und Identitätsmythen hingegen proklamiert, vor allem die Familie als Keimzelle des Staates und die Nation als überzeitliche, exklusive Schicksals- und Kulturgemeinschaft. Ein neubelebter *Wertefundamentalismus* soll zusammenhalten, was der reale Prozeß auseinanderreibt.“ (Fritzsche, 1998, S. 298)

Auch das Individuum erhält im Konservatismus dem Progressivismus konträre Zuschreibungen. Die Rechte des/der Einzelnen sind, anders als bei der progressiven Strömung, der Gemeinschaft unterzuordnen. Es wird, anders als im Progressivismus, allgemein von einer Ungleichheit der Individuen ausgegangen. So ist die bürgerliche Gesellschaft geprägt von Differenzierungen nach Klassen oder Gruppen, daher sind die Menschen ungleich, und es wird von der Existenz von natürlichen, gewachsenen Hierarchien ausgegangen. In dasselbe Horn wird auch geblasen, wenn Erfahrung und Gewohnheit dem Prinzip der Vernunft als handlungsleitendes Prinzip vorgezogen werden sollen. Auf Herrschaftsebene bedeutet dies, dass die Erfahrung der bestehenden Regierungsweise nichterprobten Veränderungen vorzuziehen ist. (Vgl.: Wimmer, 2000, S. 560f)

Die drei Schwerpunkte des konservativen Denkens bilden Religion, Staat und Autorität.

Autorität formuliert den Überbau, in dem sowohl Religion als auch der Staat ihre ordnungsgebende Instanz identifizieren – Autorität ist für Konservative die Voraussetzung für das Bestehen von Religion und Staat.

Die Existenz einer gemeinsamen Religion bildet die Basis für eine Einheit von Gesellschaft und deren Kultur. Religion kommt dahingehend die Funktion einer kollektiven Weltanschauung zu, und sie nimmt in weiterer Folge auf gesellschaftlicher Ebene eine Funktion als Stütze der bürgerlichen Gesellschaft ein.

Der Staat kann dieselbe vereinheitlichende, homogenisierende und identitätsstiftende Aufgabe erfüllen wie Religion. Da Religion zusehends ihren mobilisierenden Charakter verliert, fällt dieser Auftrag nun vermehrt dem Staat als vereinheitlichendes Element zu. Der Staat im Sinne des Konservatismus schafft/bewahrt Homogenität und Ordnung innerhalb der Gemeinschaft.<sup>12</sup> (Vgl.: Greiffenhagen, 1984, S. 164-169)

Im Zuge der politischen und gesellschaftlichen Organisation steht das Prinzip der „Subsidiarität“ der Idee des „starken Staates“ gegenüber. So wollen Konservative, dass politische Aufgaben auf lokaler Ebene behandelt werden, gleichzeitig soll der Staat aber als

---

<sup>12</sup> „So ist der Staat für die Konservativen mehr als ein öffentlich-rechtlich institutionalisierter Selbstbedienungsladen zufällig koexistierender Konsumenten, sondern eine historisch gewordene Schicksalsgemeinschaft ihrer zur Solidarität und Mitverantwortung aufgerufenen Bürger.“ (Kindermann, 1999, S. 213)

starke Ordnungsmacht mit kraftvoller Polizei und Militär u.a. gegen Kriminalität und „äußere Feinde“ auftreten. (Vgl.: Wimmer, 2000, S. 561)

Die Bewahrung der politischen und gesellschaftlichen Herrschaft und auch die Sicherung des Privateigentums zählen damit zu jenen Aufgaben, die die staatliche Ordnung zu erfüllen hat. (Vgl.: Fritzsche, 1998, S. 274)

## **2.5 Die französische Revolution und die konservative Gegenmobilisierung**

Der Konservatismus des beginnenden 19. Jahrhunderts wendet sich gegen die von Rationalismus geprägte Aufklärung. Vor allem als Gegenpol zu neuen Ideen der progressiven Linken, die mit der französischen Revolution Hand in Hand gehen, entwickelt der Konservatismus erste mobilisierende Kräfte.<sup>13</sup>

Die Zeit der französischen Revolution bietet erstmals die Möglichkeit für einen durchgreifenden gesellschaftlichen und politischen Umbruch. Für Ribhegge existiert der Konservatismus daher seit 1789 als ernst zunehmender gesellschaftlicher Faktor. (Vgl.: Ribhegge, 1984, S. 123)

Demgemäß verstehen die ersten Konservativen die französische Revolution beispielsweise als Angriff auf Religion und Kirche. Es handelt sich jedoch hierbei um keinen Religionskonflikt, in dem es um den *richtigen* Glauben gehen würde, sondern es geht um Religion im Allgemeinen, die durch den Modernisierungsprozess in Gefahr zu geraten scheint. (Vgl.: Wimmer, 2000, S. 557-559)

In ihrer Existenz und Stellung bedroht, wenden sich Vertreter/innen der feudalen, agrarischen und aristokratischen Ordnung im Zuge der französischen Revolution gegen die aufstrebende städtische und aufgeklärte bürgerliche Klasse. (Vgl.: Huntington, 1984, S. 99)

Als literarischer Begründer des Konservatismus gilt Edmund Burke (1729-1797). Burke reagiert in seinen „Reflections on the Revolution in France“ vor allem auf die Sympathisant/innen der französischen Revolution in England.

---

<sup>13</sup> Obwohl die französische Revolution dem konservativen Denken immensen Auftrieb verleiht, kann in der Geschichte bis in das Mittelalter zurückgegangen werden, um erste konservative Ressentiments zu entdecken. Sobald es im 16. und 17. Jahrhundert zu einer Bedrohung der bestehenden Besitzverhältnisse kam, widersetzten sich die Verfechter/innen der mittelalterlichen, ständischen Ordnung gegen den zunehmenden Machtgewinn der Königshäuser (unter anderem durch eine verstärkte Zentralisierung der Autorität) und gegen die Gefahren, die in der Reformation zu lauern schienen. (Vgl.: Huntington, 1984, S. 98)

Er beschreibt bereits viele Elemente, die für den Konservatismus prägend sind. So formuliert er schon ein, der konservativen Idee eigenes Geschichtsverständnis. Sein Zugang basiert auf Kontinuität.<sup>14</sup> Kontinuität und ein Anpreisen/Verehren des Vergangenen sind die historischen Wegweiser Burkes. Unter anderem erfahren die Ahnen bei ihm eine tiefe Verehrung. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 155)

Dieses Geschichtsbewußtsein („Historismus“) entsteht daher beim Konservatismus als Reaktion auf den in Revolutionen implizierten Bruch mit der Vergangenheit. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 156)

Neben der Kontinuität ist für Burke auch eine Affinität für eine bestimmte Epoche wesentlich für die konservative Haltung. Wenn also das Mittelalter verehrt wird, so wird die Bedeutung des Adels als Träger dieser Zeit hervorgehoben, oder auch die ständische Ordnung angepriesen. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 157)

Die Epoche der Romantik ist in Deutschland ebenfalls von konservativen Denkweisen durchzogen. So werden an Kirche, Mittelalter oder Adel Sehnsüchte der Romantik gebunden. (Vgl.: Mannheim, 1984, S. 159)<sup>15</sup>

## 2.6 Das Naturverständnis im Konservatismus

Den ersten Bezug zu Natur/dem Natürlichen erfährt der Konservatismus in der Romantik. So dient der romantischen Bewegung Natur ab dem 18. Jahrhundert als Projektionsfläche, dementsprechend werden die Vorzüge des Landlebens und der Natur/des Natürlichen von ihren Vertreter/innen hervorgehoben. (Vgl.: Valjavec, 1984, S. 147)

---

<sup>14</sup> Das spätere Geschichtsverständnis der Konservativen vom organisch Wachsenden kommt bei Burke aber noch nicht vor.

<sup>15</sup> „Die Schlüsselworte des Konservatismus in diesem Kampf heißen *Tradition, Geschichte* und *Autorität*. Irrationale und metaphysische Legitimationen sollen dafür einstehen, daß es bleibt oder wieder wird wie einst: statisch, hierarchisch, ungleich. Der emphatische Bezug auf die Geschichte, der sie ja nie im Ganzen, sondern nur ihre erwünschten Elemente und Aspekte meint, schließt Vergangenheitsvergoldung, ideologische Einfärbung und offene Manipulation nicht nur nicht aus, sondern lebt wesentlich von ihnen. Dabei nimmt das Mittelalter geradezu mythische Züge eines goldenen Zeitalters an und überlagert und vertritt in der Rückschau zunehmend die spätabsoolutistischen Verhältnisse. Der Staat wird, zumal im deutschen Konservatismus, zum Symbol nicht nur der Macht, sondern der Einheitlichkeit und Gewährleistung, zum Gegenstand der Verehrung wie der Hoffnung auf dauernde Bewahrung der gesellschaftlichen Herrschaftspositionen gegen die von unten anbrandenden Massen. Das Gleiche gilt dem Grund nach für die Begriffe Nation und Volk, die eine angeblich überzeitliche, homogene und exklusive Gemeinschaft – der Geschichte, des Schicksals, der Kultur, in Deutschland etwa auch noch des Blutes – beschwören und so den Status quo stabilisieren sollen, vor allem indem die gesellschaftlichen Aggressionen auf das Fremde oder Abweichende gelenkt werden.“ (Fritzsche, 1998, S. 273f)

Der ökologische Diskurs wird daher im Grunde bereits seit dem 18. Jahrhundert geführt. Dieser vom Konservatismus getragene Diskurs kann wiederum als Gegenströmung zum fortschrittsorientierten Rationalismus, und in weiterer Folge als Gegenspieler des Progressismus interpretiert werden. (Vgl.: Huber, 1991, S. 32-36)

Der Fortschrittsdiskurs, der mit dem Primat der Technik in Verbindung steht, ist mit einem linearen Verständnis von Zeit ausgestattet. Sein Antipode predigt wiederum die Ganzheitlichkeit und den Einklang mit der Natur. (Vgl.: Huber, 1991, S. 38)

Ab dem 18. Jahrhundert erfahren antiurbane, antiindustrielle und antitechnische Tendenzen im Denkgebäude des Konservatismus ihre erste Würdigung, und der ländliche Raum und der darin integrierte Bauernstand werden in einem idealisierten Bild als (noch) funktionierende Gesellschaftsordnung präsentiert. (Vgl.: Heuser, 1997, S. 61f)

Dieses hochstilisierte Bild der Natur und des Landlebens kann als Ökoromantik bezeichnet werden. Diese sieht sich selbst als drittes Lager zwischen Sozialismus und Kapitalismus. (Vgl.: Eickhoff, 1997, S. 82)

Der Konservatismus verortet eine Krise der Mensch-Natur-Beziehung, die aus dem Rationalismus und der damit verbundenen Priorität der Technik erwächst. Dieser Umstand wird zu einer Art Lebensphilosophie der Konservativen umgedeutet.<sup>16</sup> (Vgl.: Steigerwald, 1988, S. 80)

Die Wiederherstellung dieses Gleichgewichts bezeichnet ein wichtiges Element des Konservatismus. Sei dies nun in Bezug auf die Natur – die Wiederherstellung einer Naturlandschaft – oder auch auf die Gesellschaft. Die Restauration von Natur beschreibt ein bedeutendes Ziel für Konservative, gleichzeitig schwingt auch als Moment die Herstellung der alten, „natürlichen“ Gesellschaftsordnung mit. (Vgl.: Steigerwald, 1988, S. 98f)

Das Zeitverständnis des Konservatismus ist stark am Kreislaufdenken orientiert. Der Naturkreislauf dient daher dem Konservatismus als Allegorie für das eigene Empfinden

---

<sup>16</sup> „Sie lehnten die moderne Gesellschaft ab, da sie die Menschen „entwurzele“ und von ihren natürlichen Ursprüngen entfremde und da sie die natürlichen Grundlagen „des Lebens“ durch Schaffung „künstlicher Systeme“ zerstöre. Ihre Utopie war das ländliche Leben, der Bauer, der in noch ungebrochener Einheit mit der Natur lebte, die kleinen, historisch gewachsenen Dörfer und das gediegene Handwerk. An Stelle der städtischen „Massengesellschaft“ sollten wieder kleine, überschaubare soziale Einheiten treten.“ (Heuser, 1991, S. 45)

von Zeitlichkeit, und dem Ewigkeitsanspruch, der dem konservativen Denken inne wohnt. (Vgl.: Greiffenhagen, 1984, S. 165)<sup>17</sup>

Besonders Wortführer/innen der „Konservativen Revolution“ wie Ernst Jünger, Ludwig Klages, Martin Heidegger, Friedrich Georg Jünger oder auch Ernst Niekisch heben nach den Erfahrungen des ersten Weltkrieges als erster technischer Massenkrieg die Natur und den ländlichen Raum als Gegensatz zu Technik und Modernisierung hervor. (Vgl.: Großheim, 1995, S. 27)

Ludwig Klages sieht eine Notwendigkeit der Hinwendung zur Ökologisierung als Antwort auf die zeitgleiche Priorität der Technik, die laut Klages eine Partnerschaft mit Zerstörung allgemein eingeht. (Vgl.: Großheim, 1995, S. 35)

Der/die, mit Boden, Land und Tradition verwurzelte Bauer/Bäuerin verkörpert für die Vertreter/innen der „Konservativen Revolution“ das Idealbild einer Symbiose zwischen Mensch und Natur, da dieser noch in Gleichgewicht und Harmonie mit der ihm umgebenden Natur lebt. Heimat erhält damit in weiterer Folge eine bäuerliche Konnotation. (Vgl.: Großheim, 1995, S. 115f)

Die zunehmende Technisierung, und damit Abkehr von der Natur, bringt umgekehrt eine zunehmende Mobilisierung der Massen und damit das Entstehen von Massenbewegungen mit sich, was die Gefahr von Revolutionen steigert. (Vgl.: Jünger, 1949, S. 151)

Zur Zeit des Nazi-Regimes wird das, von den Verfechter/innen der „Konservativen Revolution“ getragene Naturverständnis von den Nationalsozialist/innen weiter geführt. Natur wird von den Nationalsozialist/innen darüber hinaus als handlungsermächtigender Vorwand verwendet. „Das ideale Schöne im Nationalsozialismus war das „Natürliche“, das „Gesunde“.“ Die inhumansten Handlungen in Vernichtungs- und Konzentrationslagern erhalten nicht zuletzt ihre Berechtigung durch die Berufung auf eine Natur, die eine „Ausmerzungen unwerten Lebens“ sogar vorgibt. (Adler, 1991, S. 68-70)

Es existieren Pläne vom SA-Mitbegründer Otto Strasser zur Entstädterung und der Re-Agrarisierung Deutschlands. Die Re-Agrarisierung wird von einem Umsiedlungsplan gen

---

<sup>17</sup> „Die Zeiterfahrung des konservativen Bewusstseins ist deshalb nicht zielgerichtet auf die Zukunft, die die Gegenwart auf eine ihr immanente Zukünftigkeit hin überschreitet, sondern eher kreisförmig, indem die Zukunft die falsche Gegenwart reformiert, damit endlich die geistigen Wahrheiten der vergessenen Überlieferungen wiederkehren können.“ (Jung, 2002, S. 48)

Osten<sup>18</sup> begleitet, und es soll wieder der Fokus auf kleine Betriebe auf Kosten der Großbetriebe und der Industrialisierung gerichtet werden. (Vgl.: Heuser, 1991, S. 49)

Auch das Bauerntum erfährt unter den Ideologen des Nationalsozialismus eine besondere Würdigung als ideale Gemeinschaftsform, da die gewachsenen, an die Scholle gebundenen, bäuerlichen Strukturen wiederum dem Kapitalismus und dem Marxismus und deren Mobilisierungspotential gegenüber als überlegen dargestellt werden. (Vgl.: Heuser, 1991, S. 52f)<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Durch den Krieg soll Himmlers Entvölkerungspolitik agrarischen „Lebensraum“ für das deutsche „Volk ohne Raum“ schaffen. (Vgl.: Heuser, 1991, S. 56)

<sup>19</sup> Für Darré stellt eine Gemeinschaft von „Freibauern“, die als Selbstversorger/innen mit ihrem von Generation zu Generation weitergegebenen Erbhof verwurzelt sind, die ideale Symbiose von „Blut und Boden“ dar. (Vgl.: Heuser, 1991, S. 52f)

### **3. Politische Ökologie**

---

Die von der Politischen Ökologie anvisierten Ziele und Maßnahmen zur Erreichung einer nachhaltigen Gesellschaft überschneiden sich fast deckungsgleich mit jenen des, in den folgenden drei Kapiteln aufgearbeiteten, Ökokapitalismus, der Ökosozialen Marktwirtschaft, wie auch dem Ansatz der Nachhaltigkeit. Der Pfad zur Umsetzung einer an Nachhaltigkeit orientierten Lebensweise soll daher nicht das Thema dieses Kapitels darstellen.

Allgemein formuliert bildet Nachhaltigkeit den Dreh- und Angelpunkt von Theorieansätzen wie dem Ökokapitalismus, der Ökosozialen Marktwirtschaft und eben auch der Politischen Ökologie. Die ersten beiden Ansätze widmen sich vor allem unterschiedlichen Konzepten, die den Weg in Richtung nachhaltiger Gesellschaft ebnen sollen.

Die Verfechter/innen der Politischen Ökologie setzen sich dagegen verstärkt mit der politischen und theoretischen Ebene von Nachhaltigkeit auseinander. Die philosophische Grundlage der Politischen Ökologie formuliert die klassische Naturphilosophie. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 35) Beispielsweise wird in der Politischen Ökologie der Frage nachgegangen, warum (und ob) Nachhaltigkeit aus ethischen und moralischen Gründen verfolgt werden soll, oder besser muss.

Bildlich gesprochen kann die Politische Ökologie als theoretischer Überbau interpretiert werden, der Ansätze wie den Ökokapitalismus, die Ökosoziale Marktwirtschaft und andere Theorien, die als Ziel eine nachhaltige Lebensweise definieren, in sich vereint.

#### **3.1 Das ideengeschichtliche Fundament der Politischen Ökologie**

##### 3.1.1 Die spirituelle Ebene der Politischen Ökologie

Die Politische Ökologie kann, aus dem ideengeschichtlichen Blickwinkel betrachtet, als ganzheitlicher Ansatz definiert werden. So befasst sie sich nicht nur mit dem Handeln des Menschen, sondern auch mit den ursächlichen Denk- und Verhaltensmustern, die in eine bestimmte Handlungsweise gipfeln. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 35)

Die ganzheitliche Vorstellung der Politischen Ökologie steht in harschem Gegensatz zum Dualismus der abendländischen Philosophie. Die Allverbundenheit aller Dinge, genauer die Kosmos-Vorstellung, steht der christlichen Naturvorstellung eines Schöpfergottes gegenüber, der den Menschen zum zentralen Geschöpf seiner Schöpfung heraushebt. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 38)

Wird die Welt als Kosmos verstanden, existiert ein Gesetz der Ordnung, ein Gesetz, das besagt, dass Alles mit Allem in Verbindung steht. Die Legitimation dieser kosmischen Ordnung erfordert in weiterer Folge keinen personifizierten Schöpfergott, da die zentrale Vorstellung der kosmischen Gesetzmäßigkeit das Zusammenwirken und die Bedingtheit von Allem und Jedem umfasst. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 38)

Die Vorstellung einer kosmischen Ordnung muss aber nicht als agnostische Lehre auftreten. So dominiert im ursprünglichen Pantheismus die Vorstellung, dass Gott in Allem ist, oder anders, Gott selbst die Welt ist, was unvermeidlich eine enge Verbindung von Gott und Natur impliziert. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 40)

Anders im hierarchisch orientierten Monotheismus, an deren Spitze ein Schöpfergott steht, der sowohl die Ursache als auch das Zentrum unseres Seins bildet. Durch die besondere Hervorhebung des Menschen bedingt dies automatisch eine Herabwürdigung alles nicht-menschlichen. Hier existiert also, anders als in der Kosmos-Vorstellung, eine Hierarchisierung der Schöpfung zwischen Mensch und Natur. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 39)

Der Gedanke der Allverbundenheit aller Dinge bildet daher fast zwingend die Basis für die Politische Ökologie auf philosophischer Ebene. Die Vorstellung, dass alle menschlichen und nicht-menschlichen Bereiche gleichermaßen der selben Rechts- und Ordnungsvorstellung unterworfen sind, ist essentiell für die Politische Ökologie, ebenso wie die Feststellung, dass Alles (Mensch und nicht-Mensch) zu einem Ganzen miteinander verbunden ist. Adam bezeichnet dies als die Vorstellung einer „Lebensgemeinschaft der Welt“. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 39)

### 3.1.2 Ethik in der Politischen Ökologie

Die Frage, warum im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung gehandelt werden soll, kann für die Politische Ökologie nur aus ethischer Sicht beantwortet werden. So soll eine Art kategorischer Imperativ auch für das Verhalten der Menschen gegenüber ihrer Umwelt durchgesetzt werden. Da es sich bei dem Menschen um ein soziales und politisches Wesen handelt, müssen auch die „langfristigen Interessen als Spezies“ in das Denken und Handeln mit einfließen. Das Bewusstsein des kollektiven Schicksals muss also Einzug in das menschliche Verhalten halten. (Vgl.: Lipietz, 2000, S. 24)

Die ökologische Ethik ist geprägt von einer Gegenseitigkeitsmaxime, die von Hans Jonas auch auf die zukünftigen Generationen ausgeweitet wurde.<sup>20</sup> (Vgl.: Mayer-Tasch, 1985, S. 49)

Werte und Handeln müssen also um die Faktoren Umwelt und Natur zu einer Art „ökologischem kategorischen Imperativ“<sup>21</sup> erweitert werden, und dies generationsübergreifend wie auch global. (Lipietz, 1998, S. 27)

### 3.1.3 Homo naturae lupus

Ursächlich für die gegenwärtige Umweltproblematik ist die Beziehung zwischen Mensch und Natur. Der Mensch ist das einzige Lebewesen dieses Planeten, der seine eigene Existenz längerfristig beeinflussen und verändern kann. Aus diesem Grund kann der Mensch als „geschichtliches Wesen“ verstanden werden, das damit automatisch auch in die Geschichte der Natur eingreift und diese langfristig prägt. Besonders seit dem 18. Jahrhundert werden die Eingriffe der Menschen in die Geschichte der Natur immer intensiver. Die erste nachhaltige Beeinflussung der Natur durch den Menschen erfolgt ab dem Zeitpunkt in dem der Mensch sein Nomadendasein aufgibt und sesshaft wird. Ab diesem Moment wird der „Ausbeutungsdruck“ (Mayer-Tasch, 1999b, S. 144) zunehmend größer. (Vgl.: Mayer-Tasch, 1999a, S. 142-144)

---

<sup>20</sup> „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem anderen zu“. (Mayer-Tasch, 1985, S. 49)

<sup>21</sup> „Alle auf ein friedvolles und lebensförderndes Zusammenleben der Menschen gerichteten Verhaltensregeln, die sich auf Dauer einen Platz im kollektiven Bewußtsein erringen und bewahren konnten, münden in die Empfehlung, die eigene Interessensphäre spätestens dort enden zu lassen, wo die Lebensinteressen des Nächsten gefährdet werden. Sie empfehlen, Selbstbescheidung zu üben, Mitte und Maß zur Leitlinie der Zwischenmenschlichkeit zu erheben.“ (Mayer-Tasch, 1985, S. 49)

Über einen langen Zeitraum hinweg war das Verhältnis zwischen Mensch und Natur geprägt von einem Kampf ums Überleben, in dem sich die Natur als der Feind des Menschen präsentierte. Dies war so lange kein Problem, so lange eine Übermacht der Natur bestand, und Natur und Umwelt als unerschöpflich erschienen. Der menschliche Eingriff in die Natur erfährt aber eine zunehmende Intensität und Extensität, was als eine Ursache für die gegenwärtigen Umweltprobleme definiert werden kann. (Vgl.: Mayer-Tasch, 1999a, S. 17f)

Das menschliche Dasein ist von jeher durch seine Beziehung zur Natur geprägt. „Von Anbeginn reflektiert der Mensch sein Leben in der Natur als ein Leben mit der Natur durch die Natur und gegen die Natur.“ (Adam, 1999a, S. 36)

Durch das sich-bewusst-machen der Natur hebt sich der Mensch aus dem ganzheitlichen Natursystem heraus. Die ersten Gedanken zur Natur werden in Form von Mythen verarbeitet. Im Rahmen von mythischen Erzählungen kann eine Ordnung oder Struktur entstehen, die den Menschen die Natur begreifbar machen lässt. In Zuge dessen entsteht auch erstmals der Kontrast Mensch-Natur. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 36)

Schon im Begriff „Umwelt“ kann diese Distanz zwischen Mensch und Natur dargestellt werden. Besagt er nicht zuletzt, dass der Mensch außerhalb des Systems Natur steht, und er von der Umwelt umgeben ist. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 46)

So entstehen „die“ Landschaft und „die“ Natur in weiterem Sinne erst durch den menschlichen Blick auf sie. Im Grunde humanisiert der Mensch daher seine eigene Umwelt. (Vgl.: Lipietz, 2000, S. 33)

### **3.2 Definition und Kategorisierung der Politischen Ökologie**

Die Grundlage für die Politische Ökologie bildet die Interaktion des Dreiecks Mensch – menschliche Aktivitäten – Natur. (Vgl.: Lipietz, 1998, S. 56)

Methodisch beschreibt die Politische Ökologie eine Integrationswissenschaft, was bedeutet, dass eine gewisse Offenheit anderen Theorieansätzen gegenüber gewahrt werden soll. (Vgl.: Mayer-Tasch, 1999a, S. 15f)

So finden sowohl Naturwissenschaften als auch Geistes- und Sozialwissenschaften in der Politischen Ökologie zusammen. Die Ökologie beschreibt in dem Begriffspaar Politik und Ökologie die naturwissenschaftliche Disziplin, die sich mit der sich darstellenden Beziehung Pflanze-Tier-Mensch auseinandersetzt. Die Ökologie als naturwissenschaftliche Disziplin reicht aber nicht aus, um die Beziehung zwischen Pflanze, Tier und Mensch in ihrem vollen Umfang zu erfassen.

Das Ziel der Politischen Ökologie ist die zukünftige Entwicklung, was bedeutet, dass die Politische Ökologie in weiterer Folge als Humanwissenschaft zu interpretieren ist. (Vgl.: Mayer-Tasch, 1985, S. 12)<sup>22</sup>

Das sinnstiftende Element der Politischen Ökologie ist die Nachhaltigkeit. In diesem Sinne kann die Ökologie auch als „politisch“ gelten, fordert sie ja eine nachhaltige Entwicklung, die im gegenwärtigen ökonomischen System nicht verfolgt wird. Umgekehrt agiert Politik auch im Bereich der Ökologie. (Vgl.: Lipietz, 2000, S. 20f)

### **3.3 Historische Wurzeln der Politischen Ökologie**

Der Aufstieg der Politischen Ökologie kann als Antwort auf eine konkrete Situation interpretiert werden. Es besteht eine Notwendigkeit der Hinwendung zur Politischen Ökologie. Einerseits auf Grund der zunehmenden Umweltbelastung, die nicht mehr zu leugnen ist, und andererseits auf Grund eines steigenden Umweltbewusstseins in der Gesellschaft. (Vgl.: Mayer-Tasch, 1999a, S. 16)

Die ökologische Frage kann laut den Verfechter/innen der Politischen Ökologie, und in weiterer Folge von den Vertreter/innen des Ökokapitalismus und der Ökosozialen Marktwirtschaft, nicht von der sozialen Frage getrennt beantwortet werden. Die Politische Ökologie versteht sich daher als Dritter Weg. Kämpfen Arbeiterbewegungen und Gewerkschaften für soziale Belange, und damit eine Besserstellung der Arbeiter/innen, so sieht sich die Politische Ökologie als Verfechterin der ökologischen Frage und der sozialen Belange gleichermaßen, da ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und sozialen Gegebenheiten besteht. Als Geburtsstunde der Politischen Ökologie gilt

---

<sup>22</sup> „Dem Begriff der Politischen Ökologie ist wohl nicht zuletzt deshalb der Vorzug zu geben, weil er den Bezug zum letztlich wertsetzenden menschlichen Lebensverband herstellt und die schicksalhafte Verbindung zwischen der Gestaltung dieses Lebensverbandes und dem Schicksal der Natur betont.“ (Mayer-Tasch, 1985, S. 12)

Anfang der 1970er Jahre. Seitdem tritt die Politische Ökologie gleichzeitig auch als soziale Bewegung auf. (Vgl.: Lipietz, 2000, 59)

Die ersten ökologischen Bewegungen in engerem Sinne sind die Jugendbewegungen um die Jahrhundertwende, wie beispielsweise die Bewegung der Wandervögel. Diese setzte sich bereits mit Themen wie dem biologischen Landbau, Ernährungsfragen, Naturheilkunde usw. auseinander. In Zuge dessen kommt es wieder zu einer stärkeren Annäherung zwischen Natur- und Geisteswissenschaft, womit diese Jugendbewegungen auch als Vorreiter der Politischen Ökologie gelten können.<sup>23</sup>

In den 1960er/70er Jahren übernehmen die Bürgerinitiativen das Erbe der Jugendbewegung der Jahrhundertwende, und in weiterer Folge kommt es auch zu einer Institutionalisierung der ökologischen Frage durch die Partei der Grünen. (Vgl.: Mayer-Tasch, 1985, S. 18-20)

### **3.4 Politische Ökologie und Politisches System – Die Präsenz der Ökologie in der Politik**

An dieser Stelle soll den Gründen nachgegangen werden, warum die ökologische Frage im politischen Entscheidungsfindungsprozess bisher noch keinen, oder kaum einen, Niederschlag gefunden hat, jedoch ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit, da sich Politische Systeme und deren Entscheidungsfindungs- und Wahrnehmungsprozesse bekanntermaßen durch hohe Komplexität auszeichnen.

Einleitend bleibt zu bemerken, dass bereits in der politischen Philosophie die natürliche Umwelt bisher keinerlei grundlegende Beachtung gefunden hat. Das Überleben der Menschen ist vor allem durch andere Menschen bedroht. Der Naturzustand in der Politischen Philosophie beschreibt einen Zustand des Krieges „aller gegen alle“. Das jeweilige Verhältnis zwischen den Menschen bedeutet für die Politische Philosophie eine Bedrohung für das Überleben. Durch diese Gegenwartsbezogenheit der Politischen Philosophie wird die Umwelt als Faktor für das menschliche Überleben daher bisher nicht, oder kaum, in Betracht gezogen, obwohl die Menschheit derzeit quasi an dem Ast sägt, auf dem sie sitzt. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 53)

---

<sup>23</sup> Erster Widerstand gegen den räuberischen Umgang mit der Natur regt sich bereits in der Romantik, in dieser Epoche erfährt die Kritik jedoch noch keine Mobilisierung in Form einer ökologischen Bewegung. (Vgl.: Mayer-Tasch, 1999a, S. 19)

Ein ursächliches Element für das divergente Verhältnis zwischen politischen Systemen und der Lösung der Umweltproblematik durch politische Systeme besteht im unterschiedlichen Zeithorizont. Ist das Denken und Handeln politischer Systeme kurzfristig angelegt, so kennt das natürliche Geschehen (mit Ausnahme von Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Veränderungen des Naturhaushaltes) längere Zeitspannen. Dieses Dilemma erschwert die Kommunikation zwischen dem politischen System und seiner Umwelt. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 54)<sup>24</sup>

Dieser Umstand beweist, dass der Mensch (und damit auch dessen Politisches System) im Grunde nicht im „gemeinsamen Haushalt der Natur“ voll integriert ist, obwohl doch die Menschheit gleichzeitig mit dem „gemeinsamen Haushalt der Natur“ untrennbar verbunden ist. Neben dem unterschiedlichen Zeithorizont existiert das politische System daher auch abgetrennt von seiner natürlichen Umwelt. (Vgl.: Adam, 1999a, S. 56)

„Als Umwelt nämlich nimmt ein Politisches System allererst ein anderes Politisches System wahr. Die Wahrnehmung der natürlichen Umwelt dagegen wird erst in Krisenzeiten Gegenstand des Politischen Systems, also allererst in Zeiten radikaler Verknappung der natürlichen Ressourcen durch welche Ereignisse auch immer. Und die natürliche Umwelt kann Gegenstand der Wahrnehmung eines Politischen Systems werden, wenn sie zum Anlaß eines Konflikts mit einem anderen Politischen System wird.“ (Adam, 1999b, S. 61f)

Warum die ökologische Frage in Politischen Systemen keinen Raum findet, liegt bereits im Wesen von Politischen Systemen begraben. Dem Verständnis nach bedeutet ein Politisches System zuallererst ein Abbild der gesellschaftlichen Interessen, da sich ein Politisches System als Repräsentant der Gesellschaft definiert.

Ein Politisches System (westlicher Prägung) ist idealtypisch charakterisiert durch Pluralismus, Liberalismus, Demokratie, Industrialisierung, Welthandel und nach Außen hin durch Souveränität. (Vgl.: Adam, 1999b, S. 62f)

Der Mechanismus der pluralistischen Repräsentation lässt keinen Raum für die Repräsentation des Allgemeinwohls. Zudem muss die ökologische Frage von Repräsentant/innen des Politischen Systems aufgegriffen werden, um sich überhaupt Gehör verschaffen zu können. Erfolgt daher keine Wahrnehmung der ökologischen Frage, so existiert diese auch nicht für ein Politisches System. (Vgl.: Adam, 1999b, S. 65)

---

<sup>24</sup> „Die Dimension der Langfristigkeit existiert für politische Systeme aus dem einfachen Grunde nicht, weil der Erfolg politischer Maßnahmen in diesem Rahmen für diejenigen, die diese Maßnahmen treffen, nicht mehr von Belang ist.“ (Adam, 1999, S. 54)

Auch der Liberalismus, insbesondere der Wirtschaftsliberalismus, erschwert neben dem oben erwähnten Pluralismus das Aufgreifen der ökologischen Frage. Die Ökonomie steht in ihrem Liberalismus im Kontrast zum Politischen System. Im Grunde genießt die Ökonomie einen autonomen Status, weil sie ihre eigenen Regeln festlegt, da nach Eigendefinition nur so das Handeln des ökonomischen Systems von Erfolg gekrönt sein kann, wenn der Staat so wenig als möglich in das ökonomische Handeln eingreift. Der ökonomische Freiheitsbegriff ist daher gekennzeichnet von einem Interesse an einer größtmöglichen staatlichen Absenz. Die Kompetenzbereiche des Staates sollen sich lediglich auf die Wahrung von Ruhe und Sicherheit beschränken. Die Rahmenbedingungen für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln sollen also sehr wohl sicher gestellt werden. (Vgl.: Adam, 1999b, S. 68)

Umweltschutz von staatlicher Seite kann als Eingriff in diese ökonomische Freiheit gedeutet werden, und dies, obwohl der Schutz der Sicherheit und des kollektiven Interesses eines der obersten Anliegen des Staates zu sein hat. Dieser Ansatz ist zudem problematisch, da ein zu exzessives Pochen auf den Eigentumsschutz erst recht eine Bedrohung des Eigentums bedeuten kann. Es besteht also ein Konflikt „zwischen individueller Freiheit und kollektiver Notwendigkeit“. (Vgl.: Adam, 1999b, S. 72f)

Augenblicklich bildet das Zentrum des politischen Agierens der zeitgenössische Mensch. Zukünftige Generationen oder nicht-menschliche Bereiche finden im gegenwärtigen politischen Prozess so gut wie keinen Raum. „Es ist nicht zuletzt Ausfluß unseres Grundrechtsverständnisses, welches das Individuum zwar in seiner gesellschaftlichen Bedingtheit als Sozialwesen, nicht aber in seiner natürlichen Bedingtheit als Naturwesen erfaßt.“ Das ökologische Recht muss daher eine Aufwertung erfahren, um dem menschlichen Dasein als Individuum, Sozial- und Naturwesen gleichermaßen genüge zu tun. (Kohout, 1999a, S. 105-107)<sup>25</sup>

---

<sup>25</sup> „Dies allerdings mit der Konsequenz, daß eine allgemeine Verwirklichung individueller Freiheit zu kollektivem Untergang führt. Es besteht insbesondere ein Spannungsverhältnis zwischen den Ansprüchen und Rechten von Individuen und den Lebensbedürfnissen nicht-menschlicher Populationen, aber auch ein potentielles Spannungsverhältnis zwischen jetzigen und zukünftigen Generationen. Die Freiheitsnutzung der jetzt Lebenden stellt sich möglicherweise als eine Freiheitsbeschränkung noch nicht Geborener dar.“ (Kohout, 1999, S. 105)

Kam es nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zu einer Zählung der kapitalistischen Kräfte, um eine Verbesserung der Lebenssituation der Arbeiter/innen herbei zu führen, so muss nun auch eine Zählung der Ökonomie zu Gunsten der ökologischen Belange folgen. (Vgl.: Lipietz, 2000, S. 54)

Mit einer Hinwendung in Richtung globaler Weltgemeinschaft hat sich der Spielraum für eine staatliche Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen jedoch zusätzlich verringert. Das Stichwort „Drohung der Abwanderung von Unternehmen“ reicht aus, um die globale Vernetzung als wesentlichen Faktor für politische, soziale und ökonomische Maßnahmen vereinfacht darstellen zu können. (Vgl.: Adam, 1999b, S. 76)

Obwohl mittlerweile der Umstand als akzeptiert gilt, dass bei Umweltproblemen nationalstaatliche Lösungen wohl kaum eine ausreichende Reichweite erlangen können, werden international getroffene Vereinbarungen wahrscheinlich schwerlich umzusetzen sein.

Internationale Schritte können aber durchaus von Erfolg gekrönt sein. So waren eine Reduktion und ein schlussendliches Ende der FCKW-Produktion möglich, aber nur aus dem Grund, da die diesbezüglichen Maßnahmen die Lebens- und Produktionsstile der Staaten nicht wirklich beeinträchtigten.

Anders verhält sich die Sachlage bei klimaverändernden Treibhausgasen wie Kohlendioxid oder Methan, da diese Nebenprodukte vieler Prozesse darstellen, sei dies nun bei Fertigungs- oder Verbrauchsprozessen, bei der Viehzucht oder dem Verbrennen von Holz. „Nicht zuletzt aber trifft die Reduzierung gerade von Kohlendioxid den Nerv der Industriegesellschaften. Hier stellt sich nämlich die Frage, wie wir künftig leben wollen, welche Verkehrsmittel wir benutzen werden, wieviel Wohnraum wir zu heizen haben und ähnliches mehr.“ (Kohout, 1999b, S. 135)

Ökosysteme sind miteinander verwoben. So formieren kleinere Ökosysteme gemeinsam größere, und diese sind wiederum Teil des globalen Ökosystems. Dementsprechend endet die Belastung mit Schad- und Giftstoffen nicht an politischen Grenzen, und eine Zerstörung der Umwelt kann tausende Kilometer entfernt vom/von der Verursacher/in erfolgen. Diese geo-ökologischen Verknüpfungen stehen in enger Verbindung zu sozio-ökonomischen Zusammenhängen. So ist eine Folge der Theorie der komparativen Kostenvorteile, dass Güter in ihrem Lebenszyklus, angefangen bei den notwendigen Rohstoffen bis zur Entsorgung, eine sehr weite Strecke zurückzulegen haben. Institutionell und rechtlich wird

diese Form des Warenverkehrs von internationalen Organisationen, die im Interesse des Freihandels agieren, gestützt. So ist der Schutz des uneingeschränkten Warenverkehrs Ziel von GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) und der WTO. (Vgl.: Kohout, 1999b, S. 112-115)

Auf selben Wege erfolgt auch eine Ausbreitung der „Produktions-, Konsum und Wegwerfkultur der Industrieländer“. (Kohout, 1999/2, S. 116)<sup>26</sup>

### 3.4.1 Resümee

Umweltschutz als Staatsaufgabe würde eine Ausweitung der Staatstätigkeit bedeuten, was wiederum die neoliberalen Vertreter/innen der Wirtschaft auf den Plan ruft. Dieses Dilemma beweist, welche Rolle der Gesellschaft bei der Frage des Umweltschutzes zufallen kann/muss. So erfolgt das Agenda-Setting häufig von Seiten der Gesellschaft, wie beispielsweise Umweltschutzverbänden. Die Rolle der Zivilgesellschaft ist bei der ökologischen Frage daher nicht unbedeutend. (Vgl.: Adam, 1999b, S. 77)

„Tatsache ist und bleibt, daß alle wesentlichen Impulse der Umweltpolitik seit Anfang der 70er Jahre nicht aus dem staatlichen System, sondern aus den Teilen der Gesellschaft kamen, die mit geschärfter Wahrnehmung die Risiken der Zivilisation des 20. Jahrhunderts beobachteten und beobachten.“ (Adam, 1999b, S. 78)

---

<sup>26</sup> „Unser Lebensstil mit einem extrem hohen Ressourcen-, Energie- und Landschaftsverbrauch, gepaart mit einer nie dagewesenen Mobilität, wird über die Eliten der nichtentwickelten Länder und über modernste Kommunikationsmittel überall zur Nachahmung ausgeschrieben.“ (Kohout, 1999/2, S. 116)

## 4. Nachhaltigkeit

---

### 4.1 Eine Idee von Nachhaltigkeit

Die zeitgenössische Debatte um Nachhaltigkeit muss im Lichte des Postmaterialismus, wo der Faktor Umwelt erstmals eine bewusste Rolle spielt, gesehen werden. Doch um das Prinzip Nachhaltigkeit, dauerhafte Entwicklung, Sustainable Development, die Palette an Namen ist breit, zu verstehen, muss in der Geschichte viel weiter zurück gegangen werden. So finden sich in der Vergangenheit einerseits die Wurzeln für nachhaltiges Denken und Handeln, gleichzeitig verbergen sich in der Menschheitsgeschichte auch die Ursachen, welche die gegenwärtige Diskussion um nachhaltiges Denken und Handeln überhaupt erst nötig machen. Die Idee der Nachhaltigkeit ist also sowohl altes als auch neues Konzept zugleich.<sup>27</sup>

Das Leben in Einklang/Kreislauf mit der Natur bildet dabei wohl den ältesten Entwurf, dem aber ein eigenes Kapitel gewidmet wird. An dieser Stelle soll vor allem nach tieferen Gründen gesucht werden, warum heute Themen wie Klimawandel, Treibhauseffekt usw. Bereiche der derzeitigen politischen Agenda sind.

Wie oben erwähnt ist das Nachhaltigkeitsdenken keine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Bereits in ständisch organisierten Gesellschaften fand sich die Idee der Nachhaltigkeit: so besagt ein Lehrsatz, dass von den Zinsen gelebt werden soll, und nicht von der Substanz.

Erste Aufmerksamkeit erlangte das Nachhaltigkeitsdenken aber in der Forstwirtschaft. Hannß Carl von Carlowitz beschrieb im Jahre 1713 in seinem Werk *Sylvicultura Oeconomica* die Bedeutung der Nachhaltigkeit für den forstwirtschaftlichen Betrieb. (Vgl.: Sebaldt, 2003, S. 59f)

Es ist nicht überraschend, dass der Nachhaltigkeitsgedanke gerade in der Forstwirtschaft entsteht. Wirkt sich das heutige Handeln, in Form vom Pflanzen von Bäumen, erst

---

<sup>27</sup> „Sustainable Development kann als Programm wie als praktizierter Handlungsleitfaden auf eine lange Tradition verweisen. Nicht erst der Brundtland-Bericht von 1987 hat das Prinzip der Nachhaltigkeit erfunden, sondern es zieht sich durch menschlichen Verhalten seit frühesten, „Primitiven“ Zeiten. Wohl aber hat der SD [Sustainable Development Anm.] -Prozess durch die Forcierung seitens der Vereinten Nationen eine neue Qualität erfahren, insoweit nun systematisch und international konzertiert über die Nachhaltigkeitsproblematik beraten und nach Auswegen aus entwicklungspolitischen Sackgassen gesucht wird.“ (Sebaldt, 2003, S. 75)

Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte später aus.<sup>28</sup> (Vgl.: Linckh/Sprich/Flaig/Mohr, 1997, S. 25)

Für das gegenwärtige Verständnis von Nachhaltigkeit ist aber die Postmoderne mit dem Entstehen einer Reihe von Umweltschutzbewegungen ausschlaggebend. Seit den 1960er Jahren erhält die Problematik der Umweltzerstörung zunehmend an Antrieb, da die Themen Umweltbelastung und das begrenzte Vorhandensein von Ressourcen zu dieser Zeit nicht mehr zu leugnen sind. Es kommt sogar zu einer Institutionalisierung dieses Themas, so behandeln UN-Unterorganisationen oder der Club of Rome das Thema Umweltschutz.<sup>29</sup> (Vgl.: Sebaldt, 2003, S. 60f)

Doch worin liegen die Ursachen für die Überbeanspruchung der Natur durch die Menschen?

Einerseits spielen sozio-kulturelle Faktoren eine bedeutsame Rolle: die Landwirtschaftliche Revolution wie auch die Industrielle Revolution bedeuten zwei Zäsuren, die das Denken und Handeln der Menschen in ihrem Zusammenleben mit der Natur tiefgreifend verändern. (Vgl.: Meadows/Randers, 1992, S. 231)

Das Domestizieren von Tieren und der Pflanzenanbau bilden die beiden Prozesse, die dazu führten, dass Menschen sesshaft wurden. Der Übergang von einer nomadisch organisierten Gemeinschaft zu einer Gesellschaft, die sich dauerhaft an einem bestimmten Ort niederlässt, bedeutet mit eine Veränderung des Bewusstseins der Menschen. Plötzlich wird es sinnvoll, über Grund und Boden zu verfügen, außerdem macht es die Sesshaftigkeit überhaupt erst möglich, dass Güter angesammelt werden können. Zudem legt die Sesshaftigkeit den Grundstein für Bevölkerungswachstum. (Vgl.: Meadows/Randers, 1992, S. 262f)

„Über die Jahrhunderte jedoch war der Zuwachs riesig: von den anfänglich zehn Millionen auf rund 800 Millionen um 1750 n. Chr. Um diese Zeit etwa prägten sich aber erneut Mangelerscheinungen durch das Bevölkerungswachstum aus; wiederum waren Grenzen des Wachstums erreicht. Knapp wurden besonders die bebaubaren Landflächen und die Energie. Eine weitere tiefgreifende Revolution der Menschheit war fällig. In England begann man erstmals, die reichlich vorhandene Kohle anstelle des knapp gewordenen Brennholzes zu verwenden. Damit kann man heute den Beginn der Industriellen Revolution markieren.“ (Meadows/Randers, 1992, S. 263)

---

<sup>28</sup> Außerdem besagt das Nachhaltigkeitsprinzip in der Waldwirtschaft, dass nicht mehr natürliches Kapital entnommen werden darf, als Neues nachwächst. (Vgl.: Molterer, 1996, S. 128f)

<sup>29</sup> So existiert seit dem Jahre 1992 die UNO-Kommission für nachhaltige Entwicklung, die CSD (Commission of Sustainable Development). (Vgl.: Friewald-Hofbauer/Scheiber, 2001, S. 40)

Um den Kohleabbau zu ermöglichen, müssen technische wie logistische Schwierigkeiten gelöst werden, was wiederum die Entwicklung neuer Maschinen, wie zum Beispiel die Dampfmaschine, vorantreibt. In diesem Prozess löst der Kapitalismus den Feudalismus ab. Für den Produktionsprozess spielt also nicht mehr eine möglichst große bebaubare Fläche eine Rolle, sondern der Besitz von Maschinen. In Folge dehnen die Städte sich weiter aus, und eine neue Form der Infrastruktur mit Eisenbahnen, Straßen, usw. kann sich entwickeln. (Vgl.: Meadows/Randers, 1992, S. 263)

Krisensituationen implizieren also scheinbar auch eine Entfesselung von kreativen und produktiven Kräften. So können Krisen einerseits als zerstörerisch gelten, gleichzeitig beinhalten sie aber auch eine Reihe von Chancen. Versorgt das Nomadendasein die Menschen nicht mehr ausreichend mit Lebensmitteln, so bedeuten Sesshaftigkeit und Domestizierung eine Verbesserung der Lebensmittelsituation. Knappheitskrisen bringen häufig auch gesellschaftliche Krisen mit sich. So bedeutet das Ende des Nomadentums auch eine Veränderung der Gesellschaft in Richtung sozialer Differenzierung.

Aus der nächsten Krise, der circa 200 Jahre dauernden Großen Pest, erwächst die nächste große Revolution. Die Renaissance bringt im agrarischen Sektor eine Agrarrevolution mit Eisenpflug, Düngung oder auch Mehrfelderwirtschaft mit sich. (Vgl.: Lipietz, 2000, S. 48ff)

Als der Tausch von Naturalien durch das Geldwesen ersetzt wird, bedeutet dies ebenfalls gesellschaftliche Veränderungen. So entwickelt sich ein Pachtwesen in der Form, dass die Grundherrn nicht mehr in Naturalien bezahlt werden, dafür aber eine Pacht für den Grund verlangt wird. Dieser Prozess bedeutet auch das Ende des Allmendewesens. Die reicheren Bauern/Bäuerinnen bleiben Bauern/Bäuerinnen, und von den anderen wird die Arbeitskraft frei, womit das ländliche Proletariat entsteht, das von nun an für die größeren Bauern/Bäuerinnen tätig ist. Als im Zuge von technischen Verbesserungen in der Landwirtschaft nicht mehr so viele Arbeiter/innen benötigt werden wie bisher, entsteht auch das städtische Proletariat, das seine Arbeitskraft nun auch Handwerker/innen und Händler/innen zur Verfügung stellt. (Vgl.: Lipietz, 2000, S. 51f)

Die nächste große Revolution ist die Industrielle Revolution, die dem Kapitalismus zu seinem endgültigen Durchbruch verhilft. In der Moderne gilt damit nicht mehr die Ökologie als Grenzsetzerin, sondern die Ökonomie wird bestimmendes Moment. Sie wird gleichzeitig auch zur neuen globalen politischen und gesellschaftlichen Organisationsform. (Vgl.: Lipietz, 2000, S. 53)

Das Verständnis und der Umgang mit Natur werden aber auch durch die Religion oder Denkgebäuden wie der Aufklärung geprägt. Die Epoche der Aufklärung bringt neben enormen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Fortschritten eine neue Dimension des Selbstverständnisses der Menschen mit sich. So wird durch den, mit der Aufklärung einhergehenden, Kultur-Natur-Gegensatz der Mensch nicht mehr als ein Teil der Natur verstanden, sondern als ein von der Natur abgetrenntes, individuelles Wesen. (Vgl.: Geiss/Wortmann/Zuber, 2003, S. 18f)<sup>30</sup>

Aber schon vor der Aufklärung rückt bei der Reformation das Individuum in das Zentrum der Aufmerksamkeit, nicht zuletzt als Abgrenzung zum autoritär angehauchten Katholizismus. Nicht mehr die Gemeinschaft steht im Mittelpunkt, wie dies bis in das Mittelalter üblich war, sondern Pluralismus und Individualismus entwickeln sich zum Primat – „Jeder ist seines Glückes Schmied“. Das individuelle Streben nach Glück ist zu einem wichtigen Unterscheidungsmerkmal zum Katholizismus geworden, was wiederum diese Überhöhung des Individuums bedingt. Dies bedeutet, dass der/die Einzelne ein natürliches Recht auf individuelle Entfaltung hat, welche mit Freiheit gleichgesetzt werden kann. (Vgl.: Ekardt, 2005, S. 18f)

Das Streben nach dem Göttlichen manifestiert sich in dem Streben nach einer guten Leistung im Beruf. Dieses Streben nach Oben, und das damit einhergehende Fortschrittsdenken fördern gleichermaßen den technischen Fortschritt, und veranschaulichen den Prozess des nach vorne gewandten, auf Fortschritt und Wachstum aufbauenden linearen Denkens. (Vgl.: Ekardt, 2005, S. 19ff)

„Denn nur eine „perfekte“ Welt und ein „perfektes“ Arbeiten konnten als heilig gelten. Daher sollte alles prosperieren und dem Paradies auf Erden zustreben. Wobei die Religion die wirtschaftlich-technische Entwicklung natürlich nicht nur ihrerseits stimulierte, sondern z.T. auch unter ihrem Einfluß entstand. [...] Mehr und mehr Arbeit, mehr und immer mehr Fortschritt – dies schien der einzige Weg zu einem gottgefälligen Leben zu sein.“ (Ekardt, 2005, S. 19f)

---

<sup>30</sup> „Noch das griechisch-antike und das germanische Denken waren insgesamt eher in Kreisläufen orientiert: Wachstum wurde nicht erstrebt, die Natur wurde nicht als etwas für uns nur „Mittel“ Seiendes begriffen, ein technischer Fortschritt kam kaum in Gang, Arbeit und Naturbearbeitung galten als wenig erstrebenswert. All dies änderte sich mit der mittelalterlichen Mönchsbewegung, die zur Keimzelle wirtschaftlich-technischer Dynamik wurde, und erst recht mit der Reformation. Gerade sie steht für die Hinwendung zu den später „liberal“ genannten Werten – und für die uns bis heute prägende Idee, das Paradies auf Erden mit wirtschaftlich-technischen Mitteln anzustreben.“ (Ekardt, 2005, S. 18f)

## 4.2 Das ganzheitliche Denken – oder Kreis trifft Gerade

In Gesellschaften mit abendländischer Prägung wird dieses lineare Denken, das unter anderem Fortschritt, Wachstum und Entwicklung predigt, zu einem bedeutenden Leitprinzip für das Denken und Handeln auserkoren.

Das lineare Denken bildet die Grundlage für das gegenwärtige Wachstumsverständnis, das ein nicht-wachsen oder sich-nicht-entwickeln mit Stillstand gleichsetzt.

Für die Verfechter/innen einer nachhaltigen Entwicklung bedeutet dieser Habitus jedoch den ersten Schritt in Richtung Umweltkollaps, da Expansion und Beschleunigung in einer begrenzten Umwelt nicht unendlich fortgesetzt werden können, ohne an die Grenzen der natürlichen Ressourcen zu stoßen.

Die Schranken des Wirtschaftswachstums werden für sie daher wohl auch eher von der Natur gesetzt, als dass sie im Wirtschaftsprozess zu finden wären.

Das Dilemma besteht nun darin, dass im gängigen Wachstumsverständnis mit natürlichen Ressourcen aber so umgegangen wird, als ob diese unerschöpflich wären. Da die Rohstoffe aber begrenzt sind, hat dieser Wirtschaftsprozess seine Grenzen, da die Umwelt beispielsweise auch nur eine bestimmte Menge an Abfällen, Schadstoffen, Wärme usw. aufnehmen kann, ohne Schäden bei Menschen, Umwelt oder der Wirtschaft zu verursachen. (Vgl.: Meadows/Randers, 1992, S. 68f)

„Dieser Grundkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie hat eine Ursache im *Verhältnis von Geld zur Natur*. Die durch Tausch, Konkurrenz und möglichst maximale Kapitalverwertung angetriebene Wirtschaft bezieht ihre Dynamik aus der Expansion und dem Hinausschieben von Grenzen. Produzieren und investieren, um aus der dabei realisierten Rendite noch mehr produzieren und investieren zu können – dies ist eine scheinbar unendliche Spirale, wenn die Natur nicht unüberwindbare Schranken setzen würde. (Müller/Hennicke, 1994, S. 26f)

Die Vertreter/innen des Nachhaltigkeitsgedankens gehen von einem energetischen Funktionsprinzip aus. Das heißt, dass keine Energie einfach so verschwinden kann. Für den Wirtschafts- und damit auch Umweltkreislauf bedeutet dies, dass beispielsweise Energie in Form von Luft, Wasser, fossilen Brennstoffen gebraucht wird, um eine Maschine betreiben zu können, die ein gewisses Produkt herstellt. Es fließt also eine gewisse Menge an Materialien und Energie zu, um ein spezielles Gut zu produzieren. Diese Materialien werden daraufhin entweder wiederverwertet, oder gehen in Form von Abfällen oder Schadstoffen verloren, und werden damit an die Umwelt zurück gegeben. (Vgl.: Meadows/Randers, 1992, S. 68)

Es besteht also ein geschlossener Kreislauf bei der Produktion, Verwendung und Entsorgung von Gütern, der aber mit den Prinzipien des linearen, ohne eine Wachstumsbeschränkung ausgestatteten, Denkens kollidiert, so schaukelt sich im gängigen Wirtschaftssystem dieser Kreislauf immer weiter auf, und die Umwelt wird immer stärker beansprucht. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 27)

Dieses energetische Prinzip, und das damit verbundene ganzheitliche Denken, oder eben Denken in Kreisläufen, soll daher als Grundlage des wirtschaftlichen Handelns gelten, da nicht zuletzt das originäre Verhältnis der Menschen zur Natur in Kreisläufen orientiert ist, und nicht in einem linearen Wachstums- oder Fortschrittsverständnis zu suchen ist. So soll sich der Mensch wieder als ein Teil der Natur betrachten, und nicht als der Beherrscher/in der Umwelt. (Vgl.: Ekardt, 2005, S. 18f)

Bei der nachhaltigen Entwicklung geht es also unter anderem darum, dass sich das Handeln der Menschen nach den Kapazitäten der Umwelt richtet, und sich die menschliche Tätigkeit in diesem Rahmen vollzieht. (Vgl.: Moser, 1996, S. 59-70)

### **4.3 Das Prinzip der Nachhaltigkeit**

#### 4.3.1 Der Brundtland-Bericht: Fundament der zeitgenössischen Nachhaltigkeitsdebatte

Als einer der Schlüsseltexthe der gegenwärtig stattfindenden Nachhaltigkeitsdiskussion gilt das, unter „Brundtland-Bericht“ geläufige Werk „Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ aus dem Jahre 1987. Im Brundtland-Bericht sind die Arbeitsergebnisse der Unabhängigen Kommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (WCED- oder Brundtland-Kommission) zusammengefasst. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 87)

Auch an dieser Stelle soll dieser Text als Basis für das Verständnis und die Definition von Nachhaltigkeit, und dem damit einhergehenden Problemlösungsansatz der dauerhaften Entwicklung herangezogen werden. Nicht zuletzt, da sich auch andere Ansätze wie der Ökokapitalismus oder die Ökosoziale Marktwirtschaft auf die Theorien des Brundtland-Berichtes berufen.

„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (Hauff, 1987, S. 46)

Dieser Kernsatz beschreibt kurz und prägnant die Zielsetzung des Sustainable Development-Ansatzes, oder in deutscher Sprache „Nachhaltigkeit“ genannt. Diese Formel zielt auf eine generationsübergreifende- und globale Entwicklung ab. Als Summe dieser beiden Säulen zeigt sich schließlich das Sustainable Development, oder in der deutschen Ausgabe des Brundtland-Berichtes dauerhafte Entwicklung genannt.

Das im Brundtland-Bericht präsentierte Konzept der dauerhaften Entwicklung stellt einen holistischen Ansatz dar, der sich vor allem den Zusammenhängen von Umwelt und Entwicklung widmet, und die drei Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales in sich vereint. So wird neben Faktoren wie Wirtschaft und Gesellschaft auch die Rolle von Konflikten und Armut einerseits als Resultat, andererseits als Verursacherin von Umweltzerstörung definiert. Die dauerhafte Entwicklung stellt also ein Konzept dar, das die Problemlage der Welt, die aus der Zerstörung der Umwelt erwächst, als Ganzes erfasst.

#### 4.3.2 Ausgangslage

Das Zusammenleben von Menschen hat sich in den letzten Dekaden wesentlich verändert. Waren das Handeln, und die Auswirkungen des Handelns in der Vergangenheit noch *räumlich und zeitlich* begrenzt, so zeigt sich die Gesellschaft heute in gänzlich anderem Lichte. Die Folgen der menschlichen Tätigkeiten können nicht mehr räumlich begrenzt betrachtet werden, sondern unterliegen einer globalen Expansion. Selbiges gilt auch für den Faktor Zeit, da sich das kontemporäre Verhalten bis weit in die Zukunft hinein auswirkt.

So ist der Wohlstand derzeit räumlich eingeschränkt, soll heißen, dass nur ein begrenzter Teil der Erdbevölkerung darüber verfügt; mit den Folgen hat aber dennoch der gesamte Globus über einen langen Zeitraum hinaus zu kämpfen. (Vgl.: Ekardt, 2005, S. 11ff)<sup>31</sup>

Ferner ist die heutige Zeit geprägt von einem immer stärkeren Auseinanderdriften von Arm und Reich. *Armut und Überbevölkerung* bedeuten laut Brundtland-Bericht die wahren Risiken für eine dauerhafte Entwicklung, gleichzeitig können sie aber auch als Folgen der

---

<sup>31</sup> Als Beispiel sei hier das Auto erwähnt: Obwohl der Besitz nur einer begrenzten Gruppe von Menschen vorbehalten ist, sind die Konsequenzen von der gegenwärtigen-, wie auch zukünftigen Generationen auf dem gesamten Globus in Form von Abgasen, Umweltbelastungen bei der Produktion,... zu tragen.

bisherigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik begriffen werden. So sind ärmere Länder der Welt, die reich an Ressourcen sind, als Folge ihrer wirtschaftlichen Situation dazu gezwungen, ihre Rohstoffe in übermäßigem Maße auszubeuten. Um ihr Überleben zu sichern, müssen Arme die Umwelt aber auch über die Maßen strapazieren, beispielsweise durch Überweidung oder Rodung der bestehenden Wälder. Diese Zusammenhänge beweisen auch, dass wirtschaftliche Entwicklung und die Frage der Umwelt nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 32f)<sup>32</sup>

Obwohl noch nicht explizit von Klimawandel die Rede, beschreibt die Kommission für Umwelt und Entwicklung erste diesbezügliche Symptome, so bedeutet die *steigende Anzahl von Naturkatastrophen* wie Überschwemmungen oder Waldbrände eine zusätzliche Bedrohung für die Menschheit. Auch der „*Treibhauseffekt*“ als eine Folge des enormen Ressourcenverbrauchs, beschreibt neben dem „*Ozonloch*“ ein potentiell Bedrohungsszenario. (Vgl.: Hauff, 1989, S. 34f)

Summa summarum zeigt sich im Brundtland-Bericht, dass die beiden Bereiche Umwelt und Entwicklung in gewisser Weise eine Symbiose eingehen. Kommt es zu einer zunehmenden Zerstörung der Umwelt, so wird dies auch eine Beschränkung des Wirtschaftswachstums bedeuten.

Des Weiteren können die Umweltbelastungen nicht getrennt voneinander betrachtet und behandelt werden. Sie müssen vielmehr als Ereigniskette interpretiert werden. So führt Abholzung zu Bodenerosion usw. Außerdem bedeuten, wie oben erwähnt, Armut und Überbevölkerung gleichzeitig die Ursache, wie auch die Folge für gegenwärtige Umwelt- und Wirtschaftsprobleme. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 42f)

Als eine Voraussetzung zur Erreichung des Zieles einer dauerhaften Entwicklung kann (oder muss) daher als kleinster gemeinsamer Nenner zumindest die Befriedigung der Grundbedürfnisse der gesamten Menschheit gelten. Gleichzeitig muss es zu einer Einschränkung der verschwenderischen Lebensweise der wohlhabenden Erdbevölkerung, und damit vor allem der Industriegesellschaft westlicher Prägung, kommen. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 10)

---

<sup>32</sup> „War in der Vergangenheit die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit der Nationen untereinander das Thema, so gilt es heute, sich auf eine zunehmende ökologische Verflechtung auf internationaler Ebene einzustellen. Ökologie und Ökonomie treten in eine immer enger werdende Wechselbeziehung zueinander und verschmelzen – auf lokaler, regionaler wie internationaler und damit globaler Ebene – zu einem nahtlosen Netz von Ursache und Wirkung.“ (Hauff, 1987, S. 6)

### 4.3.3 Lösungsansätze im Sinne einer dauerhaften Entwicklung

Der Brundtland-Bericht liefert einen ganzheitlichen Ansatz zur Lösung der Umwelt-, Wirtschafts- und Entwicklungsprobleme. So bedeuten Umweltzerstörung und der unbegrenzte Ressourcenverbrauch etwa ein Hindernis für die Durchsetzung von Frieden und die Wahrung der Sicherheit, und Umweltstress bildet umgekehrt mit einem Faktor, der zum Entstehen oder einer Ausweitung von Konflikten führen kann. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 287)<sup>33</sup>

Bewaffnete Konflikte vertiefen ferner das Umweltdilemma, indem die ohnehin knappen Ressourcen, die genutzt werden könnten um Umweltprobleme und Armut zu bekämpfen, zusätzlich noch überstrapaziert werden. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 290)

Um all den oben erwähnten Problemen Herr zu werden, ist zuallererst eine *neue Herangehensweise an die Umweltproblematik* von Nöten. War die Umweltpolitik bisher nationalstaatlich orientiert, sollte erkannt werden, dass es sich hierbei um ein globales Problem handelt. Es muss die Erkenntnis einsetzen, dass dauerhafte Entwicklung nur möglich ist, wenn auf *internationale Zusammenarbeit* gesetzt wird, daher muss es zu einem Überdenken der internationalen Beziehungen kommen. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 45)

Außerdem konzentriert sich die Umweltpolitik bisher auf die *falsche Seite des Umweltkreislaufes*, und setzt bisher am Ende des Produktionsprozesses an. Maßnahmen zur Reinhaltung von Luft, Wasser oder der Wiederaufforstung werden unterstützt, anstatt bereits bei den Ursachen anzusetzen. Die Verursacher/innen werden im Grunde in den bisherigen Prozess des Umweltschutzes nicht mit eingebunden. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 11f)

Wird die Zerstörung von Natur jedoch zu einem Kostenfaktor für Unternehmen erklärt, dann wird verstärkt auf Innovation zur Vermeidung von Abfall und Verschmutzung gesetzt werden. Dies würde sich zeigen, wenn Ressourcen wie Luft, Wasser usw. von freien Gütern zu einer (knappen) Ressource aufgewertet würden, und in Zuge dessen einen „Wert“ erhielten. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 220)

---

<sup>33</sup> „Armut, Ungerechtigkeit, Umweltverfall und Konflikte wirken in komplexer Weise aufeinander ein. Das Phänomen der „Umweltflüchtlinge“ ist ein Beispiel, das das wachsende Problem der internationalen Gemeinschaft vor Augen führt. Die unmittelbaren Ursachen jeder Massenflucht mögen politische Unruhe und militärische Gewalt sein. Aber zu den eigentlichen Gründen gehören oft die Zerstörung der natürlichen Ressourcenbasis und deren Kapazität, die Bevölkerung zu ernähren.“ (Hauff, 1987, S. 287)

Die Zerstörung der Umwelt kann als Hemmschuh für das Wirtschaftswachstum verstanden werden, gleichzeitig aber eben auch als Chance begriffen werden. So kann die Wirtschaft laut Brundtland-Bericht die Gunst der Stunde nutzen, und den Umweltschutz als neues Betätigungsfeld erschließen. In Zukunft können sich *effizienzsteigernde- und ressourcenschonende Methoden* möglicherweise als sehr ertragreich erweisen. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 1)<sup>34</sup>

Ein Schritt in diese Richtung wird sich wohl kaum vermeiden lassen, nicht zuletzt, da der globale Ressourcenverbrauch unter anderem wegen des Bevölkerungszuwachses und der aufgehenden Entwicklung von Entwicklungs- und Schwellenländern, kontinuierlich im Steigen begriffen ist. Es muss also generell zu einer stärkeren *interdisziplinären Zusammenarbeit* zwischen den beiden Bereichen Umwelt und Wirtschaft kommen, und der Aspekt des Umweltschutzes soll von Anfang an auch handlungsweisend für staatliche Institutionen sein. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 305)

Wirtschaftswachstum ist auch im Konzept der dauerhaften Entwicklung vorgesehen, jedoch mit einem gänzlich anderen Gesicht. So muss sich ein Wandel im Verständnis von ökonomischem Wachstum vollziehen. Bei der dauerhaften Entwicklung geht es um *ein langfristiges Wachstum*, was bedeutet, dass das Handeln von Industrie, Wirtschaft, Staaten,... ebenfalls auf Dauerhaftigkeit ausgerichtet werden soll.

Gleichzeitig soll sich auch ein *Wandel im Denken* der Menschen vollziehen, wie es auch zu einer Veränderung im Funktionieren von Gesellschaftssystemen kommen muss. Zum Beispiel wirkt sich die Tätigkeit eines Industrieunternehmens auf die gesamte Umgebung aus – es existiert also im Grunde ein öffentliches Interesse am Handeln des jeweiligen Betriebes. Diese gegenseitige Abhängigkeit besteht nicht nur auf lokaler Ebene, sondern kann auch global verstanden werden. Umweltprobleme überschreiten, wie bereits erwähnt, politische Grenzen. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 50f)

Weitere Ziele der dauerhaften Entwicklung sind der *Erhalt der Artenvielfalt und der Ökosysteme*, wie auch eine verstärkte Nutzung von *erneuerbarer Energie*.

---

<sup>34</sup> Als Beispiel für einen effizienzsteigernden Effekt kann die Ölkrise der 1970er Jahre herangezogen werden. Als die Preise für Erdölprodukte rasant anstiegen, wurden plötzlich alternative Brennstoffe genutzt, außerdem wurde in dieser Zeit die Effizienz bei der Ressourcennutzung erhöht. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 216)

So wird laut Kommission das volle Potential und Nutzen der Artenvielfalt, beispielsweise zur Heilung von Krankheiten, noch nicht voll genutzt. (Vgl.: Hauff, 1987, S. 149)

#### 4.3.4 Alternative Ansätze zum Konzept Nachhaltigkeit

In den Lösungsansätzen zwar annähernd gleich, in der Suche nach den Ursachen für die zunehmende Umweltzerstörung aber gänzlich anders, zeigen sich weitere Autor/innen, die sich mit dem Nachhaltigkeitsprinzip auseinandersetzen, wie etwa das, für den Club of Rome veröffentlichte Werk „Die neuen Grenzen des Wachstums“ von Donella und Denis Meadows und Jørgen Randers.<sup>35</sup> Die Theorien dieser drei Autor/innen sollen neben anderen als ein Beispiel für die teilweise sehr unterschiedliche Herangehensweise und Sichtweise des Prinzips Nachhaltigkeit dienen. Da aber, wie bereits erwähnt, die Vorschläge zur Lösung der Umwelt- und Entwicklungsprobleme jenen des Brundtland-Berichtes sehr ähneln, soll es an dieser Stelle zu keiner genaueren Darstellung der Lösungsansätze kommen.

Von Meadows und Randers wird das Dogma des Wachstums als zentraler Antrieb unseres sozioökonomischen Systems verstanden. Als ein Mittel zur Lösung von privaten und staatlichen Problemen in Gesellschaften wird die Expansion angestrebt. Ein Problem besteht nun darin, dass dem grenzenlosen Drang nach Wachstum und Fortschritt eine endliche Menge an Ressourcen gegenübersteht.<sup>36</sup> (Vgl.: Meadows/Randers, 1992, S. 24ff)

Dieses ständige wachsen müssen, und das damit verbundene Überschreiten von Grenzen können mathematisch als exponentielles Wachstum dargestellt werden. Dies bedeutet, dass sich das Bevölkerungswachstum, der Rohstoffverbrauch, die Umweltbelastung usw. in einem immer schneller werdenden Beschleunigungsprozess befinden. (Vgl.: Meadows/Randers, 1974, S. 234f)

---

<sup>35</sup> Meadows, Donella und Denis/Randers Jørgen: „Die neuen Grenzen des Wachstums – Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen“. Stuttgart: DVA, 1992  
Dieses Buch bildet die Fortsetzung der „Grenzen des Wachstums“ aus dem Jahre 1972, welches von den drei Autoren für den Club of Rome verfasst wurde.

<sup>36</sup> In den, die Grenzen des Wachstums darstellenden, World-Modellen fassen die Autoren diesen Zusammenhang folgendermaßen zusammen: „Die World-Modelle berücksichtigen die Idee der irdischen Grenzen mit vier expliziten Annahmen: der Vorrat an ausbeutbaren, nicht erneuerbaren Rohstoffen ist endlich; die Absorptionskapazität der Umwelt für Schadstoffe ist endlich; die Reserven potentiellen Ackerlandes sind endlich; der Ertrag pro Hektar Land ist endlich.“ (Meadows, 1974, S. 15)

Umweltprobleme werden, wie im Brundtland-Bericht auch, als etwas erfasst, das weitreichendere Folgen hat als „nur“ die Zerstörung der Umwelt. So entwachsen aus der Umweltzerstörung auch soziale Probleme, Armut und ein Aufwallen von Konflikten. Die Belastung der Natur löst also eine Art Kettenreaktion aus. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 27)

Die Menschheit greift auf zwei Wegen schwerwiegend in die Ökosphäre ein: einerseits entnimmt sie der Natur eine große Menge an Rohstoffen, anschließend werden die, in der Rohstoffgewinnung und Produktion entstandenen Abfälle wieder an die Natur zurückgegeben. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 137f)

Da die Ressourcen aber beschränkt sind, hat dieser Kreislauf seine Grenzen. So ist neben der begrenzten Menge an vorhandenen Rohstoffen die Menge der Abfälle, Wärme usw., welche die Erde aufnehmen kann, ohne Schäden bei Menschen, Umwelt oder der Wirtschaft zu verursachen, endlich. Meadows und Randers bezeichnen diesen Prozess als einen Kreislauf zwischen „Quellen und Senken“. (Vgl.: Meadows/Randers, 1992, S. 68f)

Umwelt muss in der gegenwärtigen Umweltdebatte zudem als etwas erfasst werden, das größere Leistungen erbringt, als das Bereitstellen von physischen Ressourcen. So liefert die Natur auch unerlässliche Dienste durch das Reinigen und Bereitstellen von sauberer Luft und sauberem Wasser. Sie sichert aber beispielsweise auch durch die Pflanzenbestäubung eine unersetzliche Leistung für die Nahrungsmittelversorgung usw. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 219)

Ein Werkzeug in Richtung Nachhaltigkeit liefert für viele Vertreter/innen des Nachhaltigkeitsprinzips die „*Freiwillige Wachstumsbeschränkung*“, sowohl bei der Bevölkerungsentwicklung, wie auch für die Industrie oder bei der Handlungsweise des/der Einzelnen usw.

Es muss also zu einem Wandel der Gesellschaft weg vom Dogma des Wachstums und dem Primat des Materiellen, hin zu einem nachhaltigen, dem Kreislauf zwischen „Quellen und Senken“ angemessenen, Lebenswandel kommen, denn eine Globalisierung des ressourcenintensiven, westlich dominierten Lebensstils, würde den Prozess in Richtung ökologischem und sozialem Kollaps zusätzlich noch beschleunigen. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 14)

Die Erkenntnis soll also wieder an Bedeutung gewinnen, dass die Bedürfnisse der Menschen über die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse hinaus gehen, da die konsumierte Warenmenge nicht gleich Lebensstandard bedeutet.

„Ganz sicher sind materielle Güter nützlich und bis zu einem gewissen Punkt unerlässlich, doch nur soweit, wie sie den Menschen dienen, und nicht umgekehrt: Wenn sich Produktion und Wirtschaftswachstum vom Mittel in den Zweck verwandeln, erbringen sie einen äußeren Reichtum, der mit der inneren Armut einer kranken Gesellschaft einhergeht.“ (Hawken/Lovins, 2000, S. 417)

Natur soll für die Verfechter/innen der dauerhaften Entwicklung ferner als eine Spielart von Kapital begriffen werden, von der die heutige Generation (gut) leben will und kann, aber auch zukünftige Generationen leben sollen. Die heutige Generation sollte sich also beschränken, und nur die „Zinsen“ des natürlichen Kapitals verbrauchen, und gleichzeitig eine Reduktion der Nutzung von nicht erneuerbaren Ressourcen herbeiführen. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 132f)

Wie müsste eine Gesellschaft nun aussehen, in der die oben erwähnten Ansätze in die Praxis umgesetzt werden könnten? Wie gestaltet sich das Utopia der Verfechter/innen Nachhaltigkeitsprinzips möglicherweise aus?

Das kollektive Bewusstsein muss sich von der Dominanz des Wachstumsgedankens entfernen und nicht mehr alleine das Wachstum soll zum Motor des Handelns auserkoren werden. Die Frage der Qualität des Wachstums wird dafür in einer, nach dem Prinzip der dauerhaften Entwicklung ausgerichteten Gesellschaft an Bedeutung gewinnen. Es muss also anstelle des blinden Wachstumsglaubens ein zielorientiertes und punktuelleres Wachstum Ziel dieser Entwicklung sein.

Ferner strebt das Prinzip Nachhaltigkeit ein Gleichgewicht in der Gesellschaft an. Es soll zur Überwindung der Armut führen, da Armut neben ihrer moralischen Untragbarkeit, auch die Stabilität einer Gesellschaft gefährdet.

Armut und Arbeitslosigkeit müssen in einer nachhaltigen Gesellschaft bekämpft werden und in Zukunft ein Fremdwort darstellen. Parallel dazu kommt es zu einem Bedeutungsgewinn der Befriedigung der immateriellen Bedürfnisse einer Gesellschaft. Anders als in einer wachstumsorientierten Gesellschaft soll die Vorstellung, dass Bedürfnisse nur mit Hilfe von Materialismus erfüllt werden könnten, daher aufgehoben werden. (Vgl.: Meadows/Randers, 1992, S. 252-258)

#### 4.3.5 Nachhaltigkeit – ein ambivalenter Ansatz?

Was sich einerseits als Stärke erweist, kann gleichzeitig auch als Schwäche der Brundtland-Kommission und deren Vorstellung einer dauerhaften Entwicklung, gelten. Wie andere Verfechter/innen des Nachhaltigkeitsprinzips auch, zielt der Brundtland-Bericht auf eine ganzheitliche Lösung der Umwelt- und Entwicklungsproblematik.

Diese oft sehr allgemein gehaltenen, und auf Konsens orientierten Formulierungen lassen aber einen sehr breiten Spielraum für Interpretationen. Dies beweist, wie viele unterschiedliche Interessen, Definitionen und Verständnisse von Nachhaltigkeit weltweit existieren.<sup>37</sup>

Dass Staaten wie Ghana oder Äthiopien über einen gänzlich anderen Zugang zur Nachhaltigkeitsdebatte verfügen als Länder wie Deutschland oder Finnland liegt auf der Hand. Könnten doch die Ausgangssituation und die Problemlage zwischen den Ländern wohl kaum unterschiedlicher sein. Bereits zwischen Ländern wie Österreich und Spanien können die Umwelt- und Entwicklungsprobleme stark divergieren, obwohl diesen beiden Staaten im Allgemeinen eine stärkere Ähnlichkeit zugesprochen würde als den oben angeführten Ländervergleichen. Schon innerhalb eines Landes können sich die Probleme von Region zu Region stark unterscheiden.

Der Brundtland-Bericht, wie auch andere Arbeiten zum Thema Nachhaltigkeit versuchen aber eben teilweise genau dies: einen Lösungsansatz zu finden, der allumfassend anwendbar ist. Dieser sehr allgemeine Ansatz kann, wie bereits erwähnt, als seine Stärke gelten, stellt er doch einen ganzheitlichen Lösungsvorschlag für den gesamten Erdball dar, gleichzeitig aber auch als Schwäche interpretiert werden, verfügen die einzelnen Länder doch über sehr heterogene Umwelt-, Wirtschafts- und Entwicklungsprobleme.

Unterscheiden sich nun schon die Probleme zwischen Ländern und Regionen, zeichnen sich Umwelt- und Entwicklungsprobleme zusätzlich noch durch eine sehr hohe Komplexität aus. So bedeuten beispielsweise Klimawandel oder Massenarbeitslosigkeit eine sehr

---

<sup>37</sup> Zudem veranschaulicht der Brundtland-Bericht latent das generelle Problem, das UN-Gipfeln oder internationalen Vereinbarungen im Allgemeinen inne wohnt. So führen die Verhandlungen souveräne Staaten, die ihre eigenen Interessen wahren wollen, eben mit jenem Argument der Souveränität. Diese Argumentation bildet ein großes Hindernis für die Umsetzung weitreichender Maßnahmen, da vorwiegend auf Konsens gesetzt werden muss, und es zudem an dementsprechenden Instrumenten zur Durchsetzung kollektiver Vereinbarungen fehlt. So werden sich erdöl erzeugende Länder natürlich massiv wehren, wenn es um Gefahren geht, die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen. (Vgl.: von Weizsäcker, 1997, S. 213f)

komplexe Problematik mit sehr unterschiedlichen Ursachen. Es ist wohl schwierig eine Einheitslösung, beispielsweise für das Thema Arbeitslosigkeit, zu finden. So werden etwa die Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wohl teilweise gänzlich anders liegen als in anderen Gebieten Deutschlands, ganz zu schweigen im Vergleich zum gesamten Globus.

So bringt ein steigender Meeresspiegel nicht nur Überschwemmungen von küstennahen Gebieten mit sich. Zusätzlich wird es zu einer Verschiebung von Feuchtgebieten und einer Erosion der Küsten neben einer erhöhten Gefahr von Sturmfluten und einer Versalzung des Grundwassers kommen. In weiterer Folge bedeutet dies einen Verlust an Anbauflächen, die Zahl der Umweltflüchtlinge wird durch diesen Prozess zunehmen usw. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 45f)

Die Vorschläge der Vertreter/innen des Nachhaltigkeitsprinzips muten auf Grund der oben angeführten Komplexität und Heterogenität der globalen Problemlagen auch teilweise sehr utopisch an. Wie kann beispielsweise die praktische Umsetzung der „freiwilligen Wachstumsbeschränkung“ aussehen? Oder wie soll dieses Prinzip jenem Teil der Menschheit erklärt werden, der sowieso über so gut wie keine Mittel verfügt? Wie gestaltet sich eine Hinwendung zu nicht-materiellen Werten, wenn ein großer Teil der Weltbevölkerung nicht einmal lesen oder schreiben kann, oder von dem Besitz eines Computers oder eines Autos nur träumen kann? Wenn es um die Lösung globaler Probleme geht, handelt es sich dabei wohl eher um einen sehr vagen Ansatz, denn wie kann eine „freiwillige Wachstumsbeschränkung“ legitimiert werden, wenn viele Menschen gegenwärtig über (fast) keinen materiellen Wohlstand verfügen?

Nach der Lektüre einer Reihe von Autor/innen, die sich dem Nachhaltigkeitsdiskurs verschrieben haben, erscheint es auch eher schwierig, ein konkretes und einheitliches Leitbild von dem Pfad, den die „Nachhaltigkeit“ beschreiten will, zu liefern, da etwa viele unterschiedliche Vorstellungen und Lehrmeinungen darüber bestehen, wie die verschiedenen Lösungsansätze nun in die Praxis umgesetzt werden sollten. Als Zielsetzung für Arbeiten, wie beispielsweise dem Brundtland-Bericht, kann daher wohl vielmehr gelten, einen normativen Rahmen zu schaffen was Nachhaltigkeit eigentlich bedeutet und wie dieses Konzept nun konkret definiert werden kann, um damit in weiterer Folge einen gewissen Handlungsspielraum für unterschiedliche Handlungs- und Lösungsstrategien zu lassen.

Das Prinzip Nachhaltigkeit sollte sich also zusammenfassend eine gewisse Offenheit und Flexibilität bewahren um damit der praktischen Umsetzung und Implementierung des Nachhaltigkeitsgedankens in einer, sich durch Komplexität und Heterogenität auszeichnenden Welt einen größeren Spielraum zu lassen. (Vgl.: Geiss/Wortmann/Zuber, 2003, S. 32f)

Was der Brundtland-Bericht und andere Werke zur Nachhaltigkeit und dauerhafter Entwicklung aber auf jeden Fall schaffen und geschafft haben, ist eine zunehmende Sensibilisierung und verstärkte Aufmerksamkeit für ihr Thema. So ist das Wort Klimawandel derzeit nicht aus dem politischen Tagesgeschehen wegzudenken, und der Begriff Nachhaltigkeit wird derzeit fast inflationär, häufig auch in gänzlich anderen Zusammenhängen, verwendet.

Auch wenn etwa die Kyoto-Ziele voraussichtlich nicht erreicht werden, erhöht sich auf der internationalen politischen Bühne kontinuierlich das umweltpolitische Bewusstsein. Gleichzeitig wächst auch das gesellschaftliche Interesse an Themen wie Umweltschutz oder Nachhaltigkeit, wie die steigende Zahl von Umweltschutzbewegungen und anderen Initiativen zum Thema Umweltschutz und Nachhaltigkeit beweisen.

## 5. Ökokapitalismus

---

Der Ökokapitalismus beschreibt eine Theorie, die wirtschaftliche Mechanismen und ökologische Standpunkte in sich vereint. Sie entsteht nicht zuletzt aus dem Bewusstsein heraus, dass unser gängiges Wirtschaftssystem sich selbst durch den enormen Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung etc. schwächen wird, was heißen soll, dass das Wirtschaftswachstum durch Folgen der Umweltzerstörung eingeschränkt wird, wenn es nicht gar ganz zum Stillstand kommen wird. Die Grenzen des Wachstums werden daher vom Umgang mit natürlichen Ressourcen und der Belastbarkeit der Ökosphäre durch den Eingriff der Menschen bestimmt.<sup>38</sup>

Aus diesem Grund sollte beispielsweise der Ressourcenverbrauch für Unternehmen ökonomisch uninteressant gemacht werden, indem ein höherer Naturverbrauch mehr Geld kostet. In weiterer Folge würde dies auch die Innovationsfreude von Unternehmen maßgeblich erhöhen. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 153)

Das bedeutet, dass bereits bei den Ursachen von Umweltbelastung, also dem Produktionsbeginn, angesetzt werden muss, und nicht erst den Folgen wie Abgasen, Wasserverschmutzung usw. volle Aufmerksamkeit geschenkt wird, da mit dieser bisherigen Umweltpolitik unter anderem die staatlichen-, gesellschaftlichen- und betrieblichen Kosten wesentlich höher ausfallen, als dies bei dem prophylaktischen Ansatz der Fall wäre. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 95f)

Ökopolitik muß sich auf den Anfang der Wirtschaftsprozesse konzentrieren, nicht auf die Müllentsorgung durch monopolisierten Afterschuß. Sie muß zukünftigen Wohlstand wirtschaftlich und technisch auf völlig anderen Wegen ermöglichen als bisher.“  
(Schmidt-Bleek, 1997, S. 244)

Die Vertreter/innen des Ökokapitalismus gehen von dem Grundsatz aus, dass sich ein erfolgreiches Funktionieren der Märkte und ein Handeln nach ökologischen und ethischen Prinzipien nicht gegenseitig ausschließen müssen. Den Beweis für die Richtigkeit dieser These treten für sie gegenwärtig bereits die Märkte für Innovationen und neue Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz und Reduktion von Schadstoffen an. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 50)

---

<sup>38</sup> Als im Rahmen der Ölkrise 1973 die Preise für Erdöl stark erhöht wurden, wurde erkannt, wie eng das Wirtschaftswachstum zu dieser Zeit mit der Energieversorgung verbunden war. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass sich das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch abkoppeln lässt, unter anderem durch Energieeinsparung und Erhöhung der Effizienz. (Vgl.: von Weizsäcker, 1997, S. 69ff)

Wege zur Energiereduktion, zur nachhaltigen Verwendung von Ressourcen, zur effizienteren Nutzung von Energie,... könnten den Markt und die Wirtschaft in ihrem heutigen Erscheinungsbild sogar revolutionieren. Diese neue Wirtschaftsform des Ökokapitalismus stellt für seine Vertreter/innen einen viel effizienteren, mit höheren Renditen ausgestatteten, Markt dar, wobei gleichzeitig Ethik, Ökologie und Ökonomie nicht aus dem Blickwinkel verloren gehen würden. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 386)

„In einer gewinngesteuerten Marktwirtschaft geht es im Kern darum, das bisherige *Anreizsystem* für ökologische Ziele „*umzudrehen*“: Die Vermeidung von Umweltschäden muß sich für die Produzenten mehr lohnen als deren Verursachung.“ (Müller/Hennicke, 1994, S. 134)

## 5.1 Leitsätze des Ökokapitalismus

Die Theorie des Ökokapitalismus sieht die Zeit gekommen für einen Wandel im derzeit gängigen Industriesystem. Es muss zu einer Metamorphose kommen, die zwar als Ziel eine Aufrechterhaltung der Wirtschaftlichkeit hat, gleichzeitig aber auch eine Sensibilisierung für die Umweltprobleme, und die Betonung der sozialen Gerechtigkeit impliziert. Nach der Landwirtschaftlichen- und der Industriellen Revolution sollte nun also die Ökologische Revolution einsetzen.

Wir befinden uns zurzeit in einem Wirtschaftssystem, das auch als Durchsatzwirtschaft bezeichnet werden kann. Diese bezeichnet eine Ordnung, in der Wachstum daraus entsteht, dass möglichst viele Produkte unter hohem Rohstoffaufwand verarbeitet, und anschließend in möglichst großer Anzahl oder Menge abgesetzt werden. Wirtschaften im Rahmen dieses Systems bedeutet, dass enorme Stoffströme bewegt werden, das „natürliche Kapital“ also über die Maßen strapaziert wird. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 50)

„*Natürliches Kapital* umfaßt all die vertrauten Ressourcen, die von der Menschheit genutzt werden. Wasser, Mineralien, Öl, Bäume, Fische, Boden, Luft und so weiter. Dazu gehören auch lebende Systeme wie Grasland, Savannen, Feuchtgebiete, Flußdeltas, Meere, Korallenriffe, Uferzonen, Tundren und Urwälder. Diese schwinden weltweit mit einer bisher nicht gekannten Geschwindigkeit.“ (Hawken/Lovins, 2000, S. 19)

Zu den Diensten des natürlichen Kapitals zählen aber auch Leistungen wie die Erzeugung von Sauerstoff, die Reinhaltung von Wasser und Luft usf. - neben der physischen Bereitstellung von Gütern liefert das natürliche Kapital daher in weitestem Sinne auch Dienstleistungen. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 223)

Die Stoffströme beschreiben die Menge an natürlichen Ressourcen, die von der Produktion eines Gutes bis zur Entsorgung des Produktes aufgewendet werden. Dazu zählen nicht nur die benötigten Rohstoffe, sondern beispielsweise auch die abschließende Entsorgung des jeweiligen Artikels. Die Stoffströme implizieren beispielsweise auch jene Erdmenge, die verschoben werden musste, um an Eisenerz zu gelangen, falls in dem Produkt Eisen enthalten wäre usw. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 55)

Ähnlich den Stoffströmen, vereint der „Ökologische Rucksack“ nun jenen Materialverbrauch, der am Endprodukt nicht mehr direkt sichtbar ist. Wie zum Beispiel den Energie- und Ressourcenverbrauch der bereits zur Herstellung eines Produktes notwendig ist. (Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 161)<sup>39</sup>

Im ursprünglichen Verständnis von Wirtschaft und Industrie haben die natürlichen Ressourcen aber keinen Wert, daher finden sie in der Kostenrechnung auch keine Berücksichtigung. Im traditionellen ökonomischen Verständnis wird der Produktionsprozess daher vom Faktor Umwelt/natürliches Kapital abgetrennt betrachtet. Die Ressourcen werden als Gut angesehen, das unendlich vorhanden ist. Dies soll sich nun im Rahmen des Ökokapitalismus ändern. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 22-26)

Die Gesellschaft hat letzten Endes die Folgen dieses Produktionsverständnisses zu tragen, da die Kosten für die externen Effekte nicht in die Produktion mit einkalkuliert werden, über staatliche Maßnahmen aber sehr wohl behandelt werden (müssen). In weiterer Folge wird daher auch nicht von Unternehmen in Innovationen zur Einsparung von Energie investiert werden, da durch die nicht-Berücksichtigung der externen Kosten kein Anreiz zum Energiesparen oder zur Abfallvermeidung geschaffen wird, weil es eben nicht erforderlich ist, wenn keine Kosten für die Verursacher/innen entstehen.<sup>40</sup> Die Natur sollte daher als öffentliches Gut verstanden werden, das nur nach Grundsätzen der Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit genutzt werden darf. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 28f)

---

<sup>39</sup> „Im Rucksack stecken alle natürlichen Stoffe, die in Bewegung gesetzt werden mußten, um dieses Produkt herzustellen und nutzbar zu machen. [...] Grundsätzlich gehören in den Ökologischen Rucksack aber auch die „verbrauchte“ Luft, das benutzte Wasser und die biotischen Rohstoffe wie Holz und andere „lebendige“, mit land- oder forstwirtschaftlichen Methoden gewonnene Produkte.“ (Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 161)

<sup>40</sup> Das Industriezeitalter definiert sich also verstärkt durch Arbeitsproduktivität. Ressourcenproduktivität wird dagegen bisher noch nicht als Faktor für wirtschaftliches Handeln angesehen. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 51)

Diese Verschwendung des natürlichen Kapitals und aufwändige Stoffströme bilden einen der wesentlichen Anhaltspunkte, die für die Theoretiker/innen des Ökokapitalismus beweisen, dass ein Weg in Richtung Ökokapitalismus dringend eingeschlagen werden muss.<sup>41</sup>

## 5.2 Lösungsansätze im Sinne des Ökokapitalistischen Prinzips

Die Lösungsvorschläge im Sinne des Ökokapitalismus sind sehr gut zusammengefasst in den „4 Prinzipien des Ökokapitalismus“ von Hawken und Lovins.

1. *Radikale Ressourcenproduktivität*
2. *Biomimikry*
3. *Die Service-und-Flow-Wirtschaft*
4. *Investitionen in natürliches Kapital*

Ad. 1: Das natürliche Kapital muss effektiver und produktiver genutzt werden um den Abbau von Ressourcen zu verlangsamen, die Umwelt weniger zu schädigen und neue Arbeit zu schaffen.<sup>42</sup>

Ad. 2: Der industrielle Prozess soll unter anderem durch die Wiederverwertung von Stoffen in eine Art Kreislauf umgewandelt werden.

Ad. 3: Umstrukturierung der Wirtschaft: das Verhältnis zwischen Produzent/in und Konsument/in soll sich dahingehend verändern, dass mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl produziert wird.

Ad. 4: Die bisherige Umweltzerstörung soll durch Investitionen in die Wiederherstellung, die Ausdehnung und den Erhalt von natürlichem Kapital umgekehrt werden damit

---

<sup>41</sup> So soll beispielsweise für den Produktionsprozess der Grundsatz gelten, dass aus einmal der Natur entnommenen Ressourcen soviel Nutzen wie nur möglich gezogen werden muss, und diese Stoffe anschließend auch wieder problemlos wiederverwertet oder entsorgt werden können. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 141)

Außerdem wird bei der Herstellung und Verwendung von Produkten nach den Prinzipien des Ökokapitalismus zusätzlich eine neue Qualität verlangt. Es muss ein neues Verständnis von Gebrauchsgütern geweckt werden. So sollen sich Güter im Sinne des Ökokapitalismus durch ihre Multifunktionalität, die Möglichkeit der Mehrfachnutzung und durch Langlebigkeit auszeichnen. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 131)

<sup>42</sup> Um wirklich eine Veränderung zu bringen, darf eine höhere Ressourcenproduktivität aber nicht mit einer stärkeren und häufigeren Nutzung eines Produktes einhergehen. Wie zum Beispiel der Treibstoffverbrauch von Autos, der zwar kontinuierlich verringert wurde. Gleichzeitig steigt aber der Treibstoffverbrauch wieder durch Zusatzleistungen wie Klimaanlage usw. wieder an. (Vgl.: Schmidt-Bleek, 1997, S. 215)

zusätzliche natürliche Ressourcen von der Ökosphäre produziert werden können. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 29-31)

Um die vier Prinzipien des Ökokapitalismus umzusetzen, sollen eine Reihe von Prozessen in Gang gesetzt werden. So muss sich die Energieeffizienz erhöhen, was bedeutet, dass der Frage nachgegangen werden soll, wie der Energieverbrauch bei der Produktion gesenkt werden kann. Diese Senkung des Energieverbrauchs impliziert in weiterer Folge den Einsatz von neuen und effizienteren Technologien. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 103-113)

Neben einer erhöhten Energieeffizienz soll es auch zum Einsatz anderer Energieformen kommen. So könnte etwa erneuerbare Energie eine Alternative zu den bisher hauptsächlich eingesetzten fossilen Brennstoffen darstellen. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 333)

Einen weiteren Ansatz des Ökokapitalismus bilden der Faktor 10 und das MIPS-Konzept von Friedrich Schmidt-Bleek.

„Mit möglichst wenig Naturverbrauch möglichst viel Wohlstand schaffen – das ist der einfache Gedanke des MIPS-Konzepts. MIPS heißt: **M**aterial-**I**nput **p**ro **S**erviceeinheit (oder pro Nutzeneinheit). Faktor 10 meint, daß in den entwickelten Volkswirtschaften die Ressourcenproduktivität um das Zehnfache verbessert werden muß – mit zehnmal weniger Naturverbrauch muß der heutige Wohlstand produziert werden.“  
(Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 10f)

Faktor 10 bezeichnet eine Maßwirtschaft, welche die Durchsatzwirtschaft, in der wir uns gegenwärtig bewegen, ablösen soll, und zwar in dem Sinne, dass der derzeitige Ressourcenverbrauch auf ein Zehntel reduziert werden muss. In der Maßwirtschaft gilt daher als oberstes Prinzip ein maßvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

MIPS bildet in der Theorie von Faktor 10 jenen Maßstab, der zum Vergleichen von Umweltbelastungen herangezogen werden kann. (Vgl.: Schmidt-Bleek, 1997, S. 131; S. 209)

Ziel ist daher eine „De- oder Entmaterialisierung des Produktionsprozesses“, also eine mengenmäßige Verringerung der Stoffströme. Das heißt, dass sowohl der Stoff- als auch der Energieeinsatz bei der Produktion reduziert werden müssen.<sup>43</sup> (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 122)

---

<sup>43</sup> Faktor Vier stellt einen weiteren Ansatz, der sich mit der Begrenzung der Stoffströme auseinandersetzt, dar. Rechnet Faktor 10 mit einer Reduktion auf ein Zehntel des gegenwärtigen Ressourcenverbrauchs, so geht es

Die Grundlage für die Maßwirtschaft bildet das MIPS-Konzept, und das ökonomische Prinzip bedeutet in weiterer Folge hierfür das Fundament. Das ökonomische Prinzip besagt, ganz nach Minimal- und Maximalprinzip, dass entweder mit minimalem Mitteleinsatz ein bestimmtes, vorher festgelegtes Ziel erreicht werden kann, oder umgekehrt die gegebenen Mittel möglichst effizient genutzt werden sollten. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 44f)

Das gegenwärtige System der Durchsatzwirtschaft ist laut Lehner und Schmidt-Bleek auf jene Arten von Unternehmen ausgerichtet, die möglichst viele Produkte in Form von Massenproduktion an eine möglichst große Kund/innenzahl absetzen wollen. Diese Wirtschaftsform machte Sinn, als noch die breite Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs versorgt werden musste. Sie ermöglichte günstige Preise für die Kund/innen, und dadurch konnten viele Menschen mit den Produkten erreicht werden.

Heute vollzieht sich aber ein Wandel weg von der Dominanz der Befriedigung materieller Bedürfnisse hin zum Primat der Erfüllung der immateriellen, individuellen Wünsche.

Mit diesen Tendenzen sind die Einrichtungen der traditionellen Industriegesellschaft aber überfordert, kann auf individuelle Kund/innenwünsche ja kaum eingegangen werden. Die Ökonomie muss also zukünftig wahrscheinlich verstärkt auf den individuellen Nutzen für den/die Kunden/in eingehen um Erfolg zu haben. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 94-96)

Gesellschaftlich betrachtet bedeutet dies, dass eine postmaterialistische Gesellschaft die materialistische Gesellschaft kontinuierlich ablöst. Immaterielle (u.a. intellektuelle, ästhetische und individuelle) Bedürfnisse rücken dafür immer stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 110)

### **5.3 Maßnahmen zur Umsetzung/Einführung des Ökokapitalismus**

Wie bereits oben erwähnt, handelt es sich bei natürlichem Kapital um ein begrenztes Gut. Um den Wohlstand aufrecht halten zu können, muss dies in Zukunft berücksichtigt werden. Unter anderem durch eine verbesserte Ressourcenproduktivität. Daher muss die Wirtschaft einen neuen Weg einschlagen. Dies kann auch von öffentlicher Hand über verschiedene

---

bei Faktor 4 um die Vervierfachung der Ressourcenproduktivität. So soll aus einem Liter Erdöl viermal so viel Produktivität herausgeholt werden. (Vgl.: von Weizsäcker/Lovins, 1995, S. 15)

Push- und Pull-Faktoren als Anreiz für eine veränderte Handlungsweise gelenkt werden. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 234)

Ein Hindernis für die Umsetzung einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft bilden die staatlichen Rahmenbedingungen. Vor allem das Steuersystem und die Subventionspolitik des Staates unterwandern eine innovationsfreundliche Atmosphäre. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 191)

Die gängige staatliche Förder- und Subventionspolitik unterstützt derzeit sogar noch den Verbrauch an natürlichen Ressourcen durch Subventionen für die Industrie und Förderungen für nicht-erneuerbare Energieformen wie Kohle usw., die von den Steuerzahler/innen getragen werden müssen, obwohl sie so gut wie keine Vorteile daraus ziehen, sondern höchstens Nachteile, etwa in Form der Verschmutzung der Umwelt.<sup>44</sup> Parallel dazu wird aber beispielsweise die menschliche Arbeitskraft sehr hoch besteuert. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 235-241)

Die Einführung einer *Ökosteuer* soll diesen Prozess nun umkehren.<sup>45</sup> Dabei soll es zu einer Verlagerung der Steuerbelastung weg von der hoch besteuerten Arbeitskraft hin zu einer verstärkten Besteuerung von natürlichen Ressourcen kommen. Diese Art der Steuerpolitik würde sich überdies als sehr innovationsfreudig erweisen. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 243)

„Durch eine massive steuerliche Entlastung muß Arbeit deutlich billiger werden, während natürliche Ressourcen durch eine verstärkte steuerliche Belastung deutlich teurer werden müssen. Viel stärker muß auch das Finanzkapital belastet und das längerfristig in Unternehmen investierte Kapital entlastet werden.“ (Lehner/Schmidt-Bleek, 1999 S. 291)

Auch bei der Preisbildung von Gütern kann im Sinne des Ökokapitalismus angesetzt werden.

---

<sup>44</sup> „Das Problem ist nicht, daß Solarstrom zu teuer ist. Das Hauptproblem besteht darin, daß Strom aus Kohle, Gas, Öl oder Atomanlagen viel zu billig ist, weil die damit verbundene Umweltzerstörung oder die Gefährdung nicht mitberechnet wird.“ (Alt, 2002, S. 75)

<sup>45</sup> „Steuern dienen traditionell der Erzielung fiskalischer Einnahmen. *Umweltsteuern* haben allerdings daneben noch eine Lenkungsabsicht. Wenn Umweltsteuern bloß *anstelle* anderer Steuern treten sollen, die Staatseinnahmen also *nicht* vermehren, dann haben sie in erster Linie eine Lenkungsabsicht, und es handelt sich um eine *ökologische Steuerreform*. Darunter werden auch der Abbau ökologisch kontraproduktiver Regelungen in bestehenden Steuersystemen sowie umweltschädlicher Subventionen und die Verstärkung von umweltpolitischen Anreizen in bestehende Steuern verstanden.“ (von Weizsäcker, 1997, S. 159)

Durch eine sogenannte „Internalisierung der externen Kosten“ würden sich sowohl das Verhalten der Unternehmer/innen, wie auch das Bewusstsein der Konsument/innen bezüglich der Gebrauchsgüter verändern. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 188)

In der Sprache der Ökonomie geht es bei der aktiven Preispolitik um die „Internalisierung externer Kosten“: Die „externen“, außerhalb des Marktgeschehens auftretenden Kosten, die sonst von der Allgemeinheit oder künftigen Generationen unfreiwillig getragen werden, sollten fairerweise vom Verursacher getragen werden. Die Externkosten zu „internalisieren“ heißt, den Verursacher direkt mit diesen Kosten – in einem quantitativ zu schätzenden – Umfang zu belasten.“ (von Weizsäcker/Lovins, 1995, S. 221)

Eine Änderung der Preispolitik soll daher Impulse in jene Richtung aussenden, dass die Konsument/innen die wahren Kosten eines Gutes zu zahlen haben, und somit die Umweltkosten wahrnehmbar und spürbar werden. Der bisherige Preis spiegelt nicht die tatsächlichen Kosten eines Gutes wieder - nicht zuletzt auf Grund der gegenwärtigen Steuerpolitik, die ein verzerrtes Bild über die wahren Kosten eines Produktes liefert.<sup>46</sup>

So könnten etwa die Kosten für die Entsorgung eines Produktes gleich in den Kaufpreis mit einfließen, und so bereits beim Kauf eine Signalwirkung haben. Auch eine Ausweitung des Pfandsystems auf verschiedenste Güter wäre vorstellbar. (Vgl.: Riegler, 1996, S. 41)<sup>47</sup>

Die Preispolitik nach dem Prinzip des Ökokapitalismus will also, dass Umweltschäden vom/von der Verursacher/in mitgetragen werden, und dementsprechend im Preis eines Produktes inkludiert sind.<sup>48</sup> (Vgl.: von Weizsäcker, 1994, S. 93)

Von staatlicher Seite können aber neben einer neuen Steuerpolitik auch durch Normen, Vorschriften, Belohnungen,... Anreize für die Wirtschaft zu mehr Energieeffizienz, Einsparung von Energie usw. geschaffen werden. Zum Beispiel können durch solche Werkzeuge die Beseitigung von Umweltverschmutzung oder das Einsparen von Energie als

---

<sup>46</sup> „Die heutigen Preise sagen *teilweise* die *ökonomische* Wahrheit (von Verzerrungen durch Subventionen und wenige andere staatliche Eingriffe abgesehen). Von der *ökologischen Wahrheit* sind die Preise noch weit entfernt. Es gelingt den Verursachern von Umweltschäden weiterhin, einen erheblichen Teil der Last nach „draußen“ abzuschieben.“ (von Weizsäcker, 1997, S. 143)

<sup>47</sup> „Durch ehrliche Einrechnung des Ressourcenverbrauches und der Umweltbelastung in den Preis der Produkte würden **ökologisch verträglichere Produktionstechniken und Produkte** einen **enormen Wettbewerbsvorteil erreichen**, wodurch die **Innovation und die Marktkräfte in Richtung Umweltschutz und Nachhaltigkeit mobilisiert** würden.“ (Riegler, 1996, S. 41)

<sup>48</sup> Die Preise sollen daher die ökologische Wahrheit sagen, und jenen ökologischen Rucksack repräsentieren, der mit dem jeweiligen Produkt gekauft wird. (Vgl.: Schmidt-Bleek, 1997, S. 140)

neue gewinnbringende Marktnischen entdeckt werden. (Vgl.: Hawken/Lovins, 2000, S. 398-406)

Der Staat kann auch in dem Sinne positive Impulse aussenden, indem er als Abnehmer ökologisch vertretbarer, nachhaltiger Produkte und innovativer Ideen eine Vorreiterrolle einnimmt, denn durch staatliche Unterstützung würden Unternehmen weniger das Risiko scheuen, das mit der Umsetzung von Innovationen verbunden ist. (Vgl.: Lehner/Schmidt-Bleek, 1999, S. 285)

Ein weiteres Problem stellt der Umstand dar, dass in makroökonomischen Bilanzen der Verbrauch der Umwelt keinen Niederschlag findet. So werden in volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie dem Bruttosozialprodukt Umweltzerstörung oder der Ressourcenverbrauch nicht mit einkalkuliert, da die Leistungen der Umwelt, wie zum Beispiel saubere Luft oder Wasser, bisher als Güter angesehen werden, die gratis verfügbar sind. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 119f)

„Ein echter Vergleich der ökologischen und volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile zwischen (defensiven) kurativen oder (offensiven) vermeidungsorientierten Strategien erfordert eine Reform der traditionellen ökonomischen Berichterstattung durch ein System der Umwelt- und Ressourcenerfassung sowie eine Erfassung der ökologischen und sozialen Folgen des Wirtschaftens. Darauf aufbauend ist ein Konzept zu entwickeln: Das *Öko-Sozialprodukt*.“ (Müller/Hennicke, 1994, S. 119)

Ziel einer solchen *Ökobilanz* ist es, alle Einflussfaktoren zu berücksichtigen, die bei der Produktion und Nutzung eines Produktes auftreten. So soll der gesamte Umweltverbrauch von der Geburtsstunde, bis hin zur Entsorgung eines Gutes in eine solche Bilanz mit einfließen, ferner soll jene Umweltbelastung, die während des Gebrauchs eines Produktes verursacht wird, mit in die *Ökobilanz* aufgenommen werden. Bei einem Auto würden so die Emissionen, oder Abwässer, die durch die Nutzung des Autos auftreten in einer *Ökobilanz* ihren Niederschlag finden. (Vgl.: Schmidt-Bleek, 1997, S. 301-309)

## 5.4 Ökosoziale Marktwirtschaft:

Als eine spezifische Ausformung der Theorie des Ökokapitalismus kann die, vom Österreicher Josef Riegler geprägte, und im Ökosozialen Forum Österreich<sup>49</sup> umgesetzte, Ökosoziale Marktwirtschaft bezeichnet werden.

Als Geburtsjahr der Ökosozialen Marktwirtschaft gilt das Jahr 1987. Das historische Umfeld zeichnet sich durch eine Etablierung von Neoliberalismus und Neokapitalismus in Politik (Wahlsieg von Reagan im Jahr 1984, Thatcher 1989), Wirtschaft und Gesellschaft aus. In diesem Umfeld rückt ein Thema wie die Sozialpolitik in den Hintergrund, so gilt etwa Rationalisierung als die ökonomische Doktrin der Stunde, und es zeichnet sich auch zunehmend das Ende der Vollbeschäftigung ab.

Es kommt überdies zu einer immer stärkeren Beschleunigung und Internationalisierung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, wie etwa durch die Einführung des Internets. (Vgl.: Friewald-Hofbauer/Scheiber, 2001, S. 13-16)

In diesem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Klima entwickelt sich nun die Theorie der Ökosozialen Marktwirtschaft, die in vielen Bereichen, nicht aber in allen, den Ansätzen des oben beschriebenen Ökokapitalismus ähnelt.

Bei Josef Riegler kommt es im Vergleich zu den Vertreter/innen des Ökokapitalismus zu einer stärkeren Betonung der religiösen Aspekte von Natur. So erläutert er, dass mit den Errungenschaften des Rationalismus und der Aufklärung den Menschen teilweise der Bezug zu ihren Wurzeln entzogen worden ist<sup>50</sup>, oder auch das, aus der christlichen Soziallehre stammende Subsidiaritätsprinzip findet in den Lösungsansätzen der Ökosozialen Marktwirtschaft ihren Niederschlag.<sup>51</sup>

---

<sup>49</sup> Das Ökosoziale Forum Österreich wurde 1992 von Ernst Scheiber und Josef Riegler aus der Österreichischen Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik gegründet. (Vgl.: Riegler, 1996, S. 13)

<sup>50</sup> „Eine Kehrseite dieser atemberaubenden Entwicklung ist, daß die Menschheit teilweise ihre Wurzeln verloren hat. Seien es die Wurzeln der Religion, also der Rückbindung an das Göttliche, oder die innere Beziehung zur Natur und deren Gesetzmäßigkeiten.“ (Riegler, 1996, S. 21)

<sup>51</sup> Um die Nachhaltigkeit als gesellschaftliche Organisationsweise erreichen zu können, muss neben einer stärkeren Betonung der Regionalität auch die Selbstorganisation der Gesellschaft gestärkt werden. (Vgl.: Moser, 1996, S. 95)

Überdies genießt der Aspekt des Sozialen eine größere Aufmerksamkeit, als dies beim Ökokapitalismus teilweise der Fall ist. So werden die drei Bereiche Ökonomie, Ökologie und soziale Fairness als gleichrangige Ziele formuliert.<sup>52</sup> (Vgl.: Riegler, 1996, S. 10)<sup>53</sup>

So müssen neben dem Aspekt der Umwelt auch soziale Belange einem Wandel unterzogen werden. Insbesondere im Bereich der Beschäftigungsverhältnisse, denn wenn Unternehmen heute Gewinne erwirtschaften, so wirkt sich dies nicht mehr automatisch in einer steigenden Zahl von Arbeitsplätzen aus. (Vgl.: Müller/Hennicke, 1994, S. 96f)

Wie im Ökokapitalismus auch, wird die Ursache für die heutigen Probleme im gängigen Wirtschaftssystem gesehen, das nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Die Gründe, warum unser Wirtschaftssystem so ist wie es ist, liegen aber wiederum tiefer in der Menschheitsgeschichte begraben.

„Die Wurzeln reichen weit zurück und liegen in der blinden Fortschrittsgläubigkeit eines mechanistischen Weltbildes und naturwissenschaftlicher Methodengläubigkeit, die sich in den letzten Jahrhunderten auf Wirtschaftstheorien und in der Folge auch auf die Wirtschaftspolitik negativ ausgewirkt haben.“ (Molterer, 1996, S. 127)

Die Lösungsansätze der Ökosozialen Marktwirtschaft überschneiden sich ebenfalls fast deckungsgleich mit jenen des Ökokapitalismus, und sollen daher an dieser Stelle keiner genaueren Darstellung unterzogen werden. Allgemein betrachtet geht es wiederum darum, die Mechanismen der Marktwirtschaft für die Belange der Umwelt zu nutzen.

„**Grundgedanke der Ökosozialen Marktwirtschaft** ist die bewußte Aktivierung der Marktkräfte zur Erhaltung der Umwelt, unseres natürlichen Lebensraumes.

**Ziel der Ökosozialen Marktwirtschaft** ist es, für die Umwelt erstrebenswerte Verhaltensmuster zu schaffen, eine tragbare Entwicklung in Gang zu setzen, die gleichzeitig auch finanziell belohnt wird, während jene Tätigkeiten wirtschaftlich unattraktiv gemacht werden sollen, welche der Umwelt schaden oder sie zerstören.“ (Riegler, 1996, S. 46)<sup>54</sup>

Neben einer Senkung des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen und der Vermeidung von Umweltproblemen durch ein Ansetzen bereits bei den Ursprüngen der

---

<sup>52</sup> So finden sich etwa in den Texten zur Ökosozialen Marktwirtschaft Forderungen wie gerechte Löhne oder Arbeit für alle. (Vgl.: Moser, 1996, S. 94)

<sup>53</sup> Riegler will die Ökosoziale Marktwirtschaft als eine Art drittes Lager zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und Planwirtschaft verstanden wissen, in der eine ausgeglichene Berücksichtigung von Kapital- und Sozialinteressen genau so wie ökologischen Interessen erfolgen soll. (Vgl.: Riegler, 1996, S. 26)

<sup>54</sup> Lenkende Maßnahmen wie eine Ökosteuer, eine Internalisierung der externen Umweltkosten oder eine neue Herangehensweise an natürliche Ressourcen durch deren Aufwertung sollen den Weg zur Durchsetzung der Lösungsansätze des Ökokapitalismus genau so wie zur Ökosozialen Marktwirtschaft ebnen. (Vgl.: Riegler, 1996, S. 39-43)

Umweltverschmutzung, geht es bei der Ökosozialen Marktwirtschaft aber vor allem um eine Schaffung geschlossener Kreisläufe innerhalb und zwischen den Wirtschaftsbereichen. Dieses ganzheitliche Denken findet hier eine stärkere Betonung als dies bei den Arbeiten zum Ökokapitalismus der Fall wäre. (Vgl.: Riegler, 1996, S. 47)

Längerfristige Lösungen der Probleme der Menschheit sind nur mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit möglich. Dazu muss ganzheitliches Denken, das neben dem Bereich Umwelt auch die Gesellschaft und die Ökonomie umfasst, einsetzen. Erst wenn diese drei Bereiche zusammen gedacht werden, kann es zu einer nachhaltigen Lösung der gegenwärtigen Probleme kommen. (Vgl.: Moser, 1996, S. 55)

### **5.5 Ökokapitalismus und Ökosoziale Marktwirtschaft – Rettung der Welt leicht gemacht?**

Diese, zugegebenermaßen ein wenig überspitzte und reißerische, Überschrift muss in doppeltem Sinne verstanden werden. So liefern die beiden Theorien einfache Lösungsvorschläge, die den gegenwärtigen Prozess der Umweltzerstörung umkehren sollen, gleichzeitig wird aber auch das Bild vermittelt, dass eine Rettung der Umwelt durch den Pfad des Nachhaltigkeitsprinzips nicht mit Verzicht verbunden sein muss. In diesen beiden Feststellungen besteht ein Problem, das dem Ökokapitalismus wie auch der Ökosozialen Marktwirtschaft gleichermaßen innewohnt.

So bezeichnet etwa die Einführung einer Ökosteuer ein Werkzeug, das für die Herbeiführung einer auf Nachhaltigkeit orientierten Marktwirtschaft eingesetzt werden soll. Von den Verfechter/innen des Ökokapitalismus wird zwar erwähnt, dass der Verbrauch von natürlichen Ressourcen - seien dies nun Rohstoffe, Luft, Wasser usw. - steuerlich belastet werden soll, wie dies aber nun genau in der praktischen Umsetzung aussehen kann oder soll wird nicht beschrieben. Was könnte nun konkret die Berechnungsgrundlage für eine solche Steuer bilden? Wenn wirklich jeder Faktor eines Gutes von der Produktion bis zur Entsorgung einschließlich des Gebrauches in die Berechnung mit einfließen soll, wird daraus wohl ein sehr kompliziertes rechnerisches Unterfangen.

Gleiches gilt für die von Theoretiker/innen des Ökokapitalismus vorgeschlagene Preispolitik der Internalisierung der externen Kosten. Sollen alle Faktoren eines Gutes von

der Wiege bis zur Bahre im Preis ihren Niederschlag finden, so wird sich die Festlegung von Preisen wohl teilweise auch als sehr kompliziert erweisen.

Selbiges gilt gleichermaßen für die Ökobilanz: wie kann die Bewertungsgrundlage beispielsweise für die Luftverschmutzung aussehen? Wird neben dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Autos dann auch die Methanbelastung durch Kühe berücksichtigt, die bekanntlich zu den größten Erzeuger/innen von Methangas zählen?

Dass die Rettung der Welt mit keinerlei Verzicht verbunden sein soll, wirkt ebenfalls ein wenig utopisch. Die einzige Einschränkung besteht für die Vertreter/innen des Ökokapitalismus und der Ökosozialen Marktwirtschaft lediglich darin, dass die materiellen Ansprüche sich in eine neue Richtung bewegen müssen, das sei aber nicht weiter tragisch, da ja die nicht-materiellen Bedürfnisse sowieso in den Vordergrund rücken werden.

Dieser Ansatz wirkt daher ein wenig zu harmlos. Um die Welt vor einem drohenden Umweltkollaps zu bewahren, müsste wahrscheinlich schneller und radikaler gehandelt werden, und ein solcher Weg muss vermutlich auch mit Einschränkungen für jede/n Einzelne/n verbunden sein. In einem marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftssystem ist der/die Kunde/in König/in, und jede/r Konsument/in kann mit seinem/ihrem Geld tun und lassen was er/sie will. Ist dies nicht mehr der Fall, so bedeutet dies im Prinzip eine Einschränkung der Grundrechte. Im Grunde besteht im gängigen Wirtschafts- und Sozialsystem also ein Menschenrecht auf ein Auto. Um den Erdball wahrhaftig vor einem Umweltkollaps zu bewahren, wäre daher vermutlich eine Beschneidung so mancher Grundrechte nötig. Mit der Imagination einer „freiwilligen Wachstumsbeschränkung“ wird sich ein so radikaler Wandlungsprozess im Lebensstil wohl nicht alleine durchsetzen lassen.

Für den Ökokapitalismus gilt aber ähnliches wie für die bereits erwähnten Theorien des Nachhaltigkeitsprinzips. Wirken sie in ihren Ansätzen vielleicht ein wenig utopisch, so schaffen sie es doch, die Menschheit, oder zumindest einen Teil der Menschheit aufzurütteln. Ein ganzheitlicher Ansatz, der alle Bereiche des Lebens umfasst, wie er sowohl im Prinzip Nachhaltigkeit, wie auch im Ökokapitalismus formuliert wird, wäre wahrscheinlich notwendig, um die Umweltzerstörung aufzuhalten. Die beiden Prinzipien ereilt bisher aber ein ähnliches Schicksal wie andere Theorien auch: sie scheitern an der harten Realität der Realpolitik.

## ***B) Die Veränderung des ländlichen Raumes von Schwarz zu Grün***

### **6. Agrartheoretische Überlegungen**

---

#### **6.1 Sonderstatus Landwirtschaft?**

Wenn der Titel dieses Kapitels „Sonderstatus Landwirtschaft?“ lautet, entspricht dies der tatsächlichen Situation/Position der bäuerlichen Strukturen, oder wird dieser Aspekt von den Agrarpolitiker/innen instrumentalisiert, um eine aussichtsreichere Verhandlungsposition für den Agrarsektor zu schaffen? Eine Reihe von System- und Strukturzusammenhängen sprechen für eine Sonderstellung der Landwirtschaft. So handelt es sich beim Feld der Landwirtschaft um einen Bereich, der sich sowohl nach Innen als auch nach Außen durch eine hohe Komplexität auszeichnet. Auf diesen Gesichtspunkt soll einleitend eingegangen werden, daher sei verziehen, dass diese Äußerung über die „Komplexität der Landwirtschaft“ kurz unerklärt im Raum stehen muss.

Aber auch in ihrer Rolle als Schnittstelle zwischen Umwelt und Gesellschaft bedienen die Bauern/Bäuerinnen einen Bereich, der sich über die agrarische Produktion hinaus gesamtgesellschaftlich auswirkt.

Als dritter Punkt spricht die Bedeutung der Landwirtschaft für die Strukturen und die Vitalität des ländlichen Raumes für eine gesonderte Position der österreichischen Landwirt/innen.

Dass der Landwirtschaft im (agrar)politischen und gesellschaftlichen Diskurs teilweise eine Position eingeräumt wird und wurde, die weit über der tatsächlichen ökonomischen Performance dieses Sektors liegt, soll an dieser Stelle aber nicht unerwähnt bleiben. Warum dem so ist, soll im anschließenden Kapitel, das sich dem Strukturwandel des Agrarsektors widmet, anhand historischer Zusammenhänge erläutert werden.

#### **6.1.1 Komplexität**

Einleitend muss die Erkenntnis stehen, dass der Agrarsektor als ein Bereich definiert werden kann, der durch äußerst komplexe innere und äußere Strukturzusammenhänge gekennzeichnet ist. Neben der hohen internen Komplexität des landwirtschaftlichen

Systems an sich, werden die Komplexität, das Verständnis und die Sichtweise des Agrarsektors durch dessen Einbettung in das gesellschaftliche, politische und ökonomische Gesamtsystem zusätzlich noch verkompliziert.

Wird das Subsystem Landwirtschaft einer eingehenderen Analyse unterzogen, sticht anfangs dessen physische Abhängigkeit von diversen Umweltfaktoren ins Auge, so lebt und zehrt die Landwirtschaft primär mit und von der Umwelt. Eine breite Palette an physischen Aspekten bildet das Fundament einer (erfolgreichen) landwirtschaftlichen Produktion. So sind natürliche Voraussetzungen wie etwa Vegetationsperiode, Witterung, Wachstumszeit von Pflanzen und Tieren neben der Flächenabhängigkeit nur zwei Merkmale, die sich entscheidend auf den Agrarsektor auswirken. Der landwirtschaftliche Produktionsprozess zeichnet sich daher durch eine hohe Verwundbarkeit auf Grund der enormen Abhängigkeit von natürlichen Gegebenheiten aus.

Ferner ist die Produktion häufig gekoppelt: konzentriert sich ein/e Landwirt/in auf die Milchproduktion, so wird gleichzeitig auch Rindfleisch produziert usf. Zudem besteht eine enge Verflechtung zwischen pflanzlicher und tierischer Produktion aufgrund wechselseitiger Verwertungsmöglichkeiten. Ackerbauliche Erzeugnisse werden einerseits in der tierischen Produktion benötigt, und umgekehrt findet der tierische Dünger im Pflanzenbau seinen Abnehmer. (Vgl.: Henrichsmeyer/Witzke, 1991, S. 225-227)

Diese Diskussion um die Kuppelprodukte der Landwirtschaft wird aktuell auf eine abstraktere Ebene durch die Betonung der „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ gehoben. Auf Grund der gegenwärtigen Brisanz dieses Aspekts soll weiter unten eingehender auf diese Thematik eingegangen werden.

Als ein entscheidendes Moment des agrarischen Sektors kann also zusammenfassend die innere Komplexität ausgemacht werden. Durch die Interaktion, Vernetzung und Wechselbeziehungen des landwirtschaftlichen Sektors mit anderen Subsystemen wie etwa der Gesellschaft, der Politik und nicht zu vergessen der Wirtschaft, wird die Komplexität zusätzlich noch nach Außen erhöht. Beeinflusst das Feld der Politik etwa die Landwirtschaft, wird umgekehrt die Politik von der Landwirtschaft geprägt, oder die Art und Weise der Produktion ist wiederum stark von den Anforderungen und Erwartungen der Gesellschaft, unter anderem in ihrer Funktion als Konsument/innen, abhängig, und auch die Wirtschaft muss gleichermaßen auf die Bedürfnisse der Gesellschaft eingehen usf.<sup>55</sup>

---

<sup>55</sup> Dass es sich bei dem Agrarsektor um einen besonders sensiblen Bereich handelt, beweist unter anderem die Tatsache, dass nur kleine Markteingriffe, wie etwa Preis- oder Steuererhöhungen/-senkungen weitreichende

Es versteht sich von selbst, dass sich mit einer solchen Form der Vernetztheit nicht alleine das landwirtschaftliche Subsystem konfrontiert sieht, denn auch bei anderen Wirtschaftsbereichen sind ähnliche komplexe Problemlagen anzutreffen, jedoch führt das Zusammenwirken der oben erwähnten Faktoren zu ganz spezifischen Problemen des Agrarsektors. „Dies sind vor allem:

- charakteristische Anpassungsprobleme eines schrumpfenden Sektors<sup>56</sup>,
- erhebliche Instabilitäten der Agrarmärkte<sup>57</sup>,
- bedeutsame externe Effekte der Landwirtschaft in Bezug auf die natürliche Umwelt.“ (Henrichsmeyer/Witzke, 1991, S. 425)

### 6.1.2 Schnittstelle Gesellschaft – Umwelt

Vornehmlich in ihrer Rolle als Schnittstelle zwischen Umwelt und Gesellschaft fällt der Landwirtschaft ein spezielles und äußerst komplexes Aufgabengebiet zu.<sup>58</sup> Aus diesem Grund kann etwa der (gesellschaftlichen und politischen) Forderung nach einer Ökologisierung der Landwirtschaft, die als naturnahste und umweltschonendste Form der Landbewirtschaftung gilt, nur unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nachgekommen werden. Eine ernst zunehmende Umsetzung des Nachhaltigkeitsansatzes ist also im Wesentlichen vom „good will“ der Politik, Gesellschaft und Wirtschaft abhängig. (Vgl.: Bauer/Trötschler, 2000, S. 151)

Einerseits besteht ein gesellschaftliches Interesse am Schutz der Umwelt, gleichzeitig ist diese Forderung aber naturgemäß auch mit Anstrengungen, Verbindlichkeiten und Kosten verbunden. Die Komplexität dieses Feldes wird zusätzlich dadurch noch erhöht, dass neben der Forderung nach einer naturnahen Landbewirtschaftung eine große Nachfrage nach

---

Auswirkungen haben, die nicht alleine auf die Produzenten/innen der Lebensmittel begrenzt bleiben, sondern ferner auf die gesamte Gesellschaft in ihrer Rolle als Konsumenten/innen ausstrahlen. (Vgl.: Kitzmantel, 1988, S. 74)

<sup>56</sup> Diesem Gesichtspunkt soll im anschließenden Kapitel zum Thema Strukturwandel viel Raum gelassen werden.

<sup>57</sup> So beeinflussen die oben erwähnten physischen Abhängigkeiten der Landwirtschaft auch weitreichend die ökonomische Performance dieses Sektors. Die Situation ist paradox: kommt es zu enormen Ernteausfällen auf Grund von Unwettern, schlechten Witterungsverhältnissen usw., werden die Landwirte/innen für ihre Produkte gute Preise erzielen. War umgekehrt die Ernte gut, so wird es zu einem Preisverfall am Agrarmarkt kommen.

<sup>58</sup> Um die Tragweite dieses Aspektes darzustellen sei an dieser Stelle nur kurz erwähnt, dass fast 90 Prozent der Gesamtfläche Österreichs land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden. (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 17)

billigen Lebensmitteln besteht, die von der nachhaltig wirtschaftenden biologischen Landwirtschaft nicht oder nur unzureichend bereitgestellt werden können.<sup>59</sup>

Dem gegenwärtigen Nachhaltigkeitsdiskurs wird von Seiten der Landwirtschaft versucht durch die Betonung der „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ zu entsprechen. Ziel dieses Ansatzes ist es, das Bewusstsein über die mannigfaltigen Aufgaben und Funktionen der Landwirtschaft neben dessen Rolle als Produzentin von Rohstoffen und Lebensmitteln zu wecken. Im Rahmen dieses Ansatzes wird die Position der Landwirtschaft als Mittlerin zwischen Umwelt und Gesellschaft unterstrichen, um so das Verständnis für den Agrarsektor zu steigern.

Der Diskurs um die „Multifunktionalität der Landwirtschaft“<sup>60</sup> versucht dem breiten Spektrum, das vom Agrarbereich abgedeckt wird, zu entsprechen. Wird eine nachhaltige Lebensweise angestrebt, müssen die vielfältigen ökologischen, sozialen, kulturellen und räumlichen Leistungen, welche die Landwirtschaft neben der Produktion von Rohstoffen als Kuppelprodukte<sup>61</sup> erbringt, dementsprechende Beachtung finden. (Vgl.: Krachler, 2003, S. 175f)

Um die Leistungen und den vielschichtigen Nutzen der Landwirtschaft abseits der klassischen Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion widerzuspiegeln hat auch die OECD ein Konzept vorgelegt, das im Begriff der NCOs („Non Commodity Outputs“) zusammenläuft. (Vgl.: Wüstemann, 2007, S. 12)

### 6.1.3 Die Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum

Abseits der landwirtschaftlichen Funktion in Bezug auf die Umwelt, beeinflusst die Landwirtschaft auch die Entwicklung des ländlichen Raumes nachhaltig, und wie bei dem Verhältnis Umwelt – Landwirtschaft auch, besteht eine Synthese zwischen dem Agrarsektor und dem ländlichen Raum im Allgemeinen.

---

<sup>59</sup> Aus ökonomischer Sicht herrscht die Meinung vor, dass für die Landwirte/innen nur durch eine Intensivierung der Produktion eine Kostensenkung in der Lebensmittelerzeugung, und in weiterer Folge eine Senkung der Lebensmittelpreise möglich ist. Für diese Produktionsform ist umgekehrt aber kaum mehr Spielraum für eine Rücksichtnahme auf die Umwelt.

<sup>60</sup> Dem Konzept der „Internalisierung externer Effekte“, das bereits im vorhergehenden Abschnitt diskutiert wurde, soll im Rahmen des Dogmas der „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ nachgekommen werden, das einen Konnex zum Nachhaltigkeitsprinzip aufweist. So soll das Multifunktionalitätskonzept in weiterer Folge den sich veränderten gesellschaftlichen Präferenzen in der Landbewirtschaftung entsprechen. (Vgl.: Wüstemann, 2007, S. 12)

<sup>61</sup> Unter Kuppelprodukten können in der landwirtschaftlichen Produktion etwa Leistungen wie die Landschaftspflege, Katastrophenschutz und ähnliches definiert werden. (Vgl.: Hofreither, 1995, S. 30)

Neben den skandinavischen Ländern zählt Österreich zu jenen Staaten mit den höchsten Bevölkerungsanteilen in ländlich strukturierten Gebieten. 78 Prozent der österreichischen Bevölkerung leben je nach Definition in ländlichen Regionen.<sup>62</sup> Nur 22 Prozent leben in „überwiegend urbanisierten Gebieten“, die vor allem auf Wien, dessen Umland und das Rheintal in Vorarlberg konzentriert sind. (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 5)

Daher hat eine Förderung des ländlichen Raumes in Österreich naturgemäß eine höhere Priorität als in jenen Ländern, die einen höheren Urbanisierungsgrad aufweisen. Dieser Umstand ist einer der Erklärungsgründe, warum dem Agrarsektor, als integralem Bestandteil des ländlichen Raumes, in Österreich eine verhältnismäßig große Bedeutung zugesprochen wird.<sup>63</sup> (Vgl.: Dax, 1999, S. 48)

Insbesondere für den ländlichen Raum sind damit die mannigfaltigen Aufgaben und Funktionen des Agrarsektors von erheblicher Bedeutung. Einerseits agiert die Landwirtschaft als eine Art Arbeitskräftepuffer, da besonders in ländlichen Gebieten noch viele Arbeitsplätze direkt oder indirekt an die Landwirtschaft gebunden sind. Gleichzeitig spielt für die wirtschaftliche, ökologische und soziale Komponente des ländlichen Raumes der Agrarsektor immer noch eine tragende Rolle.

Würde in Zukunft die landwirtschaftliche Tätigkeit auf die Gunsträume beschränkt, wären die Auswirkungen für den ländlichen Raum als Ganzes beträchtlich, da die oben erwähnten (außer)landwirtschaftlichen Leistungen nicht mehr bereitgestellt werden könnten. (Vgl.: Krachler, 2003, S. 178-180)

Ist von der marginalen ökonomischen Bedeutung des Agrarsektors die Rede, wird der ökonomische Einfluss der Landwirtschaft im ländlichen Raum ebenso vergessen, wie auch jene vor- und nachgelagerten Bereiche ausgeklammert werden, die wirtschaftlich direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig sind. Angefangen bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der als Grundlage die landwirtschaftlichen Produkte dienen, über die Hersteller/innen von Betriebsmitteln bis hin zu Handelsketten, die jene landwirtschaftlichen Güter vertreiben. „Die Lebensmittelwirtschaft steuert mit einem

---

<sup>62</sup> „Gemäß OECD-Klassifikation leben 78 Prozent der österreichischen Bevölkerung in Regionen, die man im weitesten Sinne als „ländlich“ bezeichnen kann. Davon leben 47 Prozent (3,75 Mio. Einwohner) in „überwiegend ländlichen Gebieten“ und 31 Prozent (2,47 Mio. Einwohner) in „integrierten Regionen“. [...] Mit diesen Anteilen haben in Österreich die ländlichen Regionen ein viel größeres Gewicht als in der EU insgesamt. Von den Einwohnern der 27 EU-Mitgliedstaaten leben nur 20,5 Prozent in „überwiegend ländlichen Gebieten“, über 42 Prozent der Einwohner leben in „überwiegend urbanisierten Gebieten“ der EU.“ (<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/62718/1/13751/>, am 9.7.2008)

<sup>63</sup> Zwei der größten Schwierigkeiten, mit denen Teile des ländlichen Raumes in Österreich zu kämpfen haben, sind die enormen Pendlerströme, die unter anderem durch Defizite in der regionalen Arbeitsangebotsstruktur verursacht werden, und ferner Abwanderungstendenzen, die sich mancherorts abzeichnen. Es wird unter Agrarpolitikern/innen die Lehrmeinung vertreten, dass der Agrarsektor diese beiden Entwicklungsprozesse abfedern kann. (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 7)

Umsatz von rd. EUR 55 Mrd. 14 % zum österreichischen BIP bei. Jeder sechste Arbeitsplatz in Österreich hängt von der Produktion, der Verarbeitung und dem Handel von Lebensmitteln ab.“<sup>64</sup> (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 25)

## **6.2 Der Faktor Konsument/in**<sup>65</sup>

### 6.2.1 Von der materiellen zur immateriellen Bedürfnisbefriedigung

Aber auch die Rolle der Konsument/innen wirkt sich entscheidend auf den Agrarsektor im Allgemeinen, und die Agrarpolitik im Besonderen aus.<sup>66</sup> Speziell die Aufwertung postmaterieller Bedürfnisse revolutioniert in mancherlei Hinsicht den Lebensmittel- und damit in weiterer Folge auch den Agrarsektor. Die sich mit dem gesellschaftlichen Wandel ändernden Anforderungen, Wünsche und Bedürfnisse der Abnehmer/innen prägen die landwirtschaftliche Produktion in weitreichender Art und Weise.<sup>67</sup>

„Die Sorge um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der Wunsch nach einer gepflegten Kulturlandschaft haben gegenüber der Nahrungsproduktion und der Versorgungssicherheit an Bedeutung zugenommen. Die ursprüngliche und traditionelle Aufgabe der Landwirtschaft als Nahrungsproduzent und –versorger hat wegen der andauernden Überproduktion, der sinkenden Agrarpreise und der weltweiten Liberalisierung der Agrarmärkte an Wertschätzung eingebüßt. Gleichzeitig sind aber andere ‚nicht importierbare‘ Leistungen der Landwirtschaft zunehmend gefragt.“ (Popp, 1996, S. 155)

---

<sup>64</sup> „Gemäß dem Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO, 1996) sichert der Agrarkomplex in Österreich ca. 660.000 Arbeitsplätze, das entspricht 20 % aller Beschäftigten. Volkswirtschaftlich betrachtet erbringt der gesamte Agrarkomplex eine Wertschöpfung in der Höhe von fast 330 Milliarden ATS/Jahr, das entspricht einem Beitrag zum BIP von 14,2 %. Diese Zahlen zeigen, dass je landwirtschaftlicher Arbeitskraft drei weitere Arbeitsplätze gesichert werden, wobei von der Bereitstellung der gepflegten und abwechslungsreichen Kulturlandschaft und der Erholungswirkung als Basis für den Tourismus noch gar nicht die Rede ist. In mehr als 50 % der österreichischen Gemeinden liegt der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, bei mehr als 20 %. In mehr als einem Drittel der Gemeinden des ländlichen Raumes werden mehr als 30 % der gesamten lokalen Wertschöpfung durch die Land- und Forstwirtschaft erbracht (vgl. ÖSTAT 1992).“ (Krachler, 2003, S. 179)

<sup>65</sup> Ist an dieser Stelle von der Rolle der Konsumenten/innen die Rede, so beziehe ich mich auf jene Abnehmer/innen, die sich auf einem übersättigten Lebensmittelmarkt, wie es in den westlichen Industrieländern einer ist, bewegen. Essentiell für diese Arbeit ist zudem der Umstand, dass in jenen Gesellschaftsformen, in denen die materiellen Bedürfnisse weitgehend befriedigt worden sind, postmaterielle Ansprüche, wie etwa der Umwelt- oder Tierschutz, an Bedeutung gewinnen. Es versteht sich von selbst, dass in Ländern in denen für den Großteil der Bevölkerung Lebensmittel oder auch Trinkwasser nicht in ausreichender Form vorhanden sind, die Sachlage eine gänzlich andere ist.

<sup>66</sup> Besteht eine Lebensmittelknappheit, so wird in der landwirtschaftlichen Produktion eine rasche Produktivitätssteigerung angestrebt werden, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Existiert umgekehrt ein Überschuss an Lebensmitteln, rücken andere Zuschreibungen und Aspekte von Lebensmitteln in den Vordergrund, und so zeigt sich heute unter anderem eine stärkere Heterogenisierung des Nahrungsmittelsektors. (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 153)

<sup>67</sup> „Der Wertewandel in der Konsumentennachfrage bildet zusammen mit dem Druck des Strukturwandels die Basis für neue Auswege zur Erhöhung des Wertschöpfungsanteils in der Landwirtschaft.“ (Wüstemann, 2007, S. 92)

Die Konsument/innenwünsche entwickeln sich ständig in unterschiedliche Richtungen. Steht bei einer Unterversorgung die ausreichende, flächendeckende und schnelle Bereitstellung von Lebensmitteln im Vordergrund, können bei einer Überschusssituation plötzlich andere Aspekte ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, und materielle Kriterien von immateriellen Werten, wie zum Beispiel die Form der Tierhaltung, abgelöst werden.<sup>68</sup> Ferner erlebt das Thema Umweltschutz in einer „gesättigten“ Gesellschaft eine kontinuierliche Aufwertung, da postmaterialistische Ansprüche wie etwa gute Luft, Erhaltung der Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen oder eine unberührte Natur an Gewicht gewinnen. (Vgl.: Hofreither, 1995, S. 21-25)

„Als Erklärungsansätze für sinkenden Umweltverbrauch mit steigendem Einkommen werden meist folgende Argumente angeführt: 1. Höheres Einkommen geht mit weniger umweltschädigenden Produktionsstrukturen einher, 2. Höheres Einkommen führt zu einer höheren Präferenz für Umweltqualität, und 3. Der Transfer von saubereren Technologien wird durch internationalen Handel erleichtert bzw. erst ermöglicht.“ (Stagl, 2000, S. 155)

So hat bereits im 19. Jahrhundert der Statistiker Ernst Engel in Bezug auf die Ernährungsgewohnheiten jenes Engelsche Gesetz formuliert, das besagt, dass mit steigendem Einkommen die relativen Ausgaben für Nahrungsmittel zwar sinken, sich gleichzeitig aber die absoluten Ausgaben für Lebensmittel erhöhen, was nichts anderes besagt, als dass der Lebensmittelkonsum in stärkerem Maße von hedonistischen Motiven geleitet wird, und nicht mehr die sichere und ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln vordergründig ist.

Die damit einhergehende Erkenntnis, dass auch bei steigendem Einkommen die Mägen der Konsument/innen nur über eine beschränkte Kapazität verfügen, wirkt sich in weiterer Folge auch entscheidend auf den Agrarsektor aus. Der soziale Wandlungsprozess impliziert umgekehrt sogar eine Reduktion des Kalorienverbrauchs, da die sich ändernden Arbeitsverhältnisse größtenteils in weniger anstrengende und kalorienverzehrende Tätigkeiten gipfeln, als dies in vergangenen Tagen der Fall war.<sup>69</sup> (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 108-110)

---

<sup>68</sup> „Solange eine quantitative und qualitative Unterversorgung der Bevölkerung gegeben ist, verlaufen Produzenten- und Konsumenteninteressen weitgehend parallel. Sobald aber Produktionsüberschüsse erzielt und auf dem Weltmarkt Produkte gleicher Qualität preisgünstiger angeboten werden, müssen die Interessen konfliktieren.“ (Kitzmantel, 1988, S. 71)

<sup>69</sup> „Andere Entwicklungen sozialer und/oder soziologischer Natur kommen hinzu und beeinflussen die Ernährungspräferenzen und –gewohnheiten. In erster Linie haben die Zunahme der Dienstleistungsberufe und der stetige Rückgang der Beschäftigungsverhältnisse im primären Sektor den Kalorienbedarf erheblich verringert: der „Schwarzarbeiter“ ist weitgehend aus der sozialen Landschaft verschwunden, die große

Am Lebensmittelsektor kann also ab einem gewissen Punkt kein quantitatives Wachstum mehr erzielt werden. Ein Wachstum des Agrarmarktes ist demnach nur mehr auf qualitativer Ebene zu erlangen.

„Die Zeiten einer ständig anwachsenden jüngeren Bevölkerung, die noch die Jahre der Entbehrung erlebt hatte und nach „mehr Nahrung“ verlangte, sind Vergangenheit. Das Gebot der Stunde lautet „besser Essen“ und spiegelt die Bedürfnisse einer Bevölkerung mit höherem Durchschnittsalter und individuellen Ansprüchen wider, deren Bedarf an Quantität abnimmt und deren Kaufentscheidungen aufgrund der seit dreißig Jahren anhaltenden Kaufkraftsteigerung immer weniger durch materielle Zwänge bestimmt werden.“ (Tabary, 1999, S. 49f)

Zusammenfassend bedeutet dies, dass sich synchron zu einem gesellschaftlichen Wandlungsprozess die Ernährungsgewohnheiten mit verändern. So bringt eine Dienstleistungsgesellschaft mit sich, dass sich der Kalorienverbrauch verringert, oder eine globalisierte Gesellschaft lässt traditionelle und regionale Essgewohnheiten aufweichen. Ferner wirken sich der momentane Wellness- und Körperkult natürlich auch auf die individuellen Essgewohnheiten aus, oder Lebensmittelskandale sensibilisieren viele Menschen in Bezug auf ihre Esskultur usf. (Vgl.: Hecher, 2000, S. 197)

### 6.2.2 „Ich kaufe also bin ich“ – der emotionale Wert von Lebensmitteln

Nicht alleine der funktionale Nutzen eines Gutes wirkt, wie oben beschrieben, in einer postmateriellen Gesellschaft kaufentscheidend, und so kann der emotionale Wert eines Produkts sich positiv oder auch negativ auf den möglichen Kauf auswirken.<sup>70</sup> „Wir brauchen sie [die Produkte Anm.] auch, weil sie kommunikative und symbolische Funktionen haben und weil sie an unsere Hoffnungen, Ängste und Ideale appellieren und für die Werte stehen, die wir derzeit verteidigen wollen.“ Neben dem Preis eines Gutes sind daher auch die Eigenschaften, Emotionen und Funktionen, die einem Produkt zugeschrieben werden, für die Käufer/innen von enormer Bedeutung. (Karmasin, 2000, S. 42)

---

Mehrheit deckt heute problemlos ihren Tagesbedarf mit 2400 Kalorien, während dieser Anfang der 60er Jahre noch bei 3000 Kalorien lag.“ (Tabary, 1999, S. 25)

<sup>70</sup> Bei den Lebensmitteln kann zwischen den „Needs“ und den „Wants“ unterschieden werden, nach denen sich der Kauf eines Produktes ausrichtet. Die „Needs“ haben eher praktischen Charakter. Sie beschreiben dies, was tatsächlich gebraucht und benötigt wird. Diese Produkte sollten günstig, einfach zu erhalten und praktikabel sein. Bei den „Wants“ spielen die Qualitätskriterien hingegen eine viel entscheidendere Rolle, da sie diverse Wünsche wie Genuss, Prestige, Gesundheit oder Schönheit befriedigen sollten. Dies trifft eben auch auf den Lebensmittelsektor zu. (Vgl.: Karmasin, 2000, S. 43f)

„Dies hat sehr viel mit den Funktionen von Produkten in unserer Gesellschaft zu tun: Wir brauchen Produkte nicht nur in einem funktionalen Sinn, sondern wir brauchen sie auch, weil wir Beziehungen zu anderen Menschen anknüpfen und aufrechterhalten wollen, weil wir ausdrücken wollen, wer wir sind und wer wir nicht sind, weil wir Respekt und Liebe zeigen wollen, weil wir kulturelle Ideale darstellen wollen. Dies ist besonders wichtig bei unserer Küche, die wir wie eine Sprache handhaben. In Zukunft werden uns die Lebensmittel teuer sein, die geeignet sind, eine komplexe Botschaft auszudrücken. Dies zeigt sich schon bei so grundlegenden Kriterien wie Qualität und Sicherheit.“ (Karmasin, 2000, S. 43)

Dieser Aspekt tritt unter anderem bei der urbanen Bewegung der LOHAS (Lifestyle of Health and Sustainability) zutage, die sich, anders als bei diversen Umwelt- und Grünenbewegungen der 60er und 70er Jahre nicht im Konsumverzicht übt, sondern den Konsum nach ethischen Motiven ausrichtet. Der „moralische Hedonismus“ bildet das handlungsleitende Motiv für diese vorwiegend gut gebildeten, wohlhabenden Konsumenten/innen. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 158f)

Die Lebensmittel müssen durch die Betonung immaterieller Ansprüche und Bedürfnisse nun mehr sein als „bloße“ Rohstoffe, dessen Funktion alleine im Stillen des Hungers besteht. Sie sollen eigenständige Produkte mit speziellen Eigenschaften sein – sie haben über eine eigene Identität zu verfügen. Auch die Lebensmittel müssen nun einen multifunktionellen Charakter aufweisen, ferner für Gesundheit, Wellness oder Genuss sorgen, und zu diesem Konzept gehört es auch, dass die Produzent/innen ein Gesicht erhalten. Die Geschäftsabwicklung erfolgt nicht mehr anonym. Es besteht eine neue Art von Kommunikation zwischen den Hersteller/innen und den Abnehmer/innen eines bestimmten Lebensmittels.

Am Lebensmittelsektor wird daher nun seit geraumer Zeit schon versucht, den individuellen Präferenzen der Konsument/innen entgegenzukommen, und um dem zu entsprechen, erhalten Nahrungsmittel immer neue Zuschreibungen. Argumente wie Qualität, Gesundheit oder Schlankheit kommen verstärkt zum Einsatz, und das Konzept der Markenartikel mit dazu passendem Marketing wird nun auch zunehmend am Lebensmittelsektor betont und eingebaut. (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 153, S. 211)

Ferner erhalten Produkte auch laufend neue Zuschreibungen. Beispielsweise sind etwa Butter bzw. Fleisch einem dauernden Verständniswandel unterworfen, frei nach dem Motto „einmal hui, einmal pfui“. War Butter einst ein wertvolles und begehrtes Lebensmittel, so wird sie heute primär auf ihre Rolle als Verursacherin eines erhöhten Cholesterinspiegels beschränkt. (Vgl.: Tabary, 1999, S. 27f) Gleichmaßen geht der Fleischkonsum in Europa

kontinuierlich zurück, nicht zuletzt, da die Präferenzen der Konsument/innen einem ständigen Wandlungsprozess unterworfen sind.<sup>71</sup> (Vgl.: Hofreither, 1995, S. 21)

### 6.2.3 Konsumgewohnheiten in Österreich

Die österreichische Herkunft bildet in Österreich derzeit die entscheidende Determinante für die Kaufentscheidung (Stand 2007). Noch vor zwei Jahren zeigten sich wiederum der Preis und Sonderangebote mit 61 Prozent als wesentliche Faktoren für den Lebensmitteleinkauf verantwortlich. Bei der Konsumerhebung des Jahres 2007 ist die „Österreichische Herkunft“ mit 36 Prozent der entscheidende Faktor für den Lebensmitteleinkauf, gefolgt von den Faktoren „Preis/Sonderangebot“ und der Qualität mit je 29 bzw. 26 Prozent. Bereits an vierter Stelle liegt im Jahr 2007 die biologische oder naturbelassene Produktionsweise von Lebensmitteln. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 149)

Anhand dieser Grafik kann ausgezeichnet dokumentiert werden, wie rasch sich die Anforderungen und Wünsche der Konsument/innen an ihre Lebensmittel verändern können. So haben sich in einem Zeitraum von nur zwei Jahren die kaufentscheidenden Aspekte bei den Österreicher/innen, weg vom Preis hin zur österreichischen Herkunft, grundlegend gewandelt. Die Prioritäten beim Lebensmitteleinkauf sind zusammengenommen einem ständigen Wandlungsprozess unterworfen.

---

<sup>71</sup> Für die Praxis bedeutet dies, dass der durchschnittliche Fleischkonsum in Österreich stetig im Sinken begriffen ist. Umgekehrt erhöht sich der Konsum von Gemüse, der seit 1995 um durchschnittlich 10 kg per capita gewachsen ist, und auch Obst verzeichnet einen Anstieg von fast 10 kg pro Kopf zwischen 1996/97 und 2005/06. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 12, 25, 28)

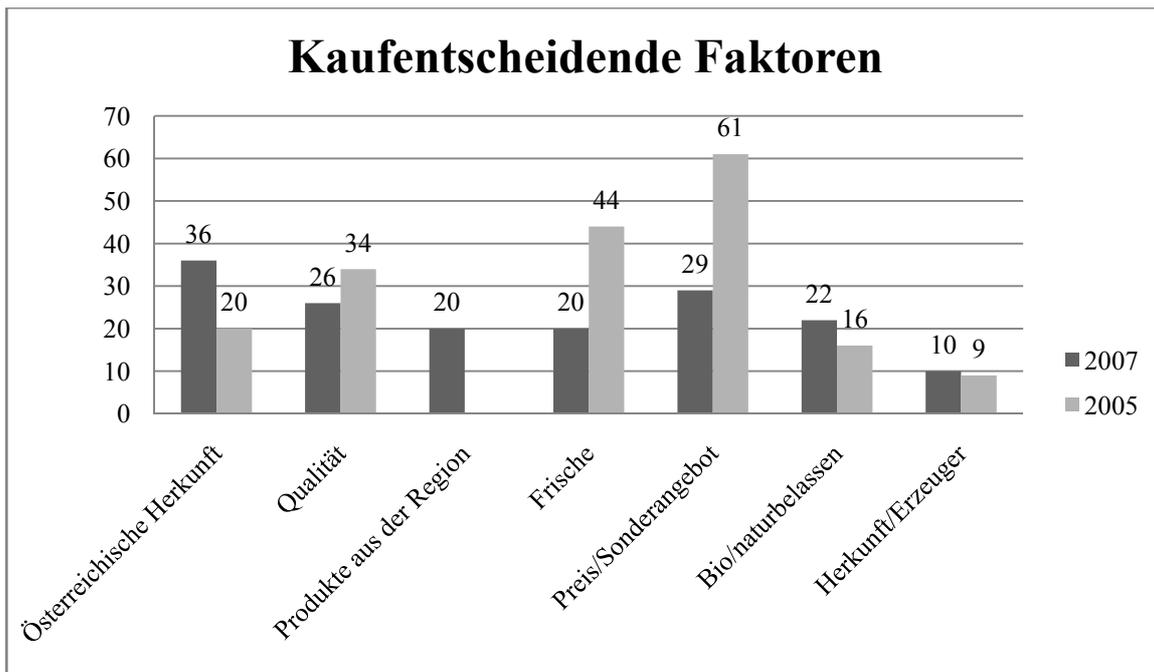


Abb. 1: Kaufentscheidende Faktoren (in Prozent) (Quelle: RollAMA Motivanalyse April 2007)

In welche Richtung sich die Ernährungsgewohnheiten und das Konsumverhalten zukünftig hin bewegen werden, ist kaum abzusehen, da eine Reihe von Einflussfaktoren das Kauf- und Ernährungsverhalten beeinflussen. So ist etwa aus heutiger Sicht noch nicht wirklich abzuschätzen, wie sich das Konsumverhalten durch die derzeitige Diskussion um die Lebensmittelteuerung entwickeln wird, da sozioökonomische Faktoren das Konsumverhalten der Österreicher/innen maßgeblich beeinflussen. Im Durchschnitt werden in Österreich derzeit 13 Prozent der Gesamtausgaben für Lebensmittel aufgewendet.<sup>72</sup> In fast jedem fünften Haushalt werden jedoch laut Konsumerhebung 2004/05 bereits mehr als 20 Prozent der Haushaltsausgaben für die Ernährung ausgegeben (in vielen dieser Haushalte liegt der Wert tatsächlich aber über dreißig Prozent).<sup>73</sup>

<sup>72</sup> Den größten Anteil an den Gesamtausgaben nimmt der Sektor „Wohnen/Energie“ mit 22,3 Prozent ein (Stand 2004/05). (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 142)

<sup>73</sup> „PensionistInnenhaushalte, Haushalte, in denen der/die HauptverdienerIn als ArbeiterIn oder in der Landwirtschaft beschäftigt ist sowie Haushalte, in denen der/die HauptverdienerIn maximal eine Pflichtschule abgeschlossen hat, sind in der Gruppe mit einem hohen Anteil an Ernährungsausgaben überrepräsentiert. Im Gegensatz dazu ist der Ernährungsanteil in knapp einem Drittel der Haushalte geringer als 10%. In dieser Gruppe sind jüngere Haushalte (HauptverdienerIn bis 44 Jahre), Haushalte von Angestellten sowie Haushalte, in denen der/die HauptverdienerIn über ein höheres Bildungsniveau verfügt häufiger vertreten.“ (BMLFUW, 2007b, S. 143)

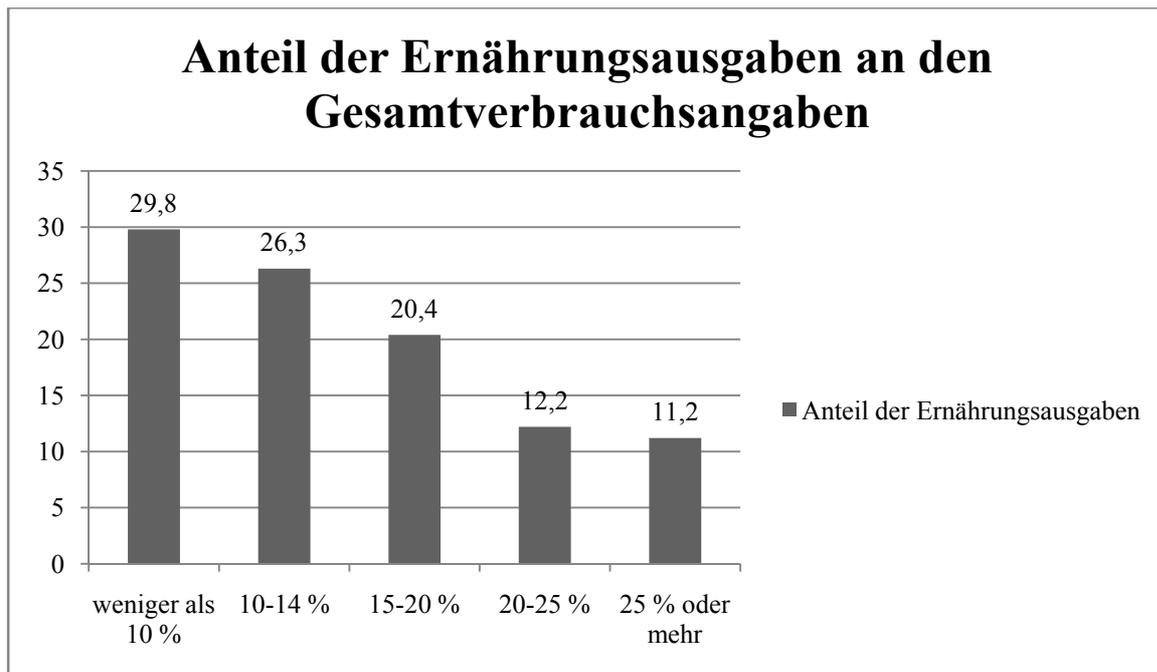


Abb. 2: Anteil der Ernährungsausgaben an den Gesamtverbrauchsangaben in Prozent der Haushalte (Quelle: Lebensmittelbericht 2008)

Eine mögliche zukünftige Entwicklung am Lebensmittelsektor könnte so aussehen, dass die Ernährungsgewohnheiten für den einen Teil der Gesellschaft zwar weiterhin von hedonistischen Motiven geleitet werden, sich gleichzeitig aber für einen anderen Teil der Gesellschaft bereits die Grundversorgung mit Lebensmitteln als schwierig gestalten kann. Als Indiz dafür mag die Tatsache gelten, dass beispielsweise die kürzlich eröffneten „Sozialmärkte“ regen Zulauf erhalten.

## 7. Strukturwandel/ -bereinigung

---

Soll der Strukturwandel kurz und bündig anhand von zwei Sätzen dargestellt werden, so beschreibt er jenen Prozess, bei dem der agrarwirtschaftliche Fortschritt, bei einer gleichzeitig zunehmenden Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion, tendenziell sinkenden Lebensmittelpreisen gegenübersteht. Ziel der Betriebe ist es, möglichst kostengünstig zu produzieren, sich im Rahmen des Wettbewerbsdrucks immer weiter zu vergrößern und die Effizienz kontinuierlich zu steigern.<sup>74</sup> (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 428f)

Der Strukturwandel impliziert in weiterer Folge neben einer Reduktion der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auch ein Sinken der Zahl jener, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Als ein österreichisches Spezifikum kann jedoch der Umstand gelten, dass trotz der Strukturbereinigung die „bäuerliche Struktur der heimischen Landwirtschaft“, zwar in abgeschwächter Form aber immerhin, weiterhin bestehen bleibt. Mit Grund dafür ist neben einer Förderung der kleinbetrieblichen Landwirtschaft die stärkere Forcierung der Nebenerwerbslandwirtschaft auf Kosten der Vollerwerbsbetriebe, die als attraktive Option für einen großen Teil der österreichischen Bauern und Bäuerinnen gesehen wird. (Vgl.: Schneider, 1988, S. 65)

Ich begreife den Strukturwandel jedoch als einen viel tiefergehenden und weitreichenderen Prozess. Die bloße numerische Darstellung der sinkenden Betriebszahlen, der sich ständig vergrößernden Agrarbetriebe, bei einer gleichzeitig sinkenden Quote von Landwirt/innen kann den Prozess der Strukturbereinigung nur latent darstellen und wird der tatsächlichen Tragweite und Komplexität des agrarischen Strukturwandels nicht ausreichend gerecht. Die Vielschichtigkeit und Vernetztheit des Agrarsektors entwächst für mich aus deren Einbettung in das wirtschaftliche, politische, historische und soziale Gefüge, wie im vorhergehenden Kapitel schon eingehend dargestellt wurde.

Um gegenwärtige agrarstrukturelle Prozesse begreifen und interpretieren zu können, eröffnet etwa ein genauerer Blick zurück in die Vergangenheit eine Möglichkeit, die Aspekte und Fundamente des momentanen agrarpolitischen Diskurses bildlich gesprochen an der Wurzel zu packen. Das Bild, in dem sich Landwirtschaft, Agrarpolitik und sonstige mit der Agrarwirtschaft zusammenhängende Faktoren heute präsentieren, ist mit Ergebnis

---

<sup>74</sup> Anderegg schreibt dem Prozess des Strukturwandels „agrardarwinistische Züge“ zu, da der Begriff „survival of the fittest“ sich als äußerst treffend für diesen Bereich herausstellt. (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 429)

von spezifischen Ereignissen und Impulsen in der näheren und fernerer Vergangenheit. Wird die Lupe genauer angesetzt, finden sich daher insbesondere in der Agrargeschichte viele Erklärungs- und Deutungsmuster für das heutige Erscheinungsbild des Agrarsektors.<sup>75</sup>

Einleitend wird daher besonderes Augenmerk auf die Agrargeschichte gerichtet. Nicht zuletzt aus dem Grund, da heutige Probleme der (westlichen) Agrarwirtschaft wie Überproduktion, Umweltzerstörung durch eine intensiv wirtschaftende Landwirtschaft usf. die Kinder des Wunsches nach einer gesteigerten und gewährleisteten Lebensmittelversorgung sind, weil Hunger einen konstanten Begleiter der Menschheitsgeschichte darstellt. Eine gesicherte und verbesserte Versorgung mit Nahrungsmitteln bildet demgemäß den Antrieb für diverse Modernisierungstendenzen in der Agrarwirtschaft, die in weiterer Folge als Grundlage für die Modernisierung und Industrialisierung von anderen Gesellschaftsbereichen interpretiert werden können.

Der Ursprung für heutige Probleme der Landwirtschaft ist vor allem auf Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts zurückzuführen. In diesem Zeitraum vollzieht sich eine Revolutionierung der Landbewirtschaftung, und die Erfindung von Düngemitteln oder neuen Maschinen bedeutet nicht etwa nur eine erhebliche Produktionssteigerung, sondern hat gleichzeitig auch wesentliche Auswirkungen auf den ländlichen Raum als Ganzes.<sup>76</sup>

Doch nicht nur für die gesteigerte landwirtschaftliche Produktion ist diese Phase von erheblicher Bedeutung, denn in weiterem Sinne werden hier auch die Grundsteine für die heutige Agrarpolitik im Besonderen, und die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Rolle der Landwirtschaft im Allgemeinen gelegt. So lässt sich etwa die heute noch verhältnismäßig große Bedeutung der Landwirtschaft in der Politik in Relation zu deren mittlerweile eher marginalen Rolle als Wirtschaftssektor unter anderem auch historisch erklären.

Aus diesem Grund möchte ich in diesem Abschnitt auch einen groben Überblick über zentrale ökonomische, strukturelle und soziale Prozesse in der Landwirtschaft liefern. In Österreich vollzieht sich diese Metamorphose der Landwirtschaft jedoch erst relativ spät, und so erfolgt nach dem zweiten Weltkrieg erst die, dafür umso raschere, Modernisierung

---

<sup>75</sup> So lassen sich etwa die Ursprünge der heutigen Agrarsubventionen in Schutzmaßnahmen, wie beispielsweise Getreidezöllen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts veranlasst wurden, verorten. (Vgl.: Heißenhuber, 2005, S. 30f)

<sup>76</sup> Werden beispielsweise weniger Menschen in der Agrarproduktion benötigt, können Arbeitskräfte freigesetzt werden, was wiederum eine Abwanderung aus dem ländlichen Raum bedeutet usf.

der Landbewirtschaftung, die etwa den Besitz von Zugtieren oder eine große Zahl von in der Landwirtschaft beschäftigten Personen obsolet macht. (Vgl.: Posch, 1988, S. 33)

Da die österreichische Landwirtschaft aber im Zentrum des Interesses steht, soll an dieser Stelle auf die spezifischen strukturellen Entwicklungen der österreichischen Landwirtschaft nach 1945 eingegangen werden. Speziell den agrarstrukturellen Besonderheiten Österreichs wie etwa die Berglandwirtschaft oder die Entwicklung der, in diesem Land so bedeutenden, ökologischen Landwirtschaft soll in dieser Arbeit verstärkte Aufmerksamkeit eingeräumt werden.

Warum der Berglandwirtschaft und der biologischen Wirtschaftsweise an dieser Stelle größere Beachtung geschenkt wird, hat strukturspezifische Gründe, weil Österreich einerseits stark von der Berglandwirtschaft geprägt ist, und das Land gleichzeitig als Pionierin des Biolandbaus in Europa gilt. Ein weiteres Charakteristikum stellt die Kleinstrukturiertheit der österreichischen Landwirtschaft dar, was vor allem auf den hohen Anteil an Berggebieten zurückzuführen ist. Diese beiden Faktoren mögen ein weiteres markantes Merkmal der Agrarwirtschaft Österreichs begünstigen: den, bereits oben erwähnten, hohen Anteil an Nebenerwerbsbetrieben.

## 7.1 Historischer Verlauf des Strukturwandels

Entfacht wird die agrarische Revolution, die als Ausgangspunkt der landwirtschaftlichen Strukturbereinigung gilt, durch Justus von Liebig's Erfindung des Kunstdüngers. Des Weiteren werden im 19. Jahrhundert auch Fortschritte in der Tier- und Pflanzenzüchtung gemacht. Durch den vermehrten Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten wird dieser Prozess zusätzlich noch verdichtet.<sup>77</sup> (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 470)

Soll die landwirtschaftliche Produktion allegorisch dargestellt werden, so löst im Zuge des Strukturwandels die lineare, auf fossile Energieformen basierende, Produktionskette den bisher praktizierten zyklischen Produktionskreislauf, wie bereits hinreichend im Theorieteil unterbreitet, ab. (Vgl.: Krachler, 2003, S. 173f)

---

<sup>77</sup> „Grob können wir vier Phasen der „großen Transformation“ in der Landwirtschaft unterscheiden: die *extensive Transformation* des späten 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der das Produktionswachstum ohne nennenswerte Steigerung der Arbeitsproduktivität einherging; die *moderate Transformation* der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit deutlichen Steigerungsraten der Produktivität, die gegenüber jenen der Industrie nachhinken; die *gebremste Transformation* der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit stagnierender Produktivität; schließlich die *beschleunigte Transformation* der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der die hohen Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaft sogar jene der Industrie übertrafen.“ (Langthaler, 1999, S. 82f)

Der Strukturwandel wird begleitet von einem Funktions- und Bedeutungsverlust des landwirtschaftlichen Produktionssektors in Folge dieser Industrialisierung und Linearisierung der landwirtschaftlichen Produktion, da die Aufgabe der diversen vor- und nachgelagerten Produktionsprozesse eine Schwächung der Position der Landwirt/innen impliziert. Erfolgte ursprünglich neben der Herstellung gleichzeitig auch die Verarbeitung eines landwirtschaftlichen Rohstoffes, so wird diese Aufgabe nun von nachgelagerten Sektoren erfüllt, die den Transport, die Verarbeitung und den Vertrieb der landwirtschaftlichen Erzeugnisse übernehmen. Aber auch die vorgelagerte Agrarproduktion in Form von Düngemittelerzeuger/innen, Bereitsteller/innen von Saatgut und Maschinen usw. gewinnt zunehmend an Gewicht.<sup>78</sup> (Vgl.: Kluge, 2005, S. 1f) Der Strukturwandel geht daher in weiterer Folge aus betriebswirtschaftlicher Sicht einher mit dem Sprung von der bedarfsdeckungsorientierten zu einer marktorientierten Landwirtschaft. (Vgl.: Bruckmüller, 1976, S. 403)

Im Rahmen dieser funktionellen Differenzierung katapultieren sich die Landwirt/innen aber auch immer mehr in die Abhängigkeit von landwirtschaftlichen Maschinen, Betriebsmitteln wie Dünger, Saatgut oder Pestiziden usw. Da die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse kontinuierlich sinken (sanken), gleichzeitig aber die Kosten für die agrarischen Aufwendungen steigen, ist der Strukturwandel gekennzeichnet durch eine Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe und einer gestiegenen Anzahl von Bauern/Bäuerinnen, die ihre Landwirtschaft auf Nebenerwerbsbasis betreiben, da viele Betriebe diesem Wettbewerbsdruck nicht standhalten können/konnten.<sup>79</sup> Die stetige zahlenmäßige Abnahme landwirtschaftlicher Betriebe führt gleichzeitig zu einer Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgrößen, da die Flächen der stillgelegten Landwirtschaften von anderen Betrieben übernommen werden. (Vgl.: Rammer, 1999, S. 105f)

Die Folgewirkungen der Agrarmodernisierung bleiben jedoch nicht auf den landwirtschaftlichen Sektor oder den ländlichen Raum begrenzt. Es wird angenommen, dass eine gesamtgesellschaftliche Modernisierung als Initialzündung die Modernisierung

---

<sup>78</sup> In Zuge der Agrarrevolution mutiert die Landwirtschaft daher auch zu einem bedeutenden Abnehmer industrieller Produkte. (Vgl.: Langthaler, 1999, S. 82)

<sup>79</sup> Bis zur zweiten Hälfte der 1960er Jahre entwickeln sich etwa in Österreich diese beiden Preise parallel. Doch seit einigen Jahrzehnten bleiben die Lebensmittelpreise auf dem annähernd gleichen Niveau während umgekehrt die Preise für die benötigten Betriebsmittel kontinuierlich im Steigen begriffen sind, was eine immer engere Gewinnspanne für die Landwirte/innen bedeutet. (Vgl.: Henrichsmeyer/Withke, 1991, S. 126)

des Agrarsektors bedingt.<sup>80</sup> Dieser Prozess impliziert eine Stärkung des sekundären und tertiären Sektors, was traditionsgemäß mit einer Tendenz in Richtung Verstädterung einher geht. Damit kommt der Landwirtschaft im Zuge der Urbanisierung eine doppelte Funktion zu: einerseits muss die Versorgung mit Lebensmitteln von einer immer kleiner werdenden Gruppe von Bauern/Bäuerinnen gewährleistet werden, andererseits werden die Arbeitskräfte, die in der Landwirtschaft durch die Agrarmodernisierung freigemacht werden, von den anderen beiden Sektoren dringend benötigt.<sup>81</sup> Durch die Modernisierung des Agrarsektors wird die Landwirtschaft gleichfalls zu einer bedeutenden Abnehmerin industriell gefertigter Güter, was den Industrialisierungsprozess zusätzlich vorantreibt.<sup>82</sup> (Vgl.: Bruckmüller, 1976, S. 22f)

Neben den sich wandelnden Produktionsverhältnissen und Produktionsstrukturen vollzieht sich parallel dazu auch ein ständiger Paradigmenwechsel in der Sichtweise der bäuerlichen Gesellschaft. Das Bild der Bauern/Bäuerinnen navigiert zwischen dem einer konservativen Bauerntumsideologie, in der die traditionellen Werte des „Bauernstandes“ hervorgehoben werden, bis hin zu einem technokratischen Verständnis der Landwirt/innen als eng kalkulierende Betriebswirt/innen, die mit dem Einsatz von neuen Technologien und Betriebsmitteln das Dogma der Effizienz, Produktionssteigerung und Gewinnmaximierung zu ihrem obersten Handlungsprinzip erklären. Seit den 1970/80er Jahren erhalten wiederum die Multifunktionalität und Nachhaltigkeit der Landwirtschaft verstärkte gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit.

### 7.1.1 Das spezifische Erscheinungsbild der österreichischen Landwirtschaft

Ein wesentliches Merkmal der österreichischen Landwirtschaft ist, wie oben bereits angedeutet, ihr kleinstrukturiertes Erscheinungsbild. Die Ursache hierfür liegt in der spezifischen Topographie Österreichs mit einem enormen Anteil an Berggebieten (mehr als

---

<sup>80</sup> Daher wird die Agrarrevolution von so manchen Autoren/innen als Voraussetzung der industriellen Revolution interpretiert. (Vgl.: Langthaler, 1999, S. 82)

<sup>81</sup> Fortschritte und Neuerungen in der Landbewirtschaftung führten zu einer raschen Zunahme der Produktionsmenge und der Produktivität. Waren in Europa zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch drei Personen in der Landwirtschaft beschäftigt um eine/n nichtagrarischen Verbraucher/in zu ernähren, so konnten Anfang des 20. Jahrhunderts von einem/r Landwirt/in bereits drei bis vier Personen versorgt werden, und am Ende des 20. Jahrhunderts kann die Ernährung von 100 Personen von nur einem/r Bauern/Bäuerin sichergestellt werden. (Vgl.: Hofreither, 1995, S. 17)

<sup>82</sup> Ein weiteres Merkmal des Strukturwandels ist aber auch der makroökonomische Bedeutungsverlust des Agrarsektors, und so ist der Beitrag des österreichischen Agrarsektors am BIP kontinuierlich im Sinken begriffen. (Vgl.: Schuh, 1999, S. 12)

70 Prozent der Gesamtfläche Österreichs liegen in Berggebieten, dies ist der höchste Anteil innerhalb der EU), wo die Bewirtschaftung nur mit einem hohen Arbeitseinsatz und unter erschwerten Bedingungen möglich ist. Eine Mechanisierung und die Ausweitung der kultivierten Flächen sind unter diesen Voraussetzungen nur erschwert möglich, was nicht zuletzt zur Entstehung der für Österreich typischen kleinstrukturierten Kulturlandschaft beiträgt. Auch die biologische Landwirtschaft ist ein Spezifikum der österreichischen Landwirtschaft, und sie stellt den höchsten nationalen Biobauern/bäuerinnen-Anteil innerhalb Europas dar. (Vgl.: Schuh, 1999, S. 12f)

In diesem kleinstrukturierten Erscheinungsbild liegt auch die Ursache für die, in Österreich weit verbreitete „Nebenerwerbslandwirtschaft“, die sich, wie der Name schon sagt, aus einer Erwerbskombination zwischen nicht-landwirtschaftlichen Aktivitäten und einem kleinen landwirtschaftlichen Betrieb zusammensetzt. Diese, lange Zeit marginalisierte, Bewirtschaftungsform erfährt seit Ende der 80er Jahre von Seiten der österreichischen Agrarpolitik erhöhte Aufmerksamkeit und eine damit verbundene Aufwertung, da zunehmend die Rolle des Agrarsektors für die Entwicklung des ländlichen Raumes im Allgemeinen erkannt wird.<sup>83</sup> (Vgl.: Dax, 1999, S. 51)

Den für Österreich bedeutendsten Sektor der Agrarwirtschaft bildet bis heute die Grünlandbewirtschaftung und die damit einhergehende Tierhaltung. So nimmt etwa die Milchwirtschaft einen Anteil von 17 Prozent an der gesamten Wirtschaftsleistung der Landwirtschaft ein, dicht gefolgt von der Rinder- und Kälberhaltung mit 15 Prozent.<sup>84</sup> (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 6)

### 7.1.2 Historischer Verlauf des Strukturwandels in Österreich

Im Falle von Österreich spricht Ernst Bruckmüller von einer „verzögerten Modernisierung“ der Agrargesellschaft. Anders als in Preußen oder in England, wo es zu einer raschen

---

<sup>83</sup> „Eine große Rolle kommt den landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben zu, die das Familieneinkommen durch Erwerbskombination erzielen. Sie umfassen in Österreich nahezu zwei Drittel der Gesamtzahl an Agrarbetrieben. Sie sind zwar agrarisch weniger effizient, um so wichtiger aber in soziologischer Hinsicht. Sie bilden einen existentiellen Rückhalt für die Familie als Heimstätte und tragen entscheidend dazu bei, die ländliche dezentrale Siedlungsstruktur zu erhalten.“ (Bach, 1995, S. 9)

<sup>84</sup> Aber auch dieser Bereich besticht durch seine Kleinstrukturiertheit, und im EU-Vergleich liegt die durchschnittliche Anzahl der Tiere weit hinter dem europäischen Durchschnitt. Im EU-Durchschnitt weisen im Jahr 1999 49,3 % Betriebe einen Tierbesatz von mehr als 100 Stück auf. In Österreich erreichen eine solche Größenordnung aber nur 2,7 % der Betriebe. (Vgl.: Hovorka, 1999a, S. 132f)

Modernisierung durch eine akkurate Strukturbereinigung in Form von diversen Agrarreformen kommt, erfolgt in Österreich eine „konservative Modernisierung“, die gekennzeichnet ist durch ein Nebeneinander der traditionellen bäuerlichen Betriebsstrukturen und einer voranschreitenden Modernisierung, die durch landwirtschaftliche Vereine, Genossenschaften und andere landwirtschaftliche Organisationen, die im 19. Jahrhundert entstehen, angetrieben wird. (Vgl.: Langthaler, 2004, S. 39)

Entscheidend für die Agrarmodernisierung in Österreich sind die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. So war Österreich in den frühen 1950er Jahren ein noch stark von den Agrarstrukturen geprägtes Land, und das industrialisierte Österreich ist in jenen Jahren im Großen und Ganzen noch auf die wenigen städtischen Ballungsräume und einige, im 19. Jahrhundert entstandene, Industriegebiete konzentriert. Die Landwirtschaft bildet noch vor dem Zweiten Weltkrieg den bedeutendsten Wirtschaftszweig in Österreich, und nimmt gleichzeitig die Rolle als einer der wichtigsten Arbeitgeber ein. (Vgl.: Rammer, 1999, S. 99-102)

Die Initialzündung des Strukturwandels geht von der oben beschriebenen Agrarmodernisierung, die eine Industrialisierung des landwirtschaftlichen Sektors impliziert, aus. Die Strukturbereinigung beschreibt in weiterer Folge radikale Transformationsprozesse in der agrarischen Betriebs- und Gesellschaftsstruktur, die sowohl mit einer Reduktion der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe einhergeht, parallel dazu aber den Prozess einer kontinuierlichen Betriebsvergrößerung einläutet. Da diese beiden Merkmale zentrale Elemente der Strukturbereinigung auch in Österreich darstellen, sollen sie an dieser Stelle einer grafischen Darstellung unterzogen werden.

So betrug etwa im Jahr 1951 die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe noch fast 433.000. Dieser Wert sinkt jedoch kontinuierlich, und erreicht in den 80er Jahren erstmals einen Richtwert unter 300.000. Im Jahr 1995, dem Jahr des EU-Beitritts, bestehen noch etwa 239.000 Betriebe. Zehn Jahre später existieren in Österreich noch circa 190.000 Betriebe. In den 35 Jahren zwischen 1970 und 2005 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe also fast halbiert. (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 190)

Insgesamt wurden im Jahr 2005 im Zuge der Agrarstrukturerhebung 189.600 Betriebe gezählt, wobei die meisten und auch die größten landwirtschaftlichen Betriebe in

Niederösterreich (46.000), gefolgt von der Steiermark (43.000) und Oberösterreich (36.000), zu finden sind.

(Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60303/1/13751/>, am 9.7.2008)

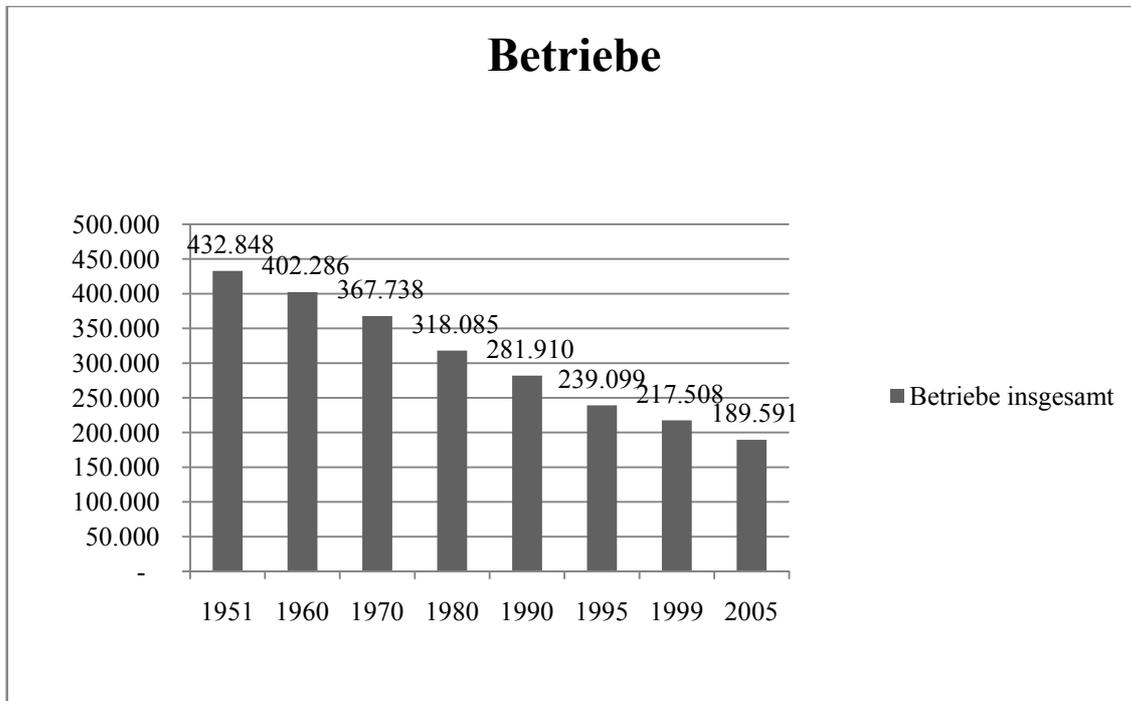


Abb. 3: Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich (Quelle: Grüner Bericht 2007)

Bei der Betriebsgröße zeigt sich ein divergentes Bild, und die durchschnittliche Größe der LF (landwirtschaftlich genutzte Fläche) weist kontinuierliche Wachstumstendenzen auf, wobei das Wachstum zunächst noch sehr zaghaft vonstatten geht. Wächst die LF von durchschnittlich 9,4 Hektar im Jahr 1951 auf 13,5 ha im Jahr 1990, so beschleunigt sich der Wachstumsprozess ab den 1990er Jahren. Im Jahr 1995 bewirtschaftet ein landwirtschaftlicher Betrieb bereits durchschnittlich 15,3 ha, und 2005 liegt der Wert bereits bei 18,8 Hektar. (Vgl.: Statistik Austria, 2007, S. 331)

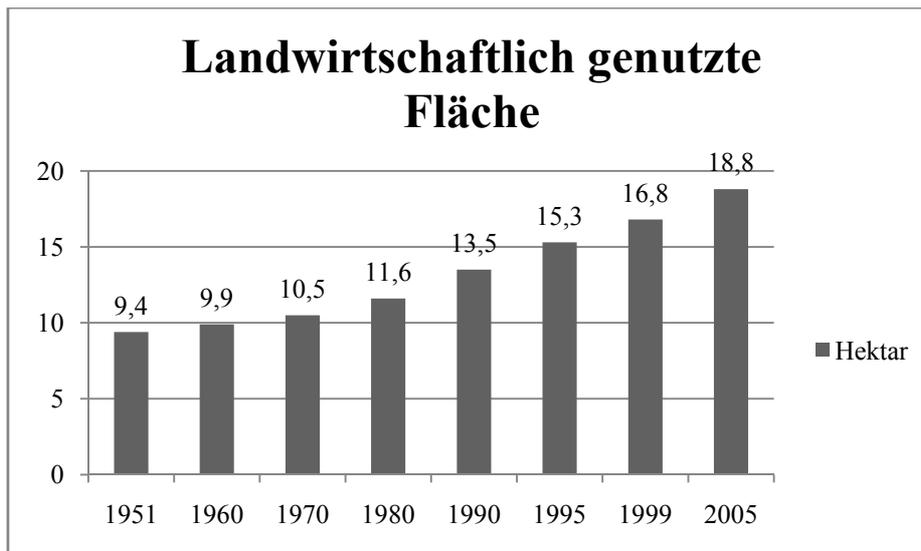


Abb. 4: Durchschnittliche LF in Österreich (Quelle: Statistik Austria)

Anhand dieser beiden Diagramme lässt sich die „verzögerte Modernisierung“, des österreichischen Agrarsektors fabelhaft darstellerisch auf den Punkt bringen. Sind die Wachstumszahlen in den ersten beiden Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg noch äußerst niedrig, vollzieht sich besonders seit den 1960/70er Jahren der Strukturwandel mit enormer Rasanzenz. Der EU-Beitritt beschleunigt diesen Prozess der Strukturbereinigung schließlich noch zusätzlich.

Die Gründe, warum in Österreich von einer verzögerten Agrarrevolution die Rede sein kann, sind vielfältig. So spielen etwa historisch-geographische Faktoren für die verspätete Agrarmodernisierung eine nicht unbedeutende Rolle. Da das Habsburgerreich durch eine interregionale Arbeitsteilung geprägt ist, haben sich die zentrale Lage Österreichs und dessen ungünstige Voraussetzungen für die agrarische Produktion, negativ auf die Modernisierung der Landwirtschaft ausgewirkt.<sup>85</sup> (Vgl.: Langthaler, 1999, S. 83)

Von politischer und gesellschaftlicher Seite werden durch den, von den Habsburgern praktizierten, Agrarprotektionismus nichtgerade positive Impulse für eine Modernisierung der Österreichischen Landwirtschaft ausgesendet. Durch das starke Interesse der Habsburger und des Bürgertums an einer einflussreichen bäuerlichen Gesellschaft, die ein Gegengewicht zur immer größer werdenden Gruppe der Arbeiter/innen bilden soll, erfolgt die Agrarmodernisierung aus Rücksicht auf die, in Österreich stark vertretene Gruppe der Kleinbauern/bäuerinnen nur zögerlich. Es stehen sich also sowohl

<sup>85</sup> So wird unter anderem die Lebensmittelversorgung für den Großraum Wien mit Produkten aus den landwirtschaftlichen Gunstlagen Ungarns sichergestellt. (Vgl.: Langthaler, 1999, S. 83)

modernisierungsfördernde als auch modernisierungshemmende Interessen gleichermaßen gegenüber. (Vgl.: Bruckmüller, 1976, S. 30)

All diese Faktoren führen dazu, dass sich die Produktionssteigerung noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Landwirtschaft als äußerst gering ausnimmt. Die entscheidende Phase für die Agrarmodernisierung in Österreich bilden, wie bereits angedeutet, die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, in denen die zunehmende Motorisierung und Elektrifizierung den Besitz von Zugtieren, und damit in weiterer Folge auch die Produktion von Futtermitteln obsolet machen, was unter anderem mehr Raum für die Produktion für den Markt schafft. Gleichzeitig wirkt sich der Einsatz von chemischen Erzeugnissen in Form von Dünger, Pflanzenschutzmitteln oder neuen Konservierungstechniken nun auch in Österreich positiv auf die Produktionsmengen aus, wie auch biologische Faktoren wie die planmäßige Züchtung im Pflanzenbau und in der Viehzucht eine Rolle spielen. Auf struktureller Ebene führen Grundstückszusammenlegungen und modernere Formen der Betriebsorganisation zu erhöhter Effizienz innerhalb der österreichischen Landwirtschaft.<sup>86</sup> (Vgl.: Sandgruber, 2002, S. 198)

All diese Prozesse münden in Summa in eine, bereits im vorhergehenden Kapitel beschriebene, zunehmende funktionelle Trennung oder Differenzierung innerhalb des Agrarsektors, und industrielle Produktionsverfahren halten nun auch in der agrarischen Produktion Österreichs verstärkt Einzug.<sup>87</sup> Dieser Spezialisierungs- und Industrialisierungsprozess führt etwa zu einem Aufbrechen der Verbindung von Getreidebau und Viehhaltung. Ersteres konzentriert sich nun auf jene Gunstlagen Österreichs, in denen eine intensive Bewirtschaftung möglich ist. Rinderhaltung und die Milchproduktion werden nun vor allem in Berggebieten und anderen ertragsschwachen und schwer zu bewirtschaftenden Regionen betrieben. (Vgl.: Sandgruber, 2002, S. 196f)

---

<sup>86</sup> Die Produktivitätssteigerungen sind dafür nach dem zweiten Weltkrieg enorm, und sie liegen beispielsweise zwischen 1970 und 1980 mit durchschnittlich 5,5 % deutlich über den Zuwächsen der übrigen Wirtschaftszweige, die in dieser Zeitspanne bei 2,2 % liegen. (Vgl.: Ortner, 1997a, S. 28)

<sup>87</sup> Dieser Konzentrationsprozess vollzieht sich in Österreich aber erst in den 1960er Jahren. (Vgl.: Bruckmüller, 1985, S. 484) So waren etwa im Jahr 1960 noch circa ein Drittel aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Die landwirtschaftliche Beschäftigungsquote liegt hingegen im Jahr 2006 nur mehr bei 5,4 Prozent. (Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60305/1/13751/>, am 9.7.2008)

Im Zuge des Strukturwandels steigt in Österreich auch die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe, was für Christian Rammer als „Proletarisierung“ der Landwirtschaft interpretiert werden kann, weil neben der landwirtschaftlichen Tätigkeit zusätzlich noch einer außerlandwirtschaftlichen Beschäftigung nachgegangen wird, von der die Nebenerwerbslandwirte/innen abhängig sind. (Vgl.: Rammer, 1999, S. 100)

Nur mehr 39,3 Prozent der Bauern/Bäuerinnen sind Haupterwerbslandwirt/innen. Das Gros der Betriebe wird mit 56,4 Prozent nebenerwerblich bewirtschaftet (Stand 2005). (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 190)

Vor allem in den Berggebieten stellen Erwerbsskombinationen oft die einzige Möglichkeit dar, das Auskommen zu sichern. Ohne eine zweite Einkommensquelle wäre das finanzielle Überleben in extremen Lagen oft kaum mehr zu bewerkstelligen. (Vgl.: Fischler, 1997, S. 215)

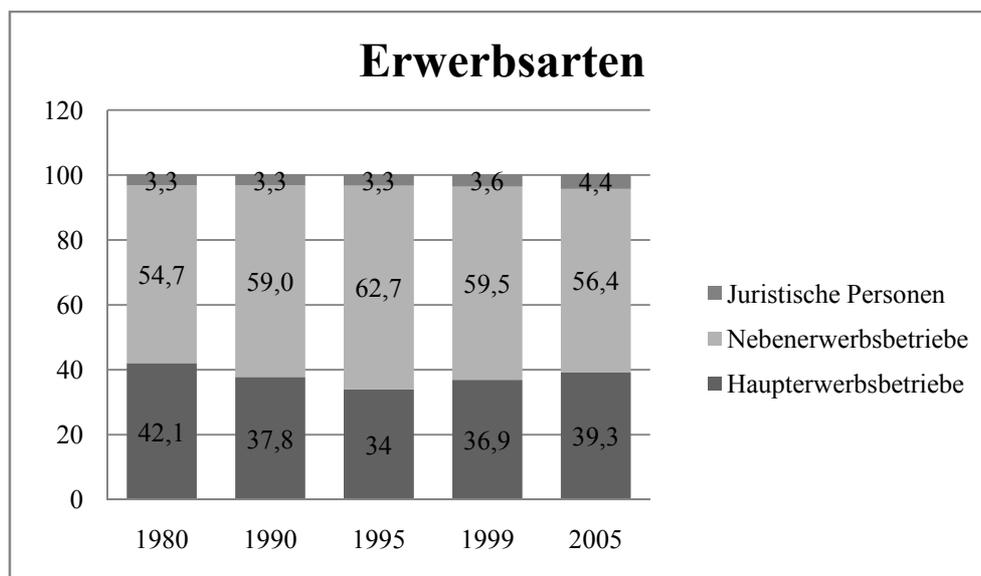


Abb. 5: Landwirtschaftliche Erwerbsarten im Vergleich (Angaben in Prozent) (Quelle: Grüner Bericht 2007)

Ein weiteres Charakteristikum der österreichischen Landwirtschaft ist neben der Dominanz der Nebenerwerbslandwirtschaft auch, wie bereits oben angemerkt, dessen Kleinstrukturiertheit. Im Jahr 2005 bewirtschafteten 60 Prozent der Landwirt/innen weniger als 20 ha LF.<sup>88</sup> Umgekehrt verfügen weniger als 4 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über mehr als 100 ha LF. Es setzt sich aber der Trend in Richtung Betriebsvergrößerung weiterhin fort.

<sup>88</sup> Im Jahr 1999 lag der Anteil noch bei 65 Prozent. [Anm.] (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 21)

Trotz der Aufgabe vieler kleiner landwirtschaftlichen Betriebe (im Zeitraum von 1995 bis 2005 nahm die Zahl der Bauernhöfe um ein Fünftel ab, wobei es sich durchwegs um Betriebe mit weniger als 50 ha LF handelte) hat sich die gesamte LF Österreichs nicht wesentlich verringert, da die, durch die Aufgabe freiwerdende LN von anderen Betrieben zum Zweck einer Betriebsvergrößerung erworben wurde. (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 21f)

### 7.1.3 Der agrarpolitische Diskurs im Wandel der Zeit

Die Zuschreibungen, die der ländliche Raum im Allgemeinen, und die bäuerliche Gesellschaft im Besonderen, erhalten, sind einem ständigen Wandel unterworfen. Aus agrarhistorischer Sicht kommt es daher zu einem ständigen Paradigmenwechsel in der Sichtweise der Bauern/Bäuerinnen. (Vgl.: Langthaler, 2004, S. 31ff)

Im Groben unterscheidet Josef Krammer drei Entwicklungsphasen der ideologischen Interpretationsmuster der österreichischen Landwirtschaft seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Bis Ende der 50er Jahre dominiert die Bauertumsideologie, die in den 60er Jahren von der Unternehmerideologie abgelöst wird. Ab Ende der 1970er Jahre ist die Sichtweise der Landwirtschaft geprägt von der funktionalistischen Agrarideologie, die vor allem in den Alpenländern verbreitet ist. (Vgl.: Krammer, 1999, S. 199)

Die unterschiedlichen Perspektiven und Zuschreibungen, die der Landwirtschaft auferlegt werden, können als Spiegel der jeweiligen Agrarpolitik interpretiert werden. Werden in den Vierziger-, Fünfziger- und Sechziger Jahren von Agrarhistoriker/innen vor allem Eigenschaften wie Bodenständigkeit, Unbeugsamkeit, Traditionsbewusstsein oder auch Gottesfürchtigkeit als Werte der Bauernschaft hervorgehoben<sup>89</sup>, erfährt ab den 1970er Jahren die Agrarmodernisierung verstärkte Aufmerksamkeit.

Die „Bauernromantik“ der vorangegangenen Jahre wird von Agrarhistoriker/innen ersetzt durch eine zunehmende Konzentration auf Aspekte des „sozialen Wandels“, dem auch die ländliche Bevölkerung unterworfen ist. Die Agrargesellschaft wird nun als integraler Teil der Transformation der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft verstanden, und nicht mehr, wie bisher, als ein, von der Modernisierung abgetrennter, auf „alte Werte“ wie Familie oder Religion pochender Sektor interpretiert. In Zuge dessen wird der Agrarsektor

---

<sup>89</sup> „Die wichtigste Funktion der traditionellen Bauertumsideologie ist es, den Bauern ein handlungsrelevantes Deutungsmuster der Gesellschaft und ihrer Veränderungen zu vermitteln, in dem bäuerliches Arbeiten und Leben als ursprünglich, gut, frei, gottgefällig und zukunftsweisend hingestellt wird.“ (Krammer, 1999, S. 202)

in das kapitalistische System integriert, was bedeutet, dass er sowohl als Abnehmer von industriellen Produkten, als auch als Produzent von Rohstoffen Beachtung findet.<sup>90</sup> (Langthaler, 2004, S. 32-43)

Seit Mitte der 80er Jahre kommt in der Agrargeschichte wiederum der Schnittstelle Bauer/Bäuerin-Umwelt in Form einer Agrarumweltgeschichte verstärktes Interesse entgegen, was in der Agrarpolitik mit dem Schlagwort „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ ihren Niederschlag findet. (Vgl.: Langthaler, 2004, S. 45-48)

Diese sich ständig verändernden Sichtweisen der bäuerlichen Gesellschaft manifestieren sich in der Agrarpolitik in einem kontinuierlichen Navigieren zwischen Agrarprotektionismus und einer Liberalisierung des Agrarsektors.<sup>91</sup>

Die oben beschriebenen Zuschreibungen der bäuerlichen Gesellschaft erfahren daher gleichfalls in der (Agrar)Politik eine ständige Instrumentalisierung. So gilt die konservative Bauerntumsideologie, die vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis hinein in die Fünfzigerjahre des 20. Jahrhunderts akzentuiert wird, als Gegenstrategie zu den Säkularisierungstendenzen, in denen sich die Gesellschaft im Allgemeinen, und die Landwirtschaft im Besonderen in jener Zeit wiederfinden. Aus diesem Grund wird die Bauerntumsideologie auch vehement vom Katholizismus ummantelt.

Sie wird auch als Gegenkonzept zum erstarkten Sozialismus angeführt, die über die bäuerliche Gesellschaft hinaus integrierend wirkt, so bedienen sich auch Journalist/innen, Pfarrer, Lehrer/innen usw. der Rhetorik dieser „Agrarromantik“. Ferner dient die konservative Bauerntumsideologie als vereinheitlichendes und verbindendes Element, das die im Grunde sehr heterogene bäuerliche Gesellschaft in sich vereint. (Vgl.: Hanisch, 2002, S. 24-26)

A priori wird die Agrarpolitik ab dem Ende des 19. bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts vom Dogma des Agrarprotektionismus dominiert. (Vgl.: Bruckmüller, 1976, S. 287)

Summa summarum erfährt der Begriff des „Bauernstandes“ eine enorme Ideologisierung und Politisierung bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein, und er überlagert alle

---

<sup>90</sup> Das Handeln und Denken der Bauern/Bäuerinnen soll von nun an auch von ökonomischen Standpunkten geleitet werden. (Vgl.: Krammer, 1999, S. 201)

<sup>91</sup> „Die kapitalistische Agrarentwicklung scheint durch zwei gegenläufige, aber dialektisch aufeinander bezogene Doktrinen der Agrarpolitik geleitet: die liberale „Anpassungsdoktrin“, die von der Mitte bis in die Achtzigerjahre des 19. Jahrhunderts und wiederum seit der Mitte des 20. Jahrhunderts vorherrscht, und den konservativen „Bauernschutz“ zwischen etwa 1890 und 1950.“ (Langthaler, 2004, S. 43)

sozialen und ökonomischen Differenzen, die innerhalb der bäuerlichen Gesellschaft zu jener Zeit tatsächlich vorhanden sind. Vor allem in den Parteiprogrammen der Christlichsozialen und Konservativen findet dieses Bauernbild ihren Niederschlag, wobei der „Erhaltung eines lebenskräftigen Bauernstandes“ zentrale Bedeutung zukommt.<sup>92</sup> (Vgl.: Hanisch, 2002, S. 32f)

Die technokratische Perspektive prägt die Agrarpolitik der Jahre 1950 bis 1980, was einen Bruch mit der konservativen Bauerntumsideologie impliziert. Neue Technologien, Modernisierung und der Einsatz von Wissenschaft zur Produktionssteigerung sind das Gebot der Stunde. Das konservative und traditionelle Bauernbild wird nunmehr als Nostalgie abgetan. Der Bauer/Bäuerin entwickelt sich in diesen Jahren zum/r Unternehmer/im, was den Einzug von betriebswirtschaftlichem Denken auch auf dem Hof notwendig macht. Diese neue Perspektive zeigt sich auf besonders anschauliche Art und Weise im Mansholt-Plan des Jahres 1968, der mit dem Schlagwort „Wachsen oder Weichen“ diese neue Sichtweise kurz und prägnant zusammenfasst.<sup>93</sup> (Vgl.: Hanisch, 2002, S. 34)

Seit den 1970er Jahren erfolgt ein weiterer Paradigmenwechsel im agrarpolitischen Diskurs. Durch die Konzentrations-, Industrialisierungs- und Intensivierungsprozesse im Agrarsektor erhält die bäuerliche Gesellschaft vermehrt die Zuschreibung einer Naturzerstörerin. Neue soziale Bewegungen, wie die Umweltbewegung, vermitteln zunehmend dieses Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft, und verfügen somit auch über ein indirektes Druckmittel zur Gestaltung der Agrarpolitik, da damit die Agrarpolitiker/innen zu einer Reaktion gezwungen wurden. Als bekanntes österreichisches Beispiel hierfür sei das Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft von Josef Riegler, das bereits oben einer eingehenden Beschreibung unterzogen wurde, erwähnt. In Bezug auf die Landwirtschaft sieht das Programm vor allem eine Stärkung der biologischen Landwirtschaft und die Betonung der Nachhaltigkeit und Multifunktionalität der Landwirtschaft vor.<sup>94</sup> (Vgl.: Hanisch, 2002, S. 39-42)

---

<sup>92</sup> Tatsächlich navigieren Christlichsoziale Parteien, wie im Falle Österreichs die ÖVP, zwischen Wellen des Antiliberalismus, die vom traditionellen Bauernbild geprägt sind, und liberalen Wellen, wo sie sich als Interessensvertreter einer liberalen Wirtschaftspolitik sehen. (Vgl.: Hanisch, 2002, S. 32f)

<sup>93</sup> „Die wichtigste Funktion der technokratischen Agrartheorie hingegen ist es, die Zukunftslosigkeit eines Großteils der bäuerlichen Wirtschaften als im Grunde notwendig, fortschrittlich und gut zu rechtfertigen.“ (Vgl.: Krammer, 1999, S. 202)

<sup>94</sup> Krammer unterscheidet generell drei Funktionen der Landwirtschaft: die „Produktionsfunktion“, die „ökologische Funktion“ und die „Raum- und Regionalfunktion“. (Vgl.: Krammer, 1999, S. 203)

Die Bauerntumsideologie tritt erneut in Kombination mit dieser (multi)funktionalistischen Agrartheorie auf, da etwa die, bereits in der Bauerntumsideologie vertretenen Aspekte, wie etwa die Einheit mit der Natur, überschaubare Strukturen oder ein bestimmter Grad an Selbstverwirklichung (ideologische) Sparten einer multifunktionalen Landwirtschaft darstellen. Diese erneut auftretenden Zuschreibungen können aber als stark von außen geleitete Konnotationen ausgemacht werden, die Ausdruck der Wünsche, Bedürfnisse und Sehnsüchte einer industrialisierten und urbanen Gesellschaft sind. (Vgl.: Krammer, 1999, S. 204)

In den letzten Jahren nehmen daher vor allem kombinierte agrar-umweltpolitische Maßnahmen im Rahmen des ÖPUL (Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft) verstärkt Einfluss auf die Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors in Österreich, und hinterlassen damit auch Spuren im agrarstrukturellen Wandel der jüngsten Zeit.

So verfestigt das ÖPUL die bestehenden Agrarstrukturen. Waren vor allem Bauern/Bäuerinnen in ertragsschwachen und schwer zu bewirtschaftenden Regionen von einer Aufgabe bedroht, konnten Maßnahmen aus dem ÖPUL zur Aufrechterhaltung des spezifischen Erscheinungsbildes der Landschaft diesem Prozess entgegenwirken, und tragen so zur Bewahrung der, für diese Gebiete charakteristischen, kleinstrukturierten Landwirtschaft bei. Die agrar-umweltpolitischen Maßnahmen der jüngsten Zeit weisen daher, wie hier am Beispiel Österreich dargestellt, strukturbewahrende Züge auf. (Vgl.: Wyrzens, 2006, S. 17f)

Die drei oben beschriebenen Formen der Agrarideologien können demnach als ideologische Begleiterinnen von diversen Strömungen und Ansätzen der spezifischen Agrarpolitik(en) erfasst werden, deren Funktion unter anderem in der Sicherung der Loyalität der, in der Landwirtschaft Tätigen erklärt werden kann. Die diversen Ideologien können auch zeitgleich und parallel bestehen, so existiert während der Dominanz der Unternehmer/innenideologie beispielsweise die Bauerntumsideologie weiter, da sie für die Bauern/Bäuerinnen selbst als Sinnstiftend und auch als Erklärungs- und Deutungsmuster für die Legitimität ihrer Existenz herangezogen werden kann. Der Bauerntumsideologie

fällt also eine politische Funktion zu, während zeitgleich die Unternehmensideologie den ökonomischen Zugang zur Landwirtschaft definiert. (Vgl.: Krammer, 1999, S. 203f)

#### 7.1.4 Historische Aspekte für die privilegierte Stellung der Landwirtschaft

Speziell das Erleben von Hunger kann einerseits als Motor für die Modernisierung des landwirtschaftlichen Sektors interpretiert werden, gleichzeitig wird der Landwirtschaft in ihrer symbolischen Rolle als „Ernährerin“ einer Gesellschaft wohl auch ein gewisser Sonderstatus in der (Agrar)politik eingeräumt.<sup>95</sup> Die subjektive Bedeutung der Landwirtschaft kann daher unter anderem auf diese psychologische und physiologische Komponente von Ernährung zurückgeführt werden, denn hungernde Menschen verleihen der Versorgung mit Lebensmitteln mit ziemlicher Sicherheit eine hohe Priorität.<sup>96</sup> (Vgl.: Inglehart, 1984, S. 282)

Parallel dazu wurde die Landwirtschaft von politischen Gruppierungen, vor allem den Konservativen, stark ideologisiert und instrumentalisiert. Als Hüterin des „Alten und Traditionellen“, und damit den scheinbar „identifikatorischen Wurzeln“ einer Gesellschaft, müsste die bäuerliche Gesellschaft geschätzt und bewahrt werden. (Vgl.: Bruckmüller, 2002, S. 420)

Realpolitisch hatte im 19. Jahrhundert neben den Habsburgern vor allem das Bürgertum ein nicht unbedeutendes Interesse an einer einflussreichen bäuerlichen Gesellschaft, die als eine Art Gegenpol zur erstarkten Arbeiter/innenschaft wirken sollte. (Vgl.: Bruckmüller, 1976, S. 30)

Aber auch noch in jüngerer Zeit kann die Landwirtschaft in der österreichischen Politik Akzente setzen. Da die Agrarpolitik in Österreich im Rahmen der Sozialpartnerschaft

---

<sup>95</sup> So lassen die Hungersnöte während und nach dem 2. Weltkrieg den Agrarsektor wieder zu einem der wichtigsten Produktionszweige anwachsen. Der Bedeutungsgewinn der Landwirtschaft spiegelt sich auch gesellschaftlich in einem wachsenden Ansehen der Bauern/Bäuerinnen nach den Kriegsjahren wieder. Und die Wirtschaftspolitik der 1950er und 60er Jahre zielte auf eine Erhöhung des Selbstversorgungsgrads Österreichs ab, was eine Politik zum Schutz und der Entwicklung der Landwirtschaft nötig macht. (Vgl.: Rammer, 1999, S. 103)

<sup>96</sup> “Structural changes in the food and agricultural system raise a number of policy issues. Food and agriculture has traditionally been a fertile area for public policy. Food is perhaps the most basic of all commodities and countries have naturally wished to ensure that a sufficient supply is always available. Unlike many other industries, agriculture is subject to the vagaries of weather and disease. Agricultural production is inherently unstable and farming is a risky business. Policy makers have been concerned about this and have used various mechanisms to try to address this issue.” (Blandford, 2000, S. 5)

formuliert wird/wurde, haben die Landwirt/innen immer noch eine relativ einflussreiche Position in der politischen Landschaft Österreichs inne.<sup>97</sup> (Vgl.: Kniepert, 1999, S. 64)

Die Ursache für die verhältnismäßig große Bedeutung des Agrarsektors ist womöglich darauf zurückzuführen, dass auch umgekehrt der staatliche Einfluss auf diesen Sektor immer noch sehr beachtlich ist. So werden Entscheidungen für den Agrarsektor größtenteils noch immer von staatlichen oder halbstaatlichen Organen getroffen, und die landwirtschaftlichen Interessensverbände verfügen damit immer noch über eine lange Reihe von politischen Einflussmöglichkeiten. (Vgl.: Henrichsmeyer/Witzke, 1991, S. 21)

Der politische Einfluss der Landwirt/innen entsteht aber bereits auf einer der untersten Ebenen der politischen Stufenleiter, der Gemeindepolitik. Die Gemeinde- und Vereinspolitik wird heute noch, ob des ökonomischen Bedeutungsverlusts, verhältnismäßig oft von Bauern/Bäuerinnen dominiert. So werden wichtige gemeindepolitische Ämter, wie der Bürgermeister/innenposten oder leitende Funktionen in Vereinen häufig noch von in der Landwirtschaft tätigen Personen bekleidet. „Damit bleiben die Interessen der Landwirtschaft zentraler Orientierungspunkt der lokalen Politik und setzen ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen Peripherisierung.“ (Rammer, 1999, S. 113)

Ein großer Teil der österreichischen Gesellschaft fühlt sich auch lange direkt oder indirekt mit dem ländlichen Raum im Allgemeinen, und der bäuerlichen Gesellschaft im Besonderen verbunden. Die Bezugspunkte reichen von Verwandtschaftsverhältnissen über die eigene bäuerliche Herkunft bis hin zu anderen Formen emotionaler Verbindungen. Die von Ernst Bruckmüller angesprochene „verzögerte Modernisierung“ mag diese These stützen. Da die Agrarmodernisierung erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich einsetzte, verfügen auch viele Stadtbewohner/innen noch lange über direkte oder indirekte Verknüpfungspunkte mit dem ländlichen Raum oder gar der bäuerlichen Gesellschaft. (Vgl.: Penz, 1996, S. 141)

Speziell die emotionale Ebene der Landwirtschaft erhebt die Bauern/Bäuerinnen in einen Rang, der weit über ihrer ökonomischen Bedeutung liegt. Dies schlägt sich auch in der Sichtweise der Politik gegenüber der Landwirtschaft zu Buche.

---

<sup>97</sup> Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer stellt neben der Arbeiterkammer, dem ÖGB und der Wirtschaftskammer die vierte Säule der Sozialpartnerschaft dar. (Vgl.: Greif, 1997a, S. 15)  
Die Präsidentenkonferenz ist der freiwillige Zusammenschluss der Landes-Landwirtschaftskammern auf Bundesebene, deren Kompetenzbereich vor allem in der Interessensvertretung der Landwirte/innen liegt. (Vgl.: Guschlbauer, 1988, S. 192)

„Nicht die Macht der Bauern und ihrer Interessenvertreter, sondern die vorherrschende Einstellung der Bevölkerung zu den Bauern veranlaßt alle politischen Parteien in Österreich (auch jene, für die die Bauern kein Wählerpotential sind), auf die Bauern und deren Interessen besonders Rücksicht zu nehmen. In der emotional positiven Einstellung der österreichischen Bevölkerung zu den Bauern liegt die große gesellschafts- und auch parteipolitische Bedeutung der Bauern.“ (Krammer, 1999, S. 206)

Gegenwärtig setzt die immer bedeutender werdende Nebenerwerbslandwirtschaft diesen Weg der direkten oder indirekten Einbindung der Gesamtbevölkerung fort.<sup>98</sup> Nebenher ist diese Bewirtschaftungsform auch besonders bedeutsam für strukturschwache Gebiete. Die Nebenerwerbslandwirtschaft weist also gleichermaßen strukturbewahrende Züge auf. (Vgl.: Niessler, 1988, S. 92)

Da die für Österreich typische und für den Tourismus essentielle und teilweise identitätsstiftende Kulturlandschaft nur durch den Einsatz der Landwirt/innen erhalten werden kann, können viele Österreicher/innen zudem auch die Leistungen der Bauern/Bäuerinnen sinnlich, im wahrsten Sinne des Wortes mit eigenem Haut und Haar erleben. (Vgl.: Bruckmüller, 2002, S. 427f)

Die subjektive Bedeutung der Landwirtschaft erhöht sich in jüngerer Zeit auch durch diese Darstellung der Landwirtschaft als bedeutender Faktor für die Landschaftsgestaltung, den Ökologisierungprozess und die oben erwähnte Sensibilisierung für die qualitativen Aspekte der Nahrungsmittelproduktion. Auch in ihrer Rolle als strukturelle Bewahrerin des ländlichen Raumes erhält die Landwirtschaft verstärkte Aufmerksamkeit. Die Hervorhebung dieser „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ kann somit über den tatsächlichen ökonomischen Stellenwert des landwirtschaftlichen Sektors teilweise hinwegtäuschen. (Vgl.: Isermeyer/Scheele, 1995, S. 3)

Dem kontinuierlichen Legitimitätsverlust, mit dem sich der Agrarsektor seit einigen Jahren auseinanderzusetzen hat, soll durch die Betonung dieser Vielfältigkeit der, von der Landwirtschaft erbrachten Leistungen entgegengewirkt werden. Neben der (Kultur-)

---

<sup>98</sup> „Das bedeutet aber, dass trotz ökonomischen Bedeutungsrückgangs und trotz der so oft beschworenen Marginalisierung von Landwirtschaft und bäuerlicher Bevölkerung immer noch ein sehr beträchtlicher Teil der Bevölkerung auch arbeitsmäßig mit der Landwirtschaft verbunden ist. Rechnet man dazu noch jene Bevölkerungsschichten, die durch Abstammung, Verwandtschaft oder Herkunft vom Land eine emotionale Beziehung zur Landwirtschaft und zur ländlichen Gesellschaft haben, dann handelt es sich um einen gar nicht so kleinen Prozentsatz der österreichischen Bevölkerung.“ (Bruckmüller, 2002, S. 427)

Landschaftspflege und der Erhaltung der ländlichen Infrastruktur wird auch die Beschäftigungsfunktion des Agrarsektors hervorgehoben.<sup>99</sup> (Vgl.: Sinabell, 2003, S. 247)

## 7.2 Sonderfall Berglandwirtschaft

“The Alpine Region, with its fragile ecosystems, is one of the European regions with an especially high degree of land responsibility. Parallel to this, conditions are so difficult in many parts of this area, that production cannot have first priority. Examples for other such areas that are functionally in the same situation as the Alps are large parts of Scandinavia or the arid zones in Italy and Spain.” (Tappeiner/Tappeiner/Eggensberger, 2003, S. 16)

Ist vom Sonderfall Berglandwirtschaft die Rede, muss einleitend eingeräumt werden, dass es „die“ Berglandwirtschaft nicht gibt. Sie präsentiert sich ferner in einem sehr heterogenen Bild, da sich die einzelnen Regionen in ihrer Agrarstruktur, Infrastruktur, Gesellschaftsstruktur usf. maßgeblich unterscheiden können. So warten auf Bergbauern/bäuerinnen in touristischen Regionen andere Herausforderungen als in jenen Gebieten, die vom Tourismus nicht oder nur kaum erschlossen wurden. Aber auch jene Betriebe, die im Umfeld einer Stadt angesiedelt sind, finden sich in einer gänzlich anderen Situation wieder, die mit den Kolleg/innen in exponierter Lage kaum vergleichbar ist.

Und so wirken sich auch die diversen agrar-, umwelt-, struktur- und regionalpolitischen Maßnahmen äußerst unterschiedlich in ihrer Effizienz, Treffsicherheit und Reichweite auf die einzelnen Regionen aus. (Vgl.: Tappeiner/Mattanovich/Steininger/Tappeiner, 2003, S. 248f)

Wie bei anderen Bereichen des Agrarsektors auch, werden der Berglandwirtschaft eine Reihe positiver als auch negativer externer Effekte beigemessen. „Einerseits gibt sie einer Region eine große touristische Anziehungskraft, pflegt die Landschaft und bildet die Grundlage der ländlichen Infrastruktur sowie der Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Andererseits trägt sie zur ökologischen Belastung der Gebirgsregionen bei.“ (Anderegg, 1999, S. 412)

---

<sup>99</sup> Geht etwa die Zahl der Landwirte/innen weiter zurück, so sind auch vor- und nachgelagerte Felder der Landwirtschaft wie etwa Molkereien, Futtermittelhändler, Tierärzte, der Landmaschinenhandel usf. direkt oder indirekt von diesem Bauern/Bäuerinnensterben betroffen. (Vgl.: Hartenstein, 1997, S. 145)

### 7.2.1 Die bergbäuerlichen Strukturen Österreichs

Durch die spezifische Topographie Österreichs, fast drei Viertel des Staatsgebietes sind als Berggebiet definiert, nimmt die Frage der Berglandwirtschaft in der österreichischen Agrarpolitik eine zentrale Position ein, und so sind 58 Prozent der LF Österreichs als Berggebiet definiert. 37,5 Prozent aller österreichischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gelten als Bergbauern/bäuerinnenbetriebe, was einer Anzahl von 71.000 Bergbauern/bäuerinnenbetrieben entspricht. (Vgl.: Hovorka, 2001, S. 15)

Bei der österreichischen Berglandwirtschaft überwiegt das Grünland und damit in weiterer Folge die Tierhaltung.<sup>100</sup> Die landwirtschaftlichen Betriebe weisen, wie die österreichische Landwirtschaft generell, kleinbetriebliche Strukturen auf, womit die durchschnittliche Betriebsgröße in den Berggebieten bei circa 13 ha LF liegt, und die Betriebe vorwiegend nebenerwerblich betrieben werden (60 Prozent der Bergbauern/bäuerinnenbetriebe).<sup>101</sup> (Vgl.: Hovorka, 1999b, S. 167) Mit zunehmender Erschwernis<sup>102</sup> sinkt gleichzeitig die Betriebsgröße der Bergbauern/bäuerinnenbetriebe, so verfügen etwa 74 Prozent der Betriebe der Erschwerniszone 4 über weniger als 10 ha LF.<sup>103</sup> (Vgl.: Hovorka, 2001, S. 122)

---

<sup>100</sup> 70 Prozent der Gesamterträge aus der Milchviehhaltung, 60 Prozent der Einnahmen aus der Rinderhaltung und 72 Prozent der forstwirtschaftlichen Erträge werden von den Bergbauernbetrieben erwirtschaftet. Umgekehrt spielen die Bergbauern eine nur marginale Rolle bei anderen Formen der Landwirtschaft, wie etwa der Bodenbewirtschaftung oder der Schweinehaltung. (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 30)

<sup>101</sup> Die, von der EU, dem Bund und den Bundesländern kofinanzierten, Direktzahlungen wirken sich womöglich positiv auf die große Zahl der Nebenerwerbsbetriebe in den Berggebieten aus, da sie Struktur bewahrend auf die Landwirtschaft in den Berggebieten wirken. (Vgl.: Staub/Buchgraber/Dietrich u.a., 2001, S. 168) „Ihr Beitrag war auch für die Fortführung der landwirtschaftlichen Tätigkeit und für den Verbleib der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung in benachteiligten Gebieten wesentlich.“ (Hovorka, 2001, S. 17)

<sup>102</sup> Der Großteil der Bergbauernbetriebe, 44 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe, fällt in die Erschwerniskategorie 2, was eine mittlere Bewirtschaftungserchwernis impliziert. In der Erschwernisgruppe 4, die durch extreme Erschwernisse gekennzeichnet ist, fallen aber immer noch 11 Prozent der Bergbauernbetriebe. (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 84)

<sup>103</sup> Insgesamt bewirtschaften 79 Prozent der Bergbauernbetriebe weniger als 20 ha LF. (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 60)

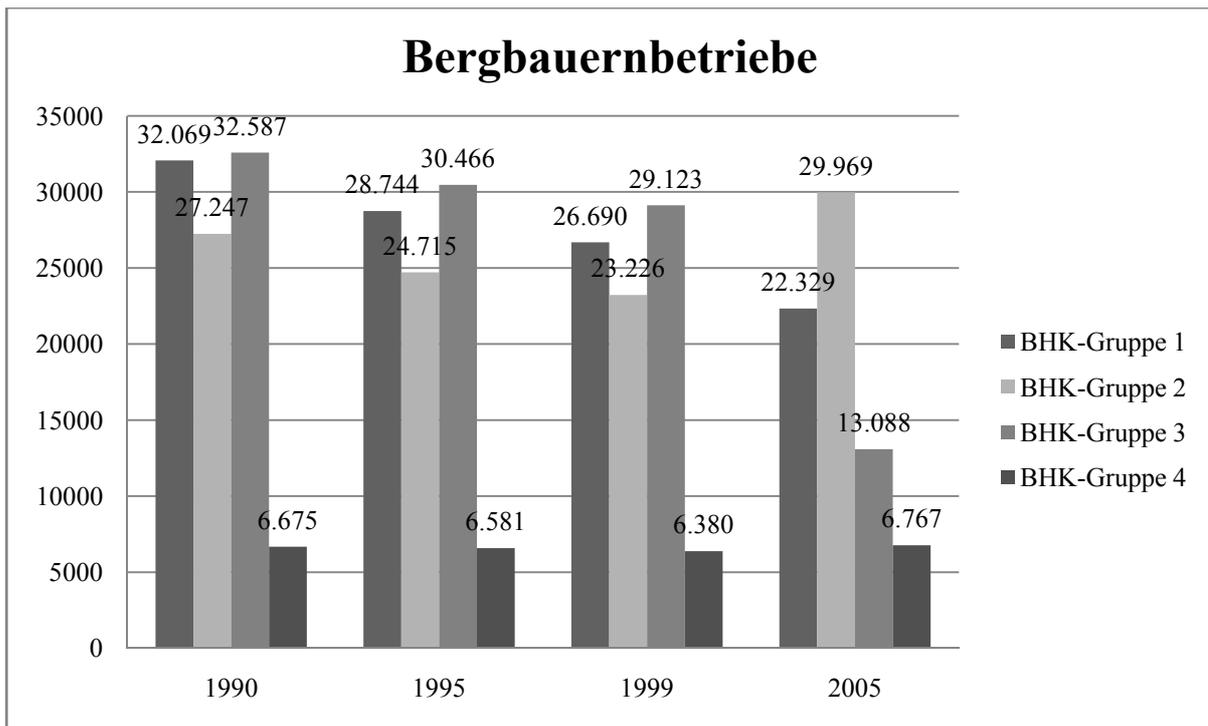


Abb. 6: Bergbauernbetriebe laut BHK (Berghöfekataster) (Quelle: Statistik Austria)

Die landwirtschaftliche Nutzung wird in Berggebieten erschwert durch ungünstige natürliche Voraussetzungen wie etwa einer starken Hanglage oder einer kürzeren Vegetationsdauer, hohen Niederschlagsmengen oder auch extremen Witterungsverhältnissen. Zudem bestehen ein Mangel an alternativen Produktionsmöglichkeiten und im Allgemeinen ungünstige Verkehrsverhältnisse bei gleichzeitig mangelhafter und teurer Infrastruktur. (Vgl.: Hovorka, 1999b, S. 167)

Die ungünstigen Standortbedingungen werden vor allem im alpinen Bereich durch Erwerbskombinationen kompensiert. So sendet etwa der Tourismus in jenen Gebieten mit extremen Ungunstlagen positive Signale an die bäuerliche Landwirtschaft aus. Somit kann die landwirtschaftliche Produktion in solchen benachteiligten Gebieten, bei einer gleichzeitigen Aufrechterhaltung der Besiedelung dieser Regionen, weiter fortgeführt werden. Darin erklärt sich auch der Umstand, dass in jenen, vorwiegend westösterreichischen, Gebieten mit besonders ungünstigen Voraussetzungen die zahlenmäßige Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe am geringsten ausfällt. (Vgl.: Rammer, 1999, S. 113) „Die Kulturlandschaft in ihrer sozioökonomischen, kulturellen und naturräumlichen Dimension ist die wesentlichste Basis für den Tourismus in Österreich, der ein wichtiges Element der nationalen Wirtschaftsentwicklung darstellt.“ (Hovorka, 2001, S. 109)

## 7.2.2 Die Berglandwirtschaft in der Politik

Auf Grund der hier angeführten ungünstigen Bedingungen für die Landbewirtschaftung in den Berggebieten wird schon früh erkannt, dass die Bergbauern/bäuerinnen eine spezielle Unterstützung benötigen.

So wird in den 1950er Jahren erstmals ein Berghöfekataster in Österreich eingeführt, der als Bewertungsgrundlage zur Ermittlung der Erschwernisse des jeweiligen Bergbauern/bäuerinnenbetriebs dient. Und auch normativ finden die Bergbauern/bäuerinnen erstmals besondere Berücksichtigung, als im Rahmen des 1960 verabschiedeten Landwirtschaftsgesetzes auch eine besondere Förderung für die Berglandwirtschaft festgeschrieben wird.<sup>104</sup> Mitte der 70er Jahre, genau genommen im Jahr 1974, wird der bisherige Berghöfekataster in Zuge der Einführung des Bergbauernsonderprogrammes bzw. der Direktzahlungen für Bergbauern („Bergbauernzuschuss“) durch die „Berghöfezonierung“ in Form von Erschwerniszonen abgelöst. (Vgl.: Hovorka, 2001, S. 29) Die Höhe der Direktzahlungen richtet sich dabei nach der bearbeiteten Fläche und dem Erschwernisgrad.<sup>105</sup> (Vgl.: Sinabell, 2003, S. 247)

Bei den Berggebieten werden vier Erschwerniszonen unterschieden<sup>106</sup>, die sich grob nach der inneren Verkehrslage (der Hangneigung), der äußeren Verkehrslage (Erreichbarkeit des Hofes, Entfernung des Hofes zu öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Ort der zuständigen Bezirkshauptmannschaft) und den spezifischen Klima- und Bodenverhältnissen (Klimawert, Seehöhe, Ertragsmesszahlen) richten. (Vgl.: Hovorka, 1999b, S. 169)

Der 2001 reformierte Berghöfekataster bildet die Bemessungsgrundlage für die finanzielle Abgeltung der oben erwähnten Bewirtschaftungerschwernisse, wobei die Erschwerniszone 1 jene Höfe mit geringem Erschwernisgrad erfasst, bei Zone 4 handelt es sich umgekehrt

---

<sup>104</sup> In den 1970er Jahren führen erstmals auf Landesebene die meisten Bundesländer eine Förderung in Form von Direktzahlungen für Bergbauern/bäuerinnen mit dem Ziel ein, die Bewirtschaftung aufrecht zu erhalten. Den Bundesländern geht es vordergründig um die Leistungsabgeltung für die, in Berggebieten erhöhten Produktionskosten, und weniger um die soziale Komponente einer so gearteten Förderung, wie dies beim bundesweit gewährten Bergbauern/bäuerinnenzuschuss der Fall ist. (Vgl.: Hovorka, 1996, S. 140f)

<sup>105</sup> „Der Bergbauernzuschuß soll die Aufrechterhaltung der Besiedlung und nachhaltige und pflegliche Bodenbewirtschaftung auch unter ungünstigen Standortbedingungen mit besonders großen arbeitsmäßigen Erschwernissen im Berggebiet unterstützen. Er soll weiters eine Einkommensverbesserung bei den durch besonders große kostenmäßige Erschwernisse belasteten einkommensschwächeren Bergbauernbetrieben herbeiführen. Der Bergbauernzuschuß soll auch die Anerkennung der im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen der Bergbauernbetriebe zum Ausdruck bringen.“ (Hovorka, 1996, S. 133)

<sup>106</sup> Im Rahmen des EU-Beitritts wurden aus den vier Erschwerniszonen 5: vier Bergbauernkategorien und eine Basiskategorie. (Vgl.: Hovorka, 2001, S. 16)

um jene Betriebe, die unter extremen Bedingungen zu wirtschaften haben.<sup>107</sup> (Vgl.: Penz, 1996, S. 153)

Auf europäischer Ebene feiert die direkte Förderung im Jahr 1975 in Form des „EG-Bergbauernprogramms von 1975“ ihre Premiere. Ungünstige Standortbedingungen sollen durch eine flächengebundene Förderung kompensiert werden, um so die Landbewirtschaftung in Ungunstlagen aufrechtzuhalten. Dieser Ansatz wird im Sommer 1989 im EG-Extensivierungsprogramm weitergeführt. (Vgl.: Priebe, 1997, S. 29)

Mit dem EU-Beitritt treten auch für die Österreichische Berglandwirtschaft neue Bestimmungen und Bemessungsgrundlagen in Kraft. „Das förderungspolitische Anliegen des Bergbauernzuschusses, kleine Betriebe mit hoher Erschwernis und geringem Einkommen besonders zu unterstützen, wird durch die EU-Ausgleichszulage ins Gegenteil verkehrt.“<sup>108</sup>

In der gängigen Förderpolitik, die sich auch bei den Ausgleichszahlungen nach der Größe der Fläche oder die Anzahl der Tiere ausgerichtet, werden laut Hovorka Betriebe in, für die Landbewirtschaftung ungünstigen Gebieten bis dato doppelt benachteiligt, weil sie durchschnittlich geringere Bestandsgrößen aufweisen, und somit eine niedrigere Förderung zugesprochen bekommen, sich gleichzeitig aber die Produktionskosten mit steigendem Erschwernisgrad erhöhen. (Vgl.: Hovorka, 1996, S. 112; S. 171)

Im Zuge des EU-Beitritts bildet auch nicht mehr der Einzelbetrieb die Bemessungsgrundlage, sondern ein bestimmtes Gebiet oder eine gewisse Gemeinde bilden die Richtgröße für die Ausgleichszulage. Weiterhin bleibt aber die Einstufung in vier Erschwerniszonen (und eine Basiskategorie) bestehen. Vor dem Beitritt zur Europäischen Union wurde das Einkommen in die Ausgleichszulage mit einberechnet, was auf europäischer Ebene nicht mehr weiter vorgesehen ist, und eine ganzjährige Bewirtschaftung

---

<sup>107</sup> „Das Punktesystem des Berghöfekatasters richtet sich nach der inneren Verkehrslage (Hangneigung, traditioneller Wanderwirtschaft (Almwirtschaft),...), der Äußeren Verkehrslage (Erreichbarkeit der Hofstelle mit PKW oder Traktor, Entfernung der Hofstelle zur nächsten Bushaltestelle, Bahnhaltestelle, Bezirkshauptmannschaft, Wegerhaltung, Seilbahnerhaltung, Extremverhältnisse und regionaler Lage des Betriebs) sowie zu Klima und Boden (Klimawert und Seehöhe der Hofstelle, Bodenklimazahl). Die Summe der Punkte der Einzelkriterien ergibt den BHK-Punktewert des Betriebes. Der Betrag der Ausgleichszulage (AZ) ist u.a. von der Höhe des BHK-Punktewertes des Betriebes ab.“  
(<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60304/1/13751/>, am 9.7.2008)

<sup>108</sup> Die Gewinner des, im Rahmen des EU-Beitritts implementierten Fördersystems sind nun vor allem die großen Betriebe mit bereits hohem Einkommen, die einen niedrigen oder keinen Erschwernisgrad aufweisen. (Vgl.: Hovorka, 1996, S. 196)

und Bewohnung bilden auch nicht mehr Voraussetzungen für den Erhalt von Bergbauern/bäuerinnenzuschüssen. (Vgl.: Hovorka, 1996, S. 193f)

Laut Definition der EU handelt es sich um ein Berggebiet, wenn es folgende Kriterien erfüllt:

- „Seehöhe von mindestens 700 m (durchschnittliche Höhenlage der Gemeinde) oder
- Hangneigung von mindestens 20 % (durchschnittliche Hangneigung der Gemeinde) oder
- Als Kombinationskriterium eine Seehöhe von mindestens 500 m und eine Hangneigung von mindestens 15 %“ (Hovorka, 2001, S. 33)

Trotz der nun flächen- und tierbezogenen Höhe der Auszahlungen, erfüllt der Bergbauern/bäuerinnenzuschuss, seit dem EU-Beitritt Ausgleichszulage genannt, eine Phalanx an Funktionen. So wirkt sich der Zuschuss positiv auf das Einkommen der Bergbauern/bäuerinnen, bei einer gleichzeitigen Berücksichtigung der Produktionserschwerisse aus. Um in den Genuss des Bergbauern/bäuerinnenzuschusses zu gelangen, muss eine standortangepasste, nachhaltige Produktionsweise erfolgen, was sich neben dem ökologischen Effekt auch positiv auf das spezifisch regionale Landschaftsbild auswirkt.<sup>109</sup> Die Ausgleichszulage erfüllt ebenso regionalpolitische Ansprüche, da auch Betriebe in extremsten Lagen weiterhin bewirtschaftet werden, was wiederum das Fortbestehen regionaler wirtschaftlicher (Gewerbe, Handel, Tourismus) und sozialer (Vereine, Schulen) Aktivitäten unterstützt.<sup>110</sup> (Vgl.: Hovorka, 1996, S. 139f)

Die Bedeutung der Berglandwirtschaft wurde von der EU erst relativ spät erkannt. Die zwei zentralen Anliegen der Europäischen Union sind die Erhaltung der Landschaft und die Sicherung der Mindestbevölkerungsdichte, wobei das Werkzeug der Direktzahlungen an dieser Stelle in Form von Ausgleichszahlungen verstärkt zum Einsatz kommt. (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 413f)

Auf europäischer Ebene werden die Berggebiete im Überbau „benachteiligte Gebiete“ neben den beiden weiteren Kategorien „andere benachteiligte Gebiete“ und „Gebiete, die

---

<sup>109</sup> Wie bei Zahlungen aus dem ÖPUL auch, verpflichten sich die Landwirte/innen mit dem Erhalt von Ausgleichszahlungen zur Ausübung der landwirtschaftlichen Tätigkeit von mindestens fünf Jahren ab Erhalt der ersten Zahlung. Zudem ist der Erhalt einer Förderung an die ganzjährige Bewirtschaftung gebunden, und die LN muss mindestens 3 ha umfassen. (Vgl.: Wagner, 1997, S. 217)

<sup>110</sup> Der Berglandwirtschaft kommt auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht eine bedeutende Rolle zum Schutz vor Naturgefahren wie Lawinen oder Vermurungen und der Offenhaltung der Landschaft zu. (Vgl.: Wyder, 2001, S. 209)

durch spezifische Nachteile gekennzeichnet sind“ zusammengefasst. (Vgl.: Meisinger, 2000, S. 32)

„Die Festlegung von benachteiligten Gebieten und Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen, für die die EU Beihilfen (Ausgleichszahlungen) gewährt, dient der Erhaltung und Sicherung des ländlichen Lebensraumes und der landwirtschaftlichen (nachhaltigen) Bewirtschaftung in Gebieten mit erschwerten Produktionsbedingungen. Die produktionsbedingten Nachteile in diesen Gebieten sind Ursache für höhere Produktionskosten und geringere landwirtschaftliche Erträge, wodurch der Fortbestand der landwirtschaftlichen Tätigkeit und die Bewirtschaftung des Raumes langfristig bedroht scheint (Kommission 1999h, S.2).“ (Meisinger, 2000, S. 32)

Neben der Ausgleichszulage spielen auch Agrarumweltprogramme für die Bergbauern/bäuerinnenbetriebe eine entscheidende Rolle. (Vgl.: Hovorka, 2001, S. 95) So wirtschaften 21 Prozent der österreichischen Bergbauern/bäuerinnen nach den Vorgaben der biologischen Landwirtschaft. (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 60)

Je höher der Erschwernisgrad, desto wahrscheinlicher wird eine Teilnahme an den diversen Agrarumweltprogrammen. So nahmen etwa im Jahr 2000 60,4 Prozent der Betriebe ohne Erschwernis am ÖPUL teil, in der Erschwerniszone 1 sind es bereits 85,9 Prozent, und in der Erschwerniskategorie 4 wird ein Wert von 92,9 Prozent erreicht. (Vgl.: Hovorka, 2001, S. 118)

„Für die Betriebe im Berggebiet und die Bergbauernbetriebe und damit für die Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft im Berggebiet sind insbesondere die Förderung der biologischen Wirtschaftsweise, die Förderung des Verzichtes auf bestimmte ertragssteigernde Betriebsmittel am ganzen Betrieb, die Förderung der Mahd von Steiflächen und Bergmähdern, die Alpengsprämie sowie Maßnahmen für die Grünlandflächen von zentraler Bedeutung.“ (Hovorka, 2001, S. 119)

Aus ökonomischer Sicht liegen trotz der Ausschöpfung der diversen bereitgestellten Agrar(umwelt)politischen Maßnahmen die Einkommen bei Bergbauern/bäuerinnenbetrieben unter jenen ihrer Kolleg/innen in landwirtschaftlichen Gunstlagen, wobei der Anteil öffentlicher Gelder am landwirtschaftlichen Einkommen mit zunehmender Erschwernis an Gewicht gewinnt. „Dieser Anteil betrug im Jahr 1994 im Durchschnitt 32 % und stieg nach dem EU-Beitritt aufgrund der Preissenkungen und des Ausbaus des Förderungssystems – ebenso wie bei den Nichtbergbauernbetrieben stark an (1997: 74 %). Bei den Betrieben der Erschwerniszone 4 (extreme Erschwernis) betrug dieser Anteil bereits vor dem EU-Beitritt 60 % und im Jahr 1997 sogar 89 %.“ (Hovorka, 1999b, S. 167f)

Im Vergleich zum Durchschnittseinkommen der österreichischen Bevölkerung, betrug im Jahr 2000 das Einkommen der Landwirt/innen in Berggebieten 87 Prozent (öffentliche

Gelder mit eingerechnet). Mit steigender Erschwerniszone nehmen auch die durchschnittlichen Erträge der Bergbauern/bäuerinnen ab, und so erwirtschaften Landwirt/innen der Erschwerniszone 4 ein Einkommen von durchschnittlich 65 Prozent im Vergleich zu den Durchschnittseinnahmen von Nichtbergbauern/bäuerinnen. (Vgl.: Hovorka, 2001, S. 94)

### 7.2.3 Die Zukunft der Berglandwirtschaft

Um die Landwirtschaft in den Berggebieten weiter aufrecht zu halten, sind eine stärkere Forcierung und Unterstützung von Erwerbskombinationen<sup>111</sup> und die weitere Förderung der Regionalentwicklung unentbehrlich. Die Berggebiete profitieren zudem von dem Konsumtrend in Richtung Regionalisierung der landwirtschaftlichen Produkte, was bedeutet, dass die regionale Herkunft eines Erzeugnisses stärker in den Vordergrund rückt. Gleichmaßen kommt die Förderung des Biolandbaus den Bergbauern/bäuerinnengebieten entgegen. (Vgl.: Hovorka, 1999b, S. 178)

Gewinnt die Betonung der Regionalität und regionalen Identität an Gewicht, so kann dieser Umstand besonders den Berggebieten in Kombination mit der Hervorhebung der Qualität anstatt der Quantität zugute kommen. Die Berglandwirtschaft kann zwar nicht gegen die Massenproduktion ankämpfen, auf qualitativer Ebene ist sie aber sehr wohl konkurrenzfähig. (Vgl.: Moder, 1997, S. 61) Die Landwirtschaft in den Berggebieten kann auch damit punkten, dass sie die Nahversorgung der ländlichen Gebiete sichern kann und gleichzeitig auch auf eine umweltschonende, individuell dem Standort angepasste Produktion verweisen. (Vgl.: Widmann, 1996, S. 219)

Außerdem spielen, wie oben bereits hinreichend dargelegt, produktionsneutrale Direktzahlungen für die Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten, wie das Berggebiet eines ist, eine bedeutende Rolle zur Sicherstellung des Überlebens. Erschwerte Bewirtschaftungsbedingungen, die, für die Öffentlichkeit allgemein erbrachten Leistungen (externe Effekte, öffentliche Güter) und die tendenziell niedrigeren Einkommen können durch die Direktzahlungen kompensiert werden. (Vgl.: Hovorka, 1996, S. 8)

---

<sup>111</sup> Die Förderung von zusätzlichen Erwerbsquellen wie die Forstwirtschaft, der Tourismus oder das Handwerk kann sich positiv auf die Berggebiete auswirken. (Vgl.: Wyder, 2001, S. 209)

Ein auffälliges Merkmal der Berglandwirtschaft Österreichs ist der Befund, dass die Zahl jener Betriebe, die mit extremen Bewirtschaftungsbedingungen zu kämpfen haben, weniger stark zurück geht als die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe, die in Gunstlagen angesiedelt sind. (Vgl.: Staub/Buchgraber/Dietrich, 2001, S. 156) „Obwohl die Bergbauern bereits seit Jahrzehnten hart um ihre Existenz ringen, ging die Zahl der Betriebe in den extremen Berggemeinden weniger stark zurück als in der Nähe der städtischen Ballungsgebiete, wo auffallend viele Landwirte im Zuge des gesellschaftliche Strukturwandels den Beruf gewechselt haben.“ (Penz, 1997, S. 154)

In Gegenden, wo die strukturellen Voraussetzungen günstiger sind, locken der bessere Verdienst in anderen Berufen, aber auch die Vorstellung eines angenehmeren Lebensstils durch den Wegfall der enormen Arbeitsbelastung, die auf den meisten Höfen Standard sind, zur Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes. Für Landwirt/innen in extremen Lagen existiert häufig keine Alternative zur Bewirtschaftung ihres Hofes um das tägliche Auskommen zu garantieren. Auch wenn der Wunsch nach einem Berufswechsel geäußert würde, könnte dem in einigen strukturschwächeren Regionen Österreichs nicht entsprochen werden. (Vgl.: Penz, 1997, S. 155)

Aber auch wenn sich die Förder- und Agrarpolitik den Berggebieten verstärkt annimmt, ist der sich bereits abzeichnende Strukturwandel wohl kaum noch aufzuhalten. So wird die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Berggebieten sinken, a priori wird die LF in Bergregionen schrumpfen. Wie in der Landwirtschaft allgemein zu beobachten, wird sich auch die Betriebsgröße in Berggebieten erweitern, dafür werden aber eher extensive Formen der Landbewirtschaftung angewendet, umgekehrt aber die Rinder- und Schweinehaltung in Bergregionen rückläufig sein. „Der landwirtschaftliche Strukturwandel wird also weiter gehen. Dabei wird aber auch Neues entstehen: Durch Konzentration auf Qualitätsproduktion – die einzige Chance des Berggebiets -, versehen mit regionalen Gütesiegeln, mit steigender Wertschöpfung durch Veredelung und regionale Vermarktung. Eine umweltverträgliche, auf den jeweiligen Standort angepasste Nutzung der Flächen ist hierfür Voraussetzung.“ (CIPRA, 2001, S. 154)

## 8. Agrarpolitik

---

Wie bei anderen Disziplinen der Politik auch, handelt es sich bei der Agrarpolitik um ein äußerst komplexes Gebilde, das auf vielfältige Art und Weise mit anderen Politik- und Wirtschaftsbereichen vernetzt ist, was eine Abgrenzung „der“ Agrarpolitik kaum möglich macht. Maßnahmen, die im Rahmen der Agrarpolitik gesetzt werden, haben Auswirkungen auf andere Politikfelder, und umgekehrt können sich Entscheidungen in anderen Gebieten maßgeblich auf den Agrarsektor auswirken.<sup>112</sup> (Vgl.: Henrichsmeyer/Witzke, 1991, S. 17)

Wie im vorhergehenden Kapitel bereits eingehend erörtert, liegt der Stellenwert, welcher der Agrarpolitik in Industrieländern häufig eingeräumt wird, weit über der ökonomischen Performance dieses Sektors. An dieser Stelle sei nur kurz erwähnt, dass besonders dem Agrarsektor eine so große Bedeutung eingeräumt wird, weil er insbesondere in den meisten Industrieländern mit enormen Anpassungsproblemen zu kämpfen hat<sup>113</sup>. Dem Argument, dass der Agrarsektor auch bedeutende externe Effekte in Form öffentlicher Güter liefert, wird zudem in vielen westlichen Ländern neben der, vor allem für den ländlichen Raum bedeutenden, gesellschaftspolitischen Rolle, der Landwirtschaft zugestimmt, was sich in weiterer Folge auch in der jeweils verfolgten Agrarpolitik niederschlagen muss.<sup>114</sup> (Vgl.: Henrichsmeyer/Witzke, 1991, S. 21)

In der Agrarpolitik setzt sich nun schon seit einigen Jahren die Ansicht fest, dass Probleme in der Landwirtschaft zu sozialen Problemen mutieren. Dieser Auffassung wird erstmals im Rahmen der MacSharry-Reform entsprochen.<sup>115</sup>

Der soziale Aspekt der Agrarpolitik betritt seit den 1990er Jahren verstärkt die Bühne, und so verdeutlichen die Förderung des biologischen Landbaus oder auch die Unterstützung benachteiligter Gebiete die Kenntnisnahme der soziokulturellen und sozioökonomischen

---

<sup>112</sup> So sind die Ziele der Agrarpolitik im Idealfall sehr breit gesteckt, und es sollen idealiter gleichzeitig die Interessen der Landwirte/innen, der Konsumenten/innen und der Umwelt berücksichtigt werden. (Kitzmantel, 1988, S. 68)

<sup>113</sup> Ein zentrales Ziel der Agrarpolitik in Industrieländern ist daher unter anderem auch das mehr oder weniger erfolgreiche Projekt, die landwirtschaftlichen Einkommen an die Einkommen der Gesamtgesellschaft anzupassen, was den Schluss zulässt, dass die Einkünfte der Landwirte/innen prinzipiell stark von den Eingriffen der Agrarpolitik beeinflusst werden. (Vgl.: Henning, 2000, S. 192; Tausch, 1988, S. 25)

<sup>114</sup> Stand lange Zeit die landwirtschaftliche Einkommenspolitik im Zentrum des agrarpolitischen Diskurses, so gewinnen bis zum heutigen Tage soziale und umweltpolitische Aspekte neben einer Betonung der Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum an agrarpolitischem Boden.

<sup>115</sup> „Importantly, the continuously increasing expenditures made to the agricultural sector, problems of surplus production, and the adverse environmental effects of the CAP [Common Agricultural Policy Ann.], have turned agricultural policy into a societal problem.“ (Lynggaard, 2006, S. 22)

Rolle der Landwirtschaft für den ländlichen Raum im Besonderen und die Gesamtgesellschaft im Allgemeinen. (Vgl.: Lynggaard, 2006, S. 100)

Um die „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ abzugelten, müssen an anderer Stelle Abstriche gemacht werden, und so werden die aktuell verfolgten agrarpolitischen Ziele vor allem durch die Senkung der internen Stützung, der Exportsubventionen und dem Importschutz finanziert. (Vgl.: Heißenhuber, 2005, S. 18)

Wie für andere Politikbereiche auch, gilt, dass auch jene agrarpolitischen Maßnahmen, die im Lichte einer nachhaltigeren Landwirtschaft oder der Einsicht über die vielschichtige Bedeutung der Landwirtschaft – Stichwort „Multifunktionelle Landwirtschaft“ - getätigt werden, nicht alleine aus wohlfahrtsstaatlichen Gründen geschehen. Dieses Kapitel soll daher das (agrar)politische Netzwerk, das um die Landwirtschaft gesponnen wurde, ein wenig entwirren. Einleitend wird daher ein Blick auf die Entwicklungsgeschichte und bedeutende Zäsuren der Agrarpolitik auf nationaler- und europäischer Ebene geworfen werden. Es soll gefragt werden WARUM bestimmte Maßnahmen und Reformen in der Agrarpolitik angestrebt werden, WELCHE Ursachen für eine Abkehr von der bisherigen Agrarpolitik verantwortlich gemacht werden können, und WIE sich die agrarpolitischen Ansätze nun tatsächlich auf den landwirtschaftlichen Sektor auswirken (werden).

## **8.1 Agrarpolitik in Österreich**

Soll die Agrarpolitik Österreichs grob dargestellt werden, so stechen eine Reihe von speziellen Eigenschaften und Eigentümlichkeiten ins Auge. Wie schon bei den Habsburgern, weist auch die Agrarpolitik der jüngeren Zeit stark strukturbewahrende Züge auf. Es wird etwa versucht, den Spagat zwischen einer Agrarmodernisierung der Österreichischen Landwirtschaft bei gleichzeitigen strukturbewahrenden Bestrebungen zu schaffen, und so werden unter anderem gezielt Kleinbetriebe gefördert, um deren Überleben trotz wirtschaftlichen Anpassungsdrucks und geringer Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. (Vgl.: Rammer, 1999, S. 106)

Dieser Aspekt mag mit ein Grund dafür sein, dass Österreich bei den Agrarausgaben der EU für Umweltmaßnahmen und den Zahlungen für benachteiligte Gebiete und Berggebiete

Spitzenreiter ist, da diese finanzielle Unterstützung vor allem für Klein- und Mittelbetriebe von immenser Bedeutung ist.<sup>116</sup> (Vgl.: Hovorka, 1999a, S. 134)

Die Anpassung der Einkommen, der in der Landwirtschaft Tätigen an die übrigen Gehälter bezeichnet neben der besonderen Förderung der kleinstrukturierten Landwirtschaft, und der Unterstützung von Betrieben in benachteiligten Gebieten einen dritten Schwerpunkt der österreichischen Agrarpolitik seit 1945. (Vgl.: Ortner, 1997b, S. 115)

Ein weiteres Charakteristikum der österreichischen Agrarpolitik ist auf institutioneller bzw. organisatorischer Ebene der agrarischen Interessensvertretung zu finden. So besteht eine enge personelle und wirtschaftliche Verflechtung zwischen den drei Säulen Bauernbund, Kammern und Genossenschaftswesen, die sich kontinuierlich verstärkten. Dies führt zwar zu gewissen Entfremdungstendenzen zwischen den Bauern/Bäuerinnen und „ihren“ Vertreter/innen in der Kammer- und Genossenschaftsbürokratie. Gleichzeitig verfügt ein solches Netzwerk aber über nicht geringe Einflussmöglichkeiten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. (Vgl.: Bruckmüller, 1985, S. 487)

Die personellen Verflechtungen lassen sich ausgezeichnet anhand der Zusammensetzung der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern<sup>117</sup> darstellen, die eine organisatorische Verbindung aus den Landwirtschaftskammern und dem österreichischen Genossenschaftswesen darstellt. „Die Mitglieder des Vereines „Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs“ sind die Landwirtschaftskammern der 9 Bundesländer und der österreichische Raiffeisenverband.“ (Guschlbauer, 1988, S. 195)

Und auch zwischen den Landwirtschaftskammern und Bauernbund, also der ÖVP-nahen Bauern/Bäuerinnenvertretung, besteht eine enge personelle Verknüpfung, weil in den meisten Bundesländern erst gar keine andere politische Fraktion als der Bauernbund in den Landwirtschaftskammern vertreten ist. Der Bauernbund dominiert somit die Strukturen der Landwirtschaftskammern. (Vgl.: Votzi, 1988, S. 212)

Besonders weitreichend wirkt sich für den/die einzelne/n Bauern/Bäuerin aber die Personalunion zwischen Genossenschaften und Bauernbund aus. Die Bauern/Bäuerinnenvertreter/innen vereinigen in ihrer Person damit sowohl die Interessen

---

<sup>116</sup> In Zuge der Agrarumweltprogramme erhielt Österreich 1999 17,2 % der diesbezüglichen EU Finanzmittel. Der Anteil der Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete liegt bei 9,4 %. (Vgl.: Hovorka, 1999a, S. 134)

<sup>117</sup> Die Präsidentenkonferenz ist der freiwillige Zusammenschluss der neun Landes-Landwirtschaftskammern, deren Domäne die Interessensvertretung der Landwirtschaft ist.

der Ernährungsindustrie, der Futtermittelunternehmen usf., die naturgemäß verstärkt unternehmerische Ziele verfolgen, als auch gleichermaßen die Interessen ihrer Genossenschafter/innen, also der Bauern/Bäuerinnen, die einerseits gute und hohe Preise beim Verkauf ihrer Produkte erzielen wollen, und umgekehrt möglichst günstig Betriebsmittel, wie etwa von den Lagerhausgenossenschaften, erwerben wollen. Diese Bauern/Bäuerinnenvertreter/innen haben daher sehr divergente Interessenslagen zu vertreten, da sie einerseits die betriebswirtschaftlichen Interessen von Großkonzernen zu wahren haben, und gleichermaßen den Bedürfnissen und Ansprüchen der einzelnen Landwirte/innen entsprechen sollen, was an und für sich schon ein Widerspruch in sich ist. (Vgl.: Schmidt/Jasper, 2001, S. 71)

Der landwirtschaftliche Strukturwandel hinterlässt aber auch auf agrarpolitischer Ebene seine Spuren, und so ist ein Grundproblem der österreichischen agrarischen Interessenspolitik seit 1945 demographischer Natur. Mit dem Absinken der Zahl der Vollerwerbsbauern/bäuerinnen im Zuge der Agrarmodernisierung seit den 1950er Jahren muss die Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg einen enormen Machtverlust hinnehmen. Diese Folge des Strukturwandels kann jedoch teilweise durch eine Stärkung der Bauern/Bäuerinnen in der Form des Bauernbundes innerhalb der ÖVP kompensiert werden.<sup>118</sup> (Vgl.: Hanisch, 2002, S. 66)

Aus parteipolitischer Sicht stellen die Bauern/Bäuerinnen besonders für konservative Parteien immer noch eine bedeutende und einflussreiche Wählergruppe dar, und der Erfolg der Partei hängt, besonders im ländlichen Raum, immer noch maßgeblich von der Unterstützung der Landwirt/innen ab. (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 87)

Am Ende steht der Befund, dass landwirtschaftliche Interessensvertreter/innen noch immer über einen (trotz des stetigen ökonomischen Bedeutungsverlustes des Agrarsektors) verhältnismäßig starken politischen Einfluss in Österreich verfügen, wie etwa die Beteiligung an der Sozialpartnerschaft in Form der Präsidentenkonferenz, oder auch die noch immer bedeutende Rolle der Bauern/Bäuerinnen innerhalb der ÖVP demonstrieren.

---

<sup>118</sup> So waren noch im Jahre 1995 noch 20 Prozent der ÖVP-Mitglieder in der Landwirtschaft tätige Personen, oder im Parlament liegt der Anteil der Landwirte an den ÖVP-Abgeordneten konstant bei über 20 Prozent. (Vgl.: Hanisch, 2002, S. 66)

### 8.1.1 Der Entstehungsprozess der institutionalisierten Interessensvertretung in Österreich

Die drei Säulen der organisierten Interessensvertretung der bäuerlichen Gesellschaft in Österreich bilden, wie oben schon angedeutet, die Genossenschaften, die Bauernbünde und die Landwirtschaftskammern. Die Geburtsstunde dieser drei Organisationen liegt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das ursprüngliche Ziel der agrarischen Interessensvertretungen ist zum einen die Produktions- und Produktivitätssteigerung und gleichermaßen, wie der Name schon sagt, die Vertretung der Interessen der Bauern/Bäuerinnen.<sup>119</sup> Die drei hier angeführten bäuerlichen Organisationen erfüllen eine lange Reihe an Aufgaben, so fallen ihnen sowohl modernisierende, mobilisierende, stabilisierende, repräsentative als auch integrierende Funktionen zu. (Vgl.: Bruckmüller, 1976, S. 58, S. 294f)

Obwohl in den bäuerlichen Organisationen von einer Einheit der Bauern/Bäuerinnen geträumt wird, kann dieses Ziel lange nicht wirklich erreicht werden, da Anfang des 20. Jahrhunderts noch zwei Bauern/Bäuerinnengruppierungen dominieren. Den katholischen Bauernbünden, die im Rahmen der Christlichsozialen Partei organisiert sind, stehen antiklerikale und deutschnationale Bauern/Bäuerinnenorganisationen gegenüber. (Vgl.: Hanisch, 2002, S. 48f)

Was den bäuerlichen Organisationen, egal welchen Couleurs, jedoch schon früh gelingt, ist die Interessen von großbetrieblichen Strukturen mit den Forderungen der kleinbetrieblichen Landwirtschaft zu kombinieren. (Vgl.: Bruckmüller, 1976, S. 419)

Mit der zunehmenden funktionellen und sozialen Differenzierung der Landwirtschaft werden auch neue wirtschaftliche Organisationsformen für den agrarischen Sektor notwendig. So entstehen erste Versicherungen zur Existenzsicherung des Bauernhofes bei Katastrophenfällen. Überdies muss das, für die Agrarmodernisierung benötigte Geld für die Bauern/Bäuerinnen bereitgestellt werden, was das Entstehen von landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften wie Raiffeisen notwendig macht. Als drittes ökonomisches Feld entwickeln sich Genossenschaften, um die vor- und nachgelagerten Funktionen der landwirtschaftlichen Produktion zu erfüllen. Als zwei bekannte Beispiele seien an dieser

---

<sup>119</sup> „Der Wunsch nach einer Intensivierung, kommerziellen Orientierung und teilweise sogar Spezialisierung der Landwirtschaft stand also am Beginn der Tätigkeit landwirtschaftlicher Organisationen.“ (Bruckmüller, 1976, S. 404)

Stelle die Lagerhausgenossenschaft und diverse Molkereigenossenschaften, wie etwa Schäringer, erwähnt. (Vgl.: Bruckmüller, 1985, S. 400)

Neben der wirtschaftlichen Organisation der Bauern/Bäuerinnen erfolgt die erste politische Organisation der Landwirt/innen als Reaktion auf die Schul- und Kirchengesetze von 1868/69, die dem Klerus die Zuständigkeit für die Schulbildung entzogen, welche die katholisch-konservativen Kreise, wozu sich auch die Bauern zugehörig fühlen, auf den Plan rufen. (Vgl.: Bruckmüller, 1976, S. 317)

Die politische Vertretung der Bauern/Bäuerinnen wird einerseits von politischen Parteien, als auch von den speziellen landwirtschaftlichen Interessensvertretungen, den Landwirtschaftskammern, übernommen. (Vgl.: Bruckmüller, 1976, S. 431)

Die erste Landes-Landwirtschaftskammer wird 1920 in Niederösterreich gegründet.<sup>120</sup> Bis 1934 erhalten alle Bundesländer (mit der Ausnahme Wiens) eine eigene Landwirtschaftskammer. Wie im Kammersystem üblich, besteht auch für die Landwirt/innen eine Zwangsmitgliedschaft in den Landwirtschaftskammern, was in den vorhergehenden landwirtschaftlichen Organisationen noch nicht der Fall war. (Vgl.: Bruckmüller, 1985, S. 486)

Der Organisationsgrad der österreichischen Agrarpolitik hat kontinuierlich zugenommen und sie wird gegenwärtig von einer langen Reihe an Organisationen und Institutionen gelenkt. Neben dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, den Ämtern der Landesregierungen, den Landwirtschaftskammern und der AMA (Agrarmarkt Austria) wirkt auch die AGES (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) aktiv bei der Gestaltung der österreichischen Agrarpolitik mit. Dem Bundesministerium obliegt die Festlegung einer einheitlichen und bundesweiten Ausrichtung der Agrarpolitik nach den Rahmenbedingungen der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) der EU.

Die Agrarabteilungen der Landesregierungen operationalisieren die Förderungsmaßnahmen für die landwirtschaftlichen Betriebe und den ländlichen Raum. Die Landwirtschaftskammern agieren als Interessensvertreter/innen der Landwirt/innen, und sind gleichzeitig für die Informationsweitergabe und (Förder)Beratung zuständig. Die 1993

---

<sup>120</sup> Es existieren bereits vor diesem Jahr landwirtschaftliche Organisationen wie etwa die Landeskulturräte. Eine genauere Darstellung aller landwirtschaftlichen Interessensvertretungen würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

gegründete AMA sorgt für die Implementierung der Agrarmarktordnungen und den Marketingbereich des Agrarsektors. Nebenbei wickelt die AMA auch noch die Auszahlung der Förderungen und Subventionen ab. Die Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit liegt in den Händen der 2002 gegründeten AGES, die Kontrolluntersuchungen anstellt, und für die Einhaltung des österreichischen Lebensmittelgesetzes zuständig ist.

Neben diesen offiziellen Organen gestalten eine Reihe von inoffiziellen Akteur/innen, wie etwa die Vertreter/innen des Genossenschaftswesens oder freiwillige Organisationen wie die Maschinenringe oder diverse Bundesverbände, wie jener der Weinbautreibenden, die österreichische Agrarpolitik.

(Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60295/1/13751/>, am 9.7.2008)

### 8.1.2 Agrarpolitik Österreichs seit 1945

Noch von den Erfahrungen und Eindrücken des Zweiten Weltkrieges gezeichnet, zielt die Wirtschafts- und Agrarpolitik im Österreich der 1950er und 60er Jahre auf eine rasche Erhöhung des Selbstversorgungsgrades ab, um die Abhängigkeit von Agrarimporten zu reduzieren.

Das Ziel der Versorgungssicherheit war relativ schnell erreicht, nun fand sich die Agrarwirtschaft jedoch in einer Situation der Überproduktion wieder, in der versucht wird, durch Marktregulierungsmechanismen (wie etwa Milchwirtschafts- oder Getreidefonds<sup>121</sup>) und eine rigide Importpolitik bei gleichzeitiger Ausweitung von Förderungen und Subventionen der Überschussproduktion entgegenzuwirken. (Vgl.: Rammer, 1999, S. 103)

Auch als Reaktion auf die, von der Landwirtschaft produzierten, Agrarüberschüsse, beschreitet die österreichische Agrarpolitik seit den 1980er Jahren den Weg der, von Josef Riegler begründeten, ökosozialen Marktwirtschaft. Dieser Ansatz entstand unter anderem von landwirtschaftlicher Seite auch aus der Notwendigkeit heraus, der Identitätskrise der Bauern/Bäuerinnen entgegenzuwirken. Durch das, sich seit den 1960er Jahren verfestigende Bild der Landwirt/innen als Umweltzerstörer/innen und einer Reduzierung

---

<sup>121</sup> Die Marktordnungsfonds im Milch- und Getreidebereich regeln im Allgemeinen die Preise und die Produktionsmengen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dieser beiden Sparten. (Vgl.: Ortner, 1997b, S. 115)

der Rolle der Bauern/Bäuerinnen als Subventionsempfänger/innen, werden neue Impulse in der Agrarpolitik notwendig.<sup>122</sup> (Vgl.: Hanisch, 2002, S. 178)

Die ökosoziale Agrarpolitik visiert daher neben dem Dogma der Umweltverträglichkeit und der Nachhaltigkeit eine möglichst breite politische Akzeptanz in der Bevölkerung an, und sie stößt besonders bei den landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben auf offene Ohren. (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 34f)

Da diese Klein- und Mittelbetriebe die entscheidende Zielgruppe der Maßnahmen im Rahmen der Ökosozialen Marktwirtschaft darstellen, wird die für Österreich typische strukturbewahrende Agrarpolitik im Zuge einer Betonung der Rolle der Landwirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung prinzipiell weitergeführt. Die Vorreiterrolle, die Österreich bei der Ökologisierung der Landwirtschaft einnimmt, zielt daher unter anderem auf den Erhalt der spezifischen Struktur der österreichischen Landwirtschaft ab. (Vgl.: Schuh, 1999, S. 24)

Der Beitritt zur EU bedeutet eine Eingrenzung des Handlungsspielraumes der Agrarpolitik auf nationaler Ebene. (Vgl.: Schuh, 1999, S. 24) Mit dem EU-Beitritt verpflichtet sich Österreich, die Politikmaßnahmen der GAP-Reform, oder auch MacSharry-Reform, von 1992 zu übernehmen, die eine Senkung der Marktordnungspreise vorsieht, dafür aber das Werkzeug der Direktzahlungen stärkt, um die Einkommensverluste durch eine Aufgabe der Preisgarantien zu kompensieren. (Vgl.: Janetschek, 1997, S. 149)

Bei den Beitrittsverhandlungen wurde keine Übergangs- oder Anpassungszeit vereinbart, was bedeutet, dass mit dem EU-Beitritt ad hoc die Maßnahmen und Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik auf den bisher geschützten österreichischen Agrarmarkt angewendet werden müssen.<sup>123</sup> (Vgl.: Krammer, 1997, S. 88)

Der EU-Beitritt impliziert die Annahme aller Rechte und Pflichten, die mit der GAP verbunden sind. Die Richtlinien und Rahmenbedingungen der Agrarpolitik werden seitdem vorwiegend von den Mitgliedsländern auf europäischer Ebene gemeinsam festgelegt, was

---

<sup>122</sup> In Josef Rieglers Amtszeit als Landwirtschaftsminister fällt die erstmalige Förderung der Biobauern/bäuerinnen. Unter dem Landwirtschaftsminister Franz Fischler setzt sich dieser Trend weiter fort. (Vgl.: Riegler, 1996, S. 49)

<sup>123</sup> Um den, mit dem EU Beitritt einhergehenden Preisverfall für Lebensmittel aber abzufedern, werden degressive Ausgleichszahlungen im Zeitraum von 1995 bis 1998 gewährt. Parallel dazu werden auch Fördermittel für die Bergbauern- und Regionalpolitik neben der Implementierung eines Umweltprogrammes bereitgestellt. (Vgl.: Poschacher, 2003, S. 68)

für die österreichische Landwirtschaft einen grundlegenden Wandel der agrarpolitischen Schwerpunkte von der Marktorganisation über die Preispolitik bis hin zur Agrarförderung mit sich bringt. Parallel dazu wird aber immer noch ein kleiner Spielraum für die nationale Gestaltung der Agrarpolitik gewahrt.<sup>124</sup> (Vgl.: Schneider, 1997, S. 13f)

Diese Betonung der Einheit in der Vielfalt, wie sie auf europäischer Ebene geschieht, wirkt sich umgekehrt aber auch positiv auf die Regionalpolitik aus, und so vergrößern sich mit dem Beitritt Österreichs zur EU auch die, für die Regionalförderung bereitgestellten, Mittel, was vor allem Vorteile für die Bauern im Besonderen bringt, und parallel dazu auch positiv auf den ländlichen Raum als Ganzes ausstrahlt. (Vgl.: Schneider, 1997, S. 50f)

## **8.2 Die gemeinsame europäische Agrarpolitik**

Als Geburtsstunde der gesamteuropäischen Agrarpolitik gilt die Unterzeichnung der römischen Verträge von 1957. Die konkreten Ziele der GAP werden im Jahr 1958 bei der Konferenz von Stresa formuliert, und haben – abgesehen von diversen Anpassungen an geänderte Verhältnisse - im Großen und Ganzen bis heute ihre Gültigkeit. „Kernpunkte daraus sind die Markteinheit mit freiem Warenverkehr im Binnenmarkt, Gemeinschaftspräferenz für in der Gemeinschaft erzeugte Agrarwaren und finanzielle Solidarität, d.h. gemeinsame Finanzierung der Agrarpolitik.“ (Schneider, 1997, S. 12)

In der, nun circa fünf Dekaden andauernden gemeinsamen Agrarpolitik vollziehen sich auf europäischer Ebene eine lange Reihe von Richtungswechseln, Umbrüchen und Innovationen, die als Lehrstück für das Navigieren zwischen einzelstaatlichen Interessen und dem Ziel einer einheitlichen europäischen Agrarpolitik dienen können. Die Komplexität der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wird zusätzlich noch durch die Regeln des globalisierten Welthandels, in den die Europäische Union eingebettet ist, und der Berücksichtigung der Interessen der europäischen Bürger/innen gesteigert.

---

<sup>124</sup> „Die Übernahme der GAP bedeutete zwar einen weitgehenden, aber keineswegs vollständigen Verzicht auf eine eigenständige nationale und regionale Agrarpolitik. In der Förderung bleibt ein nationaler Spielraum für die Einführung, konkrete Ausgestaltung und finanzielle Dotierung einzelner Maßnahmen erhalten. Zudem verbleiben für die wirtschaftliche und soziale Lage der Landwirtschaft sowie für die Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungswirtschaft wichtige Bereiche in nationaler Kompetenz. Beispiele sind die Steuerpolitik, die Sozialpolitik, Ausbau und Erhaltung der Infrastruktur, das agrarische Schul- und Beratungswesen, die Forschungsförderung usw.“ (Schneider, 1997, S. 15)

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich die Problemfelder, in die sich die europäische Agrarpolitik durch diverse Maßnahmen und Schwerpunktsetzungen zu einem gewissen Teil selbst hineinmanövriert hat, kontinuierlich verdichtet, und sie hat im Wesentlichen an zwei Krisenherden zu kämpfen. Einerseits existieren interne Probleme durch die hohe Budgetbelastung die der Agrarsektor verursacht, und externe Konflikte bestehen in Form von Handelskonflikten durch die, vom europäischen Agrarmarkt verfolgte Exportpolitik. Diese beiden Felder stellen mitunter Ursachen für die zunehmende Legitimitätskrise der europäischen Agrarpolitik dar, weshalb ein Handeln dringend notwendig wurde. (Vgl.: Hofreither, 1999, S. 33f)

Seit Anfang der 1990er Jahre erfolgt daher in der europäischen Agrarpolitik ein Paradigmenwechsel, der durch die sich verändernde Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft und die Einbeziehung des Agrarsektors in die Liberalisierungsbestrebungen der WTO unerlässlich wird. (Vgl.: Popp, 2005, S. 80)

Auf die Agrarpolitik der EU warten neben den oben erwähnten Problemen zusätzlich noch laufend neue Herausforderungen, wie ständige Erweiterungsrounds, so zuletzt mit dem Beitritt der MOEL (Mittel- und Osteuropäische Länder) geschehen. Bereits Mitte der 90er Jahre setzt sich der damalige Agrarkommissar Franz Fischler verstärkt mit dieser Thematik auseinander. Der Beitritt der MOEL stellt für den Agrarsektor insofern eine neue Problemlage dar, weil das enorme Produktionspotential dieser Länder durch gleichzeitig geringe Produktionskosten zusätzlich noch gesteigert wird. Da das Einkommenspotential in den neuen Beitrittsländern aber geringer ist, müssen auch die Lebensmittelpreise niedriger bleiben. Eine Reform der Agrarpolitik ist weiters dringend notwendig, weil eine Weiterführung und Umlegung der bisherigen Agrarpolitik in den neuen Mitgliedsstaaten die finanziellen Ressourcen sprengen würde. In der Agenda 2000 und den darauffolgenden Reformen der GAP wird versucht, auf die Herausforderung der Erweiterung um die MOEL entsprechend zu reagieren. (Vgl.: Haas, 2007, S. 40)

Ist von der Agrarpolitik der EU die Rede, so muss noch abschließend auf den Umstand hingewiesen werden, dass sich die Agrarstruktur Europas durch ihre Vielschichtigkeit und enorme Diversität auszeichnet. Auf die unterschiedlichsten Bedürfnisse, Interessen, Erwartungen und Anforderungen einzugehen ist bereits auf nationaler Ebene äußerst kompliziert, dies mag mitunter die Schwierigkeiten bei der Umsetzung einer gesamteuropäischen Agrarpolitik erklären. (Vgl.: Henning, 2000, S. 195)

## 8.3 Agrarpolitische Zäsuren auf europäischer Ebene

### 8.3.1 Die europäische Agrarpolitik von der Nachkriegszeit bis 1990

Die 1950er Jahre sind noch gekennzeichnet durch Versorgungsprobleme im Agrarbereich auf Grund einer noch zu geringen Inlandsproduktion in vielen europäischen Ländern.<sup>125</sup>

Diese Versorgungsängste schlagen sich auch in der Agrarpolitik jener Zeit nieder, und eine starke Landwirtschaft wird in jenen Jahren als bedeutendste Lösung für das Versorgungsdilemma angestrebt. Dies erklärt auch den hohen Stellenwert, die besondere Rücksichtnahme und die langen Jahre unhinterfragter Agrarförderpolitik welche der Agrarsektor lange Zeit genießen durfte. (Vgl.: Kluge, 2001, S. 31)

Die, im März 1957 unterzeichneten römischen Verträge visieren daher aus agrarpolitischer Sicht eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität mittels technischen Fortschritts, einer Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und einer erhöhten Effizienz der Produktionsfaktoren an. Weitere Ziele sind die Steigerung des Einkommens der in der Landwirtschaft Tätigen, günstigere Preise für die Konsument/innen und eine Stabilisierung der Märkte zur Sicherstellung der Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, rückt insbesondere die Preispolitik in den agrarpolitischen Mittelpunkt, die Anreize für eine erhöhte Lebensmittelproduktion schaffen sollte und gleichzeitig das Einkommen der Landwirt/innen auf das Niveau der übrigen Erwerbstätigen heben soll. (Vgl.: Hofreither, 1999, S. 27-31)

Die hier genannten Ziele laufen im Jahr 1968 im Mansholt-Plan zusammen. Oberste Priorität hat die, damals noch verständliche, Produktions- und Produktivitätssteigerung. Der von Mansholt initiierte Slogan „wachsen oder weichen“ verdeutlicht die besondere Unterstützung und den hohen Stellenwert der Großbetriebe und der Intensivproduktion in der Sicherstellung der Versorgungssicherheit auf Kosten der Klein- und Mittelbetriebe. (Vgl.: Kluge, 2001, S. 22)

Die Preispolitik hat zur Folge, dass ab den 1970er Jahren eine Überproduktion an Lebensmitteln einsetzte. Diese Überschüsse sollen am Weltmarkt abgesetzt werden. Weil aber durch die GAP das Inlandspreisniveau über dem Weltmarktpreis liegt, müssen

---

<sup>125</sup> Noch im Jahre 1960 sind erst 80 Prozent des Bedarfs aus europäischer Eigenproduktion gedeckt. (Vgl.: Tabary, 1999, S. 23f)

Exportsubventionen eingesetzt werden um den Absatz der landwirtschaftlichen Produkte zu ermöglichen. Durch diese Angebotserhöhung sinken gleichzeitig aber auch die Preise für Agrarprodukte auf dem Weltmarkt, was eine Abwärtsspirale der Agrarpreise nach sich zieht, die eine ständige Erhöhung der Exportsubventionen seitens der EG nötig machte, und somit das Agrarbudget der EG höher und höher werden ließ. (Vgl.: Hofreither, 1999, S. 32)

Als Reaktion auf die steigenden Produktionsmengen wird 1984 bei Milch die „Garantiemengenregelung“, die heute als Milchquotenregelung bekannt ist, eingeführt. Warum dieses Werkzeug bei der Milchproduktion ihren Einstand feiert, hat vielfältige Gründe: Weil die Milchproduktion vor allem in benachteiligten Gebieten zu finden ist, ist marktwirtschaftlichen Mechanismen, wie beispielsweise Preissenkungen, ein enger Spielraum gesetzt. Außerdem ist auf Grund der Produktionsabläufe bei der Milcherzeugung mit nahezu immer gleichbleibenden Produktionsmengen ein Quotensystem einfacher umzusetzen als in anderen Bereichen der Agrarwirtschaft. Auf diese Weise erhält die europäische Agrarpolitik im Milchsektor planwirtschaftliche Züge. Für andere agrarische Produktionsfelder gilt weiterhin die restriktive Preispolitik.

Um die Produktion weiter zu drosseln werden im Jahr 1988 erste „flankierende“ Maßnahmen beschlossen. Diese agrarpolitischen Werkzeuge bilden Maßnahmen zur Extensivierung, Flächenstilllegung und dem Vorruhestand. (Vgl.: Hofreither, 1999, S. 33)

Die Agrarpolitik der 90er Jahre wird immer noch von der, die Produktion stimulierenden, Preispolitik dominiert. Dieses agrarpolitische Instrument impliziert aber eine doppelte finanzielle Belastung für die Europäer/innen. Einerseits müssen sie in ihrer Rolle als Konsument/innen auf Grund der relativ hohen Inlandspreise einen höheren Preis für Lebensmittel bezahlen als er auf dem Weltmarkt vorzufinden ist, und gleichzeitig müssen sie in ihrer Funktion als Steuerzahler/innen für die, von der EG gewährten Exportsubventionen aufkommen.

Der gleichbleibenden Nachfrage nach Lebensmitteln steht in weiterer Folge eine immer größere Produktionsmenge an landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegenüber, was die Budgetausgaben für den Agrarsektor weiter anschwellen lässt. Die kontinuierlich steigende Produktion bedeutet eine zusätzliche Belastung für den Weltmarkt mit fortlaufend sinkenden Agrarpreisen.

Diese Konzentration auf die Markt- und Preispolitik lässt zudem andere agrarische Aufgaben- und Funktionsfelder verkümmern. So können die von der Landwirtschaft bereitgestellten gesamtgesellschaftlichen und überbetrieblichen Leistungen wie etwa Landschaftspflege, Katastrophenschutz oder die Sicherung der Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes nicht dementsprechend honoriert und abgesichert werden. Und schlussendlich kann auch durch die gängige Preis- und Produktpolitik dem beständigen Sinken der landwirtschaftlichen Einkommen nicht entgegengewirkt werden. (Vgl.: Hofreither, 1999, S. 33f)

All diese hier beschriebenen Faktoren lassen die Einsicht reifen, dass es zu einem dringenden Richtungsschwenk in der Agrarpolitik kommen muss. Die bisherige Agrarpolitik gerät neben den hier angeführten ökonomischen, strukturellen und politischen Problemlagen auch von Seiten der Gesellschaft unter zunehmende Bedrängnis.<sup>126</sup>

Um die Problemlage zu entschärfen, werden in der GAP-Reform oder MacSharry-Reform erste Schritte in die entgegengesetzte Richtung gemacht, und diverse agrarpolitische Maßnahmen sollen den Weg in eine umweltverträglichere, nachhaltigere und multifunktionelle Landwirtschaft ebnen, in welcher auch dem ländlichen Raum als Ganzes besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

### 8.3.2 Die GAP-Reform/MacSharry-Reform von 1992

Der Druck, der durch die bisherige Forcierung von Produktionszuwächsen im Rahmen der Agrar- und Förderpolitik fortlaufend erhöht worden ist, soll durch diverse Maßnahmenpakete (die im Allgemeinen als Ziel eine Senkung der Anreize zur Mehrproduktion haben) im Rahmen der GAP-Reform von 1992 abgemildert werden. Die Erkenntnis, dass Produktionsanreize, die vor allem Großbetrieben zu Gute kommen, neben einer Überschussproduktion auch in eine Intensivierung der Produktion gipfeln, gleichzeitig aber nicht zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Einkommen beitragen, verdeutlichen zunehmend den Reformbedarf. (Vgl.: Hovorka, 1996, S. 19f)

---

<sup>126</sup> Da die Landwirtschaft mit Steuergeldern gefördert wird, und die herkömmliche Art der Agrarförderungen zunehmend auf das Unverständnis der Steuerzahler/innen stößt, stellt sich bei den Bürger/innen die Erkenntnis ein, dass mit ihrem Geld die Krisen und Probleme des Agrarsektors mitfinanziert werden, und somit gerät die Agrar- und Förderpolitik zunehmend in Bedrängnis. (Vgl.: Poschacher, 2003, S. 72)

Das zentrale Moment der GAP-, oder MacSharry-Reform<sup>127</sup> beschreibt daher der Übergang von der Markt- und Preispolitik zu einer Stärkung des Instruments der Direktzahlungen.<sup>128</sup> (Vgl.: Heißenhuber, 2005, S. 19)

Unter dem Motto Entkoppelung „decoupling“ werden flächen- und tierzahlbezogene Ausgleichs- oder Direktzahlungen auf Kosten der Preispolitik gestärkt. Die Gewährung solcher Prämien ist an bestimmte Auflagen wie Flächenstilllegungen oder die Anpassung der Anzahl der Tiere an die Agrarfläche gebunden. Ferner wird umweltgerechten Bewirtschaftungsformen, Aufforstungsmaßnahmen oder Vorruhestandsregelungen mehr Spielraum in der GAP eingeräumt als bisher.<sup>129</sup> (Vgl.: Hofreither, 1999, S. 37)

Um die Kosten für diese Maßnahmen decken zu können, kommt es parallel dazu zu einer Senkung der Produktpreise, um die bislang bestehenden Anreize für eine Mehrproduktion möglichst gering zu halten. Im Zuge der MacSharry-Reform erhöht sich durch diesen Schwenk hin zum Instrument der Direktzahlungen gleichermaßen auch die Transparenz der Agrarstützungen. Damit steigert sich aber auch der Druck, die Agrarzahlungen gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen.<sup>130</sup> Diese Legitimität soll durch die Betonung der „überbetrieblichen Leistungen“ der Landwirtschaft erzielt werden. (Vgl.: Hofreither, 1999, S. 37)

Die verstärkte Berücksichtigung von Umweltaspekten feiert auf europäischer Ebene folglich im Rahmen der MacSharry-Reform ihren Einstand. Neben dem Abbau von Preisstützungen bei dem gleichzeitigen Ausbau des Direktzahlungssystems, wird die Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion gefördert, da dieses Werkzeug unter anderem zu einer Reduktion der Überschussproduktion beitragen kann. Diese als „flankierende Maßnahmen“ bezeichneten Förderungen sollen die Funktion der Landwirt/innen als Bereitsteller/innen öffentlicher Güter stärker betonen. (Vgl.: Neunteufel, 1997, S. 227f)

---

<sup>127</sup> Die Reform ist nach dem damaligen irischen Kommissar Mac Sharry benannt. (Vgl.: Poschacher, 2003, S. 67)

<sup>128</sup> Es kommt in Zuge dessen zu einer Trennung von Markt- und Einkommenspolitik durch eine Senkung der Marktordnungspreise bei einer gleichzeitigen Stärkung der Direktzahlungen. (Vgl.: Janetschek, 1997, S. 149)

<sup>129</sup> Diese agrarpolitischen Instrumente werden in die MacSharry-Reform als sogenannte „flankierende Maßnahmen“ aufgenommen. (Vgl.: Poschacher, 2003, S. 67)

<sup>130</sup> Von landwirtschaftlicher Seite werden durch diese neue Prioritätensetzung zugleich auch Verteilungskämpfe um das größte Stück des Förderkuchens vom Zaun gebrochen. (Vgl.: Hovorka, 1996, S. 6f)

### 8.3.3 Agenda 2000

Diverse für die Landwirtschaft traumatische Erfahrungen wie die BSE-Krise<sup>131</sup> oder andere Tierseuchen wie die Maul- und Klauenseuche und die Schweinepest bilden, neben anderen Faktoren, den Ausgangspunkt für verschiedenste Agrarreformen der jüngeren Zeit. So verfolgt etwa die Agenda 2000 neben anderen Maßnahmen eine Stärkung des biologischen Landbaus. (Vgl.: Heißenhuber, 2005, S. 20)

Im Jahr 1999 wird die Agenda 2000 in Berlin verabschiedet. Zentrale Punkte sind eine Senkung der Marktstützungspreise um die Preise stärker an das Niveau der Weltmarktpreise heranzuführen, die damit verbundenen Einkommensverluste durch Direktzahlungen zu kompensieren, und bestimmte Mindestanforderungen im Umwelt- und Tierschutz einzuführen, die auch zwingend eingehalten werden müssen, da sonst der Anspruch auf Agrarförderungen verfällt.<sup>132</sup> (Vgl.: Poschacher, 2003, S. 74-76)

Gleichermaßen hat die Agenda 2000 als Ziel eine stärkere Verknüpfung der GAP mit einer Politik für den ländlichen Raum formuliert. Zudem soll das Subsidiaritätsprinzip ernsthafter umgesetzt werden, womit den einzelnen EU-Mitgliedern die Verantwortung für die diversen Pläne, Prioritäten und Details der geförderten Programme überantwortet werden soll. (Vgl.: Dax, 1999, S. 57)

Die Agenda 2000 stellt infolgedessen das erste Reformpapier dar, das stärkere Akzente in Richtung einer ganzheitlichen Betrachtung der Agrarstrukturen und deren Einbettung in den ländlichen Raum setzt, und den Weg der MacSharry-Reform in Richtung Direktzahlungen statt Preisstützung konsequenter fortsetzt. (Vgl.: Kniepert, 1999, S. 72)

---

<sup>131</sup> Die Krankheit tritt erstmals am 11. Februar 1985 in Sussex auf. Der erste Höhepunkt der Epidemie ist jedoch erstmals in den Jahren 1992/93 erreicht. 1994 wird schließlich das Verfüttern von Tiermehl verboten, das als Ursache für den Ausbruch von BSE bei Rindern ausgemacht wird. Trotz alledem werden die höchsten Zahlen an BSE erkrankten Tieren im Jahr 2000 verzeichnet. (Vgl.: Kluge, 2001, S. 61ff, 80)

<sup>132</sup> „Bei den Lagerkosten und Exportsubventionen will die EU sparen, deshalb ist der Abbau der Überschüsse zu einem erklärten Ziel der EU-Politik geworden. Der ökologische Landbau kann einen beträchtlichen Beitrag zur Reduktion der Überschüsse leisten, da er geringere Erträge bringt als die konventionelle Produktion.“ (Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 70)

Die Entwicklung des ländlichen Raumes erfährt im Zuge der Agenda 2000 eine institutionelle Aufwertung, indem sie als zweiter Pfeiler in die GAP aufgenommen wird.<sup>133</sup> Damit wird die Wechselbeziehung zwischen ländlichem Raum – Agrarsektor stärker betont. „Sie wird die Reform der Marktordnungen ergänzen, indem sie mittels einer umfassenden und integrierten Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raums die Wettbewerbsfähigkeit und Multifunktionalität des Agrarsektors fördert.“<sup>134</sup> (Poschacher, 2003, S. 76)

“With Agenda 2000 the CAP gained two pillars. The first pillar contains all market and income support policies, including the MacSharry reform’s direct payments. The second pillar contains environmental and rural development policies, including the LFA scheme and the agri-environmental payments. The first pillar provides support to producers of agricultural products. The second pillar aims to support other services provided by agriculture to society, namely multifunctionality. “(Costa/Cunha/Mendes/Sottomayor, 2004, S. 79)

In der Agenda 2000 wird auch stärker den Ansprüchen der Konsument/innen an den Agrarsektor entsprochen, und so rückt unter anderem neben einer stärkeren Betonung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes und der Hervorhebung der, durch die Bauern/Bäuerinnen bereitgestellten öffentlichen Güter nun auch die Lebensmittelsicherheit stärker in den Vordergrund. Mitunter soll dadurch die Solidarität und Akzeptanz der EU-Bürger/innen für den Landwirtschaftssektor erhöht werden. Zudem sind die, in der Agenda 2000 vorgesehenen Maßnahmen bereits deutlicher auf eine (mögliche) Osterweiterung ausgerichtet. (Vgl.: Cardwell, 2004, S. 82-84)

#### 8.3.4 Die Agrarreform 2003

Die im Juni 2003 in Luxemburg verabschiedete GAP-Reform basiert auf den Grundsätzen der Agenda 2000 und reagiert auf die Kritik an der europäischen Agrarpolitik von Seiten der WTO. Neben einer Verlängerung der Milchquotenregelung bis 2015<sup>135</sup> wird die

---

<sup>133</sup> In der ersten Säule der GAP sind die Maßnahmen zur Marktstützung zusammengefasst. (Vgl.: Haas, 2007, S. 40)

<sup>134</sup> Die, von der EU propagierte Stärkung des ländlichen Raumes im Rahmen der zweiten Säule der GAP hält der Realität jedoch nicht stand, und weist potemksche Züge auf, da das dafür vorgesehene Budget im Vergleich zur ersten Säule eher mager ausfällt. (Vgl.: Meisinger, 2000, S. 28)

<sup>135</sup> ,die ein besonderes Anliegen des österreichischen Agrarsektors darstellt, da die Milchwirtschaft vor allem in Berggebieten und benachteiligten Gebieten Österreichs vorzufinden ist. „Der Anteil der österreichischen Milcherzeugerbetriebe im Berggebiet beträgt ca. 71 Prozent und im benachteiligten Gebiet rund 84 Prozent.“ (Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/61337/1/4964/>, am 9.7.2008)

Einführung einer einheitlichen Betriebsprämie durchgesetzt<sup>136</sup>, und die Förderung des ländlichen Raumes erfährt ebenso eine stärkere Akzentuierung wie eine Reihe von umweltpolitischen Maßnahmen, die an dieser Stelle einer genaueren Ausführung bedürfen. (Vgl.: Göstl, 2005, S. 19)

Die in der Agrarreform 2003 vereinbarten Maßnahmen erfolgen aus weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Sicht als Reaktion auf die WTO-Kritik an den marktverzerrenden internen Stützungen, die von der EU gewährt werden. So liegen etwa die Preise für Getreide zwar auf dem Weltmarktniveau. Dies wird aber nur dadurch ermöglicht, dass die Bauern/Bäuerinnen zu den tatsächlich am Weltmarkt erzielten Preisen Direktzahlungen von der EU erhalten, und sie somit insgesamt einen höheren Preis für ihre Produkte erlangen. Damit lohnt es sich für die Landwirt/innen noch immer größere Mengen zu produzieren, auch wenn die Weltmarktpreise unter den tatsächlichen Produktionskosten liegen.

Ferner stehen die von der EU geleisteten Exportsubventionen und Importzölle unter ständigem Beschuss von Seiten der WTO. Mit Hilfe der Exportsubventionen können Überschüsse, vor allem von Milcherzeugnissen, Rindfleisch und Zucker, am Weltmarkt günstig abgesetzt werden. Umgekehrt werden zum Schutz der eigenen Agrarerzeugnisse Importzölle auf außereuropäische Produkte angesetzt. (Vgl.: Heißenhuber, 2005, S. 21)

Die Agrarreform von 2003 reagiert nun auf diese Vorwürfe. Die Kernpunkte der Reform bilden die Entkoppelung der Direktzahlungen, Cross Compliance, eine Absenkung der Interventionspreise und die sogenannte Modulation. Die Direktzahlungen sind in Zukunft zudem an die Einhaltung von Umwelt-, Tierschutz- und Qualitätsvorschriften gebunden.<sup>137</sup>

Das im Rahmen der MacSharry-Reform erstmals eingesetzte agrarpolitische Instrument der Entkoppelung besagt, dass die gewährten Direktzahlungen von der Produktion „entkoppelt“ werden. Was nichts anderes bedeutet als dass Förderungen und Subventionen unabhängig von der Produktionsmenge genehmigt werden. Wenn der gute Zustand von landwirtschaftlichen Nutzflächen gewährleistet wird, kann es im Extremfall gar zur Förderung einer „Nicht-Produktion“ kommen. Ziel dieser Maßnahme ist es, so einen Rückgang der Überschussproduktion zu erreichen. (Vgl.: Göstl, 2005, S. 19)

---

<sup>136</sup> Seit dem Jahr 2005 ersetzt die „einheitliche Betriebsprämie“ einen Gutteil jener Direktzahlungen, die bis dato an die Produktion(smengen) gekoppelt waren. (Vgl.:

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/62727/1/13751/>, am 9.7.2008)

<sup>137</sup> Im Rahmen der GAP Reform 2003 wird auch die Finanzdisziplin stärker betont, und die Ausgaben für den Agrarsektor dürfen in Zukunft das bestehende Budget nicht übersteigen. (Vgl.: Haas, 2007, S. 45)

Die Cross Compliance Vorschriften sehen vor, dass Direktzahlungen gekürzt oder vorenthalten werden können, wenn gewisse EU-Standards der Bewirtschaftung, der Lebensmittelsicherheit, dem Tier- und Umweltschutz und anderen Bereichen nicht eingehalten werden.<sup>138</sup> „Beneficiaries of direct payments will also be obliged to maintain all agricultural land in good agricultural and environmental condition, in order to avoid land abandonment and subsequent environmental problems. Where a farmer fails to comply with such requirements, reductions in his payments will be applied as a sanction.“ (Gardner, 2003, S. 6)

Die Absenkung der Interventionspreise zielt darauf ab, die Exportchancen von in der EU hergestellten Produkten durch die Absenkung der Erzeugerpreise zu erhöhen. Dieses Werkzeug wirkt sich zwar negativ auf die Einkommenssituation der Landwirt/innen aus, gleichzeitig fallen aber damit auch die Anreize für eine Mehrproduktion weg, da hierfür die dementsprechenden Förderungen gekürzt werden.

Modulation bedeutet eine Umschichtung der Fördergelder aus der ersten Säule in die zweite Säule des Agrarfördertopfes. Damit wird dem ländlichen Raum als Ganzes auf Kosten der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe eine stärkere Förderung zuteil.<sup>139</sup> (Vgl.: Heißenhuber, 2005, S. 21f)

### 8.3.5 Schwerpunkte der Agrarpolitik der EU in der Periode 2007-2013

In der Geltungsperiode 2007 bis 2013 wird der „Cross Compliance-Ansatz“ weiter vertieft, was nichts anderes besagt als dass die Ansprüche an die Landwirt/innen in Bezug auf Umweltschutz, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit weiter erhöht werden, um so auch die Akzeptanz der EU-Bürger/innen für den Agrarsektor allgemein und für Agrarförderungen im Speziellen zu vergrößern. (Vgl.: Pröll, 2005, S. 88)

Im Vordergrund der Programmperiode 2007 bis 2013 stehen jedoch unterschiedlichste Maßnahmen, die auf eine generelle ländliche Entwicklung abzielen. Die drei Schwerpunkte, welche die Entwicklung des ländlichen Raumes vorantreiben sollen, lauten folgendermaßen:

---

<sup>138</sup> Die „Good Farming Practice“ bildet grob formuliert das Fundament dieses Ansatzes. (Vgl.: Haas, 2007, S. 64)

<sup>139</sup> Die Direktzahlungen für die größeren Betriebe werden im Rahmen der Agendareform 2003 geringfügig gekürzt. Das dadurch eingesparte Geld kommt in weiterer Folge Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes zugute. Jene Betriebe, die jährlich weniger als € 5.000,- erhalten, bleiben jedoch von einer Kürzung verschont. (Vgl.: Gardner, 2003, S. 6)

- „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
- Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und Erhalt der Kulturlandschaft und
- Erhalt und Entwicklung attraktiver und vitaler ländlicher Regionen.“ (BMLFUW, 2007c, S. 62) Diese drei Hauptziele werden ergänzt durch das LEADER-Programm, das zur Erhaltung und Entwicklung ländlicher Räume beitragen soll. (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 67)

Im agrarpolitischen Programm der EU von 2007 bis 2013 wird vermehrt auf die erstmals im Rahmen der Agenda 2000 formulierte Rolle des Agrarsektors für die Entwicklung des ländlichen Raumes hingewiesen. Die Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum wird in den drei hier angeführten Achsen oder Schwerpunkten zusammengefasst. Der erste Schwerpunkt artikuliert als Ziel die Stärkung der Wettbewerbskraft der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Zur Erreichung dieses Zieles kommen Werkzeuge, die vor allem die Modernisierung und Innovationen im Agrarbereich durch Investitionen in agrarische Unternehmungen und in das Humankapital anstreben sollen, zum Einsatz.<sup>140</sup>

In der zweiten Achse erhalten Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit oberste Priorität. Speziell die Bereitstellung öffentlicher Güter, wie etwa die Landschaftspflege, der Wasserschutz oder Instrumente zur Erhaltung der Biodiversität werden in diesem Feld unterstrichen. (Vgl.: Fischler, 2006, S. 4f)

Der dritte Schwerpunkt widmet sich wiederum dem ländlichen Raum als Ganzes, und insbesondere die spezifische regionale Entwicklung steht hier im Vordergrund. Achse Nummer drei richtet sich nicht direkt an die Land- und Forstwirtschaft, sondern an nichtagrarische Betriebe oder Gemeinden, welche die „Lebensqualität im Ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ verbessern wollen.<sup>141</sup> (Miller, 2005, S. 74f)

Für den Schwerpunkt Nummer eins, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, sind circa 14 Prozent der Gesamtmittel vorgesehen. Schwerpunkt Nummer

---

<sup>140</sup> „Kernelemente sind die Investitionsförderung zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, die Förderung der Niederlassung von Junglandwirten und die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung.“ (<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60299/1/13751/>, am 9.7.2008)

<sup>141</sup> Für den Schwerpunkt Nummer drei werden etwa 10 Prozent der Mittel aufgewendet. (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 79)

zwei, der sich der Verbesserung der Umwelt und der Landschaft widmet, alliiert 72 Prozent der Finanzmittel.<sup>142</sup>

Diese drei Schwerpunkte werden um das „Leader-Programm“ erweitert, das vor allem zur Unterstützung ländlicher Regionen initiiert wurde.<sup>143</sup>

(Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60299/1/13751/>, am 9.7.2008)

„Die für den Schwerpunkt 4 (Leader) eingesetzten Mittel sollten zu den Zielen der Schwerpunkte 1 und 2 sowie insbesondere des Schwerpunkts 3 beitragen, aber auch eine wichtige Rolle bei der horizontalen Priorität Verwaltungsverbesserung und Erschließung des endogenen Entwicklungspotentials der ländlichen Gebiete spielen.“<sup>144</sup> (BMLFUW, 2007c, S. 452)

### 8.3.6 Vorgaben der WTO als Wegweiser für die Agrarpolitik der EU

Die von der EU gesetzten agrarpolitischen Maßnahmen müssten prinzipiell in Übereinkunft mit den Vorgaben der WTO erfolgen. Im Zuge des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), das später in die WTO (World Trade Organization) übergeht, wird nun auch die Landwirtschaft in die Regeln des internationalen Warenverkehrs mit einbezogen. Ein Ergebnis der so genannten Uruguay-Runde von 1986 ist das AoA (Agreement on Agriculture), das sich auf die drei Bereiche Marktzugang, Exportsubventionen und interne Stützungen konzentriert. Die Vorgaben besagen, dass der Marktzugang durch eine Absenkung der Zölle für Landwirt/innen aus Nicht-EU-Ländern erleichtert werden muss. Gleichfalls müssen die Exportsubventionen reduziert, und interne Subventionen abgebaut werden.<sup>145</sup> (Vgl.: Krachler, 2003, S. 174)

---

<sup>142</sup> In der zweiten Achse sind die beiden, für Österreich sehr bedeutenden, Werkzeuge Agrar-Umweltprogramm ÖPUL 2007 und die Bergbauernförderung (Ausgleichszulage) erfasst.

<sup>143</sup> In der Periode von 2007 bis 2013 wurden 85 LEADER-Gebiete ausgewählt, die insgesamt eine Fläche von 72.000 km<sup>2</sup> mit circa 4,3 Millionen Einwohnern umfassen. Mit 24 LEADER-Regionen führt Oberösterreich vor der Steiermark mit 19 Gebieten die Liste an. Das Schlusslicht bildet das Burgenland mit drei LEADER-Gebieten vor Kärnten mit 5 Programmen. (Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/62718/1/13751/>, am 9.7.2008)

<sup>144</sup> Für das LEADER-Programm ist ein Anteil von circa 5,5 Prozent der gesamten finanziellen Mittel vorgesehen. (Vgl.: BMLFUW, 2007c, S. 79)

<sup>145</sup> Durch die staatliche Stützung in Form von internen Preisstützungen und Exportsubventionen kommt es lange Zeit zu einem ständigen Sinken der Weltmarktpreise für Agrarprodukte. Neben der Ziel der Marktliberalisierung ist es Ziel der WTO, diese Abwärtsspirale aufzuhalten, da dieses Preisdumping auch zur Zerstörung nationaler Agrarstrukturen und –märkte führt. Daher muss es auch aus weltpolitischer und humanitärer Sicht zu einer Abkehr von internen Stützungen, den Exportsubventionen und dem Importschutz kommen, denn trotz einer ständigen Produktionssteigerung leiden immer mehr Menschen an Unterernährung oder Hunger. (Vgl.: Krachler, 2003, S. 173f)

Ausgenommen von der Beschränkung der staatlichen Eingriffe sind die NTCs (Non Trade Concerns), die Versorgungssicherheit, ökologische Sicherheit und die Überlebenssicherung der ländlichen Räume umfassen, und als berechtigte Anliegen der WTO-Mitgliedsstaaten eingestuft werden. Aus diesem Grund sind auch weiterhin aus der Sicht der WTO Stützungen, welche die Nachhaltigkeit in Form der Betonung der Multifunktionalität der Landwirtschaft verfolgen, ausdrücklich erlaubt. (Vgl.: Krachler, 2003, S. 175f)

Die diesbezüglich gestatteten Maßnahmen werden im Rahmen der WTO in der „Green Box“ gruppiert. Diese in dieser Kategorie zusammengefassten Arten der Förderung dürfen alleine auf staatlichen Subventionen basieren und auf keinen Fall den Charakter von Preisstützungen haben – Produktion und Handel sollen daher unbeeinflusst von jenen Instrumenten bleiben.<sup>146</sup> (Anderegg, 1999, S. 286)

### 8.3.7 Subventionen und Förderungen als Steuerungsinstrumente der Agrar- und Strukturpolitik

Die Agrar- und Strukturpolitik wird stark durch die Vergabe von Subventionen geleitet.<sup>147</sup> (Vgl.: Schulz, 2005, S. 33) Agrarstrukturpolitik ist im Prinzip mittel- oder gar langfristig angelegt, und Richtungsänderungen in der Agrarpolitik haben eher einen prozesshaften Charakter. Werden beispielsweise umweltrelevante Themen in der Agrarpolitik erstmals im Rahmen der MacSharry-Reform ernsthaft diskutiert und in weiterer Folge auch implementiert, so wurde eine Umsetzung von umweltbezogenen Bezugspunkten für die Landwirtschaft von diversen Interessensgruppen bereits seit Mitte der 70er Jahre gefordert. (Vgl.: Lynggaard, 2006, S. 32f)

Überdies können die Ziele und Richtlinien jener Förder- und Subventionspolitik, welche den Agrarsektor oder den gesamten ländlichen Raum fokussiert, ständige Richtungswechsel

---

<sup>146</sup> Ganz nach dem Ampelsystem sind in der „Red box“ jene, von der WTO verbotenen Maßnahmen wie Exportsubventionen und produktbezogene, interne Subventionen zusammengefasst, die untersagt werden, sobald sie einen bestimmten finanziellen Rahmen überschritten haben. (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 286)

<sup>147</sup> „Die **Agrarstrukturpolitik** umfasst eine Gesamtheit von Massnahmen der öffentlichen Hand mit dem Ziel, Strukturänderungen im Landwirtschaftssektor vorzunehmen, um sie in einem bestimmten sozialen und ökologischen Umfeld den wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Die Agrarstrukturpolitik ist eine Sektoralpolitik mit häufigen räumlich unterschiedlichen Wirkungen, oder mit teilweise explizit räumlichem Bezug (Förderung der Landwirtschaft in „benachteiligten Gebieten“).“ (Stucki, 1997, S. 116)

und Schwerpunktverlagerungen implizieren.<sup>148</sup> (Vgl.: Stucki, 1997, S. 116) Was anhand der ständigen, im vorhergehenden Kapitel dargestellten, Paradigmenwechsel wohl sehr gut nachvollziehbar ist.

Eine wesentliche Ursache für die ständigen Schwerpunktverlagerungen in der Subventionspolitik der EU bildet der fortwährende Legitimationsdruck, dem die EU gegenüber ihren Bürger/innen unterworfen ist. Auf Grund dessen wird in jüngster Zeit vermehrt auf die oft schon erwähnte „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ im Rahmen der Agrarpolitik der Europäischen Union hingewiesen.

Der Begriff der multifunktionalen Landwirtschaft wurde erstmals bei der Konferenz von Cork 1999 aufgeworfen. Die multifunktionale Landwirtschaft weist einen Konnex zur ländlichen Entwicklung und den Nachhaltigkeitsdiskurs auf. Die Landwirtschaft wird in diesem Zusammenhang neben der landwirtschaftlichen Produktion auch als Erbringerin von den oben erwähnten vielfältigen (Dienst)leistungen für Umwelt und ländlichen Raum interpretiert. (Vgl.: Schulz, 2005, S. 33)

Neben der Bewahrung von Kulturlandschaften, ökologischen Systemen, der Artenvielfalt, der bäuerlichen Kultur, von Arbeitsplätzen und auch in ihrer Funktion als wesentlicher Faktor für den Erhalt des ländlichen Raumes als Ganzes, spielen jedoch auch die traditionelle Ernährungssicherung und seit den 1970er Jahren nun auch die Lebensmittelsicherheit eine immer bedeutender werdende Rolle.<sup>149</sup> (Vgl.: Kniepert, 1999, S. 71)

Der in der MacSharry-Reform formulierte Übergang von der Preispolitik und Marktstützung zu Direktzahlungen bedeutet den signifikantesten Umschwung in der Subventionspolitik der jüngeren Zeit. Der Wechsel zu Direktzahlungen akzentuiert diese „Multifunktionalität der Landwirtschaft“, ist mit den Vorgaben der WTO kompatibel und

---

<sup>148</sup> „Die Agrarstrukturpolitik kann beispielsweise auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Landwirtschaftsbetrieben durch Rationalisierungsmassnahmen zielen, die Anpassung der Landwirtschaft an die ökologischen Bedürfnisse fördern, die landwirtschaftliche Bewirtschaftung gewisser Flächen (Hänge) oder gewisser Zonen (Bergregion) sichern, eine spezifische Betriebsform (Familie) fördern, die Übernahme der Landwirtschaftsbetriebe erleichtern, die Preis- und Marktpolitik mit Ergänzungsleistungen versehen und sich mit sozialen Anliegen auseinandersetzen.“ (Stucki, 1997, S. 116)

<sup>149</sup> „Die Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur Produzent von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, sondern auch preisgünstigster Anbieter einer breiten Palette überagrarischer Leistungen. Diese Leistungen werden in der Regel als externer Effekt, als Koppelprodukt der eigentlichen Produktion erbracht und hatten bisher kaum einen Marktwert. Mit dem Sinken der Agrarpreise, den knapp werdenden Naturräumen und den stark wachsenden sozialen Kosten des Gemeinwesens gewinnen die externen Leistungen der bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft jedoch zunehmend an Bedeutung.“ (Baaske, 1996, S. 190)

zeichnet sich durch eine stärkere Transparenz im Vergleich zu Marktstützungen aus, womit, wie oben bereits erwähnt, vermehrt auf die Ansprüche und Erwartungen der EU-Bürger/innen eingegangen werden kann. (Vgl.: Cardwell, 2004, S. 185-192)

„Im letzten Jahrzehnt haben Umweltschutz und Nahrungsmittelqualität in der europäischen Agrarpolitik an Bedeutung gewonnen. Heute wollen die EU-Agrarpolitiker folgende Ziele erreichen:

1. die negativen Umwelteinflüsse der landwirtschaftlichen Produktion minimieren,
2. qualitativ hochwertige Lebensmittel liefern und dabei gleichzeitig die Lebensmittelversorgung sicherstellen,
3. die Einkommen aus der Landwirtschaft erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrarproduktion fördern,
4. die Entwicklung der ländlichen Räume stärken,
5. langfristig die finanziellen Aufwendungen für die Landwirtschaft reduzieren.“  
(Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 60)

Innerhalb der EU werden äußerst divergente Positionen und Sichtweisen in Bezug auf die (Agrar)Förderpolitik vertreten, und als im Rahmen der Agenda 2000 der nationale Kompetenzrahmen der Mitgliedsstaaten für die Gestaltung der Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung erweitert wird, treten diese (teilweise) großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bei dessen Implementierung zutage.

Die Bereitschaft zur Partizipation an den diversen agrar-umweltpolitischen Maßnahmen und den Vorschlägen zur nachhaltigen ländlichen Entwicklung unterscheidet sich von Staat zu Staat. Bevorzugt ein Land die horizontale Herangehensweise präferiert ein anderes Land die Umsetzung vertikaler Maßnahmen. Für ein drittes Land sind agrar-umweltpolitische Maßnahmen generell eher unbedeutend usf. Dies mag unter Umständen der Kofinanzierungsklausel geschuldet sein, da die eine Hälfte von der EU getragen wird, die zweite Hälfte aber von den einzelnen Mitgliedsstaaten bereitgestellt werden muss.<sup>150</sup> (Vgl.: Cardwell, 2004, S. 212f)

Im Jahr 2006 übernahm die EU einen Anteil von 59 Prozent am Gesamtförderaufkommen. 20 Prozent wurden vom Bund bereitgestellt und folglich vielen 21 Prozent auf die einzelnen Bundesländer, wobei 37 Prozent des gesamten Agrarförderaufkommens für die erste Säule der GAP, das heißt „Betriebs-, Flächen-, Tier- und Produktprämien“ aufgewendet wurden, und a priori 63 Prozent für die zweite Säule, in der etwa das ÖPUL und die Ausgleichszulagen integriert sind, vorgesehen waren.

(Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/62727/1/13751/>, am 9.7.2008)

---

<sup>150</sup> Diese Kofinanzierungsklausel findet nur bei der zweiten Säule der GAP, also den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung, ihre Anwendung. Die erste Säule der GAP und die Direktzahlungen sind von der Kofinanzierung ausgenommen. (Vgl.: Cardwell, 2004, S. 234)

Die Förder- und Auszahlungspolitik der EU ist ferner von enormen Ungleichheiten geprägt, was den Agrarpolitiker/innen von öffentlicher Seite auch häufig vorgeworfen wird.<sup>151</sup> Dementsprechend wird es etwa 20 Prozent der Produzent/innen durch die in der MacSharry-Reform vorgesehenen Maßnahmen ermöglicht 80 Prozent der Finanzmittel zu allokalieren. 1,6 Prozent der Produzent/innen konnten im Jahr 2000 gar 24 Prozent des gesamten Budgets für sich beanspruchen.<sup>152</sup>

Auch zwischen den einzelnen Ländern bestehen extreme Differenzen: erhielt im Jahr 2000 ein/e Bauer/Bäuerin in Portugal im Durchschnitt € 1.800,- [wobei 80 Prozent der portugiesischen Bauern € 1.250,- oder weniger erhielten Anm.], so wurde den britischen Kolleg/innen im selben Jahr durchschnittlich eine Summe von € 18.900,- an Förderungen zugesprochen [wobei 2,8 Prozent der britischen Landwirt/innen € 100.000,- oder mehr an Zahlungen erhielten Anm.] Der EU-Durchschnitt lag in diesem Jahr bei € 6.600,-. (Vgl.: Swinbank, 2004, S. 19-21)

Den Forderungen nach einer Förderobergrenze oder neuen Berechnungsgrundlagen für die Förderpolitik, wie etwa die Bindung der Zahlungen an die Arbeitskraft, wurde bisher noch nicht entsprochen. Durch eine solche Fördergrundlage könnte jedoch die soziale Komponente der Subventionspolitik stärker betont werden, und auch die Akzeptanz der Öffentlichkeit könnte sich für die Agrarfördermaßnahmen erhöhen, da der Agrarsektor noch immer den größten Teil des EU-Budgets verschlingt.<sup>153</sup>(Vgl.: Weiger, 2005, S. 111)

Wird die Höhe des Agrarbudgets kritisiert, wird jedoch häufig vergessen, dass es sich bei den Subventionen und Förderungen für die Landwirtschaft um einen der wenigen Politikbereiche handelt, der bereits Gesamteuropäisch organisiert und institutionalisiert worden ist. „Würden dagegen andere Bereiche – etwa Sozial- oder Industriepolitik – vollständig auf die europäische Ebene verlagert, wäre der Agrarposten nur mehr ein Bruchteil des Gesamthaushalts.“ (Pröll, 2005, S. 89)

---

<sup>151</sup> Wurden zur Zeit, als die Preispolitik noch das dominierende agrarpolitische Werkzeug darstellte, besonders jene Betriebe begünstigt, die möglichst viel produzierten, werden beim Instrument der Direktzahlungen vor allem jene Landwirte/innen belohnt, die über eine möglichst große Anzahl an Tieren oder über eine riesige LN verfügen, da diese beiden Felder bisher die Bemessungsgrundlage für die Förderungen darstellen. (Vgl.: Blandford, 2000, S. 9)

<sup>152</sup> Im Jahr 2004 erhalten immer noch 3 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Europas 40 Prozent der Direktzahlungen für den Ackerbau. (Vgl.: Weiger, 2005, S. 106)

<sup>153</sup> „Gut die Hälfte ihres gesamten Etats gab die EU noch im Jahr 2000 für den Agrarsektor aus. Und neun von zehn Euro aus dem Agrarhaushalt flossen in die Marktordnung. Für Strukturpolitik und ländliche Entwicklung (einschließlich begleitender Maßnahmen wie etwa Agrar-Umwelt-Maßnahmen, Vorruhestandsregelung und Wiederaufforstung) bleiben noch gut zehn Prozent des jährlichen Gesamtetats von 2000 – 2006.“ (Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 81)

## 8.4 Zukünftige Entwicklungen der Agrarpolitik

Das Schlagwort im gegenwärtigen agrarpolitischen Diskurs lautet, wie in dieser Arbeit schon sehr häufig erwähnt, „Multifunktionalität der Landwirtschaft“, die insbesondere vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdiskussion an Bedeutung gewinnt. Hervorgehoben werden im Rahmen dieses Konzepts die von der Agrarwirtschaft erbrachten positiven ökologischen, sozialen, kulturellen und räumlichen Leistungen, die zwar von der Gesellschaft gewünscht und gefordert werden, jedoch bisher noch nicht finanziell erstattet werden.<sup>154</sup> (Vgl.: Krachler, 2003, S. 175f)

„In konzeptioneller Hinsicht ist die häufig erhobene Forderung nach einer „objektiven Bewertung“ der gemeinwirtschaftlichen Leistungen irrelevant. Denn welche und wie viel dieser Leistungen einer Gesellschaft will, ist letztlich eine politische Frage und muss politisch entschieden werden. Eine Gesellschaft wird den Erbringern dieser Leistungen, den Bauern, soviel bezahlen müssen, damit noch genügend Bauern da bzw. bereit sind, diese Leistungen zu erbringen. Wird zu wenig bezahlt, wandern zu viele ab und die Leistungen können nicht mehr im gewünschten Ausmaß erbracht werden. Zudem bestehen unterschiedliche Vorstellungen und Wünsche über die Art und die Notwendigkeit dieser Leistungen – auch deshalb ist die Entscheidungsfindung nur politisch möglich.“ (Popp, 2005, S. 82)

Die Förderpolitik der EU gerät, wie oben bereits angedeutet, zunehmend unter Legitimationsdruck, und die Rechtfertigung der gewährten Subventionen gegenüber den EU-Bürger/innen wird damit kontinuierlich an Bedeutung gewinnen. Die Stärkung der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik setzt an genau jenem Punkt an. Die „multifunktionellen Leistungen“ der Landwirtschaft sollen, ginge es nach den Entscheidungsträger/innen der Agrarpolitik, aus diesem Grund den Charakter eines öffentlichen Gutes zugesprochen bekommen.<sup>155</sup> Dies besagt, dass neben der Produktion von Rohstoffen auch darüber hinaus gehende Leistungen der Landwirt/innen wie etwa die Landschaftspflegefunktion abgegolten werden sollen.<sup>156</sup> (Vgl.: Heißenhuber, 2005, S. 28)

---

<sup>154</sup> „Externe Effekte sind bekanntlich physische, monetäre oder auch psychische Wirkungen von Tätigkeiten auf Dritte, am Prozess nicht beteiligte Menschen. Diese Nebenwirkungen können nun positiv oder negativ sein. Gewässerverschmutzungen sind negative Nebeneffekte landwirtschaftlicher Tätigkeiten. Schöne, gepflegte Landschaften sind positive Nebenwirkungen. Nun können diese Nebenwirkungen entweder privaten Charakter haben, in dem beispielsweise nur ein eindeutig identifizierbarer Nachbar einen Schaden erleidet. Dieser wird dann Kompensationsforderungen für den Schaden stellen. Andererseits können externe Effekte den Charakter von öffentlichen Gütern haben; dabei wirken die Effekte auf alle potentiellen Konsumenten dieses Gutes, seien sie negativ (Seeverschmutzung) oder positiv (Landschaften).“ (Rieder, 1997, S. 10)

<sup>155</sup> Die finanziellen Mittel für die Agrar-Umwelt-Programme sowie die Ausgleichszahlungen stammen, wie bereits dargelegt, aus der zweiten Säule der GAP. (Vgl.: Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 87)

<sup>156</sup> Die Betonung der Landschaftspflegefunktion der Landwirtschaft geht aber einher mit einem noch stärkeren Abhängigkeitsverhältnis der Bauern/innen zur Politik. Da für die Landschaftspflege kein Markt besteht, und

Bisher werden Förderungen im Rahmen diverser Umweltprogramme als Subventionen eingestuft – die Landwirt/innen somit als Empfänger/innen von Geldmitteln verstanden, die keine besonderen Gegenleistungen zu erbringen haben. Eine stärkere Betonung der von den Bauern/Bäuerinnen erbrachten ökologischen und gesellschaftlichen Leistungen könnte dieses Bild in der Gesellschaft jedoch wandeln. (Vgl.: Schneider, 1997, S. 66f)

Die Betonung dieser positiven Externalitäten der Landwirtschaft, also die Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Bauern/Bäuerinnen, ist eines der primären Ziele der gegenwärtigen Agrar-Umweltpolitik. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Forcierung dieses Bereiches nicht an ihre Grenzen stoßen wird. Die Landwirt/innen auf eine Rolle als Landschaftspfleger/innen zu reduzieren wird mittel- und langfristig möglicherweise nicht eine befriedigende Alternative für die in der Landwirtschaft tätigen Personen darstellen.<sup>157</sup> Die Verknüpfung von landwirtschaftlicher Produktion mit den Landschaftspflegeleistungen erscheint aus landwirtschaftlicher Sicht wahrscheinlich zukunftssträchtiger. (Vgl.: Wytrzens, 2006, S. 19) „Bei aller Berechtigung, die die Forderung nach einer Abgeltung der vielfältigen Nebenleistungen auch hat: die landwirtschaftliche Produktion muß Grundlage der Landwirtschaft im Alpenraum bleiben. Mit einer ausschließlichen Funktion als Dienstleister oder Landschaftspfleger würde der Bauernstand jedes Selbstverständnis verlieren.“<sup>158</sup> (Widmann, 1996, S. 218)

Ein Prozess, der sich nicht zuletzt aus obengenanntem Grund zukünftig noch weiterhin fortsetzen wird, ist die Abhängigkeit der bäuerlichen Bevölkerung von staatlichen Transferleistungen. Da sich das Einkommen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung lange Zeit nicht gleichermaßen entwickelt, wird die Bedeutung von diversen finanziellen

---

lediglich eine politische Nachfrage besteht, legt auch die Politik die Preise für diese Leistungen fest. (Vgl.: Graf Hohenthal, 2005, S. 46)

<sup>157</sup> „Neben dem Einkommen aus Transfer- und Direktzahlungen ist es für die Betriebe nach wie vor notwendig, für ihre Produkte einen guten Preis zu erzielen. Die Frage des Überlebens der Landwirtschaft ist immer auch eine Frage des **wirtschaftlichen Überlebens**.“ (Moder, 1997, S. 61)

<sup>158</sup> Kommt es zu einer stärkeren Betonung der Multifunktionalität der Landwirtschaft, so entwickeln sich die, von der Landwirtschaft bereitgestellten Rohstoffe und Lebensmittel zu den Kuppelprodukten der multifunktionalen Aktivitäten der Landwirtschaft. Es würde also zu einer Verschiebung der Schwerpunkte der bäuerlichen Aktivitäten hin zu der Produktion von öffentlichen Gütern kommen. „Dies bedeutet, dass beispielsweise bei der Rinderhaltung die Offenhaltung von Landschaften nicht mehr nur als Beiprodukt betrachtet wird, sondern im Rahmen von Förderprogrammen die Offenhaltung Vermarktungsgegenstand ist. Natürlich sind diese multifunktionalen Tätigkeitsfelder weiterhin an klassische landwirtschaftliche Produktionsverfahren gekoppelt, doch tritt das eigentliche CO als Vermarktungsgegenstand immer mehr in den Hintergrund und wird durch ein NCO ersetzt.“ (Wüstemann, 2007, S. 139f)

Leistungen für die bäuerliche Gesellschaft vielleicht sogar noch mehr an Bedeutung gewinnen. (Vgl.: Rammer, 1999, S. 112)

Um aber die Akzeptanz der EU-Bürger/innen für die Agrarsubventionen zu steigern, soll der Öffentlichkeit vermehrt Zugang zu agrarpolitischen Daten gewährt werden, und so wird zunehmend auf die Transparenz der Agrarzahlungen gesetzt. Gleichzeitig sollen verstärkt jene Leistungen hervorgehoben werden, welche die Gesellschaft von der Landwirtschaft erwartet.<sup>159</sup> (Vgl.: Haas, 2007, S. 51) Die Transparenz und die Legitimität der gewährten Zahlungen sollen seit kurzem durch den Einsatz einer Transparenzdatenbank gestärkt werden ([www.transparenzdatenbank.at](http://www.transparenzdatenbank.at)), in der die „Leistungsabgeltungen und Beihilfen im Bereich der Landwirtschaft offenzulegen“ sind.<sup>160</sup>

(Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/67429/1/1465/> am 9.7.2008)

Die Aufrechterhaltung agrarpolitischer Maßnahmen zur Förderung des Agrarsektors und des ländlichen Raumes bedingen also zunehmend der Akzeptanz, wenn nicht Toleranz, der EU-Bürger/innen. Anderenfalls kann die bisher betriebene Förderpolitik nicht mehr beibehalten werden, da der Rechtfertigungsdruck in Zukunft wohl noch weiter zunehmen wird.<sup>161</sup> (Vgl.: Wytrzens, 2006, S. 16)

Oder auch eine Festlegung von Förderobergrenzen je Betrieb<sup>162</sup> wird seit längerem auf europäischer Ebene andiskutiert, und die Fläche und Anzahl der Tiere als Referenzgröße für die Höhe von Förderungen soll durch andere Bezugsgrößen, wie den jeweils notwendigen Arbeitseinsatz, abgelöst werden, da dadurch der erhöhte Arbeitsaufwand

---

<sup>159</sup> Beispielsweise wird die Bedeutung der Landwirtschaft für die Aufrechterhaltung lokaler Traditionen und die Heterogenität des ländlichen Raumes betont. „This goal addresses the very heterogenic character and structure of agriculture among and even within the EU member states. The varying importance of mountain farming, local traditions and products and maybe even the intellectual wish for diversity and originality work as driving forces behind the idea.“ (Haas, 2007, S. 52)

<sup>160</sup> Im Rahmen dieser Datenbank werden sowohl die Beträge als auch die Empfänger der von der EU (ko-)finanzierten Förderungen veröffentlicht. Es existiert in der Transparenzdatenbank neben der Erfassung der Direktzahlungen sowohl eine genaue Aufschlüsselung der finanziellen Aufwendungen, als auch eine detaillierte Darstellung, der von der Landwirtschaft erbrachten Leistungen, die über die diversen Förderinstrumente wie etwa die Ausgleichszulage oder Maßnahmen aus dem ÖPUL abgegolten werden. (Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/67429/1/1465/> am 9.7.2008)

<sup>161</sup> Eine mögliche Methode zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz wäre die stärkere Betonung des Leistungs- und Sozialbeitrags, den der Agrarsektor für die Gesellschaft liefert. Eine erhöhte Transparenz der Agrarsubventionen kann daher auch im Interesse der Landwirte/innen sein, da die (ökologischen) Leistungen stärker hervorgehoben werden könnten. (Vgl.: Bauer/Trötschler, 2000, S. 158)

<sup>162</sup> Eine solche Maßnahme war bereits im Rahmen der MacSharry Reform vorgesehen. Für die ersten 30 Hektar sollte die volle Zahlung gewährt werden, die nächsten 50 Hektar sollten nur mehr zu 75 Prozent abgegolten werden, und für die darüber hinaus gehenden Flächen erhielten die Bauern/Bäuerinnen noch 65 Prozent der vollen Ausgleichszahlung. Zu einer Implementierung dieses Vorschlages ist es bis dato noch nicht gekommen, und die MacSharry Reform gewährt schlussendlich 20 Prozent der Landwirte/innen 80 Prozent der Zahlungen. (Vgl.: Swinbank, 2004, S. 12f)

diverser landwirtschaftlicher Tätigkeiten stärkere Beachtung finden würde.<sup>163</sup> (Vgl.: Hovorka, 1999a, S. 146)

In der für die Berggebiete so bedeutenden Produktion von Milchprodukten und der Rinderhaltung wird sich der Strukturwandel nicht zuletzt durch das Auslaufen der Milchquotenregelung wohl weiter fortsetzen. Als erste Reaktion wird sich die Milcherzeugung möglicherweise aus manchen Regionen ganz zurück ziehen. Da aber die Rinderhaltung für die Erhaltung der für Österreich typischen Kulturlandschaft eine nicht unbedeutende Rolle spielt, stellt sich die Frage, wie dieses Dilemma umschifft werden kann, weil viele dieser, meistens auch touristisch genutzten, Regionen häufig gleichzeitig auch von ertrags- und strukturschwachen Flächen dominiert werden. (Vgl.: Heißenhuber, 2005, S. 30)

In Zukunft kann, oder wird, es nicht nur in der Milchproduktion und der Tierhaltung zu einem Nebeneinander von intensiven Bewirtschaftungsformen und extensiven Arten der Landbewirtschaftung kommen, da durch die Liberalisierung und die Entkoppelung der Direktzahlungen die Standort- und Betriebsbedingungen wieder bedeutsamer werden, und durch das Wegfallen der Preisstützungen niedrige Produktionskosten erneut Wettbewerbsvorteile schaffen. Parallel dazu wird aber auch den extensiven Bewirtschaftungsformen eine stärkere Förderung zuteil werden. (Vgl.: Heißenhuber, 2005, S. 31)

In Großbritannien findet dieser duale Ansatz bereits seit Längerem seine Anwendung, was bedeutet, dass in jenen, als umweltsensibel eingestuften Regionen, den so genannten ESAs (Environmental Sensible Areas), extensive Bewirtschaftungsformen stärker forciert werden als in anderen Gebieten der Insel, wo vor allem die konventionelle Landwirtschaft anzutreffen ist. Umgekehrt werden in Ländern wie Österreich oder Deutschland bisher vor allem horizontale Programme anvisiert, wo extensive Bewirtschaftungsformen allen landwirtschaftlichen Betrieben gleichermaßen angeboten werden. (Vgl.: Groier, 1999, S. 152)

---

<sup>163</sup> Bei dem Arbeitsaufwand als Referenzgröße würden Kleinbetriebe im Vergleich zu Großbetrieben stärker gefördert werden, Ungunslagen wie beispielsweise Berggebiete in Relation zu Gunstlagen bevorzugt werden oder auch der erhöhte Aufwand in der Tierhaltung besser abgegolten werden. Dieser Ansatz würde also der österreichischen Landwirtschaft ganz besonders zu Gute kommen. (Vgl.: Hovorka, 1999a, S. 146)

Künftig wird auch wieder eine stärkere Regionalisierung der Agrarpolitik durch die EU angestrebt.<sup>164</sup> Diese These wird von dem oben erwähnten Umstand untermauert, dass die Mitgliedsstaaten ein nationales Strategiepapier erstellen müssen mit spezifischen nationalen und regionalen Zielen und unterschiedlichen Förderprioritäten.<sup>165</sup> (Vgl.: Schulz, 2005, S. 34)

Die Agrarpolitik der EU nimmt daher auch in der Agrarpolitik wieder vermehrt föderative Züge an. Die Kompetenzen teilen sich die Europäische Union, die Mitgliedsländer, Bundesländer und sogar die Kommunen. Die Europäische Union zeigt sich vor allem für die Agrarmarktpolitik verantwortlich, während die Agrarsozialpolitik, wie auch die Agrarstrukturpolitik vor allem im Kompetenzbereich der Mitgliedsstaaten und der Bundesländer liegen.<sup>166</sup> (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 532)

Durch die gegenwärtigen Regionalisierungstendenzen der Agrarpolitik wird ferner die scheinbar überlebenswichtige Verknüpfung der Landwirtschaft mit der allgemeinen Situation des ländlichen Raumes daher zukünftig wohl eine noch stärkere Akzentuierung erfahren.

„Landwirtschaft ist eingebettet in das Gesamtgefüge der Wirtschafts-, Erholungs- und Wohnfunktionen ländlicher Räume. Die Förderpolitik hat längst den Rahmen der Landwirtschaft überschritten. Allerdings wird es auch künftig ohne Landwirtschaft keine gute und sinnvolle ländliche Entwicklung geben. Nur durch eine integrale Herangehensweise lassen sich die Probleme der Landwirtschaft in den Griff bekommen.“ (Schulz, 2005, S. 37)

Wie sich aus agrarpolitischer Sicht die Erweiterung der EU in Richtung Osten und Südosten auf die Landwirtschaft auswirken wird, bleibt bisher noch eher unklar.<sup>167</sup> Fakt ist, dass mit der Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten die landwirtschaftlich genutzte Fläche sich fast verdoppelt hat, und auch die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen in den neuen Mitgliedsländern weitaus höher ist, als im „alten“ Europa.<sup>168</sup> Die jahrelange Überschussproduktion wird sich nun wohl weiter fortsetzen, nicht zuletzt, da die

---

<sup>164</sup> So kommt es etwa im Programm zur ländlichen Entwicklung für die Jahre 2007 bis 2013 bereits zu einer stärkeren politischen Akzentuierung des Dogmas der Regionalisierung durch die Betonung regionaler Herkunft und regionaler Besonderheiten.

<sup>165</sup> Erstmals ist es den Mitgliedsstaaten im Rahmen der Agenda 2000 erlaubt, die Direktzahlungen zu modulieren, wodurch der „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ in Zuge der Betonung einer vielfältigen europäischen Landwirtschaft stärker entsprochen werden kann. (Vgl.: Cardwell, 2004, S. 197)

<sup>166</sup> Die agrarpolitischen Maßnahmen der jüngsten Zeit können daher als eine Art „Re-nationalisierung“ der EU-Agrarpolitik, unter dem Schlagwort Subsidiaritätsprinzip, interpretiert werden. (Vgl.: Gardner, 2003, S. 12)

<sup>167</sup> Vor allem die Frage nach der zukünftigen Form der Agrarförderung wird diesbezüglich von besonderer Relevanz sein. (Vgl.: Costa/Cunha/Mendes/Sottomayor, 2004, S. 79)

<sup>168</sup> So bringt alleine die Erweiterungswelle um 10 Länder von 2004 44 Prozent mehr Anbaufläche. (Vgl.: Kniepert, 1999, S. 64)

landwirtschaftlich genutzte Fläche mit den diversen Erweiterungswellen massiv im weiterwachsen begriffen ist, gleichzeitig aber der Bevölkerungszuwachs, und damit die Zahl der potentiellen Konsument/innen um nur 25 Prozent steigen wird. Ganz zu schweigen von der Produktions- und Produktivitätssteigerung, die in den neuen Mitgliedsländern noch zu erwarten ist. (Vgl.: Kniepert, 1999, S. 64-66)

## **8.5 Neue Chancen für die Landwirtschaft**

Der (scheinbare) Bedeutungsgewinn des Faktors „Regionalität“ birgt eine Reihe von Möglichkeiten und Chancen für die Bauern/Bäuerinnen und die Identität des ländlichen Raumes als Ganzes. Eine Konzentration auf die Erzeugung und Weiterverarbeitung regionaltypischer Produkte impliziert für den/die einzelne/n Landwirt/in etwa aus ökonomischer Sicht Wettbewerbsvorteile. Mit dieser stärkeren Regionalität kann teilweise auch das soziokulturelle Bewusstsein, in Form von spezifischen traditionellen und kulturellen Elementen und Besonderheiten, mit denen eine Region behaftet ist, aufrechterhalten, wenn nicht sogar gestärkt werden, weil die regionale Identität und die regionale Vielfalt gleichermaßen akzentuiert werden.<sup>169</sup> (Vgl.: Göppel, 1999, S. 46)

Wie die Konsumentenerhebung 2007 durch die AMA ergab, entwickeln sich die beiden Kriterien „Österreichische Herkunft“ und „Produkte aus der Region“ auch von Seiten der Kund/innen immer mehr zu kaufentscheidenden Determinanten. Der „Regionalität“ wird von Seiten der Konsument/innen also immer mehr Bedeutung beigemessen. „Aktuell spielt die Herkunft als eigenes, zentrales Qualitätskriterium bei Eiern, Brot und Gebäck, Milch und Milchprodukten, Geflügel sowie Kalb- und Rindfleisch eine überdurchschnittliche Rolle, während Herkunft bei Nudeln, Bier und alkoholfreien Getränken ein deutlich geringerer Wert beigemessen wird.“ (BMLFUW, 2007b, S. 149, 155)

Die unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermarktung regionaler Produkte bildet jedoch das Vorhandensein eines einzigartigen und individuellen Images eines Gebietes. Eine bestimmte Region und dessen Produkte müssen mit spezifischen Konnotationen und Eigenschaften behaftet sein, damit die Etablierung einer regionalen

---

<sup>169</sup> Als Reaktion auf den Bedeutungsgewinn der Regionalität wurde etwa in Österreich im Jahr 2005 die Initiative „Genuss Region Österreich“ gegründet. Sie vergibt Auszeichnungen für Regionen und dessen, auf traditionelle Art und Weise produzierten regionalen Spezialitäten. Als Ziel wird eine Stärkung der regionalen Identität und der regionalen Wirtschaftskraft formuliert. (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 27)

Marke auch mit Erfolg gekrönt sein kann.<sup>170</sup> „Ziel ist eine identitätsstiftende Wirkung der Region und ihrer Produkte auf den Konsumenten. Daraus bildet sich ein Identitätseffekt aus, der einen Wettbewerbsvorteil für die Region und deren Produkte entstehen lässt.“ (Besch/Hausladen, 2003, S. 80)

Die Erfüllung bestimmter struktureller Merkmale ist, neben einer spezifischen regionalen Identität, einer erfolgreichen Vermarktung regionaler Spezialitäten äußerst förderlich. Die Existenz gewisser infrastruktureller Eigenschaften, wie etwa eine gute Verkehrsanbindung oder nahe Verarbeitungs- und Absatzmöglichkeiten, wirken unterstützend auf die Etablierung einer regionalen Marke, weshalb in Regionen mit einer höheren Bevölkerungsdichte die regionale Vermarktung erleichtert wird.<sup>171</sup> (Vgl.: Besch/Hausladen, 2003, S. 77-80)

Aber auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht stellt die Kooperation eine Möglichkeit zur Senkung der Kosten für Betriebsmittel dar, die besonders der, in Österreich dominierenden, kleinstrukturierten Landwirtschaft entgegenkommen würde. So ist beispielsweise die, bereits in Form von Maschinenringen existierende, gemeinschaftliche Nutzung einzelner Maschinen weiter ausbaufähig.<sup>172</sup> (Vgl.: Peyerl, 2006, S. 22-24)

Auch in der Forstwirtschaft schlummert ein bisher von der Landwirtschaft noch eher ungenütztes Potential. Kommt es weiterhin zu einer steigenden Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen und einer zunehmenden Nutzung von Biomasse, so stellt besonders für die kleinbetrieblich organisierten Bauern/Bäuerinnen, welche vor allem im Bergland anzutreffen sind, die erhöhte Waldnutzung eine weitere Erwerbsmöglichkeit dar, da insbesondere im Berggebiet das vorhandene forstwirtschaftliche Reservoir bisher nur bedingt bearbeitet wird. (Vgl.: Sekot, 2006, S. 46)

---

<sup>170</sup> Besonders in touristisch erschlossenen Gebieten kann das positive Image der Region auf die spezifischen Produkte umgelegt werden. (Vgl.: Besch/Hausladen, 2003, S. 80)

<sup>171</sup> Um den Erfolg von regionalen Vermarktungsprojekten zu sichern, ist zudem die Kooperationsbereitschaft der einzelnen Landwirte/innen und regionaler Initiativen unabdingbar. Neben einer Zusammenarbeit zwischen den Landwirten/innen einer Region muss auch die Unterstützung anderer regionaler Partner, die etwa aus Politik, Wirtschaft, Kirche, Kultur oder Tourismus stammen können, gesucht und gesichert werden. (Vgl.: Besch/Hausladen, 2003, S. 79)

<sup>172</sup> Ziele von Zusammenschlüssen sind vordergründig die Gewinnmaximierung durch Kostensenkung, Rationalisierung und auch eine Senkung der Arbeitszeit. (Vgl.: Peyerl, 2006, S. 22-24)

Ferner lässt sich noch nicht genau abschätzen, welche Rolle die Landwirtschaft als Erzeugerin von nachwachsenden Rohstoffen oder anderen Formen von Biomasse hinsichtlich steigender Ölpreise einnehmen wird.<sup>173</sup> (Vgl.: Fischler, 2006, S. 6f)

Eine genauere Betrachtung der Agrarförderungen erweckt den Eindruck, dass sich die Landwirtschaft, wie oben bereits dargelegt, in zwei konträre Richtungen bewegen wird. Kommt es einerseits zu einer immer stärkeren Förderung der extensiven Landwirtschaft im Rahmen der Agrarumweltprogramme, wird umgekehrt eine Intensivlandwirtschaft in den Gunstlagen für die Produktion billiger Lebensmittel anvisiert.

Dieser Prozess mündet in immer größer werdende Unterschiede zwischen und innerhalb einzelner Regionen. Wird in landwirtschaftlichen Gunstlagen versucht, möglichst kostengünstig zu produzieren, wird in jenen Gebieten, die mit eher ungünstigen Voraussetzungen für die Landwirtschaft ausgestattet sind, die Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte im Vordergrund stehen. (Vgl.: Klasz, 2000, S. 56)

Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht sei an dieser Stelle kurz auf den Umstand hingewiesen, dass ein Rückgang der Landwirtschaft höchstwahrscheinlich weitreichende Folgen für den ländlichen Raum als Ganzes haben würde.<sup>174</sup> Als populäres Beispiel wird häufig die Bedeutung der Landwirtschaft für den Tourismus hervorgehoben. So sind besonders im alpinen Raum die Leistungen der Landwirtschaft für den österreichischen Fremdenverkehr wohl kaum zu negieren. Auffälliges Merkmal dabei ist jedoch, dass jene Regionen, die besonders intensiv vom Tourismus in Anspruch genommen werden, gleichzeitig äußerst ungünstige Standortbedingungen für die Landwirtschaft aufweisen. Die Lösung dieses Dilemmas wird in Zukunft wohl eine enorme Herausforderung für die österreichische Agrarpolitik darstellen. (Vgl.: Gattermayer, 2006, S. 52)

Einige, bereits im Abschnitt zu den agrartheoretischen Überlegungen hinreichend dargelegte, Faktoren weisen bereits darauf hin, dass das Verhalten der Konsument/innen

---

<sup>173</sup> Die Nachfrage und Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen wird neben der Entwicklung der Weltmarktpreise für Öl aber in erster Linie auch durch die Politik bestimmt. Weiters spielt auch die zukünftige Entwicklung der Agrarpreise eine nicht unbedeutende Rolle für den Sektor der nachwachsenden Rohstoffe. (Vgl.: Zeddies, 2006, S. 123)

<sup>174</sup> „Daneben erscheint eine ökosoziale Konvention für die Landwirtschaft nur dann konsensfähig, wenn es gelingt, die gesellschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft für die Erhaltung der Kulturlandschaft in der öffentlichen Meinung noch weiter in den Vordergrund zu rücken. Dies dürfte dann am ehesten gewährleistet sein, wenn die Landwirtschaft nicht mehr ausschließlich als sektoraler Wirtschaftszweig, sondern als wichtiger Faktor für die ländliche Entwicklung betrachtet wird.“ (Schwarz/Kommer, 1996, S. 173f)

sich maßgeblich auf die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft auswirken wird. Einerseits bilden sie als Abnehmer/innen der bäuerlichen Produkte einen maßgeblichen Faktor für das ökonomische Bestehen der Agrarwirtschaft, gleichzeitig legen sie als Tourist/innen und Bürger/innen den strukturellen und finanziellen Spielraum fest, welcher der Landwirtschaft (zukünftig) eingeräumt wird.<sup>175</sup> (Vgl.: Hoppichler/Krammer, 1999, S. 208)

Ein weiterer Faktor, der auf die Entwicklung des Agrarsektors direkt einwirkt, ist neben den Konsument/innen der Großhandel. Es offenbart sich eine zunehmende Konzentration auf wenige Supermarktketten, was sich direkt auf die Bauern/Bäuerinnen auswirkt, da diese als Hauptabnehmer der landwirtschaftlichen Produkte agieren. (Vgl.: Cardwell, 2004, S. 74-78)

Diese quasi Monopolstellung einiger weniger Handelsketten verschlechtert die Verhandlungsposition der Landwirt/innen enorm.<sup>176</sup> Ziel des Handels ist es, einen möglichst niedrigen Einkaufspreis auszuhandeln, was bei Überschussprodukten und Produkten die von vielen verschiedenen Akteur/innen angeboten werden, wie dies etwa bei Milch der Fall ist, keine allzu schwierige Sache sein sollte.

Durch die Konzentration im Lebensmittelhandel liefern sich die (wenigen) Handelsketten, die den österreichischen Lebensmittelsektor dominieren, zudem noch Preiskämpfe mit dem Ziel der Stärkung der eigenen Marktposition, die aber im Grunde auf dem Rücken der Produzent/innen ausgetragen werden. (Vgl.: Schmidt/Jasper, 2001, S. 63-66)

„Die Fixierung auf Billigpreise im Verkauf ist bei stagnierendem Umsatz nur durchzuhalten, wenn der Einkauf billiger wird – oder die Lieferanten auf andere Weise zahlen. Der Handel hat sich dazu ein umfangreiches Sortiment an Sonderforderungen einfallen lassen. Wenn eine Molkerei mit einem neuen Produkt in die Regale einer Kette kommen möchte, muss sie „Eintrittsgelder“ zahlen. Ist das Produkt im Regal, sind „Regalgebühren“ fällig, mit denen sich der Handel die „Regalpflege“ bezahlen lässt. [...] Auch Zuschüsse für Werbekosten und Rabatte bei einer Platzierung im Gang, und nicht in den Regalen, usf. wird vom Lebensmittelhandel eingehoben.“ (Vgl.: Schmidt/Jasper, 2001, S. 67)

---

<sup>175</sup> So ist das Ernährungsverhalten ständigen Wandlungsprozessen unterworfen. Gegenwärtig geht der Trend in Richtung Diversifizierung und Individualisierung der Ernährungsgewohnheiten, was ein Anwachsen von Marktnischen impliziert. Diese Nischen würden sich für die Landwirte/innen als mögliche alternative Produktionsformen anbieten. „Ob es nun um besondere Natürlichkeit, bestmöglichen Tierschutz, Geschmacksvarianten oder neue Verarbeitungs- und Zubereitungsformen geht, nirgends bleibt die Zeit stehen, sondern die Märkte werden sich noch weiter aufgliedern, sodass auch für die Landwirte viele neue Möglichkeiten entstehen werden, je nach Interesse, die unterschiedlichsten Marktnischen zu bedienen.“ (Fischler, 2006, S. 7)

<sup>176</sup> Knapp 77 Prozent des Gesamtumsatzes im Lebensmittelhandel werden von den drei Supermarktketten REWE (Billa, Merkur, Mondo, Penny), Spar und Hofer erwirtschaftet. REWE erwirtschaftet 29,7 Prozent des Gesamtumsatzes, Spar 27,6 Prozent und auf Hofer entfallen 19,4 Prozent. (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 18)

## **9. Veränderung des ländlichen Raumes von Schwarz zu Grün**

---

Als Ziehvater der alternativen bzw. biologischen Landwirtschaft gilt der Anthroposoph Rudolf Steiner, der in der Landbewirtschaftung auf die größtmögliche Natürlichkeit setzt. Ein in sich geschlossener Kreislauf, bei dem alle benötigten Betriebsmittel aus dem eigenen Betrieb stammen, und in weiterer Folge gänzlich auf betriebsfremde Mittel verzichtet wird, stellt Steiners Idealzustand dieser natürlichen Landwirtschaft dar.

Wie auch in anderen Bereichen existieren gleichfalls bei der biologischen Landbewirtschaftung verschiedenste Denkschulen, wie der biologisch-dynamische Landbau nach Rudolf Steiner, der naturgemäße Landbau nach L. Fürst oder der organisch-biologische Landbau nach Dr. H. Müller. Was die unterschiedlichen Denkweisen jedoch vereint ist das Ziel, geschlossene Kreisläufe in der Landbewirtschaftung einzuführen und der gänzliche Verzicht auf chemische Hilfsmittel. (Vgl.: Anderegg, 1999, S. 381f)

Einleitend muss festgehalten werden, dass die biologische Landwirtschaft, trotz des enormen Wachstumsschubs, den die Form der ökologischen Landbewirtschaftung in den vergangenen Jahren erlebt hat, noch heute im Verhältnis zum gesamten Agrarsektor ein Nischendasein führt.<sup>177</sup> Zudem bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.<sup>178</sup> Erfuhr die Biolandwirtschaft besonders in Österreich oder Schweden enorme Unterstützung, so ist der Biosektor in Großbritannien oder Deutschland nicht so weit entwickelt. (Vgl.: Lynggaard, 2006, S. 78)

### **9.1 Biologische Landwirtschaft – warum?**

Die Gründe, warum der Biosektor gegenwärtig einen enormen Wachstumsschub trotz ständig steigender Lebensmittelpreise erfährt, sind vielfältig. Die positive Entwicklung des biologischen Landbaus wird von verschiedenen Seiten getragen. Die entscheidenden Impulse werden dabei von den drei Bereichen Politik, Gesellschaft und Landwirtschaft ausgesendet.

---

<sup>177</sup> So vergrößerte sich etwa die, den Regeln des Biolandbaus folgende Fläche zwischen 1993 und 1999 um das dreifache. (Vgl.: Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 9)

Aber auch der Absatz von biologisch erzeugten Produkten hat in Österreich im Zeitraum von drei Jahren zwischen 2003 und 2006 um mehr als ein Drittel zugenommen. Trotz alledem beträgt der Anteil des Biosektors am gesamten Lebensmittelmarkt im Jahr 2006 lediglich nur 4,8 Prozent. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 105)

<sup>178</sup> Ferner kann das Ausmaß der biologischen Landwirtschaft innerhalb eines Landes stark divergieren.

Der Politik fällt unter anderem die Aufgabe zu, entsprechende Rahmenbedingungen und Anreize für einen Umstieg auf die ökologische Landwirtschaft zu schaffen. Die Gesellschaft hat auf die Entwicklung des Biosektors durch ihre Rolle als Verbraucherin entscheidenden Einfluss auf die Richtung, in die sich der Lebensmittelmarkt entwickelt, und schließlich muss der/die einzelne Landwirt/in den Schritt in Richtung biologische Landwirtschaft wagen.

Besonderen Auftrieb erhält die biologische Landwirtschaft, als sich die Einsicht durchsetzt, dass die bisher verfolgte Agrarpolitik im Interesse einer konventionellen Landwirtschaft eine Reihe von negativen Entwicklungen nach sich zieht. So können die BSE-Krise und andere auf öffentlicher Bühne diskutierte Probleme der Landwirtschaft als Wegbereiter des beachtlichen Aufstiegs, den der Biosektor seit einigen Jahren auf politischer-, wirtschaftlicher-, gesellschaftlicher- und institutioneller Ebene erlebt, ausgemacht werden. (Vgl.: Kluge, 2001, S. 130)

Die in jüngster Zeit verfolgte Strategie der Agrarpolitik, die insbesondere die außerlandwirtschaftlichen Leistungen der Bauern/Bäuerinnen betont, erlangt ihre höchste Glaubwürdigkeit im Rahmen der ökologischen Landwirtschaft, da die Förderung der Biodiversität, der Schutz von Boden, Wasser und auch der Klimaschutz bei dieser Wirtschaftsform scheinbar effizienter und effektiver umgesetzt werden können als bei den Kolleg/innen im konventionellen Landbau. Vor allem in der jüngsten Klimawandeldebatte wird unterstrichen, dass der Biolandbau im Vergleich zur konventionellen Wirtschaftsweise um 60 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht, da unter anderem auf Stickstoffdünger verzichtet wird, der aus fossilen Energieträgern erzeugt wird, oder die biologische Landwirtschaft deutlich mehr CO<sub>2</sub> bindet als der konventionelle Landbau. (Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/66073/1/1465>, am 9.7.2008)

Die biologische Landwirtschaft kann zudem als eine Überlebensstrategie für Landwirt/innen interpretiert werden. So bedienen die ökologisch wirtschaftenden Bauern/Bäuerinnen im Grunde das Hochpreissegment am Lebensmittelsektor. Es werden also qualitative Nischen im Lebensmittelmarkt gesucht, und weniger die quantitativen Ansprüche der Konsument/innen befriedet. (Vgl.: Knoflacher, 2003, S. 31) Neben der Förderung von benachteiligten Gebieten und Berggebieten weist die Unterstützung des Biolandbaus zudem strukturbewahrende Züge auf, da vor allem Klein- und Mittelbetriebe,

die bei einer Weiterführung der konventionellen Bewirtschaftungsform möglicherweise von einer Aufgabe bedroht wären, diverse Möglichkeiten im Rahmen der ökologischen Landwirtschaft, wie etwa die bereitgestellten staatlichen Fördermaßnahmen, voll ausschöpfen.

## 9.2 Grundzüge der ökologischen Wirtschaftsweise

„Für den sog. *ökologischen Landbau* gelten die folgenden Grundsätze: (1.) Die ganzheitliche Betrachtungsweise der landwirtschaftlichen Produktion, (2.) ein möglichst geschlossener betrieblicher Kreislauf, der die naturgesetzlichen Beziehungen zwischen dem Boden, den Pflanzen, den Tieren, den Menschen und den Mikroorganismen beachtet, (3.) die Vermeidung von Umweltbelastungen, (4.) die Aktivierung der Bodenlebewesen und der Humusbildung sowie eine schonende Bodenbearbeitung, (5.) die Düngung durch optimal aufbereitete, organische Mineralien, ggf. ergänzt durch die Beigabe von Gesteinsmehl, (6.) vielseitige Fruchtfolgen mit einer ganzjährigen Bodenbedeckung, (7.) die Förderung der Nützlinge und die Nutzung biotechnischer Schädlingsbekämpfungsmittel, (8.) die Stärkung der Widerstandskraft gegen Schädlinge und Krankheiten, (9.) eine bodenschonende, energiesparende Landtechnik, (10.) der Verzicht auf Kunstdünger und chemische Schädlingsbekämpfungsmittel sowie (11.) die Erhaltung und Förderung der Vielfalt der Lebensräume von Pflanzen, Tieren und Menschen als Grundlage einer attraktiven Kulturlandschaft.“ (Anderegg, 1999, S. 381f)

Das Primat des biologischen Landbaus ist jene Form der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, die mit möglichst wenigen Eingriffen in die Natur verbunden ist. Sehr gerne wird in diesem Zusammenhang von Kreisläufen oder ganzheitlichen Systemen gesprochen, was besagt, dass beispielsweise ein harmonisches Verhältnis zwischen Ackerbau und Viehhaltung zu bestehen hat. Die Anzahl der Tiere soll dabei die Ressourcen der Futterbereitstellung nicht überschreiten, und umgekehrt muss der passende Tierbestand dafür sorgen, dass der Boden in richtigem Maße mit natürlichem Dünger in Form von Gülle und Mist der Tiere versorgt wird. Die artgerechte- und umweltgerechte Haltung stehen dabei ebenso im Vordergrund wie das Ziel der Aufrechterhaltung der Artenvielfalt. (Vgl.: Schobert, 2008, S. 24)

„Grundlegende Prinzipien des biologischen Landbaus sind ganzheitliches Denken, Streben nach weitgehend geschlossenen Stoffkreisläufen, größtmögliche Autarkie des Bauernhofes, sparsamer Einsatz von Betriebsmitteln, nachhaltige Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, Erhalt der Sorten- und Rassenvielfalt.“ (Sandgruber, 2002, S. 307)

## 9.3 Die biologische Landwirtschaft in Österreich

In Österreich formierten sich bereits in der Zwischenkriegszeit erste biologisch-dynamisch wirtschaftende Betriebe. Doch ausschlaggebend für eine zunehmende Forcierung der

biologischen Landwirtschaft sind die 1970er/80er Jahre, in denen die negativen Auswirkungen der Intensivlandwirtschaft zunehmend in den agrar- und umweltpolitischen Diskurs einfließen.<sup>179</sup> (Vgl.: Sandgruber, 2002, S. 307)

Während die ersten biologisch-dynamisch wirtschaftenden Bauern/Bäuerinnen und jene Landwirt/innen, die schon vor den 1990er Jahren die ökologische Produktionsweise verfolgten, als Pionier/innen der biologischen Landwirtschaft gelten können, läutet die Institutionalisierung des Biosektors in den 90er Jahren die wahre Erfolgsgeschichte dieses Bereiches ein. (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 52)

Erst im Zuge der Ökosozialen Marktwirtschaft hält dieses Thema auch vermehrt in die agrarpolitische Diskussion Einzug, und ab dem Jahr 1989 erfolgt in einigen Bundesländern (Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark) erstmals eine direkte Förderung von biologisch wirtschaftenden Betrieben. Entscheidend wirkt sich aber der, 1992 bundesweit eingeführte Biobauern/bäuerinnenzuschuss auf die biologische Produktionsweise in Österreich aus<sup>180</sup>, der vor allem von den Milchviehbetrieben in den Grünlandgebieten Westösterreichs genutzt wird.<sup>181</sup> (Vgl.: Sandgruber, 2002, S. 307)

Entscheidend für die Organisationsstruktur der biologischen Landwirtschaft sind die Jahre 1980 bis 1990 in denen sich die ökologisch wirtschaftenden Landwirt/innen verstärkt verbandsmäßig organisieren, und der Name „biologisch“ erstmals gesetzlich geregelt wird.<sup>182</sup> (Vgl.: Kirner/Eder, 2003, S. 17)

Durch die mediale Aufbereitung dieses Themas werden auch die Konsument/innen verstärkt in diese Thematik mit eingebunden. Anfangs werden die Bioprodukte vorwiegend über Direktvermarktung und Bioläden vertrieben. Doch ausschlaggebend für den verstärkten Konsum von biologisch erzeugten Lebensmitteln ist der Einstieg von Supermarktketten in

---

<sup>179</sup> In diesen beiden Dekaden erfährt die ökologische Landwirtschaft erstmals eine ernst zunehmende Expansionsphase. (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 52)

<sup>180</sup> Ab 1992 wird die Förderung der biologisch wirtschaftenden Betriebe gemeinsam von Bund und Ländern finanziert. Die Subventionierung der Biobetriebe wird ab 1995 entsprechend dem ÖPUL neu gestaltet. Voraussetzungen für den Erhalt von Förderungen sind eine Mindestbetriebsgröße, der Verzicht auf Handelsdünger, ein maximaler Tierbesatz von 2,0 GVE (Großvieheinheiten) und die Einhaltung bestimmter Vorschriften in der Tierhaltung. (Vgl.: Neunteufel, 1997, S. 251)

<sup>181</sup> „Im Jahr 2000 bewirtschafteten die Biobetriebe rund 18,6 Prozent des Grünlands, 4,9 Prozent des Ackerlands, 1,5 Prozent der Weingärten und 5,8 Prozent der Obstgärten. 10 124 Biobetriebe verfügten über Milchquoten.“ (Sandgruber, 2002, S. 308)

<sup>182</sup> Organisatorisch schließen sich die Biobauern/bäuerinnen vorwiegend im Verband der organisch-biologisch wirtschaftenden Bauern Österreichs, oder auch Ernte-Verband zusammen. (Vgl.: Hebertshuber, 1999, S. 192)

die Vermarktung von ökologisch erzeugten Gütern.<sup>183</sup> Auf diesem Weg erfolgt mittlerweile auch der größte Absatz von Bioprodukten, da die ökologisch erzeugten Güter einer breiteren Käuferschicht angeboten werden können und somit auch das Potential von Gelegenheitskäufern biologisch erzeugter Waren genutzt werden kann. (Vgl.: Eder, 2006, S. 90)

Im Jahr 1994 erlebt der biologische Landbau die stärkste Wachstumsphase, da in diesem Jahr neben der Erweiterung des Sortiments von Handelsketten um biologisch erzeugte Waren auch höhere Direktzahlungen im Rahmen des österreichischen Agrarumweltprogrammes gewährt werden. (Vgl.: Kirner/Eder, 2003, S. 17)

Der Biosektor weist seit einigen Jahren enorme Wachstumswahlen auf. So ist beispielsweise der Gesamtumsatz an Biolebensmitteln in Österreich im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent gestiegen.<sup>184</sup>

(Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/63938/1/1465/>, am 9.7.2008)

Zwischen den Jahren 2003 bis 2006 ist der Biokonsum insgesamt um 35 Prozent gewachsen (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 27), wobei 65 Prozent der Biolebensmittel in Supermärkten abgesetzt werden. Bei der Milchproduktion stammen im Jahr 2006 bereits 10 Prozent der gesamten Liefermenge aus biologischer Erzeugung, was eine Verdoppelung der Menge im Vergleich zu den Jahren 1998/99 bedeutet. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 18)

Michael Eder unterscheidet drei Phasen im biologischen Landbau Österreichs in der jüngeren Zeit, welche in der anschließenden Grafik grob dargestellt werden sollen. Die erste Phase, eine expansive Phase, ist zeitlich Anfang der 90er Jahre anzusiedeln. Die beiden treibenden Kräfte für die Expansion des Biosektors sind die Einführung von bundesweit gewährten Prämien und der Einstieg von Lebensmittelketten in die Vermarktung von Bioprodukten. Gleichwohl bezeichnet der Beitritt Österreichs in die EU

---

<sup>183</sup> Erstmals finden sich Bioprodukte in den Regalen der Billa- und Merkurmärkte im Jahr 1994, und wenig später führt auch Spar Bioprodukte in sein Sortiment ein. (Vgl.: Schmidt/Jasper, 2001, S. 157)

<sup>184</sup> Aus globaler Sicht haben sich die Umsätze von Bio-Lebensmitteln in den Jahren 2002 bis 2006 mit 43 Prozent fast verdoppelt (wobei das Gros der Biolebensmittel in Europa und den Ländern Nordamerikas umgesetzt wird). A priori ist die Fläche, die nach den Regeln des Biolandbaus bewirtschaftet wird, kontinuierlich auf circa 31 Millionen Hektar angewachsen, wobei Australien samt Ozeanien mit rund 11,9 Mio. ha vor Europa (6,9 Mio. ha) die Nase vorn hat. Mit einem Flächenanteil von 15 Prozent an der gesamten LN liegt jedoch Österreich vor der Schweiz (11 %) an der globalen Spitze. (Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/54761/1/4955/>, am 9.7.2008)

einen Wachstumsschub für die biologische Landwirtschaft. Von agrarpolitischer Seite wird die ökologische Wirtschaftsweise als ein Weg zur Absicherung des Einkommens für die landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich auch nach dem EU-Beitritt präsentiert. (Vgl.: Eder, 2006, S. 91)

Die zweite Phase beschreibt eine Phase der Stagnation. Mit dem EU-Beitritt findet die Wachstumsphase gleichzeitig auch wieder ihr Ende. Einerseits bietet die Einführung des ÖPUL den Betrieben alternative umweltrelevante Maßnahmen an, die weniger strenge Auflagen aufweisen als die ökologische Wirtschaftsweise und außerdem bringt das rasche Wachstum der biologischen Landwirtschaft Vermarktungsprobleme der Bioprodukte mit sich, da der Absatz der Produkte nicht gleichermaßen mitwächst.<sup>185</sup> So sinkt ab 1999 erstmals die Anzahl der Biobetriebe. Nicht zuletzt aus dem Grund, da die größtenteils über fünf Jahre laufenden ÖPUL-Programme im Jahr 2000 erstmals sanktionslos von den Landwirten/innen aufgegeben werden können. (Vgl.: Eder, 2006, S. 92)

Als dritte Phase macht Eder eine Periode des „gesunden Wachstums“ fest, da ab dem Jahr 2002 die Anzahl der Biobetriebe wieder konstant, aber nicht im selben Tempo wie während der expansiven Periode, ansteigt. Vornehmlich Ackerbaubetriebe entscheiden sich in dieser Zeit für die ökologische Wirtschaftsweise, da Analysen ergeben, dass sich besonders für Ackerbaubetriebe ein Umstieg auf den Biolandbau, speziell in ertragsschwächeren Ackerbaugebieten, lohnt. (Eder, 2006, S. 93)

---

<sup>185</sup> Etwa der Absatz von Biomilch und Biorindfleisch bereitete lange Zeit große Probleme. So konnten beispielsweise im Jahr 2000 von 290 Mio. Litern erzeugter Biomilch nur 160 Mio. Liter auch tatsächlich als biologisch erzeugte Milch vermarktet werden. Seit 2005 verbessert sich die Lage, und nahezu die gesamte, den ökologischen Standards entsprechend, erzeugte Milch kann auch als Biomilch abgesetzt werden. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für das Biorindfleisch, wo es phasenweise sogar zu Engpässen kommen kann. (Vgl.: Eder, 2006, S. 92)

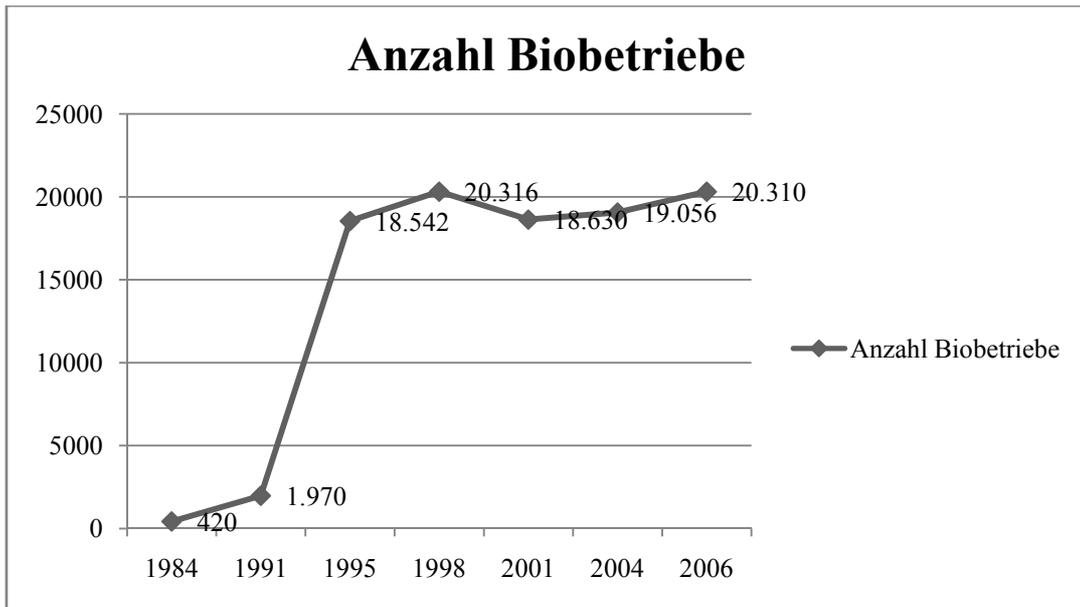


Abb. 7: Anzahl der Biobetriebe in Österreich (Quelle: AMA Marketing)

Der Großteil der biologisch wirtschaftenden Betriebe in Österreich liegt in den, für die Landwirtschaft eher ungünstigen, Grünlandregionen, wobei Klein- bis Mittelbetriebe die biologische Produktion dominieren. Es besteht daher ein Ost- Westgefälle bei der biologischen Produktionsweise, und so sind fast 86 Prozent aller Biobetriebe gleichzeitig auch Bergbauern/bäuerinnenbetriebe.<sup>186</sup> (Vgl.: Sandgruber, 2002, S. 306-308; Hovorka, 1999b, S. 174)

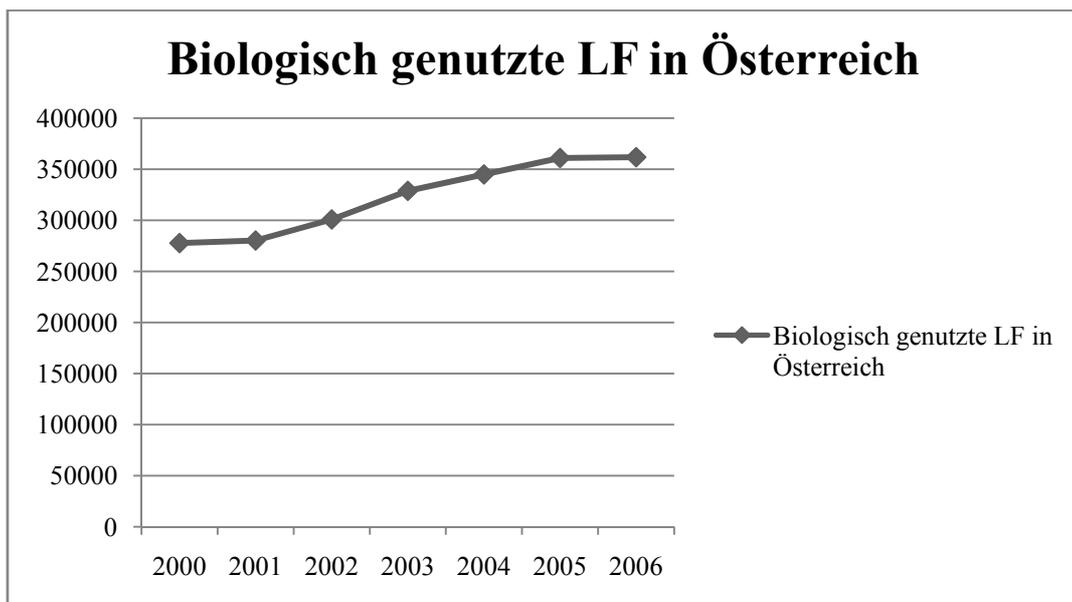


Abb. 8: Biologisch genutzte LF in Österreich (Quelle: Grüner Bericht 2007)

<sup>186</sup> 87 Prozent der Biobetriebe sind viehhaltende Betriebe. Die gegenwärtigen Wachstumswahlen im Biosektor können in jüngster Zeit aber vor allem dem Ackerbau zugeschrieben werden. (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 57)

Auf europäischer Ebene nimmt Österreich seit Beginn der neunziger Jahre eine Vorreiterrolle in der Etablierung des ökologischen Landbaus ein, und so beträgt im Jahr 2007 der Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten LF in Österreich bereits 16 Prozent, was einer Fläche von 371.000 ha entspricht. Die Zahl der Biobetriebe nimmt sich ähnlich aus, dementsprechend verfolgen 14 Prozent aller Betriebe Österreichs den Weg des ökologischen Landbaus.<sup>187</sup>

(Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/66073/1/1465/>, am 9.7.2008)

Das Wachstum des Biosektors konzentriert sich in den vergangenen Jahren, wie schon erwähnt, vor allem auf den Ackerbau. Im Jahr 2007 wurden bereits 11 Prozent der gesamten Ackerfläche Österreichs, vorwiegend in Niederösterreich (51 Prozent der gesamten Ackerfläche Niederösterreichs gelten bereits als Bioackerfläche) und dem Burgenland, nach den Prinzipien des Ökolandbaus bewirtschaftet.

(Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/63118/1/4955/>, am 9.7.2008)

#### **9.4 Die biologische Landwirtschaft in Europa**

Seit dem Jahr 1989 können biologisch wirtschaftende Betriebe auf eine finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union hoffen. (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 53)

Die Definition der biologischen Landwirtschaft fällt auf europäischer Ebene wie folgt aus: „Die EU definiert den ökologischen Landbau als ein ganzheitliches Produktionssystem für Pflanzenbau und Tierhaltung, das – wenn möglich – auf biologische und mechanische Methoden anstatt auf synthetische Stoffe aufgebaut ist.“ (Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 9)

In Europa hat sich die, durch den ökologischen Landbau genutzte Fläche in den letzten 15 Jahren verzehnfacht (Stand 2006). Eine weitere Ausweitung dieser Fläche wird auch politisch verfolgt. In Europa werden 4 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche mittlerweile ökologisch bewirtschaftet. In Österreich, dem diesbezüglichen

---

<sup>187</sup> Schon mit dem Beitrittsjahr 1995 wird das erste Umweltprogramm in Österreich eingeführt, das zum ÖPUL 1998 weiterentwickelt wird bis hin zum aktuellen ÖPUL 2007. (Vgl.: Poschacher, 2003, S. 71)

Spitzenreiter, liegt der Anteil bei über 15 Prozent im Vergleich zu konventionellen Bewirtschaftungsformen. (Vgl.: Eder, 2006, S. 90)

Ob es in Zukunft zu einem weiteren Ausbau der ökologischen Landwirtschaft kommen wird, hängt neben der politischen Resonanz aber auch stark von der Wirtschaftlichkeit dieses Sektors ab, da speziell ökonomische Motive die treibenden Kräfte zur Umstellung auf biologische Landwirtschaft darstellen. (Vgl.: Offermann/Nieberg, 2006, S. 74)

Die größte ökologisch genutzte Fläche aller EU-Mitgliedsländer besteht in Italien<sup>188</sup>, gefolgt von Deutschland und Spanien. Im Verhältnis zur gesamten LN eines Landes erlangte der Biolandbau jedoch die größte Bedeutung in Schweden, Österreich, Finnland und Dänemark.<sup>189</sup> (Vgl.: Llorens Abando/Rohner-Thielen, 2007, S. 2)

Der Grund, warum der Biolandbau zwischen den einzelnen EU-Mitgliedsländern so ungleichmäßig verteilt ist, kann auf politische, gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Gründe zurückgeführt werden. So wurde der Öko-Landbau Einzelstaatlich politisch und gesellschaftlich verschieden stark verfolgt, und auch bei der Förderung der Märkte für biologische Lebensmittel unterscheiden sich die politischen Maßnahmen von Land zu Land.

Ein allgemein zu beobachtendes strukturspezifisches Muster stellt jedoch der Umstand dar, dass die biologische Landwirtschaft vor allem in jenen Gebieten vorzufinden ist, die durch ungünstige Standortbedingungen für die Landwirtschaft gekennzeichnet sind. Prinzipiell sind die bisher dort angewendeten Formen der Landbewirtschaftung, wie etwa die extensive Grünlandbewirtschaftung samt Viehhaltung, häufig nicht mehr weit von den Vorgaben des Biolandbaus entfernt. Für Landwirt/innen mit intensiver Produktion, wie

---

<sup>188</sup> Im Jahr 2005 befanden sich 18 Prozent der gesamten ökologisch bewirtschafteten Fläche Europas in Italien, gefolgt von Deutschland und Spanien mit einem jeweils 14-prozentigen Anteil. Von jenen Mitgliedsländern, die 2004 der EU beitraten, führt Tschechien die Liste mit etwas über 4 Prozent biologisch genutzter Fläche an (Stand 2005). (Vgl.: Llorens Abando/Rohner-Thielen, 2007, S. 1f)

<sup>189</sup> Da seit der MacSharry-Reform 1992 die Umsetzung und Entwicklung von Agrarumweltprogrammen in der Hand der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU liegt, fallen die Ergebnisse höchst unterschiedlich und vielschichtig aus. Wie der Agrar-Umwelt-Politik im Rahmen der Agrarpolitik viel Bedeutung beigemessen, wie dies in Österreich der Fall ist (90 Prozent der gesamten LF Österreichs wurden 1997 von der Agrarumweltförderung erfasst), liegt die Teilnahme in anderen Mitgliedsländern, wie etwa Griechenland, fast bei Null. (Vgl.: Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 42f)

etwa konventionelle Veredler/innen<sup>190</sup>, ist umgekehrt der Schritt in Richtung ökologischer Landwirtschaft ein viel größerer.<sup>191</sup> (Vgl.: Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 17)

Als Indiz für dieses Argument mag der Umstand gelten, dass 24 Prozent aller, nach den Prinzipien der ökologischen Viehzucht, gehaltenen Schafe Europas in Österreich gezüchtet werden. Die Sachlage gestaltet sich auch bei der Rinderzucht ähnlich, wo der österreichische Anteil bei 17 Prozent liegt (Stand 2005).<sup>192</sup> (Vgl.: Llorens Abando/Rohner-Thielen, 2007, S. 6)

Wie bereits im Abschnitt „Agrarpolitik“ angeführt, werden auf europäischer Ebene zwei divergente Ansätze der Agrarumweltpolitik verfolgt, die sich auch maßgeblich auf die jeweils vorzufindende Form der Landbewirtschaftung auswirken. Die eine Seite lässt speziell abgegrenzten und umweltsensiblen Gebieten (ESA) verstärkte Aufmerksamkeit zukommen. In Ländern wie Österreich wird umgekehrt ein horizontaler Ansatz in der Agrarumweltpolitik verfolgt, was bedeutet, dass möglichst viele Bauern/Bäuerinnen in die Agrarumweltprogramme integriert werden sollen.<sup>193</sup> (Vgl.: Pirringer, 1997, S. 266)

Ein markantes Merkmal des ökologischen Landbaus auf europäischer Ebene ist auch die durchschnittliche Betriebsgröße der Biobetriebe, die, Dänemark, Luxemburg und Österreich ausgenommen, häufig über der durchschnittlichen Größe konventioneller Betriebe liegt.<sup>194</sup> (Vgl.: Llorens Abando/Rohner-Thielen, 2007, S. 4)

---

<sup>190</sup> z.B. Schweinezüchter/innen [Anm.]

<sup>191</sup> „In benachteiligten Gebieten ist die konventionelle Landwirtschaft in der Regel anders organisiert als in intensiven Agrarregionen. Grünland ist wichtiger als Ackerland, und die Landwirte setzen weniger mineralischen oder organischen Dünger ein als in Intensiv-Regionen. Extensive Formen der Tierproduktion (Schafhaltung, Weidemast von Rindern, extensive Milchviehhaltung) spielen in diesen Regionen meistens eine führende Rolle. Dagegen ist die intensive Tierproduktion – wie Geflügelmast oder Schweinemast – in benachteiligten Gebieten mit hohem Grünlandanteil selten zu finden.

Von der extensiveren konventionellen Produktion ist der Weg zum Öko-Landbau kürzer als von der intensiven (Tier-) Produktion.“ (Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 17)

<sup>192</sup> Die Schafzucht als auch die Rinderhaltung konzentrieren sich vor allem auf Berggebiete und ungünstig zu bewirtschaftende landwirtschaftlich genutzte Flächen.

<sup>193</sup> „Zentrale Ziele sind eine umweltgerechte Landbewirtschaftung, die Erhaltung des natürlichen Lebensraums und eine extensivere Wirtschaftsweise. Zusätzliche Einkommen für die Landwirtschaft sowie die Sensibilisierung und Schulung der Bauern in ökologischen Angelegenheiten sind weitere explizit genannte Anliegen.“ (Schneider, 1997, S. 42)

<sup>194</sup> Die durchschnittliche Betriebsgröße von Biobetrieben auf Ebene der EU-25 beträgt 38,7 ha. Die Durchschnittsgröße der konventionellen Betriebe der EU-25 betrug im Jahr 2005 wiederum nur 16 ha. Die markanteste Differenz zeichnet sich in der Slowakei ab, wo die Biobauern/bäuerinnen durchschnittlich eine Fläche von fast 463 ha bewirtschaften, die konventionellen Kollegen/innen hingegen nur über knapp 17 ha verfügen. Ähnliche Verhältnisse treten in Tschechien, Ungarn oder Portugal auf. (Vgl.: Llorens Abando/Rohner-Thielen, 2007, S. 4)

## 9.5 Agrarpolitische Maßnahmen zur Förderung der biologischen Wirtschaftsweise

Die Entwicklung der biologischen Landwirtschaft hängt eng mit den agrarpolitischen Entscheidungen zusammen, die in Bezug auf die ökologische Wirtschaftsweise getroffen werden. Die lenkende Funktion der Politik erfolgt auf verschiedenen Ebenen. Einerseits können finanzielle Anreize in Form von Förderungen geschaffen werden, die eine Abkehr von der konventionellen Landwirtschaft versüßen, gleichzeitig müssen aber auch rechtliche, wirtschaftliche und ordnungspolitische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine strukturelle Etablierung des Biosektors ermöglichen.<sup>195</sup>

### 9.5.1 Österreichische Ebene

Die agrarpolitischen Maßnahmen zur Förderung der biologischen Wirtschaftsweise werden über das ÖPUL (Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft) abgewickelt. Die Teilnahme am ÖPUL ist freiwillig, und die Beteiligung muss größtenteils einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren umfassen.<sup>196</sup> Das bedeutet, dass sich die Landwirt/innen verpflichten die jeweiligen vorgesehenen Leistungen in dieser Zeitspanne zu erfüllen und einzuhalten. Als Gegenleistung erhalten die Bauern/Bäuerinnen spezifische Prämien, die sich nach der Art der Maßnahme und der Größe der, dem Programm entsprechend bearbeiteten, Fläche richten. Es besteht auch die Möglichkeit, diverse Einzelmaßnahmen miteinander zu kombinieren. (Vgl.: Wytrzens, 2006, S. 16)

Das ÖPUL kann grob in vier Kategorien eingeteilt werden.

- „Extensivierungsmaßnahmen, bei denen die Reduktion von oder der gänzliche Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel im Vordergrund steht;
- Maßnahmen zur Erhaltung von Kulturlandschaften und von traditionellen Bewirtschaftungsmethoden;
- Maßnahmen zur Erhaltung der Vielfalt an Kulturpflanzensorten und Nutztierassen;
- Projektbezogene Maßnahmen, die etwa Vorhaben zur Pflege ökologisch wertvoller Flächen oder für den vorbeugenden Gewässerschutz anvisieren.“ (Wytrzens, 2006, S. 16)

Die biologische Wirtschaftsweise stellt eine der 30 angebotenen Maßnahmen im ÖPUL dar und sie ist jenes Programm das die höchsten Umweltstandards aufweist. Die Höhe der

---

<sup>195</sup> Zusammenfassend bedeutet dies, dass die Politik zwei Wege beschreiten kann: einerseits kann sie Recht setzen, und andererseits kann sie Geld ausgeben. (Vgl.: Luhmann, 1986, S. 178)

<sup>196</sup> Manche Maßnahmen umfassen auch zehn Jahre, andere wiederum gar zwanzig Jahre. (Vgl.: Wytrzens, 2006, S. 16)

Prämien für Ackerfutterflächen und Grünlandflächen richtet sich nach dem Viehbesatz je Hektar.<sup>197</sup> (Vgl.: Kirner, 2006, S. 104)

Im Zuge des ÖPUL sollen vor allem die Verknüpfungspunkte zwischen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und den damit erbrachten Umweltleistungen der Landwirtschaft betont werden. Ein Ziel des ÖPUL ist daher die Hervorhebung der Symbiose der beiden Bereiche Landwirtschaft und Umwelt, die laut den Kategorien des ÖPUL nicht getrennt voneinander gedacht werden können. Dieser Aspekt soll aus agrarpolitischer Sicht auch zur Legitimation der Förderpolitik beitragen. (Vgl.: Wytrzens, 2006, S. 16)

Im Jahr 2006 beteiligten sich rund 126.600 Betriebe, das entspricht 75 Prozent der österreichischen landwirtschaftlichen Betriebe, am ÖPUL, die 87,6 Prozent der LF bewirtschaften. (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 105)

Seit dem Jahr 2007 läuft das aktuelle ÖPUL, das eine Geltungsperiode von fünf Jahren bis 2013 umfasst. Da das Fördervolumen im Vergleich zu den vorherigen Jahren sinkt, wird die ökonomische Entwicklung des Biomarktes in Zukunft wohl immer größere Bedeutung für den Zustand des Biosektors im Allgemeinen haben. (Vgl.: Eder, 2006, S. 98)

Auch anhand des ÖPUL bestätigt sich die These, dass vor allem jene Betriebe auf ökologische Bewirtschaftungsformen umsteigen, für die der Faktoraufwand der Umstellung ein sehr geringer ist. Bevorzugt finden die im ÖPUL vorgesehenen Maßnahmen daher in jenen Gebieten Anklang, in welchen von jeher vorwiegend extensive Bewirtschaftungsformen anzutreffen sind. Speziell ökologische Maßnahmen wie etwa der Biolandbau oder der Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel werden etwa in Berggebieten oder anderen benachteiligten Gebieten gerne angenommen. Umgekehrt vollzieht sich der Schwenk von der konventionellen Landwirtschaft hin zur biologischen Wirtschaftsweise in den Gunstlagen eher zögerlich. (Vgl.: Groier, 1999, S. 154)

---

<sup>197</sup> Die Finanzierung des ÖPUL bereitete Anfangs Schwierigkeiten, weil die Teilnahme die Erwartungen weit übertraf. (Vgl.: Schneider, 1997, S. 44)

### 9.5.2 Die Agrarumweltprogramme der EU

Auf europäischer Ebene werden Umweltaspekte erstmals im Jahr 1985 formal in die GAP aufgenommen.<sup>198</sup> Seither ist es den Mitgliedsstaaten auch von Seiten der europäischen Union erlaubt, die Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Landwirtschaft finanziell zu goutieren.<sup>199</sup> (Vgl.: Neunteufel, 1997, S. 227)

In der, 1988 vollzogenen, Reform der europäischen Strukturpolitik wird als nächster Schritt mehr Raum für die Förderung und Entwicklung wirtschaftlich benachteiligter ländlicher Regionen geschaffen, was wiederum den Agrarsektor, als wesentlichen Bestandteil des ländlichen Raumes, berührt. (Vgl.: Schneider, 1997, S. 12f)

Der erste explizite Eingriff der GAP in die ökologische Landwirtschaft erfolgt schlussendlich Anfang der 90er Jahre, als Gesetze für ein staatlich kontrolliertes Zertifizierungssystem der biologisch erzeugten Produkte und erste Subventionen für den Ökolandbau implementiert wurden. (Vgl.: Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 9)

Als Wegbereiterin für die Institutionalisierung des Ökolandbaus auf europäischer Ebene gilt gemeinhin die MacSharry-Reform von 1992, in dessen Agrar-Umwelt-Maßnahmen dem ökologischen Landbau erstmals eine tragende Rolle zugestanden wird. So fällt es nun den Mitgliedsländern zu, individuelle Programme mit dem Ziel einer umweltgerechten Landwirtschaft zu formulieren.<sup>200</sup> (Vgl.: Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 42)

---

<sup>198</sup> “Agri-environmental measures are (elements of) policies targeted to increase social welfare through securing the provision of public goods and/or ameliorating the effects of agricultural externalities by inducing changes in economic activities of farmers which are related to environmental assets. In general, such measures are directed to currently productive farmland in the “countryside” and try to constrain the use of harmful land management practices, to promote particular landscape features, or to safeguard the existence of ecosystems.” (Hofreither, 2000, S. 167f)

<sup>199</sup> Die Feststellung, dass die ökologische Landwirtschaft einen Lösungsansatz für bestimmte Probleme der GAP darstellen könnte, wurde aber bereits Ende der 1970er Jahre von Sicco Mansholt erbracht. “The solutions to some of the problems within European agriculture as articulated by Mansholt envisaged a CAP that encouraged small farm units, less intensive productions methods and in this regard also organic farming through subsidies. In particular, organic farming was seen as a potential solution to the rising expenditure of intensive agricultural production on energy use and agri-chemicals. Moreover, whereas it was doubtful if organic farming would address the problem of agricultural surplus production in Europe, organic farming was conceived to counteract the adverse environmental effects of intensive agriculture and, essentially, contributed to the ecological balance that is needed for sufficient food supplies in the long term.” (Lynggaard, 2006, S. 111)

<sup>200</sup> Die gesetzliche Basis für den ökologischen Landbau nach den Vorgaben der EU bildet seit dem Jahr 1993 die Verordnung Nr. 2092/91, die 1999 durch den Zusatz Nr. 1804/1999 ergänzt wurde, der die artgerechten und ökologischen Standards für den Bereich Tierhaltung gesetzlich festlegt. Aber auch die gesetzmäßige Verarbeitung und Kennzeichnung von biologisch erzeugten Produkten werden auf europäischer Ebene juristisch verankert. (Vgl.: Schobert, 2008, S. 24f)

Die Agrarumweltprogramme der EU verfolgen im Allgemeinen folgende drei Schwerpunkte: Marktentlastung, Umweltverbesserung und Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen. Die Agrarumweltprogramme entwickeln sich zu einem immer wichtiger werdenden Bestandteil der (europäischen) Agrarpolitik. Diese sollten jedoch nicht nur auf ihre geldgeberische Funktion beschränkt werden, da im Rahmen diverser Programme wie etwa dem ÖPUL viel weitreichendere Ziele und tiefgreifendere Reformansätze verfolgt werden.

Wird eine Marktentlastung angestrebt, so soll dadurch der gegenwärtigen Überproduktion entgegengewirkt werden, um in weiterer Folge die damit verbundenen kostspieligen Exportsubventionen einzuschränken. Dieses Instrument kommt daher etwa den EU-Steuerzahler/innen und dem Agrarmarkt als Ganzes zugute.

Der Schutz der Umwelt kann in diesem Sinne als wohlfahrtssteigernder Aspekt interpretiert werden, welcher eine Steigerung der Lebensqualität der gesamten Bevölkerung der EU impliziert. Aus agrarpolitischer Sicht bedeutet diese Zielsetzung für die Landwirtschaft eine Senkung der negativen externen Effekte der agrarischen Produktion bei gleichzeitiger Förderung der positiven externen Effekte des Agrarsektors, wobei, wie gesagt, die gesamte Gesellschaft als Nutznießerin dieses anvisierten Zieles ausgemacht werden kann. (Vgl.: Salhofer, 2003, S. 2-4)

Die Teilnahme an den diversen Programmen ist, wie oben bereits erwähnt, für die Mitglieder der EU freiwillig. Was auf europäischer Ebene bedeutet, dass die angebotenen Agrarumweltprogramme von Mitgliedsland zu Mitgliedsland sehr unterschiedlich aufgenommen und implementiert werden. So erhält beispielsweise Österreich rund 17 Prozent der Gesamtausgaben für Agrarumweltprogramme zugesprochen, und ein Land wie Spanien mit einer riesigen LF beansprucht weniger als drei Prozent der diesbezüglichen Ausgaben (Stand 2002). (Vgl.: Salhofer, 2003, S. 9-11)

Das Interesse an den Agrarumweltprogrammen ist in jenen Ländern besonders hoch, wo die Kosten für die Bereitstellung relativ gering sind, weil ohnedies auf Grund der natürlichen Gegebenheiten extensiv gewirtschaftet werden muss, die positiven externen Effekte auch für andere Bereiche, wie beispielsweise dem Tourismus, von großem Nutzen sind, und der politische Einfluss der Landwirt/innen relativ groß ist.

Da eine Kofinanzierungsklausel besteht, werden die Agrarumweltprogramme vor allem von jenen wohlhabenderen Mitgliedsländern genutzt, die gleichzeitig nur einen kleinen Beitrag zur Finanzierung des EU-Budgets leisten müssen. (Salhofer, 2003, S. 12)

## 9.6 Motive für die Umstellung auf biologischen Landbau

Die Gründe für den Schritt weg von der konventionellen Landwirtschaft hin zur biologischen Wirtschaftsweise sind vielfältig. Als entscheidende Momente können die Agrarstruktur und die Einstellung und das Wissen der Landwirt/innen definiert werden.<sup>201</sup>

Um ökologischen Landbau betreiben zu können sind entsprechende Grundkenntnisse über die Bioproduktion, die Bioorganisationen und die bestehenden Biorichtlinien Voraussetzung. Ferner wirken ökonomische Anreize, wie beispielsweise das staatliche Fördersystem von biologischem Landbau, auf eine Umstellung unterstützend.

Diese Faktoren können sich von Region zu Region (Faktor Agrarstruktur) aber auch zeitlich ändern (z.B. Änderungen im Fördersystem, Preisentwicklung der Bioprodukte, Kenntnisse und Einstellung der Bauern/Bäuerinnen). (Vgl.: Kirner/Eder, 2003, S. 15)

Im Groben erfolgt die Entscheidungsfindung nach einer Art Kosten-Nutzen-Rechnung. Übersteigen für den/die jeweilige/n Landwirt/in die Vorteile die Nachteile, die eine Umstellung auf die biologische Wirtschaftsweise mit sich bringt, so wird der Schritt wohl eher gewagt werden. (Vgl.: Webster, 2000, S. 140)

„Mit extensiven Wirtschaftsweisen und mit der Bereitstellung ökologischer Leistungen erzielen die Landwirte i.d.R. sehr viel geringere Markterlöse und Einkommen, weil sie geringere Erträge erzielen (rechte Einkommenssäule). Freiwillig wird ein Landwirt deshalb nur dann auf diese Weise produzieren, wenn sein Einkommen dabei genau so hoch ist wie bei konventioneller Produktionsweise mit Flächenprämien. Die Finanzmittel, die für eine Honorierung ökologischer Leistungen oder für Agrarumweltprogramme ausgegeben werden, sind folglich unmittelbar von der Höhe der übrigen Agrarsubventionen abhängig.“ (Wilhelm, 1999, S. 40)

Ist die Entscheidung gefallen, von konventionellem auf biologischen Landbau umzustellen, so erwartet die Bauern/Bäuerinnen gleich zu Beginn eine erste Hürde, weil eine Übergangszeit von zwei Jahren eingehalten werden muss. Erst nach Ablauf dieser Zeit dürfen die Produkte auch als Bioprodukte mit den entsprechenden Zuschlägen verkauft werden. (Vgl.: Eder, 2006, S. 98)

Abschreckend kann sich auch die Kostenerhöhung der Betriebsmittel, welche eine Umstellung auf die biologische Wirtschaftsweise impliziert, auf die Entscheidungsfindung

---

<sup>201</sup> “The first is the level of knowledge of the farmer and the second is the set of policies under which farmers operate.” (Webster, 2000, S. 140)

auswirken. So muss beispielsweise in milchproduzierenden Biobetrieben das zugekaufte Futter seit dem Jahr 2007 zu hundert Prozent aus biologischer Erzeugung stammen.

Die Entscheidung für den ökologischen Landbau bringt auch laufend neue und (teilweise) komplizierte Regelungen und Gesetzeslagen mit sich, die zudem mit aufwendigen und/oder kostspieligen Maßnahmen für die Landwirt/innen verbunden sein können. So muss etwa bis zum Jahr 2010 in großen landwirtschaftlichen Betrieben in Ställen die Anbindehaltung von Kühen aufgegeben werden. (Vgl.: Kirner, 2006, S. 102f)

Von agrarpolitischer Seite spielen finanzielle Anreize, die eine Umstellung auf die biologische Wirtschaftsweise mitunter begünstigen, eine kaum zu unterschätzende Rolle. Aus einzelbetrieblicher Sicht beeinflussen Förderungen den Schritt in Richtung biologischem Landbau nachhaltig, doch auch aus dem gesamtwirtschaftlichen Blickpunkt kommt Direktzahlungen eine nicht unerhebliche Rolle zu. Um den Absatz von Bioprodukten erfolgreich und (relativ) preisgünstig gestalten zu können, ist eine bestimmte Anzahl von Landwirt/innen notwendig, um die konstante Produktion auch gewährleisten zu können. Um dies zu ermöglichen, bedeuten Direktzahlungen auch die Initialzündung für die erfolgreiche Vermarktung von Bioprodukten, da sie lenkend auf den Biosektor einwirken.<sup>202</sup> (Vgl.: Eder, 2006, S. 98)

Auch die Akzeptanz von Seiten der Konsument/innen kann sich für die Landwirt/innen entscheidend auf eine mögliche Umstellung auf die biologische Wirtschaftsweise auswirken, da das gegenwärtige Kaufverhalten zeigt, dass der Biosektor weiterhin im Wachsen begriffen ist.<sup>203</sup> (Vgl.: Eder, 2006, S. 99)

## **9.7. Die Rolle der Politik im Ökologisierungprozess**

In erster Linie strahlt die Förderpolitik entscheidende agrarpolitische Impulse auf die biologische Wirtschaftsweise aus. Aus diesem Grund bedeuten Subventionen, insbesondere Direktzahlungen, jenes agrarpolitische Werkzeug, das am meisten politischen Einfluss auf die Entwicklung des Biosektors nimmt. Welchen Weg der biologische Landbau beschreitet, hängt also stark von den Impulsen ab, die von der Agrarförderung ausgesendet werden. Wie

---

<sup>202</sup> So werden beispielsweise auch die Markenpolitik und die Unterstützung von Vermarktungsprojekten von politischer Seite entscheidend mitgeprägt. (Vgl.: Kirner/Eder, 2003, S. 17)

<sup>203</sup> Da die Akzeptanz für hohe Agrarförderungen, wie oben schon bemerkt, im Sinken begriffen ist, wird der Wirtschaft in Zukunft eine immer bedeutendere Rolle für das Bestehen des Biosektors zufallen.

sich die Subventionen, wie auch die Produktpreise, für den Biolandbau im Vergleich zu konventionell wirtschaftenden Betrieben darstellen, ist diesbezüglich von gewichtiger Bedeutung.

Obwohl laut Grünem Bericht aus dem Jahr 2002 Biobetriebe im Durchschnitt eine um 20 (Jahr 2002) bis 29 (Jahr 1998) Prozent höhere Förderung je ha LF erhalten, zeigt eine Aufschlüsselung, dass die ökologisch wirtschaftenden Betriebe im Vergleich zu konventionellen Landwirt/innen nur 75 (Jahr 1998) bis 86 (Jahr 2002) Prozent aus der ersten Säule der Agrarzahungen (Ertragszuschüsse für Bodennutzung und Tierhaltung) je ha LF erhalten. (Vgl.: Eder, 2006, S. 96)

Die Gründe für eine geringere Förderung für biologisch wirtschaftende Betriebe liegen häufig im Auszahlungsschlüssel für Subventionen, der sich maßgeblich nach der Stückzahl oder der landwirtschaftlich genutzten Fläche richtet. So zeigt sich, dass alleinig bei der Extensivierungsprämie die Biobetriebe im Vergleich zu konventionellen Betrieben die Nase vorn haben.<sup>204</sup> (Vgl.: Eder, 2006, S. 97)

Entscheidend wirkt sich daher für die Landwirt/innen das Verhältnis zwischen den finanziellen Anreizen des Agrarumweltprogrammes und anderen Formen der Agrarförderung aus. Je höher etwa die Marktordnungsprämien sind, desto geringer ist der Anreiz für konventionelle Betriebe Förderungen aus dem Topf der Agrarumweltprogramme anzustreben.<sup>205</sup> (Vgl.: Groier, 1999, S. 154f)

## **9.8 Die Rolle der Konsumenten/innen im Ökologisierungprozess**

### 9.8.1 Gesellschaftlicher Wandel als Wegbereiter der biologischen Landwirtschaft

Entscheidend auf den Ökologisierungprozess der Landwirtschaft wirkt sich von gesellschaftlicher Seite das zunehmende Umweltbewusstsein der Bevölkerung Westeuropas

---

<sup>204</sup> Eine Analyse aus dem Jahr 2001 zeigt, dass Biobetriebe zwar höhere Direktzahlungen erhalten. Bei Auszahlungen aus der Ersten Säule der GAP liegen im Jahr 2001 aber konventionelle Betriebe klar vorne. (Vgl.: Eder, 2006, S. 97)

<sup>205</sup> Als in Zuge der Reform der GAP 1992 die Preisstützung zu Gunsten einer Stärkung der Direktzahlungen aufgegeben wurde, liefert dies bedeutende Impulse für den biologischen Landbau, da sich nun nicht mehr die Produktion einer möglichst großen Menge an landwirtschaftlichen Gütern rechnet, sondern die Förderung sich nunmehr vermehrt nach der bearbeiteten Fläche richtet. Durch die Senkung der Produktpreise werden parallel dazu auch die Anreize für eine Mehrproduktion äußerst niedrig gehalten. Diese Ansätze kommen eher den Biobauern/bäuerinnen entgegen als intensiv wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben. (Vgl.: Webster, 2000, S. 140)

aus. Dies impliziert auf der Produktionsseite einerseits höhere ökologische und qualitative Erwartungen an die landwirtschaftlichen Produkte, gleichzeitig findet die Multifunktionalität der Landwirtschaft zunehmend gesellschaftliche Beachtung. (Schneider, 1997, S. 64)

Die gesellschaftliche Akzeptanz für die intensiv wirtschaftende Landwirtschaft ist durch diese, seit den 1960er/70er Jahren anwachsende Umweltsensibilität im ständigen Sinken begriffen. Aus agrarischer Sicht bedeutet dies, dass sich auch der Rechtfertigungsdruck für die Intensivproduktion steigert, da sie mittlerweile zur Umweltzerstörerin mit fragwürdigen Produktionsmethoden und –einrichtungen emporgehoben wurde, und zusätzlich noch als Empfängerin von ungerechtfertigten Subventionen gehandelt wird.<sup>206</sup> (Vgl.: Oberbeck/Oppermann, 1995, S. 309)

Führten der Biolandbau und deren Anhänger/innen lange Zeit ein Nischendasein, so hat sich dieses Bild in den letzten Jahren von Grund auf geändert. Ausgehend von dem Wertewandel, der sich seit den 70er Jahren in Bezug auf Umwelt und Natur vollzieht<sup>207</sup>, und der für die beiden Faktoren einen enormen Bedeutungsgewinn bedeutet, kann sich auch der Prozess der Profilierung des ökologischen Landbaus in diesem Dunstkreis entfalten, weil die mit der biologischen Wirtschaftsweise verbundenen Wert- und Moralvorstellungen<sup>208</sup> von einer immer breiter werdenden Masse der Gesellschaft übernommen und mitgetragen werden. (Vgl.: Stengel, 1999, S. 192f)<sup>209</sup> Damit sich der Biolandbau gesellschaftlich etablieren konnte, muss es also auch zu einem Aufbrechen der tradierten Werte und Normen kommen. (Vgl.: Brechbühl/Krieger u.a., 1995, S. 119)

Auch für Luhmann werden Überlegungen über die Beziehung der Gesellschaft zu ihrer Umwelt erst seit den 1960er Jahren angestellt. Die Intensität der Auseinandersetzung mit den ökologischen Rahmenbedingungen für die Menschheit nimmt aber kontinuierlich zu, und die Gesellschaft erkennt sich selbst als Verursacherin der zunehmenden Be- und

---

<sup>206</sup> In Zuge der medialen Aufbereitung der negativen Auswirkungen der intensiv wirtschaftenden Landwirtschaft wird nun schon seit einigen Jahren auch die Gesellschaft verstärkt in die (agrarpolitische) Diskussion mit eingebunden. (Vgl.: Sandgruber, 2002, S. 307)

<sup>207</sup> Für eine Reihe von Sozialwissenschaftlern/innen vollzieht sich seit den 1960er Jahren ein gesellschaftlicher Wertewandel weg vom Primat des Materiellen hin zu einer Betonung von immateriellen Aspekten wie der Lebensqualität. (Vgl.: Inglehart, 1984, S. 279)

<sup>208</sup> „Unter einem Wert verstehen wir einen in einer bestimmten Population wirksamen Modus der Bevorzugung oder der Zurücksetzung von Objekten oder von sozialen Zuständen, der in der Motivationsstruktur der Einzelindividuen verankert werden kann, dessen Inhalt einen hohen Grad von Allgemeinheit (Generalisierung) aufweist und mindestens potentiell auch bei einer größeren Population wirksam werden könnte. Werte haben kognitive, emotive und volative Aspekte.“ (Reichardt, 1984, S. 24)

<sup>209</sup> Beck spricht in diesem Zusammenhang von einer neuen ökologischen Moral. (Vgl.: Beck, 1986, S. 102)

Überlastung der Umwelt.<sup>210</sup> (Vgl.: Luhmann, 1986, S. 11) Dieser, in den 1960er Jahren beginnende Umweltdiskurs legt mitunter den Grundstein für die zunehmende Akzeptanz der biologischen Landwirtschaft.

### 9.8.2 Der Konsum von Bioprodukten als Manifest eines (selbst)bestimmten Lebensstils

Der Konsum von Bioprodukten ist also in weitestem Sinne auch an einen speziellen Lebensstil gebunden. So ist der Kauf von Bioprodukten Teil der Lebensart der, in den 60er/70er Jahren entstehenden alternativen Bewegungen, nicht zuletzt als Mittel zur Abgrenzung von anderen Gesellschaftsgruppen. Sind die treibenden Kräfte für den Kauf von biologisch erzeugten Produkten für alternative Bewegungen bis in die 80er und 90er Jahre noch der Umweltschutz und das Bewusstsein, dass mit diesem Konsumverhalten die Zukunft gesichert und gestaltet werden kann, können heute gänzlich andere Anliegen für den Kauf von Bioprodukten ausschlaggebend sein.

Die weltanschauliche Komponente ist in den 80er und 90er Jahren also noch das entscheidende Motiv für den Kauf Waren, die bestimmten ökologischen Standards entsprechen, was noch in dieser Zeit alternative Bewegungen zum dominierenden Faktor des Biosektors macht. Diese ideologische Komponente stellt heutzutage nicht mehr das Leitmotiv für den Kauf von biologisch erzeugten Produkten dar. (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 59f)

Wie sich Konsument/innen verhalten, ist demzufolge eng mit deren Einbindung in eine soziale Gruppe verbunden. Der Einfluss der von anderen Menschen, bestimmten Gruppen oder Institutionen vermittelten Werte, Normen und Ideologien lenkt das individuelle Verhalten und Denken weitreichend.<sup>211</sup> (Vgl.: Fuhrer, 1995, S. 3)

Die Sozialisation wirkt sich dementsprechend auch auf das Konsumverhalten eines Individuums aus, womit sich in weiterer Folge das „soziale Dürfen“ als kaufentscheidende

---

<sup>210</sup> Aus diesem Grund kann eine ökologische Gefährdung erst ab dem Moment bestehen, in dem darüber kommuniziert wird. (Vgl.: Diekmann/Preisendörfer, 2001, S. 34)

Umgekehrt besteht für die Umwelt keine Möglichkeit mit der Gesellschaft zu kommunizieren, sie macht höchstens auf sich aufmerksam durch „Irritationen oder Störungen der Kommunikation“. Dieser Umstand ist das Grunddilemma des Umweltdiskurses im Vergleich zu anderen Problemlagen, weil die Gesellschaft nicht mit, sondern nur über ihre Umwelt kommunizieren kann. (Vgl.: Luhmann, 1986, S. 63, 221)

Für Beck existieren Umweltprobleme, egal ob sie nun wirklich gegeben sind oder nicht, sobald sie geglaubt, und damit anerkannt werden, und ab dem Moment besteht Handlungsbedarf von wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Seite. „Man kann dies auch so formulieren: Wenn Menschen Risiken als real erleben, sind sie real.“ (Vgl.: Beck, 1986, S. 103)

<sup>211</sup> Die Vermittlung einer spezifischen Werthaltung kann auf unterschiedlichsten Bahnen verlaufen. Neben der Familie, der Schule oder der Arbeit können auch die Medien bestimmte Werte übermitteln. (Vgl.: Trommsdorff, 1984, S. 260f)

Determinante hervorhebt. Das „soziale Dürfen“ ist eng an soziokulturelle Faktoren geknüpft, und ist daher in weiterer Folge einem ständigen Wandlungsprozess unterworfen, wie die Themen der Umweltproblematik allgemein und der Umgang mit dem Biolandbau im Besonderen beweisen.<sup>212</sup> (Vgl.: Stengel, 1999, S. 229; S. 254)

Die Zuschreibungen, die Lebensmittel erhalten, sind damit gleichfalls einem ständigen Wandlungsprozess unterworfen. Geht der Trend heute in Richtung gesunder Nahrungsmittel oder Erlebnisprodukten, können sich die Ansprüche an Lebensmittel morgen wieder gänzlich anders gestalten.<sup>213</sup> (Vgl.: Knoflacher, 2003, S. 35)

So gewinnen etwa das Motiv der Lebensmittelsicherheit und der Gesundheitsaspekt auf Kosten des davor herrschenden Primats des Umweltschutzes als Anreiz für den Kauf von ökologisch erzeugten Produkten zusehends an Bedeutung.

Diverse Lebensmittelskandale und die damit verbundene negative Berichterstattung können in weiterer Folge als Wegbereiter dieses neuen Sicherheits- und Gesundheitsbewusstseins verortet werden. Der Umstand, dass der Lebensmittelkonsum mit Risiken verbunden sein kann, löst dieses neue Sicherheitsbedürfnis und das wachsende Misstrauen gegenüber der Intensivlandwirtschaft als Erzeugerin dieser Lebensmittel aus.

Parallel dazu bilden Bioprodukte, die mit strengen Auflagen und unter ständigen Kontrollen erzeugt und verarbeitet werden, eine ernst zu nehmende Alternative für die kritischen Konsument/innen, und das Sicherheitsbedürfnis der Kund/innen kann, anders als bei konventionellen Lebensmitteln, beim Kauf von biologisch erzeugten Waren gestillt werden. (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 60f)

Eine Reihe von Krisen im Agrar- und Lebensmittelsektor in den 1990er Jahren besiegeln demnach den institutionellen und ökonomischen Aufstieg des Biosektors, und sie begünstigen damit in weiterer Folge die Etablierung des ökologischen Landbaus als eigenes Marktsegment.<sup>214</sup>

---

<sup>212</sup> „Werte und gesellschaftliche Entwicklung stehen in enger wechselseitiger Beziehung miteinander, denn Werte bestimmen als „letzte“, aber auch als instrumentelle Zwischenziele soziales Handeln. Ein Wandel von Werten bedeutet auch eine Änderung gesellschaftlicher Ziele und Institutionen, denn einerseits verkörpern und vermitteln soziale Institutionen die herrschenden Werte und sanktionieren deren Einhaltung durch die Mitglieder der Gesellschaft, andererseits aber bedürfen soziale Institutionen der Legitimation durch allgemein anerkannte, herrschende Werte, um zu überleben und in diesem Sinne wirksam zu sein.“ (Trommsdorff, 1984, S. 259)

<sup>213</sup> Auf diese Zusammenhänge wurde auch bereits an anderer Stelle, im Kapitel „Der Faktor Konsument/in“, eingegangen.

<sup>214</sup> “Organic farming is thus articulated as a potential and partial response to widespread concerns with the livestock disease BSE and food safety concerns in the mid-1990s. The “BSE scare” in the UK is as early as in

### 9.8.3 Wie Bioprodukte ihre Kund/innen erreichen

Eine Zäsur im Konsum von biologisch erzeugten Lebensmitteln stellt der bereits oben erwähnte Einstieg von Supermarktketten in die Vermarktung von Bioprodukten dar, und in jüngster Zeit halten sogar in Diskontern ökologisch erzeugte Waren Einzug.<sup>215</sup> Damit erreichen Bioprodukte eine breitere Basis und es können zusätzliche Käuferschichten erschlossen werden. Aber auch spezielle Bio-Supermärkte erfreuen sich immer größerer Beliebtheit, und in der Gemeinschaftsverpflegung, wie sie in Krankenhäusern, Schulen oder Kindergärten angeboten wird, erfolgt, ebenso wie in der Gastronomie, immer öfter eine Umstellung auf Biolebensmittel. (Vgl.: Eder, 2006, S. 90)

Ist ein größeres und breiteres Angebot an biologisch erzeugten Lebensmitteln gegeben, so gestalten sich in weiterer Folge auch die Preise für die Produkte häufig günstiger als in jenen Ländern, in denen Bioprodukte nur in geringem Maße angeboten werden, da in diesem Fall die Zuschläge der Supermärkte verhältnismäßig höher sind. „Was Öko-Produkte teuer macht, sind die geringen Mengen in Verarbeitung und Vertrieb. Obwohl der Markt für ökologische Lebensmittel rasant gewachsen ist, geht es nach wie vor um vergleichsweise kleine Chargen. Diese geringen Mengen verteuern die Verarbeitung und den Handel.“<sup>216</sup> (Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 27f)

Nicht nur der Agrarbereich ist demnach einem Strukturwandel unterworfen, auch am Lebensmittelsektor vollzieht sich ein ständiger Wandel der Konsumgewohnheiten. Erfolgte der Ausbau des Marktes lange Zeit auf quantitativer Ebene, verzeichnen die heute gesättigten Märkte einen Schwenk auf die qualitative Ebene des Lebensmittelsektors.<sup>217</sup>

---

1990 seen as forming the basis of rising consumer and supermarket demands, particularly for organic beef. Later, throughout 1996, the market for organic produce in the UK – not only on organic meat production – was seen as expanding against a background of an increasingly severe BSE crisis.” (Lynggaard, 2006, S. 154)

<sup>215</sup> Im Jahr 2006 werden 65 Prozent des Gesamtabsatzes von Bio-Lebensmitteln in Supermärkten erreicht.

Weitere 14 Prozent entfallen auf den Fachhandel für Naturkost. Parallel dazu verliert die Direktvermarktung, in Form des Ab-Hof-Verkaufs oder Bauernmärkten, auf Kosten der Supermärkte an Boden. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 105, 110)

<sup>216</sup> Die Produktion von Bioprodukten könnte etwa verbilligt werden, indem die Kosten für die Erfassung der Produkte gesenkt werden. Dies ist aber nur möglich, wenn die Zahl und die Dichte der Biobetriebe steigen, und somit die Erfassungskosten sinken. (Vgl.: Schmidt/Jasper, 2001, S. 158f)

<sup>217</sup> Hatte lange Zeit die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln für die Konsumenten oberste Priorität, so wird dieser Aspekt kontinuierlich von der „Lebensmittelsicherheit“ als zentrales Element der Nahrungsmittelversorgung abgelöst. Erhöhte Einkommen aber auch die Erfahrungen von diversen Lebensmittelskandalen rücken den ungefährlichen Konsum und eine art- und umweltgerechte Produktion von Lebensmitteln in den Mittelpunkt der Konsumentenaufmerksamkeit. (Vgl.: Hofreither, 2000, S. 166)

„Hierbei sind vor allem folgende Argumente von Belang: Bequemlichkeit (Convenience), Gesundheit, ideelle Einschätzung, Genuß (Hedonismus) und die Erlebniskomponente, die mit dem Konsum von Nahrungsmitteln verbunden sein kann.“ (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 58f)

Es zeigt sich auch, dass bei bestimmten Lebensmittelparten verstärkt die Wahl auf die Bioprodukte fällt als bei anderen. Es besteht also bei gewissen Bereichen eine breite Schere zwischen der Produktion und der tatsächlichen Konsumtion von Bioprodukten.<sup>218</sup>

So ist beispielsweise das Konsum- und Produktionsaufkommen von Bioschweinefleisch äußerst gering. Umgekehrt stammen etwa 6,4 Prozent aller in Österreich produzierten Karotten bereits aus ökologischer Produktion. Die Konsument/innen üben sich daher in einem äußerst divergenten Kaufverhalten in Bezug auf Erzeugnisse aus biologischer Produktion.<sup>219</sup>

#### 9.8.4 Die Käuferstruktur von Bioprodukten

Die Entscheidungsgründe, warum die Wahl im Supermarkt auf ökologisch erzeugte Lebensmittel fällt, sind vielfältig. Knoflacher liefert ein kurzes und bündiges Erklärungsmuster für die Präferenz von Bioprodukten.

„Wichtige Einflussgrößen für die Entscheidungen bei der Nahrungsmittelbeschaffung sind, neben den individuellen Einstellungen (HERKNER, 1991, 179-272), verhaltensdeterminierende Rahmenbedingungen wie zeitliche und örtliche Bindungen, Einkommen, laufende Ausgaben, Informationsstand, vorhandene Nahrungsmittelangebote, Alter und Familienstand. Die endgültige Kaufentscheidung für ein bestimmtes Produkt ist das Ergebnis emergenter (HOLLAND, 1999) Wechselwirkungen zwischen endogenen Einstellungen und externen Rahmenbedingungen. Durch die laufenden Veränderungen der Einzelfaktoren ändern sich auch ständig die Kaufentscheidungen.“ (Knoflacher, 2003, S. 33f)

Alter und Bildung stellen, gefolgt von der Haushaltsgröße, die wesentlichsten Determinanten für den Kauf von biologisch erzeugten Produkten dar. Das Einkommen weist bei einer von Maike Bruhn durchgeführten Studie den geringsten Effekt auf den Konsum von Bioprodukten auf. (Vgl.: Bruhn, 2002, 160)

---

<sup>218</sup> So greifen jene Konsumenten/innen, denen laut Eigendefinition „gesunde Ernährung“ ein großes Anliegen ist, verstärkt auf pflanzliche Produkte zurück. Der Großteil der Biobetriebe ist aber umgekehrt in den Grünlandgebieten mit Viehwirtschaft zu finden. (Vgl.: Knoflacher, 2003, S. 35)

<sup>219</sup> Liegt das Marktvolumen von biologisch erzeugtem Fleisch oder Wurst bei nur zwei Prozent, erreichen nach ökologischen Standards erzeugte Eier oder Brot einen Marktanteil von zwanzig Prozent. (Vgl.: BMLFUW, 2008, S. 3)

Das Alter bildet einen kaufentscheidenden Faktor am Biolebensmittelsektor, da speziell ältere Konsument/innen gerne auf Bioprodukte zurückgreifen<sup>220</sup>, und auch die Haushaltsgröße beeinflusst den Konsum von biologisch erzeugten Lebensmitteln, so erhöht eine Verkleinerung der Haushaltsgrößen die Wahrscheinlichkeit des Konsums von ökologischen Nahrungsmitteln. Umgekehrt steigt bei zunehmender Anzahl der Familienmitglieder und einem geringeren Haushaltseinkommen die Forderung nach möglichst kostengünstigen Lebensmitteln. (Vgl.: Knoflacher, 2003, S. 34)

Dem war nicht immer so. In den 80er Jahren setzt sich die Käuferschicht von biologisch erzeugten Lebensmitteln noch hauptsächlich aus der Gruppe der 25-34 jährigen zusammen, wohingegen bei derselben, 1999 nochmals durchgeführten, Studie die Gruppe der 34-49 jährigen die dominierende Käuferschicht darstellt. Zudem kommt es zu einer zunehmenden Verschiebung in Richtung kaufkräftigerer Konsument/innen. (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 80f) Diese beiden Faktoren lassen die Vermutung zu, dass sich beim Konsum von Bioprodukten, wie im vorhergehenden Kapitel bereits angedeutet, eine gewisse „Verbürgerlichung“ und Entideologisierung eingestellt haben.

War der Konsum von Bioprodukten demzufolge noch in den 80er Jahren stark von ideologischen Motiven geleitet, zählen die heutigen Konsument/innen bevorzugt zu den Besserverdiener/innen, denen vor allem der Gesundheitsaspekt am Herzen liegt.

Dies kann unter Umständen aber auch darauf zurückgeführt werden, dass die damaligen Mitglieder von alternativen Bewegungen eine Metamorphose in Richtung „Bürgerlichkeit“ durchgemacht haben, und es sich bei den heutigen Konsument/innen von Bioprodukten um ein und dieselben Kund/innen wie in den 80er Jahren handelt, jedoch unter neuem Deckmantel.<sup>221</sup> (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 81)

---

<sup>220</sup> Für ältere Konsumenten/innen steht bei der Kaufentscheidung vor allem, der mit Bioprodukten stärker verbundene, Gesundheitsfaktor im Vordergrund. Ferner richten auch junge Familien ihren Fokus auf den Gesundheitsaspekt, womit auch hier öfter auf Bioprodukte zurückgegriffen wird. (Vgl.: <http://lebensmittel.lebensministerium.at/article/articleview/62560/1/1471/>, am 9.7.2008)

<sup>221</sup> Ein auffälliges Merkmal der 1999 durchgeführten Studie ist, dass die jüngsten Altersklassen den niedrigsten Konsum von Bioprodukten aufweisen, was wiederum die These untermauert, dass es zu einer Entideologisierung beim Konsum von biologisch erzeugten Produkten gekommen ist, und der Kauf von Bioprodukten keine, oder nur mehr eine geringe, weltanschauliche Komponente mehr aufweist. (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 85f)

### 9.8.5 Das Verhältnis österreichischer Konsument/innen zu Bioprodukten

#### *Motive für den Kauf von Bioprodukten:*

Für Käufer/innen von Bioprodukten bildet laut einer, 2007 durchgeführten, Konsument/innenerhebung der AMA die „gesunde Ernährung“ mit 50 Prozent das zentrale Kaufmotiv. Diese Eigenschaft wird eher biologisch erzeugten Lebensmitteln zugeschrieben als konventionellen Produkten. An zweiter Stelle steht der Verzicht auf chemische Zusatzstoffe bei der Produktion von Bioprodukten mit 13 Prozent der Nennungen. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 154)

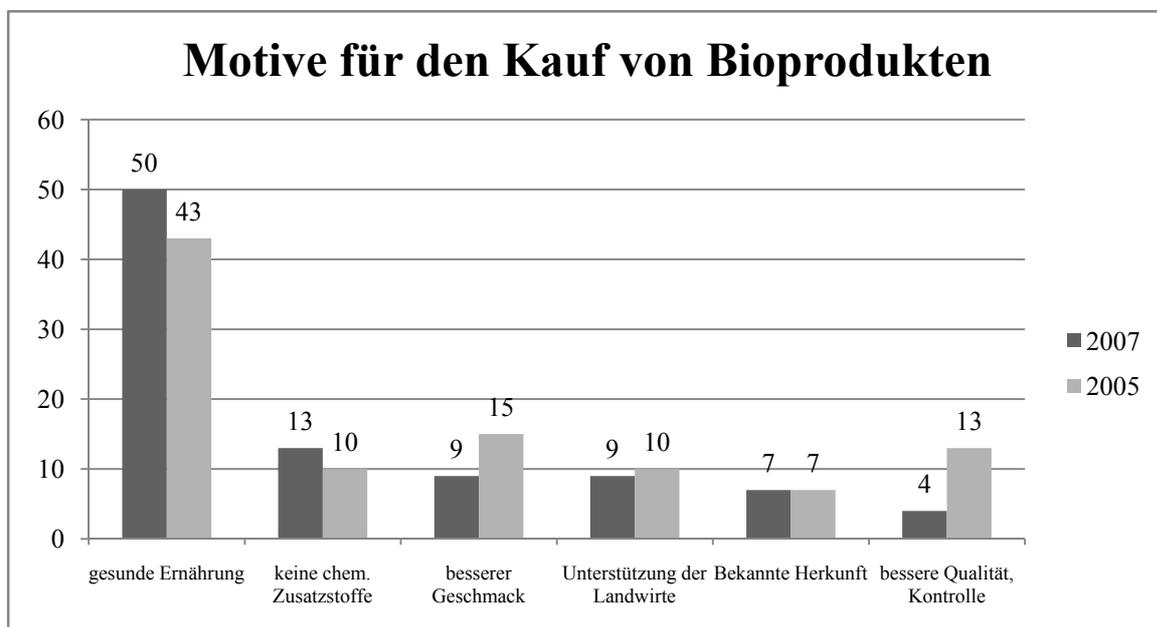


Abb 9: Motive für den Kauf von Bioprodukten (Angaben in Prozent) (Quelle: RollAMA Motivanalyse Februar 2007)

#### *Motive für den Nicht-Kauf von Bioprodukten*

Umgekehrt bildet der Preis noch immer die entscheidende Determinante für den Erwerb oder Nicht-Erwerb von Bioprodukten. Zudem hat laut der RollAMA Motivanalyse das Biosegment mit Glaubwürdigkeitsproblemen zu kämpfen, die sich aber im Vergleich zum Jahr 2005 von 23 auf 15 Prozent reduziert haben. Die Skepsis gegenüber biologisch erzeugten Lebensmitteln hat sich im Vergleich zum Jahr 2005 aber auch beim Preis grundsätzlich etwas gelegt.

(Vgl.: [http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten\\_Bio.pdf](http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten_Bio.pdf), am 1.9.2008)

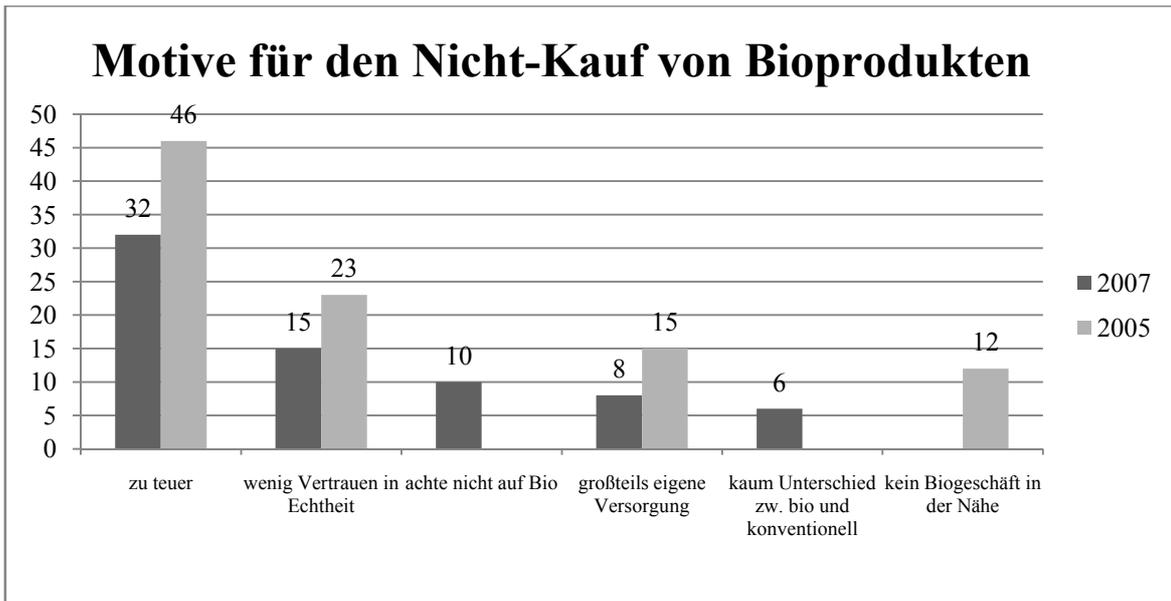


Abb. 10: Motive für den Nicht-Kauf von Bioprodukten (Angaben in Prozent) (Quelle: RollAMA Motivanalyse Februar 2007)

#### *Biologische Herkunft als kaufentscheidende Determinante*

Insbesondere bei Eiern wird auf die biologische Herkunft geachtet. Ferner spielt bei Milchprodukten, Fleisch, Gemüse und Obst die ökologische Produktionsweise beim Kauf eine nicht unbedeutende Rolle. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 153)

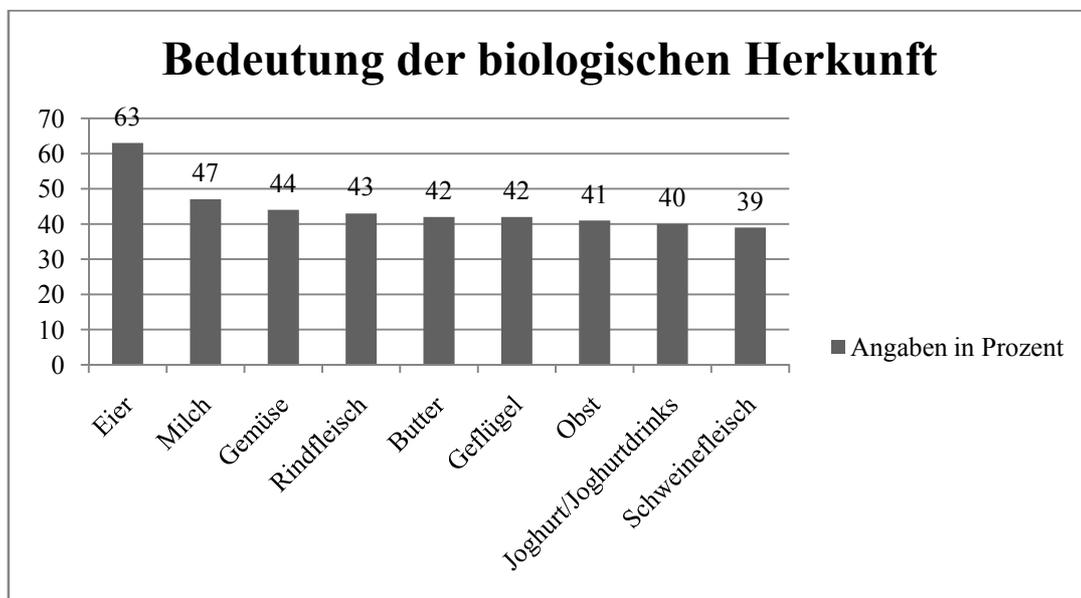


Abb. 11: Produkte, bei denen immer auf die biologische Herkunft geachtet wird (Quelle: BMLFUW, Lebensmittelbericht 2008)

### Spontane Assoziationen zu dem Begriff „Bio“

„Keine Chemie, Spritzmittel oder Kunstdünger“ bilden jene Konnotationen, die von den Befragten der RollAMA Motivanalyse vom Februar 2007 bei dem Begriff „Bio“ erstgenannt wurden, gefolgt vom Aspekt der „Gesunden Ernährung“, der eher biologisch erzeugten Produkten als konventionellen Lebensmitteln zugeschrieben wird. Bei den spontanen Nennungen bezeichnen die Zuschreibungen „Natürliche Produkte, Qualität, Natur, Leben“ die drittgenannte, den Bioprodukten, zugeschriebene Eigenschaft. (Vgl.: [http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten\\_Bio.pdf](http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten_Bio.pdf), am 1.9.2008)

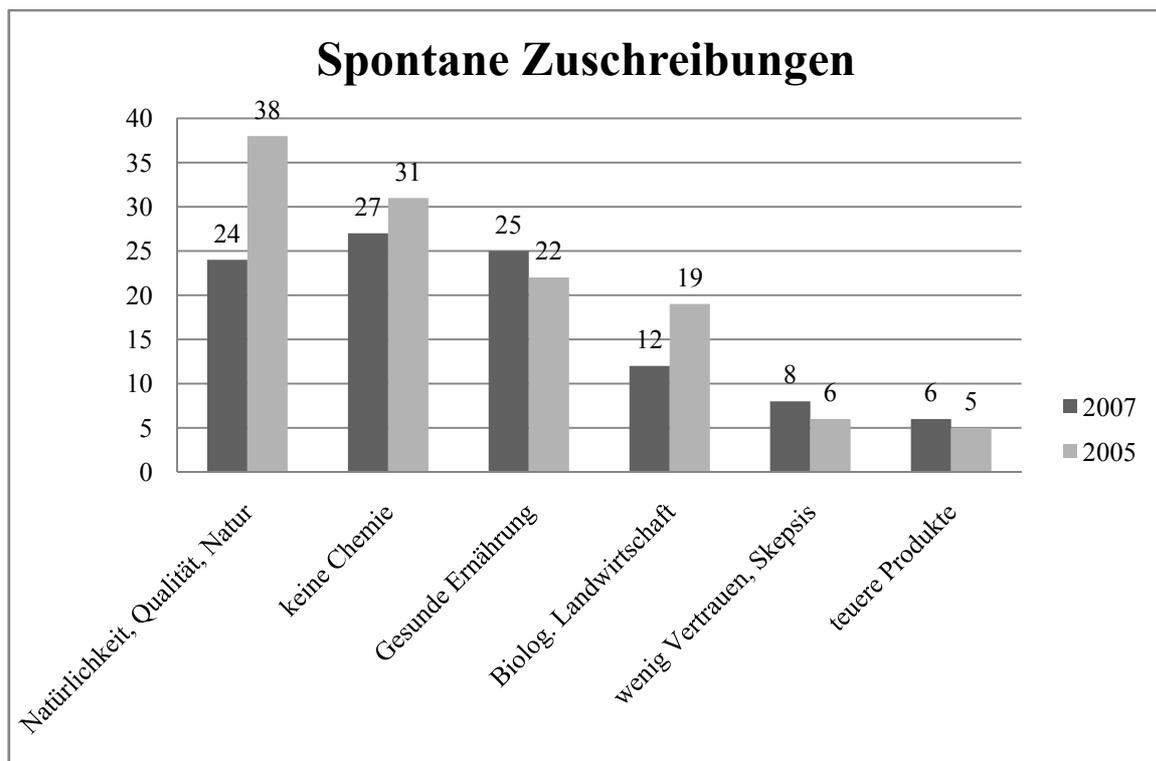


Abb. 12: Spontane Konnotationen mit dem Begriff „Bio“ (Angaben in Prozent) (Quelle: RollAMA Motivanalyse Februar 2007)

### 9.9 Problemfelder in der ökologischen Landwirtschaft

Die Umstellung auf die biologische Wirtschaftsweise erfolgt bisher größtenteils in jenen Gebieten, in denen der Wandel verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen ist. In Österreich daher insbesondere in alpinen Grünlandgebieten.<sup>222</sup> Aus diesem Grund lässt sich auch über die Effektivität der Agrarumweltprogramme streiten, weil in jenen Gebieten der Nutzen der

<sup>222</sup> Von allen Biobetrieben Österreichs betreiben 86,5 Prozent Viehhaltung. Aber in den vergangenen Jahren erlebt auch die Ackerbauparte eine Wachstumsphase, und zwischen 2000 und 2006 hat sich die biologisch bewirtschaftete Ackerbaufläche von 69.000 ha auf 143.000 ha verdoppelt. (Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60298/1/13751/>, am 9.7.2008)

eingesetzten Maßnahmen im Rahmen Agrarumweltprogramme für die Umwelt dementsprechend niedrig ist. In Regionen, wo die Intensivlandwirtschaft dominiert, wäre der diesbezügliche Nutzen, den eine Umstellung auf die Biolandwirtschaft für die Umwelt mit sich bringen würde, verhältnismäßig höher. (Vgl.: Schneider, 1997, S. 46)

Die Ansprüche der Produzent/innen von Bioprodukten gehen auch teilweise mit dem tatsächlichen Absatz der ökologisch erzeugten Nahrungsmittel auseinander. Herrscht bei dem einen Produkt eine kaum zu stillende Nachfrage, ist bei anderen Biolebensmitteln ein Überschuss vorhanden. Beispielsweise müssen im Jahr 1997 28 Prozent der Biomilch und 79 Prozent des biologisch erzeugten Rindfleisch konventionell vertrieben werden. Nicht zuletzt aus dem Grund, da jene Konsument/innen, die speziell auf „gesunde Ernährung“ achten, sich bevorzugt pflanzlich ernähren, umgekehrt aber der Großteil der Biobauern/bäuerinnen in Grünlandgebieten anzutreffen ist, wo standortbedingt verstärkt Rinderhaltung betrieben wird.<sup>223</sup> (Vgl.: Knoflacher, 2003, S. 35)

Der Kauf von Bioprodukten wird des Weiteren erheblich von einer Art „selektiven Wahrnehmung“ der Konsument/innen geleitet. So wird etwas mehr als ein Fünftel des Gesamtumsatzes an Bioprodukten mit Eiern erzielt, was bedeutet, dass die Konsument/innen am meisten Geld für Bio-Eier aufwenden. Obwohl Bio-Milch den größten Absatzmarkt des Biosektors darstellt, trägt diese nur circa 14 Prozent zum Gesamtumsatz bei.<sup>224</sup> Etwa 13 Prozent des Umsatzes werden mit biologisch erzeugten Kartoffeln erzielt.<sup>225</sup> Wurst, Schinken, Fleisch und Geflügel erreichen hingegen nur einen Marktanteil am Biosektor von zusammen 4,2 Prozent.<sup>226</sup> (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 106-108)

---

<sup>223</sup> Beispielsweise liegt die Nachfrage nach Bioschweinefleisch oder biologisch produziertem Obst und Gemüse weit über der tatsächlich produzierten und angebotenen Menge. (Vgl.: <http://lebensmittel.lebensministerium.at/article/articleview/62560/1/1471/>, am 9.7.2008)

<sup>224</sup> Als ein erklärendes Merkmal kann die Preisschere zwischen konventionellen Lebensmitteln und dessen biologisch erzeugten Konterparts gelten. So besteht etwa ein Preisunterschied von 65 Prozent zwischen Bio-Frischobst und konventionellem Frischobst. Bei Kartoffeln liegt der Unterschied bei 76 Prozent. Bei Milch und Joghurt ist nur ein etwa ein-prozentiger Preisunterschied gegeben, was die hohen Absatzmengen bei gleichzeitig niedrigen Umsatzzahlen dieser beiden Produkte erklärt. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 109)

<sup>225</sup> Summa summarum fragen die Konsumenten/innen bei Bioprodukten vor allem Milch und Milchprodukte, Kartoffeln und Eier nach, wobei die größte Gewinnspanne, wie erwähnt, bei Eiern erreicht wird. (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 27)

<sup>226</sup> Auch anhand von Gemüse lässt sich dieses sehr ambivalente Verhalten der Konsumenten/innen ausgezeichnet darstellen. Klarer Spitzenreiter sind die Bio-Karotten. Umgekehrt werden andere Gemüsesorten wie etwa Paprika, Brokkoli oder Gurken auf dem Biosegment kaum nachgefragt. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 106-108)

Diese Schere zwischen Produktion und tatsächlichem Konsum ist teilweise auf Impulse, die von der Förderpolitik ausgesendet werden, zurückzuführen. So lässt sich ein rasanter Anstieg von ökologisch wirtschaftenden Betrieben auf Veränderungen in den Fördersystemen hin erklären.<sup>227</sup> Aus diesem Grund sollte es zu einer Stärkung der pflanzlichen Produktion von Lebensmitteln auf dem Biosektor kommen. (Vgl.: Knoflacher, 2003, S. 36-38)

Die diversen Agrarumweltprogramme sollten daher insbesondere Anreize zur Umstellung für jene Regionen schaffen, die bevorzugt einer intensiven Bewirtschaftung unterliegen, und wie bei der Agrarförderung allgemein besteht auch bei der Förderung der biologischen Landwirtschaft das Dilemma, dass Großbetriebe im Vergleich zu Klein- und Mittelbetrieben auch im Rahmen der Agrarumweltprogramme bevorzugt werden. (Vgl.: Groier, 1999, S. 163)

Da der Vertrieb von biologisch erzeugten Lebensmitteln größtenteils über Supermarktketten abgewickelt wird, fehlt zudem die Rückkoppelung zwischen Konsument/in und landwirtschaftlichem/r Produzent/in, die besonders für diesen Sektor von so großer Bedeutung wäre, da die Bioprodukte vor allem im Hochpreissegment angesiedelt sind, und bevorzugt qualitative Nischen bedient werden.<sup>228</sup> (Vgl.: Knoflacher, 2003, S. 37)

Es muss parallel dazu aber auch zu einer Ausweitung des Warenangebots an biologisch erzeugten Produkten kommen, so wird etwa der Markt für Fertig- und Tiefkühlprodukte derzeit noch kaum bedient. Laut einer Umfrage des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft wünschen sich 77 Prozent der Konsumenten/innen ein breiteres Angebot an Bioprodukten. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 106)

Ebenso herrscht in der Vermarktung und dem Marketing von Produkten aus biologischer Landwirtschaft ein akuter Nachholbedarf. Derzeit werden die Konsument/innen von einer

---

<sup>227</sup> Als Beispiel sei hier die rasant wachsende Anzahl der österreichischen Biobetriebe in den 90er Jahren erwähnt, als Biobauernzuschüsse und ähnliche Subventionen Premiere hatten.

<sup>228</sup> Eine Alternative böte die Direktvermarktung, bei der durch den persönlichen Kontakt das Vertrauen der Konsumenten/innen in das jeweilige Produkt und die Produzenten/innen gestärkt werden könnte. Zudem erhöht sich im Rahmen der Direktvermarktung die Wertschöpfung für den/die einzelne/n Landwirt/in, und die regionale Identität könnte gestärkt werden. „Die Direktvermarktung trägt zur Stärkung aller beteiligten Marktpartner, wie der Landwirte, Gastwirte, Fleischereien, des Handels und der Sennereien bei. Es sind meist Klein- und Mittelbetriebe, die über den Weg der Diversifikation und Produktdifferenzierung eine Chance sehen, ihren Betrieb und ihren Arbeitsplatz am Bauernhof zu sichern.“ (Vgl.: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/62723/1/13751/>, am 9.7.2008)

Vielzahl an Labels und Produktdeklarationen bei einem gleichzeitigen Mangel an Transparenz überschwemmt. Diese unübersichtlichen und häufig auch unklaren Zu- und Beschreibungen sollten durch ein einheitliches Label mit identischen Zuschreibungen ersetzt werden, da dadurch einerseits die Marktpositionierung erleichtert wird, und zugleich einem Missbrauch durch irreführende Produktbeschreibungen vorgebeugt wird. Diese Verbesserung der Konsumenteninformation könnte beispielsweise durch die Stärkung eines, mit uniformen Kriterien versehenen, einheitlichen europäischen Labels für Bioprodukte erreicht werden, da auf diese Weise Transparenz und Übersichtlichkeit für die Konsumenten/innen deutlich erhöht würden.<sup>229</sup> (Vgl.: Knoflacher, 2003, S. 37f)

Ferner weist die organisatorische, institutionelle und politische Ebene des ökologischen Landbaus auf nationaler-, europäischer- und internationaler Ebene als Ganzes eine Reihe von Mängeln und Defiziten auf. So fehlt bis zum heutigen Tag eine zentrale und schlagkräftige Interessensvertretung, und ein einheitlicher Auftritt in den Märkten ist, wie oben angeführt, ebenso wenig umgesetzt worden, wie eine professionelle und uniforme Öffentlichkeitsarbeit. Die Vernetzung mit Politiker/innen, Konsument/innenorganisationen, Wissenschaftler/innen und den Medien ist gleichermaßen im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft, noch eher schmalbrüstig. (Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 31)

Für die Förderpolitik, die sich der Ökologisierung der Landwirtschaft annimmt, gilt Ähnliches wie für die Agrarförderungen im Allgemeinen. Damit Agrarumweltprogramme weiterhin aufrecht erhalten werden können, bedarf es einer Akzeptanz der EU-Bürger/innen, da die Kosten für eine Ökologisierung der Landwirtschaft von der Gesellschaft getragen werden müssen. Um die Legitimität der Förderungen bewahren zu können, muss ein klares Bild der Leistungen und Vorteile einer umweltgerechten Landwirtschaft an die Gesamtgesellschaft vermittelt werden.<sup>230</sup> (Vgl.: Schneider, 1997, S. 66f)

---

<sup>229</sup> Eine „Corporate Identity“, also eine übergeordnete und unverwechselbare Identität, würde eine klare Positionierung und Differenzierung der Bioprodukte am Markt erleichtern. (Vgl.: Deuble/Sartoris, 2001, S. 84)

<sup>230</sup> „Für den Öko-Landbau sprechen zwei Argumente:

- Er kann gefördert werden, weil er Kollektivgüter produziert und dazu beiträgt, politische Ziele wie das Wohl der Tiere zu erreichen.
- Er kann als Chance gesehen werden, „einen ökologischen Markt zu erobern“.“ (Dabbert/Häring/Zanoli, 2002, S. 102)

## 9.10 Zukünftige Entwicklungen der biologischen Landwirtschaft

Auch der ökologische Landbau wird so wie die konventionelle Landwirtschaft unter wachsenden Anpassungs- und Wettbewerbsdruck geraten. Dies macht auch in diesem Agrarbereich eine verstärkte Spezialisierung und Effizienzsteigerung der Produktion notwendig, wenn dies nicht schon bisher der Fall war. (Vgl.: Graf Hohenthal, 2005, S. 44) So vollzieht sich auch am Biosektor ein Strukturbereinigungsprozess im klassischen Sinn. Was bedeutet, dass in Zuge dessen zukünftig die Zahl der Biobetriebe sinken wird, gleichzeitig aber die durchschnittliche Betriebsgröße der ökologisch wirtschaftenden Betriebe im Steigen begriffen sein wird.<sup>231</sup> (Vgl.: BMLFUW, 2007a, S. 57)

Zudem ist der biologische Landbau gleichermaßen den Regeln einer globalen Marktwirtschaft unterworfen. Was einerseits den Vorteil birgt, dass die Ideen und Ideale einer nachhaltigen Landwirtschaft um die gesamte Erdkugel getragen werden, und Bauern/Bäuerinnen in weniger entwickelten Regionen neue Perspektiven geliefert werden. Umgekehrt beschreitet die biologische Landwirtschaft damit auch ähnliche Pfade, wie sie in der konventionellen Landwirtschaft schon längst die Norm sind. Der Leistungs-, Rationalisierungs- und Preisdruck wird sich, wie oben erwähnt, erhöhen, und auch eine einheitliche Kontrolle mit uniformen Biostandards kann in den nächsten Jahren wohl kaum auf globaler Ebene umgesetzt werden.<sup>232</sup> (Vgl.: Schobert, 2008, S. 12)

Durch den Einstieg von Handelsketten in den Verkauf von biologisch erzeugten Produkten ist die Existenz von kleineren Produzenten und Märkten gefährdet. So ist der Anteil der Direktvermarktung am Absatz der Bioprodukte kontinuierlich im Sinken begriffen. (Vgl.: Groier, 1999, S. 161)

Es ist jedoch ein neuer Trend im Entstehen begriffen, und zwar der Vertrieb von Bioprodukten über sogenannte „Bio-Kisterl“. Vor allem in urbanen Gebieten erfreut sich

---

<sup>231</sup> „Da der biologische Landbau prinzipiell den selben Marktentwicklungen und Marktkräften ausgesetzt ist wie die konventionelle Landwirtschaft, werden zukünftig auch in diesem Bereich Effekte wie Erhöhung des Wettbewerbs (sowohl auf nationaler Ebene zwischen dem konventionellen und biologischen Landbau als auch zwischen einzelnen Ländern innerhalb des Bio-Bereichs), die Senkung des Preisniveaus, Spezialisierungs- und Konzentrationsprozesse sowie Überschußproduktion und Exportverwertung eine größere Rolle spielen.“ (Groier, 1999, S. 159)

<sup>232</sup> Daher müssen sich in Zukunft, wenn nicht schon bereits jetzt, die biologisch wirtschaftenden Betriebe gleichermaßen mit den Folgen des Strukturwandels und des Rationalisierungsdrucks auseinandersetzen wie konventionelle Betriebe, und sich in weiterer Folge den liberalisierten Marktkräften einer globalen Wirtschaft anpassen. (Vgl.: Offermann/Nieberg, 2006, S. 80)

diese Form der Vermarktung, bei der die Lebensmittel direkt vor die Haustür geliefert werden, immer größerer Beliebtheit. (Vgl.: BMLFUW, 2007b, S. 109)

Auf europäischer Ebene werden in Zukunft stärkere Impulse in Richtung Vereinheitlichung und Transparenz des Biosektors ausgesendet werden. So müssen etwa ab dem Jahr 2009 alle, in der europäischen Union erzeugten biologischen Lebensmittel mit einem uniformen europäischen Biosiegel versehen werden. Diese Maßnahme soll die Transparenz der Bioproduktion stärken, und gleichfalls Licht ins Dunkel der vielen unterschiedlichen Siegel und Richtlinien bringen. (Vgl.: Schobert, 2008, S. 32)

Da der Konsum von Bioprodukten vor allem von älteren Käufer/innenschichten getragen wird, kann der Gesundheits-, und Sicherheitsfaktor noch stärker an Bedeutung gewinnen. Dieses Streben nach Sicherheit kann vor allem vom Biosektor als Chance begriffen werden, da Eigenschaften wie „gesünder“ oder „keine Rückstände“ von Konsumenten/innen wohl eher biologisch erzeugten Produkten als konventionellen Lebensmitteln zugeschrieben werden. Dieses positive Image von Bioprodukten kann genutzt werden, um die Profilierung von ökologisch produzierten Lebensmitteln, durch die Betonung der positiven Produktqualitäten, weiter voranzutreiben. (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 108)

Bei der Vermarktung von Bioprodukten könnten durch eine Betonung von hedonistischen Motiven oder die Darstellung von biologischen Erzeugnissen als Produkte mit „Wellnesscharakter“ zukünftig speziell jüngere Käufer/innenschichten angesprochen werden. Die Hervorhebung dieser emotionalen Qualitäten könnte das derzeit eher ungenutzte Potential der jüngeren Konsument/innen mobilisieren.<sup>233</sup> (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 215)

Eine stärkere Akzentuierung des Faktors „Regionalität“ könnte sich gleichermaßen positiv auf den Absatz bestimmter Bioprodukte auswirken. Durch eine Forcierung regionaler Produktionszyklen werden gleichzeitig logistische Schwierigkeiten, wie etwa erhöhte Transportkosten bei der Produktion von Bioprodukten, umgangen. So könnte eine, der Region besser angepasste Produktion angestrebt werden, was einerseits die

---

<sup>233</sup> Dieser emotionale Akzent von biologischen Lebensmitteln ist auf gesättigten Märkten, wie der Lebensmittelmarkt einer ist, eine nicht zu unterschätzende Komponente für eine erfolgreiche Vermarktung von Bioprodukten. (Vgl.: Bruhn, 2002, S. 215)

Umweltbelastung bei der Lebensmittelerzeugung senkt und gleichzeitig die, von der EU politisch anvisierte, regionale Identität und Vielfalt belebt. (Vgl.: Knoflacher, 2003, S. 37f)

Zudem könnte die Vermarktung von Bioprodukten durch die Hervorhebung von Zuschreibungen wie „Qualität“, „Frische“, „Natürlichkeit“ oder ähnlichen für Konsumenten/innen positiv konnotierten Begriffen stärker forciert werden, auch wenn es sich hierbei im Prinzip um subjektive Kriterien und Wahrnehmungen handelt. (Vgl.: Steidl, 1995, S. 57) „Gelingt es, die in Österreich vorbereiteten Systeme, insbesondere bei der Fleischproduktion, aber auch weiterhin bei der Milch-, Obst- und Gemüseerzeugung, glaubhaft umzusetzen, so könnte bei einer kommunikationspolitischen Vermarktung des Herkunfts- und Qualitätsaspektes sicherlich ein Vertrauensbonus bei den Konsumenten aufgebaut werden.“ (Steidl, 1995, S. 61)

## 10. Conclusio

---

### 10.1 Die Trias Landwirtschaft – Gesellschaft – (Agrar)Politik

Das Bild in dem sich der landwirtschaftliche Sektor präsentiert, steht in enger definitorischer Verbindung mit dem jeweiligen Gesamtsystem, in das der Agrarbereich als einzelnes Subsystem eingebettet ist. Die Interaktion mit anderen Bereichen wie etwa der Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft entscheidet grundlegend über das Erscheinungsbild, in dem uns die Landwirtschaft gegenübertritt. Der Agrarbereich ist kein statisches oder gar autarkes Konstrukt, sondern es agiert und reagiert, wie andere Subsysteme auch, auf bestimmte Ereignisse und Situationen mit denen es sich konfrontiert sieht. Es begibt sich auf Lösungssuche und hält nach Auswegen für spezifische Problemlagen Ausschau. Wie sich die jeweiligen Lösungsansätze gestalten, hängt jedoch im Wesentlichen von den Akteur/innen ab, die den Agrarsektor gegenwärtig dominieren. Neben der (Agrar)Politik bildet die Gesellschaft jenes Feld, das am Weitreichendsten auf den Agrarsektor Einfluss nehmen kann.

Was in dieser Arbeit nun versucht wurde, ist diese Vernetzung des Agrarbereichs mit diesen beiden anderen Sektoren darzustellen. Da den zeitlichen Rahmen die Jahre zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis hinein in die Gegenwart bilden, kann dieser prozesshafte Charakter des Agrarsektors hinreichend dargelegt werden.

Wird in den Jahren von 1945 bis hinein in die 1960er Jahre der gesellschaftliche und politische Ruf nach einer sicheren und hinreichenden Grundversorgung mit Lebensmitteln laut, erfolgt ab Ende der 60er Jahre ein radikaler Bruch mit den bisherigen Erwartungen und Anforderungen, der durch die sich mittlerweile einstellende landwirtschaftliche Überproduktion ausgelöst wurde. Seit den 1970er Jahren wird daher von Seiten der Agrarpolitik versucht, den kontinuierlich wachsenden Lebensmittelüberschüssen mit einer expansionspolitischen Strategie zu begegnen, und die Überschüsse am Weltmarkt abzusetzen.

Die Überschussproduktion gipfelt in ökonomische, ökologische, strukturelle und politische Problemlagen, die von der Gesellschaft nicht unbemerkt bleiben. Durch die ständig steigenden Kosten, die für den Agrarbereich aufgewendet werden müssen, bei gleichzeitig einsetzender Erkenntnis über die, von der Intensivlandwirtschaft verursachte Umweltbelastung, macht die gesellschaftliche Kritik an der bisherigen Agrarpolitik und der Landwirtschaft allgemein einen Richtungsschwenk unumgänglich, und ab den 1990er

Jahren werden gänzlich andere agrarpolitische Ziele verfolgt. Jene Leistungen, die von der Landwirtschaft neben der Urproduktion, das heißt der Herstellung von Lebensmitteln und Rohstoffen, erbracht werden, rücken zunehmend ins Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit. Dieser Paradigmenwechsel läuft in der Betonung der „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ zusammen, die sich eher der Unterstützung der Gesellschaft sicher sein kann, als die bisher auf die Produktionsmenge ausgerichtete Agrar- und Förderpolitik.

Was soll diese zeitgeschichtliche Illustration agrarpolitischer Zäsuren nun erklären? Als essentiell für diese Arbeit gestaltet sich die Feststellung, dass sich die drei Bereiche Landwirtschaft – Gesellschaft und (Agrar)politik grundlegend beeinflussen und sich gegenseitig bedingen. Sie stehen in einem reziproken Verhältnis, was impliziert, dass Aktionen und Reaktionen auf die jeweiligen beiden anderen Subsysteme abgestimmt werden (müssen). Kommt es zu einem gesellschaftlichen Wertewandel, wie es der Übergang von der materiellen- zur, seit den 1960er Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnenden, immateriellen Bedürfnisbefriedigung einer ist, so müssen sich auch die politischen und agrarischen Reaktionen synchron danach ausrichten usf. Überspitzt formuliert kann daher gesagt werden, dass jedes Gesellschaftssystem das Agrarsystem erhält das es verdient.

Diese hier beschriebenen Strukturzusammenhänge und Wechselbeziehungen beeinflussen den Agrarsektor in nachhaltiger Art und Weise. Jedoch können die diversen landwirtschaftlichen Wandlungsprozesse nicht hinreichend durch die Einbindung des Agrarsektors in das gesamtgesellschaftliche Gefüge erklärt werden. So kann beispielsweise der landwirtschaftliche Strukturwandel, der das Erscheinungsbild des Agrarsektors fundamental verändert, nicht rein auf gesamtgesellschaftliche Prozesse zurückgeführt werden. Ferner wird das Bild in dem sich der Agrarsektor heute präsentiert ebenso durch agrarinterne Strukturprozesse entscheidend mitgestaltet. Anhand des Ökologisierungprozesses der Landwirtschaft sollen diese agrarischen Metamorphosen erörtert werden, da der momentane Trend in Richtung biologischer Landwirtschaft möglicherweise nur ein weiteres Kapitel in der langen Geschichte des Agrarsektors darstellen kann.

## 10.2 Grün ist die Hoffnung

Wird der agrarische Strukturwandel in Österreich anhand von makrostrukturellen Zahlen erläutert, wird neben einer steigenden durchschnittlichen Betriebsgröße insbesondere auf die sinkende Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben und die damit einhergehende Reduktion der in der Landwirtschaft tätigen Personen hingewiesen. Andereggs schreibt dem Prozess der Strukturbereinigung gar „agrardarwinistische Züge“ zu, und diverse Faktoren sprechen dafür, dass dieser Prozess des agrarischen Strukturwandels bis heute noch nicht wirklich abgeschlossen ist. (Vgl.: Andereggs, 1999, S. 429)

Aus einzelbetrieblicher Sicht wird wohl versucht werden, nicht selbst Opfer dieser Strukturbereinigung zu werden. Um nicht zu einer Aufgabe gezwungen zu sein, muss die ökonomische Performance durch die landwirtschaftliche Tätigkeit es den Bauern/Bäuerinnen ermöglichen, für sich ein gutes und sicheres Auskommen zu finden. Um dies zu bewerkstelligen, stehen eine lange Reihe von Strategien, wie etwa eine Erhöhung der Produktionsmengen, eine gesteigerte Effizienz oder eben derzeit auch die Strategie der biologischen Landwirtschaft, zur Auswahl. Der Ökologisierungprozess der Landwirtschaft kann daher in diesem Zusammenhang sowohl als (Über)lebensstrategie als auch als zeitgemäße Form der Modernisierung in der Landbewirtschaftung interpretiert werden, da sie sich an aktuelle gesellschaftspolitische und agrarpolitische Diskurse anpasst.

Soll die Ist-Situation erörtert werden, so ist die Ausgangslage eines Großteils der österreichischen landwirtschaftlichen Betriebe eine denkbar schlechte um gegen die globale agrarische Konkurrenz bestehen zu können. Neben der Kleinstrukturiertheit stechen die ungünstigen Bewirtschaftungsverhältnisse durch den enormen Anteil an Berggebieten ins Auge. Diese beiden Faktoren bekräftigen die These, dass ein Gutteil der österreichischen Landwirtschaft mit erheblichen Anpassungsproblemen an die europäische und internationale Agrarwirtschaft zu kämpfen hat. Auf Grund dieser denkbar schlechten Ausgangslage wurde in Österreich schon relativ früh nach ökonomischen und politischen Alternativen gesucht, um den Strukturbereinigungsprozess zu bremsen. Fündig wurde man schließlich bei der biologischen Landwirtschaft. Die Legitimation diverser agrarpolitischer und förderpolitischer Maßnahmen, die stimulierend auf den Ökologisierungprozess wirken sollten, erfolgt durch die Hervorhebung der verschiedenen außerlandwirtschaftlichen Leistungen, die durch die Biolandwirtschaft, aber auch die österreichische Landwirtschaft im Allgemeinen, erbracht werden.

Da die Abgeltung von Bewirtschaftungserschwernissen, wie sie in der Berglandwirtschaft anzutreffen sind, bereits eine längere Tradition in der österreichischen Agrarförderpolitik hat, war der Weg hin zur Subventionierung diverser, von der (biologischen) Landwirtschaft bereitgestellter, Leistungen ein nicht mehr allzu weiter.

Der Ökologisierungprozess der österreichischen Landwirtschaft kann als Lehrstück für das Zusammenwirken von Politik, Gesellschaft und Landwirtschaft gelten. Das agrarpolitische Klima im Österreich der 1980er Jahre steht auf Tauwetter, als im Rahmen der Ökosozialen Agrarpolitik erstmals laut über einen Richtungswechsel in der, von Agrarüberschüssen geplagten, und als Umweltzerstörerin gescholtenen, konventionellen Landwirtschaft nachgedacht wird. Um den Schwenk in der Agrarpolitik vor der Gesellschaft zu rechtfertigen, werden von agrarpolitischer Seite ebendiese „multifunktionellen Leistungen“ der Bauern/Bäuerinnen hervorhoben. Im agrarpolitischen Diskurs rückt insbesondere der Biolandbau ins Zentrum der Aufmerksamkeit, da damit vier Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden können:

- Die landwirtschaftliche Überproduktion, die das Budget enorm strapaziert, wird eingedämmt.
- Der agrarische Strukturwandel kann durch die finanzielle Abgeltung der außerlandwirtschaftlichen Leistungen gebremst werden.
- Die Akzentuierung der „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ kann einfacher gegenüber der Gesellschaft gerechtfertigt werden.
- Die schonendere und dem Standort angepasste Form der Landbewirtschaftung wirkt sich positiv auf die Umwelt aus.

Um diesen Weg beschreiten zu können bedarf es aber auch einer Gesellschaft die den agrarpolitischen Schwenk mitträgt. Einerseits wurde, wie oben bereits erwähnt, von gesellschaftlicher Seite die Diskussion um die negativen Auswirkungen der Intensivlandwirtschaft überhaupt erst losgetreten, parallel dazu bedarf ein agrarpolitischer Richtungswandel aber auch der gesamtgesellschaftlichen Unterstützung. Der Übergang der materiellen zu einer postmateriellen Gesellschaft bildet die Basis für den Ökologisierungprozess der Landwirtschaft. Seit den 1960er/70er Jahren erhalten unterschiedlichste postmaterialistische Werte wie etwa der Umweltschutz, Tierschutz oder das Bedürfnis nach sauberer Luft und sauberem Wasser eine hohe gesellschaftspolitische Priorität, womit auch die negativen Auswirkungen der intensiven Formen der Landbewirtschaftung zusehends in den gesellschaftspolitischen Blickpunkt geraten.

Durch diesen Bedeutungsgewinn der Befriedigung postmaterieller Bedürfnisse wird von gesellschaftlicher Seite der Weg frei für eine neue Akzentuierung der Landwirtschaft hin in Richtung „multifunktionaler Landwirtschaft“ und biologischer Landwirtschaft.

Zusammenfassend stellt der Ökologisierungsprozess der Landwirtschaft daher ein Resultat des Zusammenspiels der drei Ebenen Gesellschaft, Politik und Landwirtschaft dar. Die Gesellschaft erlebt einen Paradigmenwechsel weg von der materiellen Bedürfnisbefriedigung hin zu immateriellen Ansprüchen, die eine Steigerung der Lebensqualität anvisieren und Aspekte wie den Umweltschutz, den Tierschutz oder die Bewahrung der Artenvielfalt aufwerten. Damit wird der Weg frei gemacht für diverse agrarumweltpolitische Maßnahmen, die neben den positiven Mitnahmeeffekten für die Landwirtschaft, Problemen wie der landwirtschaftlichen Überproduktion oder den weltwirtschaftlichen Vorgaben der WTO begegnen können.

Für die österreichischen Bauern/Bäuerinnen stehen in Zusammenhang mit dem Ökologisierungsprozess der Landwirtschaft ökonomische Perspektiven im Vordergrund. In Hinblick auf den noch immer andauernden Prozess des Strukturwandels können eine Betonung der multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft und die biologische Form der Landbewirtschaftung den Landwirt/innen neue Chancen eröffnen und es bilden sich neue (Über)Lebensstrategien heraus.

Anhand der Betriebszahlen der österreichischen Landwirtschaft zeigt sich, dass der Ökologisierungsprozess der Landwirtschaft positive Impulse auf den Agrarsektor als Ganzes ausstrahlt. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich nimmt tendenziell ab, aber dieser Aspekt des Strukturwandels trifft nicht auf den Biosektor zu. Die Zahl der Biobetriebe ist umgekehrt sogar leicht im Steigen begriffen. Die Zukunftsperspektiven der biologischen Landwirtschaft sehen auch aus ökonomischer Sicht äußerst rosig aus, und lassen sich anhand der, schon seit Jahren anwachsenden Umsatzzahlen des Biosektors ausgezeichnet demonstrieren.

Ferner kommen aktuelle Trends, wie etwa der stärkere Fokus auf die regionale Herkunft und Identität von Lebensmitteln, verstärkt der biologischen Landwirtschaft entgegen. Ebenso eröffnen die zunehmenden Funktionsausweitungen, welche die Lebensmittel gegenwertig erfahren, neue Marktchancen für die biologische Wirtschaftsweise. Bioprodukte erhalten subjektive Eigenschaften wie Gesundheit, Wellness oder Qualität eher zugesprochen als konventionell erzeugte Produkte. Das Streben nach einer ethisch und moralisch korrekten Lebensweise, wie sie etwa in der Bewegung der LOHAS verfolgt wird,

wirkt sich gleichfalls positiv auf den Biosektor aus, weil dieser Lifestyle in enger definitorischer Verbindung mit einer nachhaltigen und ökologischen Ernährungsweise steht.

### **10.3 Zukunftsszenarien der ländlichen Entwicklung**

Ob sich der Ökologisierungprozess der Landwirtschaft langfristig in gleicher Art und Weise fortsetzen wird wie bisher, steht aufgrund einer Reihe von aktuellen Entwicklungen derzeit noch in den Sternen. Wie sich etwa steigende Erdölpreise oder auch Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, die unter anderem auf die wachsende Nachfrage nach Lebensmitteln zurückgeführt werden können, langfristig auf den Agrarsektor auswirken werden, ist noch nicht wirklich absehbar.

Bertolt Brechts Feststellung „erst kommt das Fressen, dann die Moral“ trifft den agrarpolitischen Diskurs auf den Punkt. So folgte etwa vergangenes Jahr als Reaktion auf die wachsende Lebensmittelknappheit und die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln als erste agrarpolitische Reaktion eine Aufgabe der Flächenstilllegungsprämien auf den Fuß.

Prinzipiell lässt sich festhalten, dass der Agrarsektor an mehreren Fronten gleichzeitig zu kämpfen hat. Sind die Erdölpreise weiter im Steigen begriffen, so wird der Ruf nach alternativen Methoden zur Energiegewinnung, wie sie die Landwirtschaft etwa in Form von Biomasse liefern kann, laut. Gleichfalls kann der wachsenden Nachfrage nach Lebensmitteln nur durch eine erhöhte Produktion begegnet werden. Durch diese beiden Faktoren gerät aber umgekehrt etwa der Umweltschutzaspekt ins Hintertreffen.

Wachsende Lebensmittel- und Rohstoffpreise liefern den einzelnen Landwirt/innen zudem Anreize für eine erneute Produktionssteigerung. Agrarumweltmaßnahmen verlieren für viele Bauern/Bäuerinnen in einer solchen Situation zusehends an Attraktivität.

Steigende Lebensmittelpreise wirken sich ebenso direkt auf die Gesellschaft in ihrer Funktion als Konsument/innen aus. Je größer sich der Anteil der Lebensmittelausgaben an den Gesamtausgaben eines Haushaltes ausnimmt, desto eher werden niedrige Lebensmittelpreise an Bedeutung gewinnen und immaterielle Aspekte der Lebensmittelversorgung zurückgeschraubt werden. Ein mögliches Szenario für den Lebensmittelsektor der Zukunft könnte so aussehen, dass die Schere der Ernährungsgewohnheiten weiter auseinanderklaffen wird. Das Spektrum kann von einer möglichst günstigen (Grund)Versorgung mit Lebensmitteln bis hin zu, von hedonistischen

Motiven getriebenen, Ernährungsgewohnheiten reichen. Die wachsende Anzahl an sogenannten „Sozialmärkten“ neben einer parallel dazu verlaufenden Umsatzsteigerung des Hochpreissegments, wie der Biosektor einer ist, kann als mögliches Indiz für diese Entwicklungen gelten.

Wird erneut eine möglichst große Produktionsmenge angestrebt, setzt sich der Prozess der Strukturbereinigung weiter fort, da in solch einer Situation günstige landwirtschaftliche Produktionsverhältnisse von enormem Vorteil sind. Es besteht infolgedessen wiederum ein Wettbewerbsvorteil für jene Betriebe, die möglichst kostengünstig produzieren können.<sup>234</sup>

Bergbauern/bäuerinnenbetriebe und eine kleinstrukturierte Landwirtschaft haben in einer solchen Situation das Nachsehen. Insbesondere wenn die von der Landwirtschaft bereitgestellten außerlandwirtschaftlichen Leistungen erneut an gesellschafts- und agrarpolitischer Bedeutung verlieren könnten.

Ein Nebeneinander von extensiver und intensiver Landwirtschaft wäre in einer solchen Situation wohl, besonders in Österreich, im Rahmen des Möglichen. Auf die Rolle der Landwirtschaft für den ländlichen Raum wurde in dieser Diplomarbeit bereits ausführlich eingegangen. In seiner Funktion als Pfleger der Kulturlandschaft erfüllt der Agrarsektor zudem unerlässliche Aufgaben für den österreichischen Tourismus. Die touristisch erschlossenen Gebiete sind aus landwirtschaftlicher Sicht gekennzeichnet durch besonders ungünstige Bewirtschaftungsverhältnisse. Für eine Aufrechterhaltung der Landbewirtschaftung in jenen touristischen Gebieten spielen die Agrarumweltpolitik und Agrarförderpolitik daher eine kaum zu unterschätzende Rolle. In jenen, vom Tourismus erschlossenen Gebieten steht außer Frage, dass eine Aufrechterhaltung der Landwirtschaft bewerkstelligt werden muss damit auch der Tourismus weiter bestehen kann. Wie die Agrarumweltmaßnahmen umgekehrt in jenen Gebieten längerfristig gerechtfertigt werden können, die nicht touristisch genutzt werden, wird im Hinblick auf einen möglichen erneuten Bedeutungsgewinn von Produktionssteigerungen oder eine Separation der Landwirtschaft in extensiv und intensiv wirtschaftende Gebiete in Zukunft wohl an Brisanz gewinnen.

---

<sup>234</sup> In näherer Zukunft wird das Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 daher wohl einen ersten Vorgeschmack auf den sich fortsetzenden Strukturwandel der österreichischen Landwirtschaft liefern. Aber auch die Osterweiterung wird in näherer Zukunft das Erscheinungsbild der europäischen Agrarstruktur und Agrar(förder)politik weitreichend verändern.

Die zukünftige Struktur der Landwirtschaft wird zusammenfassend gekennzeichnet sein durch ein Nebeneinander der beiden Extreme extensiv und intensiv. Beide Strategien der Landbewirtschaftung reagieren auf ihre eigene Art und Weise auf den Prozess des Strukturwandels. Versucht die konventionelle Landwirtschaft über eine Produktions-, Produktivitäts- und Effizienzsteigerung der Strukturbereinigung durch die Herstellung billiger Lebensmittel zu begehen um das agrarische Überleben zu sichern, strebt umgekehrt die extensive Landwirtschaft eine nachhaltige Form der Landbewirtschaftung an, die mit höheren Kosten verbunden ist, die wiederum von einer besserverdienenden Käufer/innenschicht gerne getragen werden, da die Lebensmittel eine ideologische Aufwertung erfahren haben.

Dieser Prozess wird parallel dazu von einem Auseinanderklaffen der Konsumgewohnheiten begleitet werden. So wie sich die Landwirtschaft in zwei divergente Richtungen bewegen wird, kommt es auch zu einem Auseinanderdriften der Konsument/innenstruktur in zwei Extreme. Für die eine Konsument/innenseite gestaltet sich bereits heute die (Grund)Versorgung mit Nahrungsmitteln zum Problem. Diese Gruppe wird vor allem mit kostengünstigeren Produkten aus der intensiven Form der Landbewirtschaftung versorgt (werden).

Für das andere Extrem sind bestimmte Konnotationen, die Lebensmittel erhalten, von kaufentscheidender Bedeutung. Diese Konsument/innen stellen für die extensive Landwirtschaft die zentrale Käufer/innenschicht ihrer Produkte dar. Ethische und immaterielle Zuschreibungen an biologisch erzeugte Lebensmittel bezeichnen das zentrale Kaufmotiv dieser zahlungskräftigen Gruppe.

Diese gesellschaftlichen und landwirtschaftlichen Tendenzen werden langfristig von konträren Prozessen in der Agrarpolitik begleitet werden. Zukünftig werden wohl intensive Formen der Landbewirtschaftung neben Gebieten mit extensiver Landwirtschaft bestehen. Jene Regionen mit extensiver Landbewirtschaftung, wie es das österreichische Berggebiet eines ist, bedürfen wohl auch zukünftig einer besonderen Unterstützung von Agrar(umwelt)politischer Seite. Die gesamtgesellschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft, wie sie in den zweitgenannten Regionen bereitgestellt werden können, werden auch weiterhin als Legitimation für die Agrarumweltpolitik und Agrarförderpolitik herangezogen werden.

Zentral für diese Arbeit ist die abschließende Feststellung, dass die biologische Landwirtschaft eine ernst zunehmende Perspektive für viele österreichische Landwirt/innen

darstellt. Speziell für jene Bauern/Bäuerinnen die unter erschwerten landwirtschaftlichen Bedingungen zu wirtschaften haben, stellt die Biolandwirtschaft eine bedeutsame Alternative zur konventionellen Landwirtschaft dar.

Auch wenn die ökonomische Bedeutung des Biosektors wohl nie über einen Nischencharakter hinausgehen wird und ein breiter Konsum an Bioprodukten wahrscheinlich niemals einsetzen wird, bedeutet die ökologische Landwirtschaft eine (Über)Lebensstrategie für eine große Anzahl von österreichischen Bauern/Bäuerinnen. Gleichfalls kann der Biolandbau positive Impulse an das (Selbst)Bewusstsein der Landwirt/innen aussenden. Der Biosektor weist nun schon seit Jahren, zwar auf niedrigerem Niveau, aber doch, enorme Wachstumswahlen auf. Neben dem steigenden Konsum an Bioprodukten zeigen auch die Strukturen der biologischen Landwirtschaft, anders als die landwirtschaftlichen Strukturen allgemein, positive Entwicklungstendenzen auf. Die Biobauern/bäuerinnen erhalten somit eine ökonomische Bestätigung für ihre Anstrengungen.

Aber auch die Rückkoppelungseffekte von gesellschaftlicher Seite fallen für die biologisch wirtschaftenden Landwirt/innen äußerst positiv aus und so rangiert die gesellschaftliche Wertschätzung für die Leistungen der Ökobauern/bäuerinnen im Vergleich zu intensiven Formen der Landwirtschaft derzeit auf sehr hohem Level.

Neben Wirtschaft und Gesellschaft reagiert auch die (Agrar)Politik äußerst positiv auf die biologische Landwirtschaft. Die Anerkennung des Ökolandbaus erfolgt von politischer Seite über die diversen Agrarumweltmaßnahmen, die neben den oben beschriebenen Beweggründen gleichfalls als Wertschätzung für die Leistungen der Biobauern/bäuerinnen interpretiert werden können.

## Literaturverzeichnis

---

- ADAM, Armin: „Die philosophischen und politik-philosophischen Grundlagen der Politischen Ökologie“. In: Mayer-Tasch, Peter Cornelius (Hrsg.): „Politische Ökologie. Eine Einführung“. Opladen; 1999a; Leske + Budrich; S. 35-59
- ADAM, Armin: „Politische Ökologie und Politisches System“. In: Mayer-Tasch, Peter Cornelius (Hrsg.): „Politische Ökologie. Eine Einführung“. Opladen; 1999b; Leske + Budrich; 59-81
- ADLER, Meinhard: „Der Begriff der Natur im Nationalsozialismus und in der Übertragung auf die heutige Zeit“. In: Hassenpflug, Dieter (Hg.): „Industrialismus und Ökoromantik. Geschichte und Perspektiven der Ökologisierung“. Wiesbaden; 1991; Deutscher Universitätsverlag
- ALT, Franz: „Das ökologische Wirtschaftswunder – Arbeit und Wohlstand für alle.“ Berlin: 2002, Taschenbuch Verlag GmbH
- ANDEREGG, Ralph: „Grundzüge der Agrarpolitik“. München; 1999; Oldenbourg Wissenschaftsverlag
- BAASKE, Wolfgang: „Externe Leistungen der bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft“. In: Riegler, Josef/Popp, Hans W./Kroll-Schlüter Hermann: „Aufstand oder Aufbruch? Wohin gehen Europas Bauern?“. Graz, Stuttgart, 1996; Leopold Stocker Verlag
- BAUER, Siegfried/Trötschler, Patrick: „Ökonomische Ansätze für eine nachhaltige Landwirtschaft“. In: Härdtlein, Marlies/Kaltschmitt, Martin/Lewandowski, Iris/Wurl, Holger (Hg.): „Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialwissenschaften“. Berlin; 2000; Erich Smidt Verlag GmbH
- BECK, Ulrich: „Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne“. Frankfurt am Main; 1986; Suhrkamp Verlag
- BECKMANN, Klaus: „Nachhaltigkeit – ein Wohlfahrtskriterium?“. In: Geiss, Jan/Wortmann, David/Zuber, Fabian (Hg.): „Nachhaltige Entwicklung – Strategie für das 21. Jahrhundert? Eine interdisziplinäre Annäherung“. Opladen: 2003, Leske + Budrich
- Berglandwirtschaft – Eine Einführung: „Der Strukturwandel geht weiter“. In: Internationale Alpenschutzkommission CIPRA (Hg.): „2. Alpenreport. Daten, Fakten, Probleme, Lösungsansätze“. 2001; Bern; Stuttgart; Wien; Haupt; S. 154
- BESCH, Michael/HAUSLADEN, Helmut: „Wettbewerbsvorteile im regionalen Lebensmittelmarketing“. In: Penker, Marianne/Pfusterschmid, Sophie (Hg.): „Wie steuerbar ist die Landwirtschaft? Erfordernisse, Potentiale und Instrumente zur Ökologisierung der Landwirtschaft“. Wien; 2003; Facultas Universitätsverlag; S. 75-82
- BLANDFORD, David: „The functioning of agriculture and agribusiness in developed market economies“. In: Burrell, Alison/Oskam, Arie (Ed.): „Agricultural Policy and Enlargement of the European Union“. Wageningen, 2000; S. 3-20

BRECHBÜHL/ KRIEGER/ LESCH/ REY/ THOMAS: „Ökologie und Kulturwandel: Wort, Bild, Wert und Glaube ans Vermittler zwischen Individuen und Gesellschaft“. In: Fuhrer, Urs: Ökologisches handeln als sozialer Prozess; 1995, Basel, Birkhäuser Verlag

BRUCKMÜLLER, Ernst: „Landwirtschaftliche Organisationen im Modernisierungsprozeß: Landwirtschaftsgesellschaften, Genossenschaften und politische Vereine vom Vormärz bis zum ersten Weltkrieg“. Wien; 1976

BRUCKMÜLLER, Ernst: „Sozialgeschichte Österreichs“. Wien; München; 1985; Herold Verlag

BRUCKMÜLLER, Ernst: „Vom „Bauernstand“ zur „Gesellschaft des ländlichen Raumes“. Sozialer Wandel in der bäuerlichen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts“. In: Bruckmüller, E./Hanisch, E./Sandgruber, R./Weigl, N.: „Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert“. Wien; 2002; Ueberreuter; S. 409-592

BRUHN, Maike: „Die Nachfrage nach Bioprodukten. Eine Langzeitstudie unter besonderer Berücksichtigung von Verbrauchereinstellungen“. Frankfurt a. Main; 2002; Peter Lang GmbH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hg.): „Grüner Bericht 2007“. Wien; 2007a

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hg.): „Lebensmittelbericht Österreich 2008. Wertschöpfungskette Agrarerzeugnisse - Lebensmittel und Getränke“. Wien; 2007b

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hg.): „Österreichisches Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums 2007 bis 2013“. Wien; 2007c

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hg.): „Aktionsprogramm Biologische Landwirtschaft 2008-2010“. Wien; 2008

CARDWELL, Michael: „The European Model of Agriculture“. New York; 2004; Oxford University Press

COSTA/CUNHA/MENDES/SOTTOMAYOR: „From CAP to CARPE: Embedding the Bond Scheme Proposal in a Comprehensive Reform“. In: Swinbank, Alan/Tranter, Richard (Ed.): „A Bond Scheme for Common Agricultural Policy Reform“. Wallingford; 2004; CABI Publishing; p. 79-92

DABBERT/HÄRING/ZANOLI: „Politik für den Öko-Landbau“. Stuttgart; 2002; Verlag Eugen Ulmer

DAX, Thomas: „Agenda 2000 und die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 44-60

DEUBLE, Jürgen/SARTORIS, Alma: „Labels fördern die Vermarktung und stärken die Region“. In: Internationale Alpenschutzkommission CIPRA (Hg.): „2. Alpenreport. Daten, Fakten, Probleme, Lösungsansätze“. 2001; Bern; Stuttgart; Wien; Haupt; S. 83-85

DIEKMANN, Andreas/PREISENDÖRFER, Peter: „Umweltsoziologie. Eine Einführung“. Hamburg; 2001; Rowohlt Taschenbuch Verlag

DIRKS, Walter: „Der restaurative Charakter der Epoche“. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.): „Konservativismus“ 2., erweiterte Auflage; Königstein, 1984, Athenäum Verlag GmbH

EDER, Michael: „Der biologische Landbau in Österreich: Eine Erfolgsgeschichte“. In: Darnhofer, Ika/Wytrzens, Hans Karl/Walla, Christoph (Hg.): „Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Festschrift für Walter Schneeberger“. Wien; 2006; Facultas; S. 89-100

EICKHOFF, Volker: Die Ökoromantik oder ein Jahrhundert Kulturpessimismus – Ein historischer Abriss holistischer Denkweisen“. In: Eikhoff, Volker; Korotin, Ilse (Hg.): „Sehnsucht nach Schicksal und Tiefe. Der Geist der konservativen Revolution.“ Wien, 1997, Picus Verlag Ges.m.b.H.

EKARDT, Felix: „Das Prinzip Nachhaltigkeit – Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit.“ München: beck'sche Reihe, 2005

FISCHLER, Franz: Die EU-Agrarpolitik und Berggebiete“. In: Anwander Phan-huy, Sibyl/Wytrzens, Hans Karl (Hg.): „EU-Agrarpolitik und Berggebiete. Beiträge der gemeinsamen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie und der Schweizer Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie“. Kiel; 1997; Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG; S. 205-220

FISCHLER, Franz: „Ländliche Entwicklungspolitik in der EU als Instrument zur Erschließung von Einkommensalternativen“. In: Darnhofer, Ika/Wytrzens, Hans Karl/Walla, Christoph (Hg.): „Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Festschrift für Walter Schneeberger“. Wien; 2006; Facultas; S. 1-10

FRIEWALD-HOFBAUER, Theres/SCHIEBER, Ernst: „Ökosoziale Marktwirtschaft. Strategie zum Überleben der Menschheit. Josef Rieglers innovatives Konzept für Wirtschaft und Gesellschaft. Ökosoziales Forum Österreich (Hg.)“. Wien: 2001

FRITZSCHE, Klaus: Konservatismus: Entwürfe zur Sicherung sozialer Herrschaft. In: Neumann, Franz (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien 1. 2. Auflage. Opladen, 1998, Leske + Budrich; S. 267-318

FUHRER, Urs: „Environmental Problems as a Challenge for the Social Sciences: Issues, Approaches, Studies“. In: Fuhrer, Urs: Ökologisches handeln als sozialer Prozess; 1995, Basel, Birkhäuser Verlag

v. d. GABLENTZ, Otto Heinrich: „Reaktion und Restauration“ In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.): „Konservativismus“ 2., erweiterte Auflage; Königstein, 1984, Athenäum Verlag GmbH

GARDNER, Brian: "The New European Agriculture Policy: The June 26, 2003 Reform Agreement. Supplement to the EIS Special Report on "European Agriculture: Policy Reform and Change". 2003; Europe Information Service

GATTERMAYER, Fritz: „Landwirtschaft und Tourismus“. In: Darnhofer, Ika/Wytrzens, Hans Karl/Walla, Christoph (Hg.): „Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Festschrift für Walter Schneeberger“. Wien; 2006; Facultas; S. 51-62

GEISS/WORTMANN/ZUBER (Hg.): „Nachhaltige Entwicklung – Strategie für das 21. Jahrhundert?“. In: Geiss, Jan/Wortmann, David/Zuber, Fabian (Hg.): „Nachhaltige Entwicklung – Strategie für das 21. Jahrhundert? Eine interdisziplinäre Annäherung“. Opladen: 2003, Leske + Budrich

GÖPPEL, Josef: „Mitten im Umbruch – Antworten auf die Globalisierung der Wirtschaft und den globalen Klimawandel“. In: Ökosoziales Forum Österreich (Hg.) Josef Riegler/Hans W. Popp/Hermann Kroll-Schlüter u.a.: Die Bauern nicht dem Weltmarkt opfern! Lebensqualität durch ein europäisches Agrarmodell; Graz, 1999; Leopold Stocker Verlag

GÖSTL, Katharina: „Der Einfluss der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf das Konsumverhalten und den Ernährungsstatus der österreichischen Bevölkerung“. Wien; 2005

GRAF HOHENTHAL, Carl: „Landwirtschaft zwischen Steuerung und Globalisierung – Visionen 2015“. In: KTBL (Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft) (Hg.): „Landwirtschaft – Visionen 2015. Standortentwicklung für die Landwirtschaft. KTBL-Vortragstagung vom 5. bis 6. April 2005 in Berlin“. Darmstadt; 2005; S. 43-48

GREIF, Franz: „Organisationsstrukturen in der österreichischen Landwirtschaft“. In: „Österreichs Landwirtschaft im EU-Agrarsystem“. Klosterneuburg; 1997a; Österreichischer Agrarverlag; S. 7-22

GREIFFENHAGEN, Martin: „Das Dilemma des Konservatismus“. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.): „Konservatismus“ 2., erweiterte Auflage; Königstein, 1984, Athenäum Verlag GmbH

GROIER, Michael: „Agrarische Umweltpolitik und biologischer Landbau in Österreich und Europa“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 148-165

GROSZHEIM, Michael: „Ökologie oder Technokratie? Der Konservatismus in der Moderne“. Berlin, 1995, Duncker & Humblot GmbH

GUSCHLBAUER, Karl: „Die Interessenvertretung der Landwirtschaft – I: Anwalt der Bauern“. In: Schneider, Friedrich/Hofreither, Markus (Hg.): „Chance Landwirtschaft: Wege und Perspektiven für die neunziger Jahre“. Wien; 1988; Österreichischer Agrarverlag; S. 191-202

HAAS, Dieter: „Agricultural Policies in the EU and US. A Comparison of Policy Objectives and their Realization“. Saarbrücken; 2007; VDM Verlag Dr. Müller

HANISCH, Ernst: „Die Politik und die Landwirtschaft“. In: Bruckmüller, E./Hanisch, E./Sandgruber, R./Weigl, N.: „Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert“. Wien; 2002; Ueberreuter; S. 15-190

HARTENSTEIN, Liesel: „Landwirtschaft braucht Zukunft. Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung“. In: Hartenstein, Liesel/Priebe, Hermann/Köpke, Ulrike (Hg.): „Braucht Europa seine Bauern noch? Über die Zukunft der Landwirtschaft“. Baden-Baden; 1997; Nomos Verlagsgesellschaft; S. 127-164

HAUFF, Volker (Hg.): „Unsere gemeinsame Zukunft; Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“. Greven: Eggenkamp Verlag, 1987

HAWKEN, Paul/ LOVINS, Amory & Hunter: „Öko-Kapitalismus: die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts – Wohlstand im Einklang mit der Natur.“ München: 2000

HEBERTSHUBER, Martin: „Alternative Vermarktungsstrategien in der Landwirtschaft“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 180-198

HECHER, Michael: „Vermarktung von Bio-Milchprodukten in Europa“. In: Ökosoziales Forum Österreich (Hg.): „Wintertagung 2000. Der Bauer im Spannungsfeld zwischen Wettbewerbsdruck und Konsumentenwünschen“. Gumpenstein; 2000; Bundesanstalt für Alpenländische Landwirtschaft; S. 195-201

HEISZENHUBER, Alois; „Landbewirtschaftung morgen – Visionen für 2015“. In: KTBL (Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft) (Hg.): „Landwirtschaft – Visionen 2015. Standortentwicklung für die Landwirtschaft. KTBL-Vortragstagung vom 5. bis 6. April 2005 in Berlin“. Darmstadt; 2005; S. 18-32

HENNING, Christian H.C.A.: „Macht und Tausch in der europäischen Agrarpolitik. Eine positive Theorie kollektiver Entscheidungen.“ Frankfurt am Main; 2000; Campus Verlag

HENRICHSMEYER, Wilhelm/Witzke, Heinz Peter: „Agrarpolitik Band 1, Agrarökonomische Grundlagen“. Stuttgart; 1991; UTB

HEUSER, Marie-Luise: „Was grün begann endet blutigrot. Von der Naturromantik zu den Reagrarisierungs- und Entvölkerungsplänen der SA und SS“. In: Hassenpflug, Dieter (Hg.): „Industrialismus und Ökoromantik. Geschichte und Perspektiven der Ökologisierung“. Wiesbaden; 1991; Deutscher Universitätsverlag

HEUSER, Marie-Luise: „Antimodernismus und „negative Bevölkerungspolitik – Der Zusammenhang von „Konservativer Revolution“ und Eugenikbewegung“. In: Eikhoff, Volker; Korotin, Ilse (Hg.): „Sehnsucht nach Schicksal und Tiefe. Der Geist der konservativen Revolution.“ Wien, 1997, Picus Verlag Ges.m.b.H.

HOFREITHER, Markus F.: „Trends und Optionen der Landwirtschaft zur Jahrtausendwende“. In: „Österreichs Landwirtschaft. Situation und Option zur Jahrtausendwende“. Wien; 1995; Facultas Universitätsverlag; S. 15-44

HOFREITHER, Markus F.: „40 Jahre Europäische Agrarpolitik – mit visionären Zielen in die realpolitische Sackgasse?“ In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 26-43

HOFREITHER, Markus F.: „Socio-economic aspects of agri-environmental programs – an introspective survey“. In: Härdtlein, Marlies/Kaltschmitt, Martin/Lewandowski, Iris/Wurl, Holger (Hg.): „Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialwissenschaften“. Berlin; 2000; Erich Smidt Verlag GmbH

HOPPICHLER, Josef/KRAMMER, Josef: „Die Zukunft der österreichischen Landwirtschaft – was wird aus Österreichs Bauern?“ In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 207-225

HOVORKA, Gerhard: „Das Direktzahlungssystem in Österreich nach dem EU-Beitritt“. Wien; 1996; Bundesanstalt für Bergbauernfragen

HOVORKA, Gerhard: „Das Förderungssystem in der österreichischen Landwirtschaft“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999a; Promedia; S. 131-147

HOVORKA, Gerhard: „Berglandwirtschaft und Bergbauernpolitik“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999b; Promedia; S. 166-179

HOVORKA, Gerhard: „Keine Berglandwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen. Evaluierung der Massnahme Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten und nationale Beihilfe“. Wien; 2001; Bundesanstalt für Bergbauernfragen

HUBER, Joseph: „Fortschritt und Entfremdung. Ein Entwicklungsmodell des ökologischen Diskurses“. In: Hassenpflug, Dieter (Hg.): „Industrialismus und Ökoromantik. Geschichte und Perspektiven der Ökologisierung“. Wiesbaden; 1991; Deutscher Universitätsverlag

HUNTINGTON, Samuel: „Konservatismus als Ideologie“ In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.): „Konservatismus“ 2., erweiterte Auflage; Königstein, 1984, Athenäum Verlag GmbH

INGLEHART, Ronald: „Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten“. In: Klages, Helmut/Kmiecziak, Peter (Hg.): „Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel“. Frankfurt/Main; 1984; Campus Verlag; 279-316

ISERMEYER, Folkhard/SCHEELE, Martin: „Ländliche Regionen im Kontext agrarstrukturellen Wandels – Entwicklungen und Potentiale“. In: Isermeyer, Folkhard/Scheele, Martin (Hg.): „Ländliche Regionen im Kontext agrarstrukturellen Wandels. Entwicklungen und Potentiale“. Kiel; 1995; Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG

JANETSCHKEK, Hubert: „Betriebswirtschaftliche Betrachtung“. In: „Österreichs Landwirtschaft im EU-Agrarsystem“. Klosterneuburg; 1997; Österreichischer Agrarverlag; S. 149-184

JUNG, Thomas: „Esoterik und Konservatismus“. Konstanz; 2002; UVK

JÜNGER, Friedrich Georg: „Die Perfektion der Technik“ 2. Erw. Auflage. Frankfurt am Main; 1949; Klostermann

KARMASIN Helene: „Produktsicherheit und –qualität – was wünschen sich Konsumenten“. In: Ökosozielles Forum Österreich (Hg.): „Wintertagung 2000. Der Bauer im Spannungsfeld zwischen Wettbewerbsdruck und Konsumentenwünschen“. Gumpenstein; 2000; Bundesanstalt für Alpenländische Landwirtschaft; S. 42-44

KINDERMANN, Gottfried-Karl: „Konservatives Denken und die Frage der österreichischen Identität in der ersten Republik“. In: Rill, Robert/Zellenberg, Ulrich: „Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute“. Graz; 1999; Leopold Stocker Verlag; S. 213-230

KIRNER, Leopold/EDER, Michael: „Wirkungsanalyse von Steuerungselementen zur Stimulierung des Biologischen Landbaus – Akzeptanz und Erfordernisse aus Sicht der Bäuerinnen und Bauern“. In: Penker, Marianne/Pfusterschmid, Sophie (Hg.): „Wie steuerbar ist die Landwirtschaft? Erfordernisse, Potentiale und Instrumente zur Ökologisierung der Landwirtschaft“. Wien; 2003; Facultas Universitätsverlag; S. 13-26

KIRNER, Leopold: „Rentabilität der biologischen Milchkuhhaltung im Rahmen der Ländlichen Entwicklung 2007-2013“. In: Darnhofer, Ika/Wytrzens, Hans Karl/Walla, Christoph (Hg.): „Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Festschrift für Walter Schneeberger“. Wien; 2006; Facultas; S. 101-114

KITZMANTEL, Edith: „Volkswirtschaftliche Aspekte der Agrarpolitik“. In: Steger, Gerhard (Hg.): „Grünbuch. Krisen und Perspektiven der österreichischen Landwirtschaft“. Wien; 1988; Erwin Schwaiger Verlag; S. 67-75

KLASZ, Walter: „Das Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes“. In: Ökosozielles Forum Österreich (Hg.): „Wintertagung 2000. Der Bauer im Spannungsfeld zwischen Wettbewerbsdruck und Konsumentenwünschen“. Gumpenstein; 2000; Bundesanstalt für Alpenländische Landwirtschaft; S. 52-63

KLUGE, Ulrich: „Ökowende. Agrarpolitik zwischen Reform und Rinderwahnsinn“. Berlin; 2001; Siedler Verlag

KLUGE, Ulrich: „Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft im 20. Jahrhundert“. München; 2005; R. Oldenbourg Verlag

KNIEPERT, Martin: „EU-Osterweiterung und die österreichische Landwirtschaft“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 61-80

KNOFLACHER, Helmut Markus: „Steuerung oder Intervention – Handlungsoptionen in komplexen Systemen“. In: Penker, Marianne/Pfusterschmid, Sophie (Hg.): „Wie steuerbar ist die Landwirtschaft? Erfordernisse, Potentiale und Instrumente zur Ökologisierung der Landwirtschaft“. Wien; 2003; Facultas Universitätsverlag; S. 27-40

KOHOUT, Franz: „Die rechtliche Dimension der Politischen Ökologie“. In: Mayer-Tasch, Peter Cornelius (Hrsg.): „Politische Ökologie. Eine Einführung“. Opladen; 1999a; Leske + Budrich; S. 81-109

KOHOUT, Franz: „Politische Ökologie und Internationale Politik“. In: Mayer-Tasch, Peter Cornelius (Hrsg.): „Politische Ökologie. Eine Einführung“. Opladen; 1999b; Leske + Budrich; S. 109-139

KRACHLER, Martin Maria: „Quo vadis – agricultura?“ In: Penker, Marianne/Pfusterschmid, Sophie (Hg.): „Wie steuerbar ist die Landwirtschaft? Erfordernisse, Potentiale und Instrumente zur Ökologisierung der Landwirtschaft“. Wien; 2003; Facultas Universitätsverlag; S. 173-180

KRAMMER, Josef: „Änderungen der Agrar- und Regionalpolitik Österreichs durch den EU-Beitritt und deren Auswirkungen“. In: Anwender Phan-huy, Sibyl/Wytrzens, Hans Karl (Hg.): „EU-Agrarpolitik und Berggebiete. Beiträge der gemeinsamen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie und der Schweizer Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie“. Kiel; 1997; Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG; S. 87-112

KRAMMER, Josef: „Ideologische Interpretationsmuster des Bauernseins im Wandel der Zeit“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 199-206

LANGTHALER, Ernst: „Bauernsterben? Wege österreichischer Agrargesellschaften in der Moderne“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 81-98

LANGTHALER, Ernst: „Gerahmte Landbilder. Agrargeschichtsschreibung in Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“. In: Bruckmüller, Ernst/Langthaler, Ernst/Redl, Josef (Hg.): „Agrargeschichte schreiben; Traditionen und Innovationen im internationalen Vergleich. Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2004“. Innsbruck; 2004; Studienverlag Ges.m.b.H.; S. 30-62

LEHNER, Franz/SCHMIDT-BLEEK, Friedrich: „Die Wachstumsmaschine. Der ökonomische Charme der Ökologie.“ München: 1999, Droemer Verlag

LINCKH/SPRICH/FLAIG/MOHR: „Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Voraussetzungen, Möglichkeiten, Maßnahmen“. Berlin, Heidelberg: 1997, Springer-Verlag

LIPIETZ, Alain: „Grün. Die Zukunft der politischen Ökologie“. Wien; 1998; Promedia

LIPIETZ, Alain: „Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie“. Münster; 2000; Verlag Westfälisches Dampfboot

LITTIG, Beate: „Die Bedeutung von Umweltbewußtsein im Alltag oder: Was tun wir eigentlich, wenn wir umweltbewußt sind?“. Frankfurt am Main; 1995; Europäischer Verlag der Wissenschaften

LLORENS ABANDO, Lourdes/ROHNER-THIELEN, Elisabeth: „Unterschiedliche Strukturen beim ökologischen Landbau in der EU-25. Überblick über die derzeitige Situation“. In: „Statistik kurz gefasst – Landwirtschaft und Fischerei“. 69/2007; Eurostat; S. 1-7

LUHMANN, Niklas: „Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?“. Opladen; 1986; Westdeutscher Verlag

LYNGGAARD, K.: „The Common Agricultural Policy and Organic Farming“. Oxfordshire; 2006; Cabi

MANNHEIM, Karl: „Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens“. Frankfurt am Main; 1984; Suhrkamp Taschenbuch Verlag

MAYER-TASCH, Peter Cornelius: „Aus dem Wörterbuch der Politischen Ökologie“. München; 1985; dtv

MAYER-TASCH, Peter Cornelius: „Was ist und wozu betreibt man Politische Ökologie?“ In: Mayer-Tasch, Peter Cornelius (Hrsg.): „Politische Ökologie. Eine Einführung“. Opladen; 1999a; Leske + Budrich; S. 9-35

MAYER-TASCH, P.C.: „Die soziokulturelle und die spirituelle Dimension der Politischen Ökologie“. In: Mayer-Tasch, Peter Cornelius (Hrsg.): „Politische Ökologie. Eine Einführung“. Opladen; 1999b; Leske + Budrich; S. 139-161

MEADOWS/RANDERS: „Die Grenze der Belastbarkeit unserer globalen Umwelt: ein Blick auf die ethischen Alternativen“. In: Meadows, Dennis/Meadows, Donella: „Das globale Gleichgewicht. Modellstudien zur Wachstumskrise“. Stuttgart; 1974; dva

MEADOWS, Denis L.: „Die Grenzen des Wachstums und Planung für die Zukunft“. In: Richter, Horst E. (Hg.): „Wachstum bis zur Katastrophe? Pro und Contra zum Weltmodell“. Stuttgart; 1974; dva

MEADOWS, Donella und Denis/RANDERS Jørgen: „Die neuen Grenzen des Wachstums – Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen“. Stuttgart: DVA, 1992

MEISINGER, Christine: „Entwicklung der Agrar- und Regionalpolitik der Europäischen Union. Ein Überblick in Zahlen“. Wien; 2000; Bundesanstalt für Bergbauernfragen

MILLER, Josef: „Zukunftsstrategien für einen vitalen ländlichen Raum in Bayern“. In: Riegler, Josef/Popp, Hans W./Kroll-Schlüter, Hermann (Hg.): „Land in Gefahr. Zukunftsstrategien für den ländlichen Raum“. Graz; 2005; Leopold Stocker Verlag; S. 69-78

MODER, Gabriele: „Bäuerliche Initiativen im Berggebiet“. In: Anwender Phan-huy, Sibyl/Wytrzens, Hans Karl (Hg.): „EU-Agrarpolitik und Berggebiete. Beiträge der

gemeinsamen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie und der Schweizer Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie“. Kiel; 1997; Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG; S. 61-68

MOHRS, Thomas: „Unfit für Nachhaltigkeit? Überlegungen zur Kompatibilität von „Nachhaltigkeit“ mit unserer „ersten Natur“. In: Geiss, Jan/Wortmann, David/Zuber, Fabian (Hg.): „Nachhaltige Entwicklung – Strategie für das 21. Jahrhundert? Eine interdisziplinäre Annäherung“. Opladen: 2003, Leske + Budrich

MOLTERER, Wilhelm: „Die Ökologisierung Österreichs – eine neue Österreichkonzeption“. In: Riegler, Josef/Moser, Anton: „Ökosoziale Marktwirtschaft. Denken und Handeln in Kreisläufen. Ökosoziales Forum Steiermark (Hg.)“. Graz: 1996, Leopold Stocker Verlag

MOSER, Anton: „Denken und Handeln in Kreisläufen nach dem Vorbild der Natur“. S. 52-111; In: Riegler, Josef/Moser, Anton: „Ökosoziale Marktwirtschaft. Denken und Handeln in Kreisläufen. Ökosoziales Forum Steiermark (Hg.)“. Graz: 1996, Leopold Stocker Verlag

MÜLLER, Michael/HENNICKE, Peter: „Wohlstand durch Vermeiden – Mit der Ökologie aus der Krise“. Darmstadt: 1994

NEUNTEUFEL, Marta G.: „Umweltaspekte der EU-Mitgliedschaft“. In: „Österreichs Landwirtschaft im EU-Agrarsystem“. Klosterneuburg; 1997; Österreichischer Agrarverlag; S. 227-254

NISSLER, Rudolf: „Die Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft“. In: Steger, Gerhard (Hg.): „Grünbuch. Krisen und Perspektiven der österreichischen Landwirtschaft“. Wien; 1988; Erwin Schwaiger Verlag; S. 91-99

OBERBECK, Herbert/OPPERMANN, Rainer: „Landwirtschaft vor neuen Fragen gesellschaftlicher Akzeptanz und beruflicher Orientierung“. In: Isermeyer, Folkhard/Scheele, Martin (Hg.): „Ländliche Regionen im Kontext agrarstrukturellen Wandels. Entwicklungen und Potentiale“. Kiel; 1995; Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG

OFFERMANN, Frank/NIEBERG, Hiltrud: „Wirtschaftlichkeit des ökologischen Landbaus in Europa unter veränderten Rahmenbedingungen“. In: Darnhofer, Ika/Wytrzens, Hans Karl/Walla, Christoph (Hg.): „Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Festschrift für Walter Schneeberger“. Wien; 2006; Facultas; S. 73-88

ORTNER, Karl Michael: „Die österreichische Agrarpolitik bis zum EU-Beitritt“. In: „Österreichs Landwirtschaft im EU-Agrarsystem“. Klosterneuburg; 1997a; Österreichischer Agrarverlag; S. 23-42

ORTNER, Karl Michael: „Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Landwirtschaft und ausgewählte Sektoren“. In: „Österreichs Landwirtschaft im EU-Agrarsystem“. Klosterneuburg; 1997b; Österreichischer Agrarverlag; S. 115-148

PENZ, Hugo: „Die Landwirtschaft in den österreichischen Alpen“. In: Bätzing, Werner (Hg.): „Landwirtschaft im Alpenraum – unverzichtbar, aber zukunftslos? Eine alpenweite

Bilanz der aktuellen Probleme und der möglichen Lösungen“. Berlin, Wien; 1996; Blackwell Wissenschafts-Verlag; S. 141-168

PENZ, Hugo: „Strukturprobleme österreichischer Bergbauerngemeinden: Erste Ergebnisse der Befragung von Ortsbauernobmännern“. In: Anwender Phan-huy, Sibyl/Wytrzens, Hans Karl (Hg.): „EU-Agrarpolitik und Berggebiete. Beiträge der gemeinsamen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie und der Schweizer Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie“. Kiel; 1997; Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG; S. 149-160

PEYERL, Hermann/BREUER, Günter: „Kooperationen – Theoretische Überlegungen aus Perspektive der Haushaltsökonomie“. In: Darnhofer, Ika/Wytrzens, Hans Karl/Walla, Christoph (Hg.): „Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Festschrift für Walter Schneeberger“. Wien; 2006; Facultas; S. 21-34

PIRRINGER, Helga: „Ökonomische und strukturelle Auswirkungen durch Intensitätsverringern in der Landwirtschaft mit dem Ziel der Nachhaltigkeit“. In: „Österreichs Landwirtschaft im EU-Agrarsystem“. Klosterneuburg; 1997; Österreichischer Agrarverlag; S. 255-274

POPP, Hans W.: „Leitlinien und Massnahmen einer Politik für den ländlichen Raum“. In: Riegler, Josef/Popp, Hans W./Kroll-Schlüter Hermann: „Aufstand oder Aufbruch? Wohin gehen Europas Bauern?“. Graz, Stuttgart, 1996; Leopold Stocker Verlag

POPP, Hans W.: „Agrarpolitik der EU und international: Schlüsselrolle für den ländlichen Raum“. In: Riegler, Josef/Popp, Hans W./Kroll-Schlüter, Hermann (Hg.): „Land in Gefahr. Zukunftsstrategien für den ländlichen Raum“. Graz; 2005; Leopold Stocker Verlag; S. 79-86

POSCH, Alois: „Österreichs Landwirtschaft – von der Unter- zur Überversorgung“. In: Steger, Gerhard (Hg.): „Grünbuch. Krisen und Perspektiven der österreichischen Landwirtschaft“. Wien; 1988; Erwin Schwaiger Verlag; S. 31-36

POSCHACHER, Gerhard: „Österreichische Agrarpolitik im Wandel. Von der Sichel zum Mährescher“. Wien; 2003

PRETTERHOFER, Gerhard/POSCHACHER, Robert: „Markt- und Ernährungswirtschaft“. In: „Österreichs Landwirtschaft im EU-Agrarsystem“. Klosterneuburg; 1997; Österreichischer Agrarverlag; S. 185-210

PRIEBE, Hermann: „200 Jahre Agrarpolitik“. In: Hartenstein, Liesel/Priebe, Hermann/Köpke, Ulrike (Hg.): „Braucht Europa seine Bauern noch? Über die Zukunft der Landwirtschaft“. Baden-Baden; 1997; Nomos Verlagsgesellschaft; S. 19-38

PRÖLL, Josef: „Österreichische Strategien für den ländlichen Raum“. In: Riegler, Josef/Popp, Hans W./Kroll-Schlüter, Hermann (Hg.): „Land in Gefahr. Zukunftsstrategien für den ländlichen Raum“. Graz; 2005; Leopold Stocker Verlag; S. 87-92

RAMMER, Christian: „Industrialisierung und Proletarisierung. Zum Strukturwandel in der österreichischen Landwirtschaft“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische

Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 99-117

REICHARDT, Robert: „Wertstrukturen im Gesellschaftssystem – Möglichkeiten makrosoziologischer Analysen und Vergleiche“. In: Klages, Helmut/Kmieciak, Peter (Hg.): „Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel“. Frankfurt/Main; 1984; Campus Verlag; S. 23-40

RIBHEGGE, Wilhelm: „Konservatismus: Versuch zu einer kritisch-historischen Theorie“. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.): „Konservatismus“ 2., erweiterte Auflage; Königstein, 1984, Athenäum Verlag GmbH

RIEDER, Peter: Nachhaltige Primärproduktion im Alpenraum – Interdisziplinäre Forschungsansätze“. In: Anwender Phan-huy, Sibyl/Wytrzens, Hans Karl (Hg.): „EU-Agrarpolitik und Berggebiete. Beiträge der gemeinsamen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie und der Schweizer Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie“. Kiel; 1997; Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG; S. 7-20

RIEGLER, Josef: „Der Ökosoziale Weg – Ein Modell für die europäische Agrarpolitik?“. In: Riegler, Josef/Popp, Hans W./Kroll-Schlüter Hermann: „Aufstand oder Aufbruch? Wohin gehen Europas Bauern?“. Graz, Stuttgart, 1996; Leopold Stocker Verlag

RIEGLER, Josef/MOSER, Anton: „Ökosoziale Marktwirtschaft. Denken und Handeln in Kreisläufen. Ökosoziales Forum Steiermark (Hg.)“. Graz: 1996, Leopold Stocker Verlag

RIEGLER, Josef: „Ökosoziale Marktwirtschaft“. S. 7-51. In: Riegler, Josef/Moser, Anton: „Ökosoziale Marktwirtschaft. Denken und Handeln in Kreisläufen. Ökosoziales Forum Steiermark (Hg.)“. Graz: 1996, Leopold Stocker Verlag

SALHOFER, Klaus: „Ziele, Instrumente und Trade-offs in der Agrarpolitik am Beispiel von Agrarumweltpolitik“. In: Penker, Marianne/Pfusterschmid, Sophie (Hg.): „Wie steuerbar ist die Landwirtschaft? Erfordernisse, Potentiale und Instrumente zur Ökologisierung der Landwirtschaft“. Wien; 2003; Facultas Universitätsverlag; S. 1-12

SANDGRUBER, Roman: „Die Landwirtschaft in der Wirtschaft. Menschen, Maschinen, Märkte“. In: Bruckmüller, E./Hanisch, E./Sandgruber, R./Weigl, N.: „Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert“. Wien; 2002; Ueberreuter; S. 191-408

SCHMIDT, Götz/JASPER, Ulrich: „Agrarwende – oder die Zukunft unserer Ernährung“. München; 2001; Beck

SCHMIDT-BLEEK, Friedrich: „Wieviel Umwelt braucht der Mensch? Faktor 10 – das Maß für ökologisches Wirtschaften“. München: 1997, dtv

SCHNEIDER, Matthias: „Agrarstrukturwandel: Erfahrungen, Perspektiven, Illusionen“. In: Schneider, Friedrich/Hofreither, Markus (Hg.): „Chance Landwirtschaft: Wege und Perspektiven für die neunziger Jahre“. Wien; 1988; Österreichischer Agrarverlag; S. 61-70

SCHNEIDER, Matthias: „Folgen des EU-Beitritts für die österreichische Landwirtschaft“. Wien; 1997; Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

SCHOBERT, Astrid: „Was ist Bio und was nicht? So erkennen Sie echte Qualität“. München; 2008; Knauer Ratgeber Verlag

SCHUH, Bernd: „Der Weltagrarmarkt und Österreichs Landwirtschaft“. In: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie: „Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne“. Wien; 1999; Promedia; S. 9-25

SCHULZ, Stefan: „Zukunft der EU-Förderung zur ländlichen Entwicklung“. In: KTBL (Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft) (Hg.): „Landwirtschaft – Visionen 2015. Standortentwicklung für die Landwirtschaft. KTBL-Vortragstagung vom 5. bis 6. April 2005 in Berlin“. Darmstadt; 2005; S. 33-37

SCHWARZ, Thomas/KOMMER, Karlheinz: „Die Bedeutung einer aktivierenden Umsetzungsberatung für die Entwicklung des ländlichen Raumes“. In: Riegler, Josef/Popp, Hans W./Kroll-Schlüter Hermann: „Aufstand oder Aufbruch? Wohin gehen Europas Bauern?“. Graz, Stuttgart, 1996; Leopold Stocker Verlag

SEBALDT, Martin: „Sustainable Development: Karriere und Entfaltung einer entwicklungspolitischen Strategie“. In: Geiss, Jan/Wortmann, David/Zuber, Fabian (Hg.): „Nachhaltige Entwicklung – Strategie für das 21. Jahrhundert? Eine interdisziplinäre Annäherung“. Opladen: 2003, Leske + Budrich

SEKOT, Walter: „Die bäuerliche Waldwirtschaft im Spiegel von Testbetriebsnetzen“. In: Darnhofer, Ika/Wytrzens, Hans Karl/Walla, Christoph (Hg.): „Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Festschrift für Walter Schneeberger“. Wien; 2006; Facultas; S. 35-50

SIEFERLE, Rolf Peter: „Umweltpolitik nach dem Ende der Geschichte“. In: Hassenpflug, Dieter (Hg.): „Industrialismus und Ökoromantik. Geschichte und Perspektiven der Ökologisierung“. Wiesbaden; 1991; Deutscher Universitätsverlag

SINABELL, Franz: „Die Multifunktionalität der österreichischen Landwirtschaft – eine ökonomische Annäherung“. In: Penker, Marianne/Pfusterschmid, Sophie (Hg.): „Wie steuerbar ist die Landwirtschaft? Erfordernisse, Potentiale und Instrumente zur Ökologisierung der Landwirtschaft“. Wien; 2003; Facultas Universitätsverlag; S. 245-252

STAGL, Sigrid: „Die Ökonomie als Teil des Ökosystems“. In: Bruckmüller, Ernst/Winiwarter, Verena: „Umweltgeschichte. Zum historischen Verhältnis von Gesellschaft und Natur“. Wien; 2000; öbv & hpt; S. 151-166

STATISTIK AUSTRIA: „Statistisches Jahrbuch Österreichs“. Wien, 2007

STAUB/BUCHGRABER/DIETRICH/HILBERT/KALS/SLADEK/STEININGER/TAPPEI  
NER: „Daten zur Berglandwirtschaft“. In: Internationale Alpenschutzkommission CIPRA (Hg.): „2. Alpenreport. Daten, Fakten, Probleme, Lösungsansätze“. 2001; Bern; Stuttgart; Wien; Haupt; S. 155-175

STEIDL, Andreas: „Von der Produktions- zur Marketingorientierung. Ansatzpunkte für die zukünftige Vermarktung österreichischer Lebensmittel.“ In: „Österreichs Landwirtschaft. Situation und Option zur Jahrtausendwende“. Wien; 1995; Facultas Universitätsverlag; S. 45-66

STEIGERWALD, Robert: „Sind wir Sklaven der Natur? Die Inanspruchnahme der Biologie durch den Konservatismus“. Düsseldorf; 1988; Edition Marxistische Blätter

STENGEL, Martin: „Ökologische Psychologie“. München; 1999; Odenbourg Verlag

STUCKI, Erwin: „Landwirtschaftliche und regionalpolitische Strukturpolitik der EU und der Schweiz im Vergleich“. In: Anwender Phan-huy, Sibyl/Wytrzens, Hans Karl (Hg.): „EU-Agrarpolitik und Berggebiete. Beiträge der gemeinsamen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie und der Schweizer Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie“. Kiel; 1997; Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG; S. 113-132

SWINBANK, Alan: „Direct Payments in the EU and their Treatment in the WTO“. In: Swinbank, Alan/Tranter, Richard (Ed.): „A Bond Scheme for Common Agricultural Policy Reform“. Wallingford; 2004; CABI Publishing; p. 5-38

TABARY, Philippe: „Europäische Agrarpolitik zwischen Überschüssen und Zuschüssen“. Bonn; 1999; EURECA-Verlag

TAPPEINER/TAPPEINER/EGGENSBERGER: „The influence of EU Agricultural Policy on the environment: an integrative research approach“. In: Tappeiner, Ulrike/Tappeiner, Gottfried/Hilbert, Andreas/Mattanovich, Ernst (Ed.): „The EU Agricultural Policy and the Environment. Evaluation of the Alpine Region“. Berlin; 2003; Blackwell Verlag GmbH; S. 11-24

TAPPEINER/MATTANOVICH/STEININGER/TAPPEINER: „Profile of a sustainable oriented regional development“. In: Tappeiner, Ulrike/Tappeiner, Gottfried/Hilbert, Andreas/Mattanovich, Ernst (Ed.): „The EU Agricultural Policy and the Environment. Evaluation of the Alpine Region“. Berlin; 2003; Blackwell Verlag GmbH; S. 247-262

TAUSCH, Walter: „Weltagrarmarkt: ... und erstickten im Überfluss“. In: Steger, Gerhard (Hg.): „Grünbuch. Krisen und Perspektiven der österreichischen Landwirtschaft“. Wien; 1988; Erwin Schwaiger Verlag; S. 25-30

TROMMSDORFF, Gisela: „Aspekte einer kulturvergleichenden Wertforschung“. In: Klages, Helmut/Kmieciak, Peter (Hg.): „Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel“. Frankfurt/Main; 1984; Campus Verlag; S. 259-278

VALJAVEC, Fritz: „Die Entstehung des europäischen Konservatismus“. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.): „Konservatismus“ 2., erweiterte Auflage; Königstein, 1984, Athenäum Verlag GmbH

VOTZI, Josef: „Wahl-Verwandtschaften: Einführung in die Kammerwelt“. In: Schneider, Friedrich/Hofreither, Markus (Hg.): „Chance Landwirtschaft: Wege und Perspektiven für die neunziger Jahre“. Wien; 1988; Österreichischer Agrarverlag; S. 211-222

WAGNER, Klaus: „Regionalförderung in der Landwirtschaft“. In: „Österreichs Landwirtschaft im EU-Agrarsystem“. Klosterneuburg; 1997; Österreichischer Agrarverlag; S. 211-226

WEBSTER, Paul: „Some possible economic consequences of sustainability in agriculture“. In: Härdtlein, Marlies/Kaltschmitt, Martin/Lewandowski, Iris/Wurl, Holger (Hg.): „Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialwissenschaften“. Berlin; 2000; Erich Smidt Verlag GmbH

Von WEIZSÄCKER, Ernst Ulrich: „Erdpolitik – Ökologische Realpolitik als Antwort auf die Globalisierung“; 5., aktualisierte Auflage. Darmstadt; 1997; Primus Verlag

Von WEIZSÄCKER, Ernst Ulrich/Lovins, Amory & Hunter: „Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch; Der neue Bericht an den Club of Rome“. München: 1995, Droemersch Verlag

WIDMANN, Thomas: „Kleinstrukturierte Landwirtschaft im Alpenraum – Zukunftsperspektiven“. In: Riegler, Josef/Popp, Hans W./Kroll-Schlüter Hermann: „Aufstand oder Aufbruch? Wohin gehen Europas Bauern?“. Graz, Stuttgart, 1996; Leopold Stocker Verlag

WILHELM, Jürgen: „Ökologische und ökonomische Bewertung von Agrarumweltprogrammen. Delphi-Studie, Kosten-Wirksamkeits-Analyse und Nutzen-Kosten-Berechnung“. Frankfurt am Main; 1999; Europäischer Verlag der Wissenschaften

WIMMER, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit. Wien, 2000, Böhlau Verlag

WÜSTEMANN, Henry: „Multifunktionalität der Landwirtschaft und Non Commodity Outputs. Theoretische Betrachtung und empirische Analyse“. Aachen; 2007; Shaker Verlag

WYDER, Jörg: „Agrarreformen zugunsten des Berggebiets“. In: Internationale Alpenschutzkommission CIPRA (Hg.): „2. Alpenreport. Daten, Fakten, Probleme, Lösungsansätze“. 2001; Bern; Stuttgart; Wien; Haupt; S. 206-210

WYTRZENS, Hans Karl: „Alternative Einkommensoptionen und Struktureffekte des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums in Österreich“. In: Darnhofer, Ika/Wytrzens, Hans Karl/Walla, Christoph (Hg.): „Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Festschrift für Walter Schneeberger“. Wien; 2006; Facultas; S. 11-20

ZEDDIES, Jürgen: „Nachwachsende Rohstoffe für den Energiesektor“. In: Darnhofer, Ika/Wytrzens, Hans Karl/Walla, Christoph (Hg.): „Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Festschrift für Walter Schneeberger“. Wien; 2006; Facultas; S. 123-134

#### **Internet:**

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/66073/1/1465>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/63938/1/1465/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/67429/1/1465/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/67101/1/1465/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60295/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60298/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60299/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60304/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60297/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60303/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60302/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/60305/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/62727/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/62723/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/62722/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/62718/1/13751/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/54761/1/4955/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/63118/1/4955/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/16401/1/4957/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/30686/1/4957/>, am 9.7.2008

<http://land.lebensministerium.at/article/articleview/61337/1/4964/>, am 9.7.2008

<http://lebensmittel.lebensministerium.at/article/articleview/62560/1/1471/>, am 9.7.2008

### **Grafiken:**

Abb. 1: [http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten\\_Allgemein.pdf](http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten_Allgemein.pdf), am 1.9.2008)

Abb. 2: BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hg.): „Lebensmittelbericht Österreich 2008. Wertschöpfungskette Agrarerzeugnisse - Lebensmittel und Getränke“. Wien; 2007b, S. 143

Abb. 3: BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hg.): „Grüner Bericht 2007“. Wien; 2007a, S. 190

Abb. 4: STATISTIK AUSTRIA: „Statistisches Jahrbuch Österreichs“. Wien, 2007, S. 331

Abb. 5: BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hg.): „Grüner Bericht 2007“. Wien; 2007a, S. 190)

Abb. 6: [http://www.statistik.at/web\\_de/static/land-und\\_forstwirtschaftliche\\_betriebe\\_und\\_deren\\_gesamtflaeche\\_1990\\_1995\\_022961.pdf](http://www.statistik.at/web_de/static/land-und_forstwirtschaftliche_betriebe_und_deren_gesamtflaeche_1990_1995_022961.pdf), am 1.9.2008

Abb. 7: [http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Biobetriebe\\_in\\_A.pdf](http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Biobetriebe_in_A.pdf), am 1.9.2008

Abb. 8: BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hg.): „Grüner Bericht 2007“. Wien; 2007a, S. 194

Abb. 9: [http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten\\_Bio.pdf](http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten_Bio.pdf), am 1.9.2008

Abb. 10: [http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten\\_Bio.pdf](http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten_Bio.pdf), am 1.9.2008

Abb. 11: BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hg.): „Lebensmittelbericht Österreich 2008. Wertschöpfungskette Agrarerzeugnisse - Lebensmittel und Getränke“. Wien; 2007b, S. 153

Abb. 12: [http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten\\_Bio.pdf](http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten_Bio.pdf), am 1.9.2008

## Abstract

Der Aufbau dieser Arbeit besteht aus zwei Strängen, die sich kontinuierlich überkreuzen und am Ende zu einem Erkenntniszusammenhang zusammenlaufen sollen. Der eine Themenblock konzentriert sich auf den Strukturbereinigungsprozess dem die österreichische Landwirtschaft verstärkt seit Ende des Zweiten Weltkriegs unterworfen ist. Es wird der Frage nachgegangen wie der Strukturwandel charakterisiert werden kann, welche Faktoren diesen Prozess beschleunigen und wie sich das Erscheinungsbild der österreichischen Landwirtschaft fortdauernd in den letzten sechzig Jahren verändert hat. Aufgrund diverser agrarstruktureller Spezifitäten Österreichs finden die Berglandwirtschaft und die, in Österreich sehr bedeutende, biologische Landwirtschaft in diesem Abschnitt ein besonderes Maß der Aufmerksamkeit.

Der zweite Schwerpunkt wird auf den Prozess der Ökologisierung der Landwirtschaft in Österreich gelegt. Darunter wird jener Prozess verstanden, in Rahmen dessen die intensiven Formen der Landbewirtschaftung einer zunehmend kritischen Betrachtungsweise unterworfen sind. Umgekehrt wird in der biologischen Landwirtschaft ein möglicher Lösungsansatz für die diversen umwelt-, agrarstrukturellen-, agrarpolitischen- und ökonomischen Probleme der Landwirtschaft gesehen. Ferner liefert der Ökologisierungsprozess parallel dazu positive Mitnahmeeffekte für die Landwirtschaft, die Gesellschaft und die (Agrar)politik gleichermaßen.

Um den Ökologisierungsprozess erfolgreich voranzutreiben ist das Zusammenspiel der drei Ebenen Politik, Gesellschaft und Landwirtschaft von maßgeblicher Bedeutung. So bedarf es einerseits einem fundamentalen Wandel im Wertesystem der Gesellschaft, Stichwort Postmaterialismus, und einer damit verbundenen Veränderung der Sichtweise der Menschen in Bezug auf die Landwirtschaft und dessen Umgang mit der Umwelt und der Natur. Ferner muss es zu einer Schwerpunktverlagerung auf (agrar)politischer Ebene kommen um die institutionellen Rahmenbedingungen und finanzielle Anreize für den Ökologisierungsprozess zu schaffen. Als dritte Achse müssen von agrarischer Seite positive Ressentiments kommen, um den Prozess der Ökologisierung in die Tat umsetzen zu können.

An dieser Stelle laufen die beiden Fäden auch wieder zusammen, da der Ökologisierungsprozess als ein Lösungsansatz für die österreichischen Bauern/Bäuerinnen interpretiert werden kann, um nicht selbst Opfer der Strukturbereinigung zu werden. Als Indiz für das strukturbewahrende Potential des Ökologisierungsprozesses können die

Betriebskennzahlen und Umsatzzahlen des Biosektors gelten. So ist die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich in ständigem Sinken begriffen. Nicht aber die Zahl der Biobetriebe, dessen Kurve kontinuierlich nach oben zeigt. Gleichfalls zeichnen sich die Umsatzzahlen des Biosektors nun schon seit Jahren durch ein enormes Wachstumspotential aus.

# LEBENS LAUF

## **Persönliche Daten**

Name/Adresse: Sabine Wendtner  
Säulengasse 14/2  
1090 Wien

Tel.: 0650/920 43 46

e-mail: sabine.wendtner@gmx.at

Geburtsdatum/-ort: 22. November 1981/ Salzburg

Staatsbürgerschaft: Österreich

## **Bildungsweg**

1988 - 1992 Volksschule Loibichl

1992 - 1996 Hauptschule 1 Mondsee

1996 - 2001 Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe  
Neumarkt am Wallersee

Juni 2001 Matura

seit Oktober 2002 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

August 2004 bis Juni 2005 Studium am Department of Government; Schwerpunkt  
Humanities and Social Sciences an der Uppsala  
Universität, Schweden

## **Praktika, Berufserfahrung**

Juli bis September 2007 Landjugend Österreich, 1010 Wien  
Projektmitarbeiterin bei den Bundesbewerben der  
Landjugend – Vor- und Nachbereitung, Evaluierung der  
Veranstaltungen

Juli 2006 Straßenmeisterei Mondsee, 5310 Mondsee  
Ferialpraktikantin in der Verwaltung – organisatorische  
und administrative Aufgaben, Korrespondenz,  
Datenerfassung

Mai bis Juni 2006 Landwirtschaftskammer Österreich, 1010 Wien  
Projektmitarbeiterin bei der Studie „Situation der  
Bäuerinnen in Österreich 2006“ – Datenaufbereitung,  
Erstauswertung, organisatorische und administrative  
Aufgaben